



35. Sitzung

Düsseldorf, Mittwoch, 30. August 2006

Mitteilungen der Präsidentin3811

1 Neuwahl eines stellvertretenden Wahlmitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
von zwei Dritteln der Mitglieder
des Landtags
Drucksache 14/24213811

Ergebnis.....3812

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

erste Lesung 3812

Einbringung:

Minister Dr. Helmut Linssen 3812
Minister Dr. Ingo Wolf 3818

Beratung Haushaltsgesetz:

Hannelore Kraft (SPD)..... 3821
Helmut Stahl (CDU) 3830
Sylvia Löhrmann (GRÜNE) 3837
Dr. Gerhard Papke (FDP)..... 3845
Ministerpräsident Dr. J. Rüttgers 3854
Gisela Walsken (SPD)..... 3865
Volkmar Klein (CDU) 3867
Rüdiger Sagel (GRÜNE) 3870
Angela Freimuth (FDP)..... 3872
Christian Weisbrich (CDU) 3876
Minister Dr. Helmut Linssen 3879

Beratung GFG:

Ralf Jäger (SPD)..... 3881
3889
Rainer Lux (CDU) 3883
3890
Horst Becker (GRÜNE) 3884
3891
Horst Engel (FDP) 3887
3892
Minister Dr. Ingo Wolf 3888

Ergebnis..... 3892

3 Fortführung des jährlichen Waldzustandsberichtes sichern

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2411.....	3893	Marc Jan Eumann (SPD).....	3910
		Ralf Witzel (FDP).....	3911
		Minister Michael Breuer.....	3913
			3914
Jürgen Unruhe (SPD).....	3893	<i>Ergebnis</i>	3914
Clemens Pick (CDU).....	3894		
Johannes Remmel (GRÜNE).....	3895		
Holger Ellerbrock (FDP).....	3896		
Minister Eckhard Uhlenberg.....	3897		
<i>Ergebnis</i>	3898		
4 Die Europafähigkeit der Schulen stärken		7 Bundesratsinitiative zur Doping-Bekämpfung starten	
Antrag der Fraktion der CDU und der Fraktion der FDP Drucksache 14/2098.....	3898	Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2414.....	3915
		<i>Ergebnis</i>	3915
Ilka Keller (CDU).....	3898	8 Ökonomische Unterschiede zwischen Frau- en und Männern bei den Freigrenzen des Schonvermögens im Fortentwicklungsgesetz Hartz IV berücksichtigen!	
Ingrid Pieper-von Heiden (FDP).....	3899	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2404.....	3915
Renate Hendricks (SPD).....	3900	<i>Ergebnis</i>	3915
Sylvia Löhrmann (GRÜNE).....	3901		
Minister Michael Breuer.....	3902	9 Interkulturelle Öffnung der Schule voran- bringen - Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in die Schulen	
<i>Ergebnis</i>	3903	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2408.....	3915
5 Gegen illegale Sportwettenanbieter vorgehen - Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz in Nordrhein-Westfalen umsetzen!		<i>Ergebnis</i>	3915
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 14/2413.....	3903	10 Staatsvertrag über die Vergabe von Studien- plätzen	
Ralf Jäger (SPD).....	3903	Antrag der Landesregierung auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag gemäß Artikel 66 Satz 2 LV Drucksache 14/2304	
Wolfgang Schmitz (CDU).....	3903	erste Lesung.....	3915
Dr. Michael Vesper (GRÜNE).....	3904	<i>Ergebnis</i>	3915
Christof Rasche (FDP).....	3905		
Minister Dr. Ingo Wolf.....	3906	11 Veräußerung eines Grundstücks des BLB NRW in Münster	
<i>Ergebnis</i>	3907		
6 Keine Rundfunkgebühren auf Internet-PCs und Handys – Nordrhein-Westfalen tritt für eine Aussetzung der Regelung im 8. Rund- funkänderungsstaatsvertrag ein			
Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 14/2403.....	3907		
Oliver Keymis (GRÜNE).....	3908		
	3914		
Dr. Michael Brinkmeier (CDU).....	3908		

Antrag der Landesregierung gemäß § 64 Abs. 2 LHO Vorlage 14/565	
Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/2422.....	3915
<i>Ergebnis</i>	3916

12 Veräußerung eines Grundstücks des BLB NRW in Bonn

Antrag der Landesregierung gemäß § 64 Abs. 2 LHO Vorlage 14/567	
Beschlussempfehlung und Bericht des Haushalts- und Finanzausschusses Drucksache 14/2423.....	3916
<i>Ergebnis</i>	3916

13 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Abgeordneten Hannelore Kraft und weiterer 73 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen, Vorschriften des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2005 seien mit der Landesverfassung unvereinbar und nichtig

VerfGH 9/06 Vorlage 14/571	
Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 14/2396.....	3916
<i>Ergebnis</i>	3916

14 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 13	
Abstimmungsergebnisse der Ausschüsse zu Drucksachen	

14/471	-	AGFI
14/794 EA	-	AGFI
14/1427	-	IA
14/1563	-	AGFI
14/2129 EA	-	AGFI
14/1877	-	IA
14/2373 EA	-	IA

Drucksache 14/2424.....	3916
<i>Ergebnis</i>	3916

15 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/15.....	3917
<i>Ergebnis</i>	3917

Entschuldigt waren:

Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (ab 16:00 Uhr)
Minister Karl-Josef Laumann (ab 11:30 Uhr)
Ministerin Roswitha Müller-Piepenkötter (bis 15:30 Uhr)
Minister Eckhard Uhlenberg (ab 17:30 Uhr)
Parl. Staatssekretär Manfred Palmén MdL (bis 14:00 Uhr)
Hans-Joachim Reck (CDU)
Jochen Dieckmann (SPD)
Heike Gebhard (SPD)
Reinhard Jung (SPD) (ab 12:00 Uhr)
Annegret Krauskopf (SPD)
Hans-Theodor Peschkes (SPD) (ab 14:30 Uhr)
Ute Schäfer (SPD) (ab 12:00 Uhr)
Frank Sichau (SPD)
André Stinka (SPD)
Stefanie Wiegand (SPD) (ab 14:00 Uhr)

Beginn: 10:03 Uhr

Präsidentin Regina van Dinther: Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiße Sie herzlich willkommen zu unserer heutigen, 35. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen in dieser Wahlperiode. Mein Gruß gilt auch unseren Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich 14 Abgeordnete **entschuldigt**; ihre Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Meine Damen und Herren, bevor ich die Sitzung eröffne, möchte ich mich ganz herzlich bei allen Fraktionen, aber auch bei allen Mitarbeitern dafür bedanken, dass am Wochenende der **Tag der offenen Tür** aus Anlass unseres 60-jährigen Landesjubiläums ein solcher Erfolg wurde.

(Allgemeiner Beifall)

62.000 Besucher haben dieses Haus besucht. Ich glaube, wir haben uns gut präsentiert, weil alle an Bord waren und fleißig mitgeholfen haben. Dafür herzlichen Dank! Ich weiß, welch große Anstrengung das war.

(Allgemeiner Beifall)

Meine Damen und Herren, der Chef der Staatskanzlei hat mir am 22. August 2006 die **Haushaltssatzung des Landesverbandes Lippe für das Haushaltsjahr 2006** sowie zwei Durchschriften des Genehmigungserlasses des Innenministeriums hierzu übersandt. Gemäß § 9 des Gesetzes über den Landesverband Lippe vom 5. November 1948 bitte ich um **Kenntnisnahme**. Dieses stelle ich hiermit fest. Die Unterlagen können im Archiv eingesehen werden.

Wir treten nunmehr in die Beratung der heutigen **Tagesordnung** ein.

Ich rufe auf:

1 Neuwahl eines stellvertretenden Wahlmitglieds des Verfassungsgerichtshofs für das Land Nordrhein-Westfalen

Wahlvorschlag
von zwei Dritteln
der Mitglieder des Landtags
Drucksache 14/2421

Meine Damen und Herren, mit der genannten Drucksache liegt Ihnen ein gemeinsamer Wahlvorschlag von 148 Mitgliedern des Landtags Nord-

rhein-Westfalen vor. Bevor wir mit der Wahl beginnen, möchte ich auf einige relevante Gesetzesbestimmungen hinweisen und gleichzeitig die eingeteilten Schriftführer bitten, ihre Positionen einzunehmen.

Nach § 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof setzt sich der Verfassungsgerichtshof kraft Amtes aus drei Mitgliedern zusammen, und zwar aus dem Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts und aus den beiden lebensältesten Präsidenten der Oberlandesgerichte. Den Vizepräsidenten, Herrn Johannes Riedel, begrüße ich als Gast recht herzlich in unserem Haus. Herzlich willkommen, Herr Riedel!

(Allgemeiner Beifall)

Mit Vollendung des 68. Lebensjahres ist das bisherige stellvertretende Mitglied des Verfassungsgerichtshofs, Herr Prof. Dr. Winfried Tilmann, gemäß § 8 Abs. 2 des Gesetzes über den Verfassungsgerichtshof des Landes Nordrhein-Westfalen ausgeschieden. Somit ist für ihn ein neues stellvertretendes Wahlmitglied zu wählen.

Aus der nachstehenden Liste in Drucksache 14/2421 sind die Mitglieder des Landtags ersichtlich, die den gemeinsamen Wahlvorschlag gemäß § 4 Verfassungsgerichtshofgesetz unterstützen.

Der mit Drucksache 14/2421 vorgelegte Wahlvorschlag der Mitglieder des Landtags Nordrhein-Westfalens erfüllt die in § 4 Abs. 2 des Verfassungsgerichtshofgesetzes enthaltenen Voraussetzungen für einen gemeinsamen Wahlvorschlag, da er von 148 Mitgliedern, also von mehr als zwei Dritteln der Mitglieder des Landtags, unterschrieben ist.

Nach den Bestimmungen des Gesetzes müssen sich ordentliche und auch stellvertretende Mitglieder bereit erklärt haben, Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs zu werden. Diese schriftliche Erklärung liegt mir vor.

Zum Wahlvorschlag weise ich auf § 4 Abs. 1 des Gesetzes hin, wonach auch das stellvertretende Wahlmitglied in geheimer Wahl ohne Aussprache gewählt wird. Da sich die Fraktionen auf einen Wahlvorschlag geeinigt haben, ist nun ein Wahlgang erforderlich. Der Wahlvorschlag liegt Ihnen mit Drucksache 14/2421 vor.

Ich darf Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen, nunmehr bitten, nach Namensaufruf an den Tisch unterhalb des Rednerpults zu treten und sich dort den Stimmzettel aushändigen zu lassen. Ich bitte, den Stimmzettel ordnungsgemäß auszufüllen und nur die im Wahlpult ausliegenden Kopierstifte zu benutzen. Eine anderweitige Kennzeichnung ge-

währleistet nicht die Geheimhaltung der Wahl, da möglicherweise in einem solchen Fall ein Wahlberechtigter anhand des Stimmzettels identifiziert werden könnte. Leere oder doppelt gekennzeichnete Stimmzettel gelten als ungültige Stimmen.

Ich eröffne nunmehr die Wahl und bitte den Schriftführer Herrn Tenhumberg mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren, haben alle Mitglieder des Hauses ihre Wahlzettel abgegeben? – Das ist offensichtlich der Fall.

Ich schließe die Wahl und bitte die Schriftführerinnen und Schriftführer, die Stimmen auszuzählen.

(Es erfolgt die Auszählung der Stimmen.)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich darf Ihnen das **Ergebnis** der Wahl bekannt geben. Insgesamt wurden 172 Stimmen abgegeben. Mit Ja haben 168 Mitglieder des Landtags gestimmt.

(Beifall)

Mit Nein haben zwei Mitglieder des Landtags gestimmt. Mit Enthaltung haben ebenfalls zwei Mitglieder des Landtags gestimmt.

Meine Damen und Herren, nach dem vorliegenden Ergebnis ist somit das im Wahlvorschlag Drucksache 14/2421 vorgeschlagene **stellvertretende Mitglied** des Verfassungsgerichtshofs **gewählt**. Nach § 5 des Verfassungsgerichtshofgesetzes haben die Mitglieder des Verfassungsgerichtshofs, bevor sie ein Amt antreten, vor dem Landtag den nach § 80 der Landesverfassung vorgesehenen Amtseid zu leisten.

Frau Dr. Haderlein, ich bitte Sie deshalb zu mir, damit ich die nach dem Verfassungsgerichtshofgesetz vorgesehene Vereidigung vornehmen kann. Ich werde den Text einmal vorsprechen und bitte Sie, nach Heben der Schwurhand diesen Text nachzusprechen:

(Die Anwesenden erheben sich von ihren Plätzen.)

„Ich schwöre, dass ich das mir übertragene Amt nach bestem Wissen und Können verwalten, Verfassung und Gesetze befolgen und verteidigen, meine Pflichten gewissenhaft erfüllen und Gerechtigkeit gegen jedermann üben werden. So wahr mir Gott helfe.“

(Allgemeiner Beifall – Präsidentin Regina van Dinkerhoff beglückwünscht Frau Dr. Haderlein.)

(**Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron**)

Vizepräsident Edgar Moron: Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir kommen zu:

2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2007 (Haushaltsgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2300

In Verbindung damit:

Finanzplanung des Landes Nordrhein-Westfalen 2006 bis 2010

Vorlage 14/572

Und:

Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2302

Sowie:

Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer Landesgesetze und zur Bereinigung des Haushaltsrechts (Haushaltsbegleitgesetz 2007)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2303

erste Lesung

Ich eröffne die Beratung zur Einbringung der Gesetzentwürfe und erteile zuerst Herrn Finanzminister Dr. Linssen zur **Einbringung des Haushaltsgesetzes** das Wort.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer heute das Notwendige nicht tut, weil er es für unzumutbar hält, muss morgen das Unzumutbare tun, weil es unvermeidlich geworden ist. Die Koalition der Erneuerung hat sich dieser Herausforderung gestellt und ist 2005 angetreten, in dieser Wahlperiode das Notwendige zu tun, um die Landesfinanzen wieder in Ordnung zu bringen.

(Beifall von der CDU)

Mit dem Haushalt 2007 werden wir diesem Ziel einen erheblichen Schritt näher kommen. Die Nettoneuverschuldung sinkt von 5,59 Milliarden € in diesem Jahr auf 4,35 Milliarden € im Jahr 2007.

(Beifall von CDU und FDP)

Alleine daran schon erkennen die Menschen, dass die Landesregierung hält, was sie versprochen hat.

(Beifall von der CDU – Widerspruch von SPD und GRÜNEN)

Wir haben Kurs gehalten, wir haben die Konsolidierung des Haushalts kontinuierlich vorangetrieben und werden das weiter tun.

(Beifall von CDU und FDP)

Dieser Kurs ist notwendig.

(Zuruf von Johannes Remmel [GRÜNE])

Er ist alternativlos. Und er ist mittel- und langfristig allemal gerechter, weil sonst das tatsächlich Unzumutbare Wirklichkeit würde. Unzumutbar hieße für mich: noch weniger Spielräume für Vereine und Verbände. – Unzumutbar hieße: noch weniger Geld für diejenigen, die tatsächlich auf Unterstützung angewiesen sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Kommunen, nicht wahr?)

Unzumutbar hieße: die soziale und kulturelle Infrastruktur dieses Landes dem Verfall ausliefern zu müssen. – Genau das wollen wir nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen eben das Unzumutbare verhindern. Deshalb setzen wir jetzt die notwendigen Konsolidierungsmaßnahmen um und verändern Strukturen. Damit investieren wir in die Zukunft.

Wie beim Haushalt 2006 wird es auch im Jahr 2007 fair und gerecht zugehen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das definieren Sie mit Ihrem Haushalt aber komisch!)

Weil wir jetzt in Richtung Zukunft umsteuern, ist es uns noch möglich, die Lasten der Konsolidierung gerecht zu verteilen.

Auch in einem weiteren Punkt hat die Landesregierung Kurs gehalten. Wir setzen bewusst finanzielle Schwerpunkte, um uns weiter auf die Finanzierung von Zukunftsaufgaben zu konzentrieren und politische Ziele zu verwirklichen.

Im Jahr 2006 haben wir erste, für die Betroffenen sicherlich schmerzliche Einsparungen vorgenommen. Wir haben immer betont, dass dies nicht

ausreichen wird, wenn wir den Haushalt nachhaltig sanieren wollen. Dazu sind strukturelle Veränderungen unumgänglich. Der Haushalt 2007 ist der Einstieg in diese Strukturveränderungen.

Bei aller Notwendigkeit zu Veränderungen achten wir aber gleichzeitig darauf, dass die bestehende soziale und gesellschaftliche Balance nicht durch den Haushalt in Schieflage gerät. Auch das ist mit dem Haushalt 2007 sichergestellt.

Wie der Haushalt des laufenden Jahres ist auch der Entwurf für 2007 finanzpolitisch seriös. Er beruht auf realistischen und vorsichtigen Annahmen zur Einnahmeentwicklung. Wir halten unser Wort und werden zusätzliche Steuereinnahmen als Konsolidierungsbeitrag einsetzen. Dieses Geld werden wir, wie angekündigt, voll zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung einsetzen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir bleiben bei unserer Linie der Vorjahre. Der Haushalt des Jahres 2007 wird gerecht und fair sein. Wesentliche Hilfen für Kinder und Jugendliche werden nicht gekürzt.

(Zuruf von der SPD)

Das Schulsystem wird weiter verbessert, und es wird mehr für die Ausbildung der jungen Menschen getan.

(Beifall von CDU und FDP)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich mit einigen Sätzen die wesentlichen Eckdaten des Haushaltsentwurfs 2007 erläutern. Die für mich wichtigste Botschaft ist, dass die Nettoneuverschuldung von 5,59 Milliarden € in diesem Jahr auf 4,35 Milliarden € im Jahr 2007 sinken wird.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Damit werden wir das in der letzten mittelfristigen Finanzplanung prognostizierte Niveau von 5,1 Milliarden € deutlich unterschreiten. Gegenüber 2006 ist das eine Senkung um 22 %, und gegenüber 2005 sind es 35 % weniger.

An diesen Zahlen lässt sich ablesen, dass wir erste Erfolge bei der Sanierung des Landeshaushalts erzielt haben. Das ist sicherlich ein befriedigendes Ergebnis. Es ist aber kein Ergebnis, mit dem sich ein Finanzminister zufrieden geben kann, weil der Haushalt nach wie vor nicht die Kreditverfäugungsgrenze einhält. Die Nettoneuverschuldung liegt um 1,05 Milliarden € über dieser Grenze.

Die Gesamtausgaben belaufen sich auf 49,5 Milliarden €. Trotz des klaren Sparkurses

steigt das Haushaltsvolumen gegenüber dem Jahr 2006 damit rechnerisch um 2,2 %. Dafür gibt es nachvollziehbare Gründe.

Zunächst ist ein Basiseffekt aus dem Bereich des Gemeindefinanzierungsgesetzes, des GFG, zu nennen. Im Haushaltsjahr 2006 sind im GFG kreditierte Beträge aus den Jahren 2004 und 2005 abgerechnet worden. Dadurch wurde der kommunale Steuerverbund im Haushaltsjahr 2006 um den Betrag von 674,4 Millionen € gesenkt. Um diesen bereinigt nehmen die Ausgaben 2007 nur um 0,8 % zu. Damit bleiben wir unterhalb der Empfehlung des Finanzplanungsrates von 1 %.

Nach dem Systemwechsel von Soll- zu Ist-Steuereinnahmen als Basis des Steuerverbundes wird es derartige Ausschläge in Zukunft nicht mehr geben. Das haben zu Recht vor allem die kommunalen Spitzenverbände sehr gelobt.

Ein weiterer wichtiger Punkt im Haushaltsentwurf 2007 ist die innere Dynamik der Ausgabenentwicklung. Hierbei handelt es sich um unvermeidliche Steigerungen.

Dazu zählen zum Beispiel stetig steigende Personalausgaben. Insgesamt müssen dafür 260 Millionen € zusätzlich eingeplant werden. Allein der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst ist mit 85 Millionen € zusätzlich im Haushalt zu berücksichtigen. Hinzu kommen Steigerungen bei der Beihilfe und bei Fürsorgeleistungen von 95 Millionen €. Schließlich steigen die Versorgungsbezüge um 70 Millionen €.

Auch die dreiprozentige Mehrwertsteuererhöhung wird sich in der Landeskasse nicht nur auf der Einnahmenseite bemerkbar machen, sondern ist auch deutlich auf der Ausgabenseite spürbar. Allein beim Familienleistungsausgleich erhalten die Kommunen dadurch 60 Millionen € mehr vom Land. Zudem muss auch das Land die um drei Punkte höhere Mehrwertsteuer auf die Sachausgaben zahlen. Weiter steigende Zinslasten kommen hinzu.

Ohne den konsequenten Konsolidierungskurs der Landesregierung sähe die finanzielle Situation in Nordrhein-Westfalen sicherlich deutlich schlechter aus. Gerade weil wir gegen die innere Dynamik ansparen müssen, kommen wir um strukturelle Veränderungen nicht herum.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die innere Dynamik und der immense Gesamtschuldenstand von 113 Milliarden € lassen uns darüber hinaus überhaupt keine Alternative bei der Verwendung von zusätzlichen Steuereinnahmen.

Beides zwingt uns, das Geld zur Reduzierung der Nettoneuverschuldung einzusetzen.

Die Steuereinnahmen sind auf der Basis der Steuerschätzung vom Mai 2006 unter Zugrundelegung einer realistischen Wachstumserwartung mit 37,4 Milliarden € kalkuliert. Das sind 2,1 Milliarden € mehr, als für 2006 eingeplant sind.

Angesichts der positiven Entwicklung bei den Steuereinnahmen in diesem Jahr sehe ich schon förmlich die Sparstrumpfattacken der Opposition in diesem Hause heraufziehen. Das ist angesichts des immensen Schuldenberges, den Rot-Grün hinterlassen hat, und der immer noch deutlich zu hohen Neuverschuldung eigentlich ein ziemlich abwegiger Vorwurf.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich bin deshalb schon jetzt gespannt, mit welcher Akrobatik Sie angesichts dieser Finanzsituation das Anlegen von Sparstrümpfen begründen wollen. Aber ich sage Ihnen: Ich diskutiere lieber über Sparstrümpfe als über Haushaltslöcher.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Übrigen lässt sich erst auf Basis der Steuerschätzung im November solide entscheiden, ob die positiven Zuwächse bei den Steuereinnahmen einem verlässlichen Trend folgen. Dann werden wir im weiteren Beratungsverfahren selbstverständlich mit einer Ergänzungsvorlage darauf reagieren.

Ich will an dieser Stelle direkt eines klarstellen: Ich kann durchaus nachvollziehen, dass sich gerade vor dem Hintergrund der Mehreinnahmen aus der Mehrwertsteuererhöhung mancher zu Wünschen hinreißen lässt. Diese Wünsche zielen dann zumeist auf die Ausgabenseite des Haushaltes. Aber, meine Damen und Herren, Geld für Begehlichkeiten haben wir nicht zu verteilen.

Nach dem Abzug aller Sondereffekte und Veränderungen aufgrund der weiteren Steuerrechtsänderungen zum 1. Januar 2007 ergeben sich aus der Mehrwertsteuererhöhung zusätzliche Einnahmen des Landes von 960 Millionen €. Diese müssen mit unabwiesbaren Mehrausgaben in Höhe von 213 Millionen € saldiert werden. Dann verbleiben 747 Millionen €. Mit dieser Mehreinnahme schaffen wir es, die Nettoneuverschuldung gegenüber den früheren Planungen von 5,1 Milliarden € auf 4,35 Milliarden € zu senken.

(Beifall von CDU und FDP – Dr. Axel Horstmann [SPD]: Da wäre ein Dank an die Bundesregierung fällig!)

Wir haben bereits mit dem Haushalt 2006 einschneidende Konsolidierungsmaßnahmen umgesetzt. Diese notwendigen und schmerzhaften Einschnitte werden einerseits von der Opposition als Teufelswerk verdammt. Die gleichen Damen und Herren rügen andererseits im gleichen Atemzug die angebliche Verfassungswidrigkeit des Haushaltes. Ein Ausweis stringenter Argumentation ist dieses Vorgehen gerade nicht.

(Beifall von CDU und FDP)

Faktum ist, meine Damen und Herren: Die Finanzlage des Landes bleibt auch im kommenden Jahr angespannt. Es ist uns auch für das Haushaltsjahr 2007 objektiv unmöglich, einen Haushalt aufzustellen, der in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen ist

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Das kennen wir schon!)

und die Kreditverfassungsgrenze des Art. 83 der Landesverfassung nicht überschreitet. Unsere Haushaltslage ist immer noch durch den verfassungsrechtlichen Befund der objektiven Unmöglichkeit gekennzeichnet. Ohne die Kreditverfassungsgrenze zu überschreiten, könnte das Land seinen bundesrechtlichen Verpflichtungen und den Aufgaben, die sich aus der Landesverfassung ergeben, nicht nachkommen. Im Interesse der Handlungsfähigkeit des Staates ist in diesem Falle eine Ausnahme vom in der Landesverfassung statuierten Kreditbegrenzungsgebot zulässig.

Die Landesregierung hat sich der Aufgabe der Sanierung und Konsolidierung des Landeshaushalts gestellt und geht diesen Prozess aktiv an. Wir haben notwendige Konsolidierungsentscheidungen getroffen und erste Sanierungserfolge erzielt. Wir sind aber beileibe noch nicht am Ende dieses Weges. Das Ziel der Landesregierung ist bekannt: Wir wollen die Nettoneuverschuldung so schnell wie möglich wieder unter die Summe der eigenfinanzierten Investitionen senken. Dazu haben wir einen klar definierten Sanierungsplan vorgelegt, den wir Schritt für Schritt abarbeiten.

(Dr. Axel Horstmann [SPD]: Sie senken die Investitionen!)

Neben den notwendigen kurzfristig umsetzbaren Einsparungen sind auch strukturelle Veränderungen mit Auswirkungen auf den Haushalt zwingend notwendig. Wir brauchen diese grundlegenden Weichenstellungen, damit uns die innere Ausgabendynamik nicht völlig bewegungsunfähig macht. Nur so wird es gelingen, den Landeshaushalt zukunftsfest zu machen.

Zu den fortwirkenden Maßnahmen, meine Damen und Herren, gehören die im letzten Jahr vorgenommene Absenkung des Weihnachtsgeldes, die 0,5-prozentige Effizienzdividende durch die Budgetierung und der jährliche Abbau von etwa 3.200 Stellen. Dreh- und Angelpunkt für die Begrenzung der Personalausgaben wird ein beschleunigter Personalabbau sein, den wir auch im kommenden Jahr weiter fortsetzen.

Zum beschleunigten und sozialverträglichen Abbau von kw-Stellen hat das Kabinett im letzten Jahr den Aufbau eines Personaleinsatzmanagements beschlossen. Die dafür notwendigen Strukturen werden zurzeit aufgebaut. Ziel ist es, die Verwaltung effizienter zu gestalten und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den verschlankten Strukturen dort einzusetzen, wo man sie auch tatsächlich braucht.

(Zuruf von der SPD: Auch in der Staatskanzlei?)

Das Personaleinsatzmanagement soll den dorthin versetzten Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesverwaltung mithilfe von Beratung, Qualifizierung und Vermittlung adäquate Beschäftigungsmöglichkeiten bieten.

Mit dem Personaleinsatzmanagement setzt die Landesregierung einen Vorschlag der Hartmann-Kommission zur Situation und Perspektive des Landeshaushalts um. Es ist eines der wichtigsten Projekte der Landesregierung in dieser Wahlperiode, weil es strukturelle Veränderungen vorantreibt.

Neben dem Personaleinsatzmanagement hat die Landesregierung im vergangenen Jahr beschlossen, ein Projektbüro zur Haushaltskonsolidierung aufzubauen. Unter dem Leitmotiv „Haushalt sanieren – Zukunft gestalten“ wird derzeit im Finanzministerium ein schlagkräftiger Arbeitsstab aufgebaut. Er wird den Konsolidierungsprozess im Sinne einer Projektgesamtsteuerung vorantreiben. Das Projektbüro wird in den nächsten Wochen seine Arbeit aufnehmen.

Die einzelnen Strukturveränderungen werden in den jeweils zuständigen Ressorts umgesetzt. Gleichzeitig muss aber eine einheitliche Konsolidierungsstrategie verfolgt werden. Dafür übernimmt das Projektbüro die koordinierende und steuernde Funktion. Nur wenn die Veränderungen als Gesamtprozess funktionieren, werden sie am Ende erfolgreich sein. Nur dann werden sie im Haushalt zu den Entlastungen führen, die wir dringend für eine nachhaltige Sanierung benötigen.

Zu den weiteren wichtigen strukturellen Maßnahmen gehört eine grundlegende Untersuchung zur Zukunft des Bau- und Liegenschaftsbetriebs. Ein externer Berater wird bis Anfang 2007 Vorschläge unterbreiten, wie das Sondervermögen neu ausgerichtet werden kann. Wir wollen den BLB dauerhaft aus den roten Zahlen bringen. Damit setzen wir eine weitere Empfehlung der Hartmann-Kommission um.

Meine Damen und Herren, die Landesregierung arbeitet kontinuierlich daran, den Staat auf seine Kernaufgaben zu beschränken. In diesem Zusammenhang hat sie beschlossen, die Landesentwicklungsgesellschaft zu verkaufen. Nach einer europaweiten Ausschreibung ist ein Konsortium im April damit beauftragt worden, die Landesregierung zu beraten, was für das Land und die Mieter die beste Möglichkeit einer Privatisierung ist. Der Abschlussbericht wird im Herbst vorliegen. Danach wird die Landesregierung über die weiteren Schritte entscheiden. Ob und inwieweit der Buchwert für die LEG überschritten wird, kann man heute nicht sagen. Deshalb gibt es natürlich auch keine Etatisierung im Landeshaushalt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, im Landeshaushalt 2007 sind insgesamt Einsparungen von 690 Millionen € gegenüber der letzten mittelfristigen Finanzplanung veranschlagt. Der kommende Haushalt markiert dabei den Einstieg in strukturelle Veränderungen des Haushaltsgefüges. Die mit dem Haushalt 2007 getroffenen Einsparentscheidungen werden daher über das kommende Jahr hinaus fortwirken. Veränderungsprozesse brauchen nun einmal Zeit. Aber ich bin mir sicher, dass wir mit diesem Kurs unser Ziel erreichen können: endlich wieder solide Finanzen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Lassen Sie mich aus den zahlreichen einzelnen Konsolidierungspositionen beispielhaft einige wichtige herausgreifen:

Mit dem Haushaltsjahr 2007 nimmt die Verwaltungsmodernisierung weiter Fahrt auf. Mit der Eingliederung von 35 Sonderordnungsbehörden in die allgemeine Verwaltung, der Reform der Versorgungsverwaltung, der Auflösung des Landesjustizvollzugsamtes und Umstrukturierungen beim Landesbetrieb Straßenbau geht es auf dem Weg zu einer modernen, konzentrierten und gestrafften Verwaltung weiter vorwärts. Insgesamt 20 Millionen € Einsparungen finden sich aus diesem Bereich bereits im Haushaltsentwurf 2007 wieder. Weitere Wirkungen werden in der Zukunft entstehen.

Auch der Weiterbildungssektor muss im nächsten Jahr einen Konsolidierungsbeitrag leisten. Die Ansätze werden zwar um 18,2 Millionen € auf 78,2 Millionen € zurückgeführt, aber es ist eine Zuführung von EU-Mitteln in Höhe von 12 Millionen € in diesem Bereich vorgesehen. Außerdem werden die Ansätze für die Eltern- und Familienbildung im Rahmen der politischen Schwerpunktsetzung gegenüber 2006 unverändert fortgeschrieben.

Ich bin mir bewusst, meine Damen und Herren, dass durch die getroffenen Maßnahmen die Träger der Weiterbildung ihre Arbeit weiter optimieren müssen. Optimierung heißt nicht Zerschlagung von Strukturen. Dies wird es mit uns nicht geben.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch bei der SPD – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das hat sich vor der Wahl aber ganz anders angehört!)

Der Zuschuss an die Projekt Ruhr GmbH wird um 4,1 Millionen € zurückgeschraubt. Da die Liquidation der Gesellschaft zum 31. Dezember 2006 vorgesehen ist, haben wir nur noch einen Zuschuss in Höhe von 1 Million € eingeplant. Dieses Geld ist für nachlaufende Kosten im Zusammenhang mit der Auflösung der Gesellschaft vorgesehen.

Ich darf es bei diesen Beispielen belassen. Sie zeigen, dass alle Ressorts ihren Konsolidierungsbeitrag leisten.

Meine Damen und Herren, an dieser Stelle möchte ich mich bei den Kolleginnen und Kollegen für die Unterstützung des Konsolidierungskurses bedanken. Alle Verantwortlichen in der Landesregierung wissen, wie schwierig dieser Prozess ist. Weder mir noch den Kabinettskollegen fallen manche Entscheidungen leicht. Umso mehr danke ich ihnen für ihre tatkräftige Mithilfe.

(Beifall von CDU und FDP)

Ohne meinem Kollegen Herrn Innenminister Dr. Wolf vorgreifen zu wollen, darf ich einige Sätze zu den Kommunal финанzen verlieren.

(Ralf Jäger [SPD]: Da sind wir ganz gespannt!)

Die Städte und Gemeinden werden im nächsten Jahr deutlich höhere Einnahmen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz erhalten. Das Land hält sein Versprechen gegenüber den Kommunen und belässt den Verbundsatz bei 23 %. In dem Ihnen vorgelegten Haushaltsentwurf stehen für 2007 6,4 Milliarden €. Das sind 620 Millionen € oder 10,7 % mehr als 2006. Der kommunale Konsolidie-

rungsbeitrag durch Herausnahme der Grunderwerbsteuer aus dem Verbund – er macht 162 Millionen € aus – ist dabei schon abgezogen.

Dieser Berechnung liegen die Istergebnisse für den Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis zum 31. März 2006 zugrunde. Das war der Zeitraum, den wir bei der Aufstellung des Haushaltes berücksichtigen konnten. Da nunmehr die Istergebnisse der Verbundsteuern bis einschließlich Juli 2006 vorliegen, ist aber davon auszugehen, dass die Kommunen noch mit weiteren rund 200 Millionen € rechnen können. Die Kommunen erhalten mit dem GFG 2007 somit voraussichtlich 820 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Das ist doch Kokolores! – Weitere Zuerufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch die Gewerbesteuer entwickelt sich für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen äußerst positiv. Das Bruttoistaufkommen beträgt im ersten Halbjahr 2006 4,5 Milliarden €. Das sind 26,6 % mehr als im ersten Halbjahr 2005.

Hinzu kommt, dass ab 2006 die Vervielfältiger zur Gewerbesteuerumlage für Bund und Land um je drei Punkte abgesenkt wurden. Die Gewerbesteuer ist im ersten Halbjahr 2006 daher netto sogar um 29,3 % gestiegen.

Die Jahresentwicklung für 2006 lässt sich anhand der Zahlen zwar noch nicht endgültig ablesen. Aber, meine Damen und Herren, selbst der Deutsche Städtetag, der nun wirklich runterspielt, rechnet mit einer Steigerung der Gewerbesteuer-einnahmen in 2006 von 12 % brutto bundesweit. Selbst wenn man diesen niedrigen Steigerungssatz zugrunde legt, können die Kommunen bei der Gewerbesteuer netto sogar wesentlich mehr erwarten als im besten Gewerbesteuerjahr 2000.

Bei allem Verständnis dafür, dass auch die Kommunen einem ähnlichen Konsolidierungsdruck ausgesetzt sind wie das Land, zeigen diese Zahlen klar und eindeutig: Die finanzielle Lage der Kommunen verbessert sich in 2006, und in 2007 können unsere Städte und Gemeinden mit deutlich mehr Geld vom Land rechnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Aufgrund dieser positiven Entwicklung ist es auch zumutbar, den Kommunen einen Konsolidierungsbeitrag im Krankenhauswesen abzuverlangen. Durch das Haushaltsbegleitgesetz wird der kommunale Beitrag zur Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 % erhöht.

Nordrhein-Westfalen geht damit keinen Sonderweg, meine Damen und Herren. Andere Bundesländer wie etwa Bayern und Niedersachsen beteiligen Kommunen bereits jetzt stärker an der Krankenhausfinanzierung. Wir halten es auch für gerechtfertigt, alle Städte und Gemeinden mit in die Pflicht zu nehmen. Schließlich profitieren alle Bürger von einem funktionierenden Krankenhauswesen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, der Landeshaushalt setzt aber auch klare Schwerpunkte. Wir konzentrieren uns auf Zukunftsaufgaben und investieren vor allem in die Köpfe junger Menschen.

Im Kinder- und Jugendbereich kürzen wir nicht.

(Lachen von SPD und GRÜNEN)

– Es ist so! Lesen Sie den Landeshaushalt! Es ist so! – Trotz sinkender Kinderzahlen bleiben die Investitionskostenförderung für Kindertageseinrichtungen und die Betriebskostenzuschüsse nach dem GTK auf dem Niveau von 2006.

(Beifall von CDU und FDP)

Der Ansatz für den Aufbau der Familienzentren wird um 6 Millionen € aufgestockt und beträgt 7 Millionen € in 2007.

Im Schulbereich, meine Damen und Herren, haben wir seit Regierungsübernahme insgesamt mehr als 3.000 zusätzliche Lehrerstellen gegen Unterrichtsausfall und für Ganztagsbetreuung eingerichtet.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzer [SPD]: Wenn die Lehrer den Schülern so das Rechnen beibringen wie Sie uns den Haushalt, gnade ihnen Gott!)

Mit dem Haushalt 2007 wird diese Stellenzahl nochmals um 916 erhöht, sodass wir insgesamt auf über 4.000 Stellen kommen.

(Zustimmung von der CDU)

Das ist trotz der notwendigen Konsolidierung ein Kraftakt und nach dem bildungspolitischen Versagen von Rot-Grün ein beachtlicher Erfolg.

(Beifall von CDU und FDP)

Flankierend gibt es noch eine Vielzahl weiterer Maßnahmen, die im Schulbereich positiv wirken. So werden die Mittel für offene Ganztagschulen um 43 Millionen € erhöht. Damit können 44.300 neue Betreuungsplätze in 2.700 Schulen eingerichtet werden. Auch die Mittel für die Ersatzschulen werden um 22 Millionen € aufgestockt. Alles das zeigt: Die Landesregierung hat die Konse-

quenzen aus den Pisa-Studien gezogen und investiert damit in die Zukunft unseres Landes.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Hochschulsektor, meine Damen und Herren, werden die Zuschüsse zum laufenden Betrieb mit einem Gesamtvolumen von rund 2,8 Milliarden € im Rahmen des Zukunftspaktes fortgeschrieben. Den Hochschulen des Landes wird damit eine verlässliche finanzielle Basis garantiert.

Zur Förderung der Rückkehr von jungen Spitzenwissenschaftlern aus dem Ausland stellt das Land ab 2007 zunächst 1,25 Millionen € zur Verfügung.

Meine Damen und Herren, wir legen Ihnen einen Haushalt für 2007 vor, der zudem wirtschaftspolitisch effektiv ist. Existenzgründer sowie kleine und mittlere Betriebe stehen im Zentrum unserer Aktivitäten. Die Meistergründungsprämie wird auf der Höhe von 2006 mit 6,1 Millionen € fortgeführt. Das Land Nordrhein-Westfalen unterstützt die NRW-Bank tatkräftig bei der Entwicklung neuer, kapitalmarktgestützter Finanzierungshilfen für den Mittelstand. Für Garantien, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen im Interesse mittelständischer Unternehmen steht im Haushalt 2007 ein Deckungsrahmen von 200 Millionen € zur Verfügung. Zudem wird das Finanzministerium ermächtigt, Haftungsfreistellungen bis zu einer Gesamthöhe von 200 Millionen € zu übernehmen. Damit soll insbesondere die Kreditvergabe an Existenzgründer belebt werden.

Im Bereich der sozialen Infrastruktur möchte ich einige Punkte im Kontext der Krankenhausfinanzierung ansprechen. Das Gesundheitswesen insgesamt und die Krankenhauslandschaft im Besonderen stehen in den nächsten Jahren vor großen Herausforderungen. Auf diese müssen wir uns rechtzeitig einstellen.

Wir haben deshalb die Einzel- und Pauschalförderung von Krankenhäusern von Konsolidierungsmaßnahmen ausgenommen. Zusätzlich hat die Landesregierung das Sofortprogramm „Krankenhausportal NRW“ aufgelegt. In diesem Programm stehen 40 Millionen € zur Verfügung. Damit stärkt das Land die Wirtschaftlichkeit und die Zukunftsfähigkeit der Krankenhauslandschaft.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir wollen auch in Zukunft investieren können. Dafür brauchen wir gesunde Finanzen, und dies nicht nur für Nordrhein-Westfalen, sondern für alle Länder; schließlich sind wir über den Länderfinanzausgleich eng miteinander verbunden. Gesunde Finanzen sind der entscheidende Beitrag zu Nachhaltigkeit und Zukunftsfähigkeit unseres

Landes und aller Länder. Darum brauchen wir gemeinsame Schritte aller Bundesländer, um solide Landeshaushalte zu sichern.

Fast alle Bundesländer machen derzeit ihre Erfahrungen mit Haushaltsproblemen, bis hin zur Haushaltsnotlage. Ich bin der Ansicht, dass wir daraus insgesamt Schlüsse ziehen müssen. Ich nehme für uns in Anspruch, dass wir diese Schlüsse gezogen haben. Deshalb kann ich darüber auch freier reden als die Mitglieder der vorangegangenen Regierung.

Wir brauchen ein Frühwarnsystem zur Vermeidung künftiger Haushaltsnotlagen, damit die Finanzprobleme einzelner Länder nicht zum Problem aller Länder werden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir müssen vor allem Kriterien erarbeiten. Wir müssen definieren, welche Verschuldungen in Zukunft noch zulässig sind. Außerdem brauchen wir ein Instrumentarium zur strikten Durchsetzung dieser Kriterien. Es geht um Anreize für sparsames Wirtschaften, aber auch um Sanktionen bei Verstößen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir unternehmen heute und in dieser Legislaturperiode das Notwendige, weil unser Land neue Chancen verdient hat. Es ist ein schwieriger Weg, es ist aber ein richtiger Weg. Die Landesregierung hat mit dem Haushaltsentwurf 2007 an ihrem Kurs festgehalten. Sie wird sich von ihm auch in den nächsten Jahren nicht abbringen lassen. Wir konsolidieren, wir modernisieren und wir investieren. Damit kommt Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne. – Herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Ich danke Herrn Finanzminister für die Einbringung der Gesetzentwürfe zum Haushalt. – Zur **Einbringung des Gemeindefinanzierungsgesetzes** erteile ich Herrn Innenminister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mit diesem Gesetzentwurf schaffen wir die notwendigen Rechtsgrundlagen für die Finanzmittel, die für die Städte, Gemeinden, Kreise und Landschaftsverbände im Jahr 2007 bereitgestellt werden sollen.

Die Landesregierung lässt sich bei der Erfüllung des Verfassungsgebotes, im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit des Landes einen übergemeindlichen Finanzausgleich zu gewährleisten, weiterhin von dem Grundgedanken leiten, dass

die Bemessung der Finanzausweisung an die Kommunen eine gleichmäßige Finanzentwicklung beider Haushaltsebenen, also des Landes und seiner Kommunen, ermöglichen soll.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Jahr 2007 wird trotz der sich zurzeit erfreulich entwickelnden Konjunktur und Steuereinnahmen weiterhin unter finanzwirtschaftlich schwierigen Rahmenbedingungen stehen. Das gilt sowohl für den Landeshaushalt als auch für die kommunalen Haushalte. Herr Kollege Dr. Linssen hat detailliert dargestellt, mit welchen Belastungen der Landeshaushalt in diesem Jahr, aber auch in den kommenden Jahren fertig werden muss. Vergleichbaren Belastungen sind die Haushalte vieler Kommunen in Nordrhein-Westfalen ausgesetzt, und zwar ungeachtet der Meldungen über sprudelnde Steuereinnahmen.

In der Tat ist auf der Einnahmeseite eine gewisse Entlastung eingetreten. Ich gehe davon aus, dass der massive Einbruch der Steuereinnahmen in den Jahren 2001 bis 2004 überwunden ist. Die Strukturprobleme bei der Finanzierung der Kommunen sind damit aber keineswegs behoben. Viele Kommunen in NRW sind trotz der verbesserten Einnahmeentwicklung nicht in der Lage, die laufenden Konsumausgaben zu decken.

(Martin Börschel [SPD]: Das Land kürzt ja auch ständig!)

Die Fehlbeträge aus den vergangenen Jahren belaufen sich inzwischen auf rund 12 Milliarden € und steigen weiter an. Sie bilden eine schwere Hypothek für die Zukunft.

Ein Spiegelbild der hohen Fehlbeträge stellen die Kassenkredite dar, die immer neue Höchststände erreichen. Ihr Volumen betrug am 31. März dieses Jahres rund 11,7 Milliarden €, es hat sich innerhalb von fünf Jahren mehr als vervierfacht.

Aktuell sind 197 Gemeinden verpflichtet, ein Haushaltssicherungskonzept, kurz: HSK, aufzustellen. 117 davon gelingt es nicht, ein genehmigtes HSK aufzustellen. Sie leben im sogenannten Nothaushaltsrecht.

Ich will es mit Blick auf den Ihnen vorliegenden Kommunalfinanzbericht bei diesen Daten zur Beschreibung der kommunalen Finanzlage belassen. Insgesamt bleibt festzustellen, dass die Lage der Kommunalfinanzen nach wie vor sehr angespannt ist.

Die Landesregierung hat im Bewusstsein über diese angespannte Finanzlage der Kommunen und des Landes den Abwägungsprozess nach

Art. 79 der Landesverfassung sorgfältig durchgeführt.

(Ralf Jäger [SPD]: Ja, klar!)

Die Landesregierung ist davon überzeugt, dass sie unter den gegebenen Rahmenbedingungen einen fairen und guten Finanzausgleich für das Jahr 2007 vorlegt.

(Ralf Jäger [SPD]: Sehr fair! – Weiterer Zuruf von der SPD: Glauben Sie das eigentlich selbst?)

Der Gesetzentwurf entspricht, mit einer Ausnahme, in seiner Struktur dem GFG 2006. Aber schon in diesem Jahr profitieren die Kommunen von der Umstellung des Referenzzeitraumes. Nunmehr dient ein zurückliegender Zeitraum als Referenzperiode. Wir sind bei der Ermittlung des Steuerverbundes nicht mehr auf Steuerschätzungen angewiesen. Vielmehr werden die Kommunen nach Verabschiedung dieses Gesetzes auf Euro und Cent genau wissen, welche Mittel ihnen im Jahr 2007 zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Martin Börschel [SPD])

Damit ist Schluss mit den Unsicherheiten der Vergangenheit, Schluss mit Abrechnungen und Schluss mit Kreditierungen, wie Sie das in der Vergangenheit getan haben, als ein hoch verschuldeter Schuldner Bankier gespielt hat. Das werden wir in Zukunft nicht mehr machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das bedeutet für das Jahr 2007, dass der Verbundbetrag für das Haushaltsjahr 2007 nach dem Istaufkommen der relevanten Verbundsteuern im Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis 30. September 2006 ermittelt wird. Die Verbundgrundlagen bis 31. März 2006 standen schon fest. Bei den Verbundgrundlagen für den Zeitraum April bis September 2006 handelt es sich um vorläufige Werte auf Basis der Steuerschätzungen vom Mai 2006. Sobald die endgültigen Daten vorliegen, werden sie durch eine Ergänzungsvorlage in den Gesetzentwurf eingearbeitet.

Im Steuerverbund 2007 steht nach den Ihnen vorliegenden vorläufigen Daten für die vorgenannte Referenzperiode eine originäre Verbundmasse in Höhe von 6,6 Milliarden € zur Verfügung. Im Vergleich mit dem Steuerverbund 2006 sind das zunächst 51 Millionen € weniger.

Da im Steuerverbund 2007 jedoch keine Kreditierungen aus früheren Steuerverbänden mehr zu verrechnen sind und gleichzeitig ein positiver Abrechnungsbetrag aus dem Steuerverbund 2007 in

Höhe von 10,5 Millionen € hinzuzurechnen ist, ergibt sich insgesamt eine bereinigte Verbundmasse von 6,4 Milliarden €. Das sind 10,6 % oder rund 620 Millionen € mehr als im Jahr 2006.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sagen Sie auch einmal etwas zu den Belastungen!)

Auf der Grundlage dieser Daten erhalten die Kommunen nun umgehend die erste Proberechnung des GFG 2007, die ihnen die erforderlichen Daten für eine detaillierte Planung ihrer Haushalte 2007 liefert.

Sobald die endgültigen Daten über die exakte tatsächliche Höhe der Verbundsteuern im Referenzzeitraum vorliegen, werde ich den Kommunen eine zweite Proberechnung zur Verfügung stellen, die dann vorbehaltlich der Entscheidung des Parlaments die endgültigen Zahlen enthalten wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Finanzminister hat es ja schon gesagt. Nun kennen wir ja inzwischen die tatsächliche Entwicklung des relevanten Steueraufkommens von April bis Juli.

Wenn sich die Isteinnahmen der Verbundsteuern auch im August und September weiter so positiv entwickeln, wie das in den zurückliegenden Monaten der Fall war, können wir im Steuerverbund 2007 mit weiteren Mehreinnahmen von über 200 Millionen € rechnen. Das bedeutet, den Kommunen werden im Steuerverbund 2007 über 820 Millionen € mehr zur Verfügung stehen. Ich glaube, das ist eine sehr gute Nachricht.

Nach dem alten System hätten die Kommunen dieses Mehraufkommen erst in zwei Jahren im Rahmen der Abrechnung erhalten. Nach dem neuen System fließen diese Mittel sofort in den Steuerverbund 2007. Eine Abrechnung ist gar nicht mehr erforderlich. Das ist ein wichtiger Gewinn an Planungssicherheit und Zuverlässigkeit für die kommunale Familie, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sehen die Kommunalpolitiker aber anders!)

Es ist auch 2007 möglich, die Kommunen mit 23 % am Landesanteil der Gemeinschaftssteuern, also der verfassungsrechtlich obligatorisch in den Steuerverbund einzubeziehenden Steuern, zu beteiligen.

Angesichts der dramatischen Haushaltslage des Landes war es für die Landesregierung im Rahmen der Abwägung nach Art. 79 der Landesverfassung allerdings unvermeidbar, dass die Kommunen auch einen Beitrag zur Konsolidierung des

Landeshaushalts leisten. Aus diesem Grund wird die bisher fakultative, also freiwillige Beteiligung der Kommunen an den vier Siebteln des Aufkommens der Grunderwerbsteuer mit dem vorliegenden Gesetzentwurf aufgegeben.

Die Gründe und Fakten hat Herr Kollege Dr. Linssen in seiner Einbringungsrede zum Haushalt 2007 heute dargelegt. Wir sind der Auffassung, dass dieser kommunale Solidarbeitrag in Höhe von 161,8 Millionen € in Anbetracht der finanziellen Rahmenbedingungen vertretbar ist, nicht zuletzt mit Blick auf das Plus bei der Verbundmasse von 820 Millionen €.

Meine Damen und Herren, der verteilbare Verbundbetrag wird wie bisher auf Schlüsselzuweisungen, Investitionspauschalen, Sonderpauschalen und Bedarfszuweisungen aufgeteilt. Nach den vorläufigen Daten dürfen die Kommunen 2007 mit Schlüsselzuweisungen in Höhe von 5,5 Milliarden € rechnen. Das heißt, der Anteil der freien Verfügbarkeit und damit sozusagen auch ein Beitrag zur kommunalen Selbstverwaltung liegt bei rund 85,4 %. Das kann sich wahrlich sehen lassen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist aber ein sehr maßvoller Applaus!)

Meine Damen und Herren, für die konjunkturell bedeutsamen Investitionspauschalen stehen im Steuerverbund 2007 insgesamt rund 408 Millionen € und damit 86,8 Millionen € beziehungsweise 27 % mehr als 2006 zur Verfügung.

Die Sonderpauschalen bleiben unverändert: die Schulpauschale, dotiert mit 460 Millionen €, und die Sportpauschale beträgt weiterhin 50 Millionen €. Damit löst die Landesregierung die Zusage ein, dass diese beiden Sonderpauschalen bis zum Ende der Legislaturperiode gleichbleibend gehalten werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das haben Sie auch schon einmal anders gesehen!)

Für die Bedarfszuweisungen sind im Steuerverbund 2007 insgesamt 21,4 Millionen € vorgesehen. Das sind gut 2 Millionen € mehr als im Steuerverbund 2006.

Meine Damen und Herren, insgesamt bleibt es bei dem klaren Kurs, den die Landesregierung bereits mit dem GFG 2006 eingeschlagen hat:

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei den Belastungen!)

Vorrang für Schlüsselzuweisungen, Steigerung der Investitionspauschalen, Konstanz und Ver-

lässlichkeit bei den Sonderpauschalen für Schule und Sport.

Wie angekündigt legt die Landesregierung in diesem Jahr kein Solidarbeitragsgesetz 2007 vor. Im GFG 2007 finden Sie daher letztmalig eine Übergangsregelung zur Abwicklung der Beteiligung der Kommunen an den Einheitslasten im Haushaltsjahr 2005. Die endgültigen Ausgleichsbeträge nach dem Solidarbeitragsgesetz für 2005 werden nach den Istergebnissen festgesetzt und verrechnet.

Ich spreche diesen Punkt deswegen an, weil inzwischen 20 Gemeinden vor dem Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen eine Verfassungsbeschwerde gegen die entsprechenden Regelungen im GFG 2006 erhoben haben. Die Landesregierung geht davon aus, dass es sich bei der jetzigen Regelung, wie sie auch in anderen Bundesländern üblich ist, um eine verfassungskonforme Ausgestaltung handelt. Ungeachtet dessen werden wir das Gesamtpaket „kommunaler Finanzausgleich“ einer gutachterlichen Prüfung unterziehen.

Abschließend stelle ich fest, dass die Landesregierung mit dem Entwurf zum Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 ihrer Verantwortung gegenüber der kommunalen Familie gerecht geworden ist.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Das ist nur Ihre Definition!)

Sie hat im Bewusstsein der angespannten Finanzlage der Kommunen und unter Berücksichtigung der extremen Haushaltslage des Landes mit diesem Gesetzentwurf für das GFG 2007 einen fairen und gerechten Interessenausgleich vorgenommen.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Definieren Sie einmal gerecht! – Ralf Jäger [SPD]: Schweine können fliegen?)

Letztendlich müssen alle erkennen, dass es zu dem Konsolidierungskurs bei den Landesfinanzen keine echte Alternative gibt. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der FDP – Beifall von der CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Innenminister Dr. Wolf. – Meine Damen und Herren, Sie haben die Einbringungsreden gehört.

(Fortgesetzter Beifall von der FDP)

– So, jetzt beruhigen sich die Kollegen der FDP auch wieder; gut.

(Zurufe von der FDP)

Nach einer Vereinbarung des Ältestenrats schließt sich unmittelbar die Beratung an.

Ich eröffne die **Beratung über das Haushaltsgesetz** und erteile für die SPD-Fraktion ihrer Vorsitzenden, Frau Kraft, das Wort. Bitte schön.

Hannelore Kraft (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lieber Herr Finanzminister Dr. Linssen! Ich komme mir langsam vor wie der Hauptdarsteller in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Zum dritten Mal legen Sie einen verfassungswidrigen Haushalt vor, zum dritten Mal verschleiern Sie gezielt die wahren Steuereinnahmen, zum dritten Mal senken Sie die Investitionen, und zum dritten Mal setzen Sie keineswegs klare politische Prioritäten. Im Gegenteil! Dieser Haushalt geht auf Kosten der Kommunen. Das Land entlastet sich, die Kommunen sollen zahlen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmelzter [SPD]: Das hat Herr Wolf gerade versucht darzulegen!)

Ist das Ihr Verständnis von sozialer Politik? In diesem Jahr sind es die Kinder und die Familien, die Sie zur Kasse bitten, und im nächsten Jahr werden es die Kommunen sein. Und die werden wiederum die Familien und die Kinder belasten. So setzen Sie diese Ihre Politik konsequent fort. Denn wo sollen die Kommunen denn das ausgleichen, was Sie ihnen wegekürzen? Die Kürzungen gehen doch zulasten der freiwilligen Leistungen, zulasten der Leistungen für Kinder und Familien vor Ort in den Kommunen, Herr Finanzminister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Interessant fand ich, wer bei Ihrer Rede wann wo geklatscht hat und wer nicht geklatscht hat.

(Svenja Schulze [SPD]: Ja, hochinteressant!)

Das zu betrachten war politisch hochinteressant.

Herr Ministerpräsident, Ihre eigenen Leute wehren sich doch gegen diese Politik. Ich habe mit großem Interesse gelesen, dass Sie bei Ihrer Klausurtagung auf dem Petersberg darüber diskutiert haben. Ich konnte lesen: „Das Land saniert sich auf Kosten der Kommunen.“ So werden CDU-Abgeordnete zitiert.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich stelle fest: Diese Abgeordneten übernehmen jetzt schon unsere Argumentation. Schönen Dank dafür, liebe Kollegen von der CDU.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Ralf Jäger [SPD]: Es gibt noch Lichtblicke!)

Herr Ministerpräsident, in Ihren Sonntagsreden, die Sie als stellvertretender Bundesvorsitzender der CDU halten, ist seit Neuestem viel von sozialer Politik die Rede. In Ihrer Politik als Ministerpräsident lösen Sie diesen Anspruch nicht ein.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Im Gegenteil: Sie blinken links, aber Sie fahren rechts, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmelzter [SPD]: Geisterfahrer!)

In den vergangenen Wochen durfte die staunende Öffentlichkeit Ihre Sommerinszenierung verfolgen. Mit viel Theaterdonner wurde ein Interview im „Stern“ abgesetzt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende der CDU tischt seiner Partei ihre Lebenslügen auf. Herr Rüttgers, Sie hätten doch wenigstens den Mut haben sollen, zuzugestehen, dass es sich um Ihre eigenen Lebenslügen handelt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmelzter [SPD]: Ja!)

Sie sind und waren an vorderster Stelle an allen politischen Entscheidungen Ihrer Partei beteiligt. Sie haben an den Beschlüssen mitgewirkt.

(Zuruf von Theo Kruse [CDU])

Sie haben an den Beschlüssen mitgeschrieben. Sie haben aus dem Wahlergebnis in NRW den Auftrag abgeleitet, eine marktradikale Politik durchzusetzen. Sie wollten Steigbügelhalter sein für Schwarz-Gelb in Berlin, damit die dort durchziehen können. Sie wollten Leipzig pur. Heute zählen die Parteitagsbeschlüsse von Leipzig – Herr Laumann ist nicht da –

(Rainer Schmelzter [SPD]: Die ganze Zeit nicht!)

wohl zu den Lebenslügen. Die Halbwertszeit Ihrer politischen Grundüberzeugungen, Herr Ministerpräsident, ist bemerkenswert kurz.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich darf es noch einmal in Erinnerung rufen: Privat vor Staat! Freiheit vor Gleichheit! Das ist die Präambel Ihres Koalitionsvertrages.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Christian Lindner [FDP]: Verlässlichkeit statt Beliebigkeit!)

Jetzt sagen Sie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität bedingen einander. Für uns Sozialdemokraten stand das nie in Zweifel.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmelzter [SPD]: Und steht es auch nicht!)

Wir wissen: Den Gleichklang von Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität erreicht man eben nicht mit marktradikaler Politik. Denn die ungebändigte Freiheit der Starken geht zulasten der Schwachen. Gerechtigkeit und Solidarität, das verlangt gleichen Zugang zu Chancen, das verlangt Teilhabemöglichkeiten für alle und das Entstehen der Starken für die Schwachen. Das Prinzip Freiheit vor Gleichheit ist deswegen nicht gerecht; es ist hochgradig ungerecht.

(Beifall von der SPD)

Dabei bleiben die auf der Strecke – das ist das Schlimme –, die, und zwar ohne eigenes Verschulden, nicht die Möglichkeiten oder Fähigkeiten haben, ihre Freiheit wahrzunehmen.

Lippenbekenntnisse und Sonntagsreden reichen nicht. Sie könnten die Werte, die Sie genannt haben, in Politik umsetzen. Sie regieren. Doch Sie tun genau das Gegenteil. Das zeigt sich auch mit dem Blick in den Haushalt. Ihre Politik geht zulasten der Kinder und Familien, sie geht auf Kosten der Kommunen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Das hat mit Gerechtigkeit und Solidarität reinweg gar nichts zu tun, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich könnte es auch in ein Bild fassen. Sie hängen die schwersten Lasten an die schwächsten Glieder der Kette, statt die einzelnen Glieder zusammenzuschweißen, wie es Ihre Aufgabe wäre.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zurufe von Dr. Gerhard Papke [FDP] und Christian Weisbrich [CDU])

– Da werden Sie laut. Ich kann mir vorstellen, dass es Ihnen nicht passt, wenn ich Ihnen das unter die Nase reibe.

Die Menschen spüren sehr genau – deshalb seien Sie da ganz vorsichtig –, dass es Ihrem Ministerpräsidenten nur um seine Profilierung geht. Das

hat auch die WDR-Umfrage gezeigt. Ich darf Sie an die Daten erinnern.

(Helmut Stahl [CDU]: Wer hat denn den Wagen an die Wand gefahren?)

Natürlich sind 84 % Ihrer Aussagen richtig – das ist banal –,

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sprüche!)

aber nur 30 % der Wähler empfinden Ihre Politik als dazu passend, als sozial ausgewogen. Die Menschen haben Sie ertappt, Herr Ministerpräsident; sie nehmen Ihnen das nicht ab.

(Beifall von der SPD)

Sie sagen das eine und Sie tun das andere. Wenn Sie es wirklich ernst meinen, Herr Ministerpräsident, dann vollziehen Sie jetzt eine Generalrevision Ihres Koalitionsvertrages.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Jawohl, vielleicht kann er die ja!)

Nicht an Ihren Reden, an Ihren Taten werden Sie gemessen. Ihr Spielfeld ist nicht in Berlin. Ihr Platz ist hier in Düsseldorf, auch wenn Sie sich das vielleicht anders wünschen.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Darum ist es Zeit, den Blick wieder mehr aufs Land zu richten. Meine Damen und Herren, ein erfreulicher Anlass dazu war das Landesjubiläum in der vergangenen Woche. Wir hatten einen großartigen Auftakt mit der Veranstaltung des WDR. Schon dabei wurde deutlich, dass nach 60 Jahren unser Land wirklich eine gemeinsame Identität gefunden hat. Die vom WDR in Auftrag gegebene Hymne ist dafür ein wichtiges, ein richtiges Symbol. Vielen Dank!

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Bisheriger Höhepunkt war das Geburtstagsfest am Wochenende. Auch ich will die Gelegenheit nutzen, den Organisatoren und Teilnehmern, ganz besonders aber den vielen engagierten Bürgerinnen und Bürgern zu danken, die das Bürgerfest hier am Rhein zu einem großen Erfolg gemacht haben.

(Beifall von der SPD)

Die Mitwirkenden haben in beeindruckender Weise deutlich gemacht, wie groß, wie stark und wie lebendig Nordrhein-Westfalen ist. Überall war zu spüren: Der von uns, von der SPD, geprägte Slogan „Wir in NRW“ ist inzwischen das Lebensge-

fühl der Menschen in diesem Land. „Wir in NRW“ haben allen Anlass, auf unser Land stolz zu sein.

(Beifall von der SPD)

Auch der Tag der offenen Tür hier im Landtag war ein großer Erfolg. Hier gilt ebenfalls: Dank an alle Helferinnen und Helfer, vor allem an die, die hinter den Kulissen mit vielen Überstunden mitgewirkt haben. Beeindruckend war für mich – ich sage das so deutlich – das hohe Interesse und auch die sachlichen und sachkundigen Fragen der Besucherinnen und Besucher. Wenn auch oft von Politikverdrossenheit und von Entfremdung zwischen Politik und Bevölkerung die Rede ist, so standen – nicht nur in meinen vielen Gesprächen – ehrliches Interesse und sachliche Fragen im Vordergrund.

Auch alle die, die nicht nach Düsseldorf kommen konnten, hatten ausführlich Gelegenheit, sich mit der 60-jährigen Geschichte unseres Landes auseinanderzusetzen. Deshalb gilt unser Dank und unsere Anerkennung auch den Medien. Ihre Berichterstattung hat im Wesentlichen dazu beigetragen, dass dieses Jubiläum ein Erfolg geworden ist.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Es war gut, dass zu diesem Anlass auch die Erfolge beim Aufbau des Landes herausgestellt worden sind. Das gibt Anlass zur Hoffnung, dass die Unart, dieses Land schlechtzureden, jetzt hoffentlich endlich vorbei ist. Wir können und wir müssen uns auf unsere Stärken, auf unsere Potenziale besinnen, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Christian Weisbrich [CDU])

Ich habe mich gefreut, dass das unabhängig von der Parteizugehörigkeit auch geschieht. Herr Ministerpräsident, wenn ich einmal vergleiche, wie Sie und ich unabhängig voneinander in Beiträgen in der „Rheinischen Post“ das Land beschreiben, dann ergeben sich bemerkenswerte Übereinstimmungen. Das ist gut für unser Land.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das scheint Herr Weisbrich nicht zu teilen!)

Meine Damen und Herren, mit dem Landesjubiläum ist das Land wieder in den Mittelpunkt gerückt. Aber der Blick auf das Land darf sich nicht nur in die Vergangenheit richten, sondern muss auch in die Zukunft gehen. Es geht darum, heute eine gute Politik für NRW zu machen. Und da – das beweist Ihr neuer Haushaltsentwurf – klaffen Anspruch und Wirklichkeit auseinander; es hat

sich nichts geändert. Es bleibt dabei: Sie sagen das Eine, und sie tun das Andere.

(Beifall von der SPD)

Sie, Herr Finanzminister, erheben den Anspruch, als ehrlicher Kaufmann zu agieren. Ich sage Ihnen: Kein ehrlicher Kaufmann frisiert seine Bilanz.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Gisela Walsken [SPD])

Sie verschweigen willentlich und wissentlich Steuereinnahmen. Für dieses Jahr – ich darf daran erinnern – hatten Sie kalkuliert mit 35,2 Milliarden €. Wir haben gesagt – vorsichtig, wie wir sind! –:

(Lachen von der CDU und FDP)

Es werden mindestens 35,4.

(Zurufe von der CDU)

– Hören Sie doch bis zum Ende zu! – Jetzt werden es mindestens 35,7. Für das nächste Jahr weisen Sie nur 37,4 Millionen € aus. Wir sagen: Es sind mindestens 37,7 Millionen € – aber vorsichtig geschätzt, Herr Finanzminister. Das ist der eigentliche Punkt. Sie schaffen sich Handlungsspielräume – und das ist der Sinn und Zweck des Ganzen –

(Horst Becker [GRÜNE]: Und beklauen die Kommunen!)

am Parlament vorbei in bisher nicht gekannten Größenordnungen: für 2006 rund 500 Millionen €, für 2007 mindestens 400 Millionen €, und das auch noch zulasten der Kommunen, Herr Finanzminister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das sind die Tatsachen!)

Ich bleibe beim Bild vom Sparstrumpf, Herr Minister. Der Sparstrumpf wächst und wächst. Eigentlich brauchen Sie jetzt schon einen Geldspeicher. Bei uns nennt man Sie jetzt schon „Dagobert Linssen“.

(Beifall von der SPD)

Es bleibt dabei: Sie sagen das Eine und tun das Andere. Jeder zusätzliche Euro bei den Steuereinnahmen geht in den Schuldenabbau: Das war Ihr Versprechen, Herr Finanzminister, Herr Ministerpräsident. Und die Wahrheit? Sie haben Steuermehreinnahmen von mehr als 2,1 Milliarden €. Und davon brauchen Sie etwa 1 Milliarde €, also rund die Hälfte, für mehr Ausgaben, Herr Minister.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Versprechen gebrochen!)

Herr Ministerpräsident, ich zitiere aus Ihrer Rede mit den „Top 10 der Lebenslügen“, die Sie auf „Zollverein“ gehalten haben und die in der „Wirtschaftswoche“ so schön zusammengefasst worden ist. Ich zitiere die Lebenslüge Nr. 9; da geht es um „Haushaltskonsolidierung verhindert Wachstum“. Sie sagen:

„Konsolidierung in wirtschaftlich schlechten Zeiten führt aber nicht zu einer Abschwächung, sondern zu einer Steigerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage.“

Und jetzt kommt es, hören Sie gut zu, meine Damen und Herren von CDU und SPD:

„Die Konsolidierung muss allerdings auf der Ausgaben-, nicht auf der Einnahmenseite stattfinden, ausgenommen öffentliche Investitionen.“

(Helmut Stahl [CDU]: Ja klar!)

Ja, aber was geschieht tatsächlich in Ihrem Haushalt, Herr Minister Linssen? Er wächst um 2,2 %. Und Sie steigern die Ausgaben um 1,1 Milliarden €. Das ist kein Sparhaushalt. Sie sind kein Sparkommissar, Sie sind schon gar nicht der „Eiserne Helmut“, Herr Finanzminister!

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Der Finanzminister kennt die Lebenslüge Nr. 9 noch nicht!)

Noch einmal zu den Investitionen – da kann ich Sie auch nicht rauslassen –: Die landeseigenen Investitionen werden sogar um 350 Millionen € zurückgefahren. Das entspricht 10 %.

Wir halten fest: Sie konsolidieren nur über die Einnahmen. Der Mehrwertsteuer sei Dank, Herr Papke; da brauchen Sie gar nicht wegzugucken. Sie wollten sie ja eigentlich gar nicht haben.

Herr Ministerpräsident, was ist denn da die Lebenslüge: Ist Ihrer Meinung nach dieser Haushalt schädlich, weil weder die Ausgaben sinken noch die Investitionen steigen, oder war möglicherweise Ihr Ziel einer raschen Haushaltskonsolidierung eine Lebenslüge, die Sie mit diesem Entwurf aufgegeben haben? – Sie hätten springen können, haben aber vor den Hindernissen gescheut. In Aachen heißt das dieser Tage „Verweigerung vor dem Oser“.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, Sie sagen das Eine, tun aber das Andere. Das gilt auch beim Personal. Hier haben Sie Großes angekündigt. Ein Blick auf den Haushalt zeigt: Es gibt keinesfalls 3.200 Stellen weniger, wie uns Minister Linssen glaub-

haft machen will. Richtig ist – da muss man schon genauer hinschauen –, dass in den Behörden wie schon seit Jahren – auch zu unseren Zeiten – rund 3.000 Stellen wegfallen werden. Das geschieht durch die Realisierung der sogenannten kw-Vermerke; das heißt „kann wegfallen“. Das geschieht dann, wenn die Mitarbeiter ausscheiden.

Der Unterschied zu unserer Zeit ist, dass Sie mehr neue Stellen schaffen, als sie alte abbauen. Und darum sind am Ende im Saldo 167 Stellen mehr im Haushalt. Schauen Sie auf Seite 109 des Haushaltsgesetzes, Herr Minister.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch zu unserer Zeit wurden neue Lehrer, neue Polizisten, neue Staatsanwälte und neue Betriebsprüfer eingestellt. Und trotzdem haben wir im Saldo der letzten zwei Jahre unserer Regierung jeweils rund 1.000 Stellen abgebaut. Sie wollten durch Personalabbau sparen, aber Sie schaffen es bisher nicht einmal, unsere Zahlen zu erreichen, Herr Finanzminister. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Übrigens: Sie haben vorhin gesagt, die Verwaltung sei gestrafft worden. Auch das ist falsch. Erst einmal haben Sie lauter neue Türschilder aufgehängt; das wollen wir einmal festhalten. Da ist noch gar nichts weggeschafft. Und dann darf man an dieser Stelle auch noch einmal darauf hinweisen, dass es eine ganze Reihe neuer Stellen gibt, die wir zumindest bedenkenswert finden. Ich nehme den neuen Staatssekretär in der Staatskanzlei, ich nehme den neuen zusätzlichen Abteilungsleiter beim Finanzminister, und ich sehe noch einige neue Gruppenleiterstellen, die in diesem Haushalt drin sind.

Ausdrücklich begrüßen wir – das sage ich an dieser Stelle, weil Sie damit eine unserer Forderungen erfüllen –, dass Ihr Haushaltsentwurf einen Aufwuchs für die Übernahme der ausgebildeten Anwärter bei der Polizei enthält. Das ist richtig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, es lohnt sich ebenfalls ein Blick auf die Lehrerstellen. Es lohnt sich, auch da einmal etwas genauer hinzuschauen. Ihre Ankündigung war, 1.000 Lehrerstellen jedes Jahr zusätzlich gegen Unterrichtsausfall einzurichten. Im Haushalt stehen auch 1.000 „frische“ Stellen. Allerdings werden gleichzeitig 500 kw-Stellen abgesetzt. Das macht unterm Strich 500. Und davon sollen 250 aus dem neuen Personaleinsatzmanagement fachfremd durch Umsetzungen besetzt

werden. Es bleiben also 250 vollwertige Lehrerstellen für rund 6.700 Schulen. Das macht statistisch 0,04 Stellen pro Schule.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Wow! – Gisela Walsken [SPD]: Gigantisch!)

Ich sage Ihnen als betroffene Mutter: Wie damit der Unterrichtsausfall in der Klasse meines Sohnes abgebaut werden soll, ist mir überhaupt nicht klar.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Jetzt wird Frau Sommer ganz schnell und muss telefonieren!)

Da Sie immer wieder von neuen Lehrerstellen reden, meine lieben Kolleginnen und Kollegen von CDU und FDP, rate ich Ihnen: Seien Sie vorsichtig, wenn Sie damit nach vor Ort gehen. Es dämert so langsam und dringt so langsam durch. Sie sprechen zwar von 4.000 neuen Lehrerstellen, die Sie schaffen wollen, aber bei den Menschen ist schon angekommen, dass es maximal 2.000 sein werden. Denn die übrigen Stellen werden gleichzeitig über kw-Stellen abgebaut.

(Zurufe von der FDP)

Da müssten Sie ehrlicherweise mit dem Saldo agieren und nicht nur die Zuwächse nennen, Herr Lindner. Das wäre ehrliche Politik, aber dazu sind Sie nicht in der Lage.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Zumindest Herr Linssen sollte wissen, was ein Saldo ist!)

Ich bleibe noch einmal in der Reitersprache; wir haben ja zurzeit das große Fest in Aachen: Haushaltswahrheit, Haushaltsklarheit und faire Lastenverteilung – bei dieser Triplebarre, Herr Minister, reißen Sie alle drei Ricks.

(Beifall von der SPD)

Meine Damen und Herren, auch bei der politischen Schwerpunktsetzung – über diese wurde vorhin schon gesprochen – gilt: Sie sagen das Eine und tun das Andere. Herr Ministerpräsident redet vom Jahr der Kinder, vom Schwerpunkt Bildung. Aber da, wo Sie Farbe bekennen und Geld in die Hand nehmen müssen, wo Sie es im Haushalt hinterlegen müssen, kneifen Sie. Dies ist für unser Land fatal.

Kinder, Jugend und Bildung sichern unsere Zukunft. Wir wissen es doch alle, und wir sagen es doch auch alle. Doch hier setzen Sie keine Maßstäbe. Hier gibt es keine nennenswerten Impulse. Mehr Bildung – und das wissen wir auch alle – geht in Kindergärten beispielsweise nur über ver-

pflichtende Angebote. Deshalb braucht man eine Beitragsfreiheit. Hierzu haben Sie nicht den Mut, nicht einmal mit der Perspektive 2009, wie ich aus den letzten Tagen schließen kann.

Vielleicht sprechen Sie noch einmal mit der Bundeskanzlerin. In einem interessanten Artikel im heutigen „Kölner Stadt-Anzeiger“ sagt Frau Merkel:

„Ich gehe davon aus, dass wir kostenlose Kindergärten haben werden.“ Die Kanzlerin sprach sich dafür aus, zunächst mit einem kostenfreien dritten Kindergartenjahr zu beginnen.“

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, manchmal ist der Rat einer Frau denn doch nicht schlecht.

Die Kürzungen im Jugendbereich nehmen Sie trotz weiterhin stark steigender Einnahmen auch nicht zurück. Das ist und bleibt unsozial, und das Schlimme ist: Es verursacht Folgekosten, die wesentlich höher sind. Das sagen Ihnen doch die Fachleute.

Hier treffen Sie schon in diesem Jahr die Kommunen. Und damit nicht genug: 2007 entlastet sich das Land massiv auf Kosten der Kommunen. Viele befinden sich bereits seit Jahren in einer dramatischen Schuldenspirale. Mit Haushaltssicherungskonzepten, mit Nothaushalten versuchen Sie über die Runden zu kommen. Nun bürden Sie ihnen weitere Belastungen auf:

- minus 85 Millionen € durch den Ausfall der Erstattung nicht eingemommener Elternbeiträge in den Kindergärten,
- minus 94 Millionen € durch höhere Beteiligung bei der Krankenhausfinanzierung,
- minus 18 Millionen € beim Weiterbildungs-gesetz,
- minus 3 Millionen € bei der Altlastensanierung – das trifft mal wieder das Ruhrgebiet –,
- minus 54 Millionen € beim Gemeindefinanzierungsgesetz – der Anteil am Steuerverbund –,
- minus 162 Millionen € durch Streichung des kommunalen Anteils an der Grunderwerbsteuer,
- minus 18 Millionen € beim sozialen Wohnungsbau und
- minus 18 Millionen € beim Flüchtlingsaufnahmegesetz und beim Landesaufnahmegesetz.

Allein diese Belastungen summieren sich für die Kommunen auf 452 Millionen €

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Unglaublich!)

Investitionen in den Kommunen sind für die örtliche Wirtschaft, insbesondere für das Handwerk, für den Mittelstand, unverzichtbar. Die würgen Sie ab. Ihre Begründung dafür ist geradezu abenteuerlich, Herr Finanzminister. Sie sagen, die Kommunen könnten Ihre Kürzung über die steigenden Steuereinnahmen kompensieren.

Was ist das für eine Logik? Haben Sie dem Innenminister vorher nicht zugehört? Der Schuldenstand der Kommunen in diesem Land betrage – so sagt er – rund 12 Milliarden €. Die Kommunen haben doch einen legitimen Anspruch auf ihren Anteil an den Steuern. Das Land gewährt die Mehreinnahmen nicht als Gnade, sondern sie stehen den Kommunen nach der Finanzverfassung zu, und sie haben sie auch bitter nötig.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Ich erinnere noch einmal daran: Das Land selbst wird Steuermehreinnahmen von rund 2,1 Milliarden € haben. Angesichts dessen ist es unverantwortlich, den Kommunen ihre dringend benötigten Steuermehreinnahmen wegzukürzen.

(Widerspruch von der CDU)

Herr Finanzminister, das ist doch „Linke Tasche, rechte Tasche“. Das hat nichts mit solider Finanzpolitik zu tun. Das ist Rechnen auf Pippi-Langstrumpf-Niveau.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Ja, drei mal zwei sind neun!)

Ein weiterer Bereich, in dem radikal gekürzt wird, ist die Weiterbildung. In diesem Jahr schlagen Sie richtig zu und kürzen um mehr als 18 Millionen €. Das kommt einer Zerschlagung der Weiterbildungslandschaft gleich. Es geht nicht um neue veränderte Strukturen, sondern eine Zerschlagung ist angelegt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Auch hier gilt: Sie sagen das Eine, und Sie tun das Andere.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das zieht sich durch!)

Wir alle reden nämlich immer von lebenslangem Lernen und der Bedeutung, der Bereitschaft der Menschen, sich ständig weiterzubilden. Die Wahrheit ist: Sie zerstören die Strukturen, und das ist im ländlichen Raum besonders dramatisch. Dort sind 104 kleine Volkshochschulen angesiedelt. Mit Ihren Kürzungen ist der Landes-

teil an den Kosten von früher 50 % auf heute nur noch 15 % gesunken. Dabei reden wir nicht über Peanuts.

Beispiel: Volkshochschule Bielefeld mit einem Haushaltsansatz von 595.000 €. Sie kürzen um 155.000 €, also um rund ein Viertel.

(Hendrik Wüst [CDU]: Ländlicher Raum?)

– Nein, aber im ländlichen Raum ist es noch schlimmer. Das haben Sie noch nicht verstanden, Herr Wüst. Das ist mir schon klar.

(Beifall von der SPD)

Sie müssen einmal dorthin fahren und sich das sagen lassen. Seien sie doch froh, dass ich den nicht ganz so schlimmen Bereich genommen habe!

Es ist deshalb besonders problematisch, weil durch diese Kürzungen die Angebote der Volkshochschulen im Bereich der schulischen Bildung bedroht sind. Das ist der eigentliche Skandal an diesen Kürzungen.

(Beifall von der SPD)

Wir wissen doch alle – Herr Laumann ist jetzt wieder da –, dass Jugendliche ohne Schulabschluss praktisch keine Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt haben. Es ist ein großer Verdienst der Volkshochschulen, dass sie vielen jungen Menschen die Möglichkeit bieten, diesen Abschluss nachzuholen. Aber diese Angebote werden kaum noch finanzierbar sein.

Gleiches gilt für die Integrationskurse. Ein Drittel wird von den Volkshochschulen durchgeführt. Wir sind uns alle einig, Herr Laschet, dass in diesem Bereich zukünftig mehr geschehen muss. Wie passt es dann zusammen, dass Sie diese Strukturen in der Fläche zerschlagen wollen? Es reicht nicht, dass Sie freundlich lächeln und gute Vorsätze haben. Ich halte es mit Adi Preisler: „... entscheidend ist auf'm Platz!“

(Beifall von der SPD)

Dort müssen Sie sich beweisen, Herr Minister. In diesem Fall sind das die konkreten Zahlen im Haushalt.

Die Lage der öffentlichen Haushalte ist weiterhin prekär. Das gilt auch für unseren Landeshaushalt. Darum ist es umso wichtiger, eine klare Schwerpunktsetzung vorzunehmen. Das haben Sie im Haushalt 2006 versäumt, und das verweigern Sie erneut für den Haushalt 2007. Sie glauben vielleicht, der Haushalt sei sorgfältig, mutig und zielgerichtet. Ich sage: Die Einnahmen sind sorgfältig

verschleiert, die Lasten werden mutig abgeschoben, und die Inhalte sind zielgerichtet schwerpunktfrei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: So ist es richtig!)

Wir werden unsere Alternativen zu Ihrem Haushalt formulieren, damit deutlich wird: Nordrhein-Westfalen braucht eine andere Politik, und diese andere Politik ist solide finanzierbar. Wir sagen: Das letzte Kindergartenjahr muss verpflichtend und damit beitragsfrei werden. Das ist notwendig, um den Bildungsauftrag zu stärken. Wir müssen es jetzt tun, um alle Kinder mit unseren Angeboten zu erreichen, gerade die, die vor der Schule einen besonderen Förderbedarf bei der Sprache haben.

Wir müssen uns verstärkt um den Bereich der unter Dreijährigen kümmern. Hier muss das Angebot kontinuierlich, Jahr für Jahr, ausgeweitet werden. Ich denke, da sind wir uns doch einig. Das heißt aber auch: In jedem Jahr müssen Sie im Haushalt eine Schippe drauflegen. Und das tun Sie nicht. Hier geht es um einen weichen Standortfaktor, und wir dürfen hier im Wettbewerb der Länder den Anschluss nicht verpassen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Die Kommunen sollen nicht die Zeche für die Sanierung des Landshaushalts bezahlen. Wer glaubt, es würde dadurch den Menschen im Land einen Deut besser gehen, der irrt gewaltig. Land und Kommunen sitzen in einem Boot. Unsere Kommunen haben eine unverzichtbare Funktion bei der Daseinsvorsorge und im sozialen Bereich. Wer sie schwächt, wer sie überfordert, trifft damit die Bürgerinnen und Bürger ganz direkt.

(Beifall von der SPD)

Ich darf daran erinnern: Vor Ort in den Kommunen erleben wir gerade genau das, was wir prognostiziert haben. Die Elternbeiträge werden aufgrund Ihrer Kürzung angehoben. Den Ärger haben Sie wunderbar in die Kommunen verlagert. Aber die Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger werden ausgedünnt, die Preise gehen hoch. Das ist das Ergebnis Ihrer Haushaltspolitik im Lande, meine Damen und Herren.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Zuruf von Dr. Gerhard Papke [FDP])

Bleiben wir bei unseren Vorschlägen. Mit realistischen und keineswegs überzogenen Einnahmensehnsüchten und durch Umschichtung werden wir zeigen: Die zusätzlichen Belastungen der Kommunen wären vermeidbar. Ein noch stärkerer Ab-

bau der Verschuldung ist möglich. Für Kinder, Jugend und Bildung kann mehr getan werden. Das bleibt unser klarer politischer Scherpunkt.

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Minister Dr. Helmut Linssen: Sie wollen doch mehr Geld ausgeben!)

Alle Anstrengungen des Staates und der Gesellschaft müssen sich auf diese Bereiche konzentrieren. Dort entscheidet sich, ob wir die Zukunft erfolgreich gestalten können oder ob wir sie verspielen. Sie haben in der Bildungspolitik den Weg zurück in die 50er-Jahre eingeschlagen.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Wir haben uns auf den Weg gemacht, um die Konzepte für die beste Bildung für alle zu entwickeln.

(Zuruf von der CDU)

Unser Land kann es sich nicht leisten, dass Talente und Potenziale ungenutzt bleiben.

Für die SPD-Landtagsfraktion gibt es zwei zentrale Verpflichtungen eines modernen Bildungssystems: Wir müssen allen Kindern alle Chancen geben. Jedes Mädchen, jeder Junge braucht Raum und Unterstützung, seine eigenen Fähigkeiten und Potenziale individuell zu entwickeln.

(Beifall von der SPD – Ralf Witzel [FDP]: Das machen wir doch! – Dr. Gerhard Papke [FDP]: Was haben Sie denn hinterlassen?)

Bildung dient auch der Gesellschaft insgesamt. Denn sie hilft, Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung zu vermeiden. Sie ist zentrales Element eines vorsorgenden Sozialstaates. Unser Bildungssystem muss fit gemacht werden für die Zukunft, damit unsere Kinder fit für die Zukunft sind. Darum stehen bei der Bildungspolitik für uns vier Leitgedanken im Mittelpunkt:

Wir brauchen ein flächendeckendes Betreuungsangebot für die Kleinsten und mehr Bildung und Qualität im vorschulischen Bereich.

Wir brauchen längere gemeinsame Lernzeiten in der Schule.

Wir müssen für alle Schülerinnen und Schüler eine Ganztagsbetreuung ermöglichen.

(Widerspruch von der CDU)

– Da sind Sie völlig andere Meinung; das weiß ich.

Wir müssen die Bildung vom Kindergarten bis zur Hochschule Schritt für Schritt gebührenfrei stellen, meine Damen und Herren.

(Beifall von der SPD)

Ich sage Ihnen ganz offen: Wir sind in einem Prozess. Wir sind auch in den Details noch gar nicht festgelegt; das ist nämlich ergebnisoffen.

(Zuruf von der CDU)

Wir setzen uns aber mit den Ergebnissen von Wissenschaft und den Konzepten anderer detailliert auseinander. Wir stehen darüber im Dialog mit den Institutionen und den Bürgerinnen und Bürgern.

Und was ist mit Ihnen? Ihnen fällt nichts anderes ein, als in den ideologischen Schützengräben von gestern liegen zu bleiben. Das ist Ihr Problem, meine Damen und Herren von CDU und FDP.

(Beifall von der SPD – Lachen bei der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Dialog ist für die ein Fremdwort!)

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident, Sie sind mit dem hohen Ziel der Erneuerung des Landes angetreten. Sie wollten eine Koalition ohne Streit bilden; heute zeigen sich erste Risse im Gefüge. Die CDU windet sich wegen der verabredeten Reform der Gemeindeordnung. In der Partei wächst die Ablehnungsfront beinahe stündlich – aus gutem Grund.

Was hat Sie geritten, die Stichwahl für die Bürgermeister, Landräte und Oberbürgermeister abschaffen zu wollen? Was soll daran demokratisch sein, wenn am Ende jemand gewählt ist, der knapp über 20 % der Wählerstimmen auf sich vereint? Hören Sie doch auf Herrn Lammert oder auf Ihren neuen Regierungssprecher, der sich als Chef der Rhein-Sieg-Union auch dagegen positioniert hat.

(Beifall von der SPD – Gisela Walsken [SPD]: Aha! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist ein guter Mann! – Widerspruch von der CDU)

Sie, meine Damen und Herren von der FDP, tun immer noch so, als habe sich die Welt nicht weitergedreht. Ihr Ministerpräsident hat für sich und seine Partei die Verschiebung der politischen Koordinaten vorgenommen.

(Minister Prof. Dr. Andreas Pinkwart: Das haben Sie doch bestritten!)

– Nein, das habe ich nicht bestritten. Ich habe bestritten, dass er das ernst meint. Aber dass er das öffentlich gemacht hat, brauche ich nicht zu bestreiten. Ich sage nur: Er sagt das Eine und tut

das Andere. Das ist der feine, aber kleine Unterschied dabei.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Pinkwart, wo waren Sie eigentlich seit dem 3. August? Waren Sie da viel unterwegs? Herr Rüttgers hat sich in dem Interview im „Stern“ zum neuen Norbert Blüm der CDU ausgerufen.

(Lachen von der SPD)

Freiheit vor Gleichheit – das gilt jetzt nicht mehr, Herr Minister. Sie verkünden den Lesern des „Westfalenblattes“ vor wenigen Tagen, am 26. August, also danach:

„Wir machen eine Politik mit klaren Grundsätzen: Privat vor Staat, Erwirtschaften vor Verteilen, Freiheit vor Gleichheit.“

(Beifall von der FDP)

– Sie brauchen gar nicht zu klatschen. Das war einmal. Der Ministerpräsident hat in der Zwischenzeit von seiner Richtlinienkompetenz Gebrauch gemacht. Reden Sie darüber nicht im Koalitionsausschuss? Im Kabinett ist dafür ja keine Zeit, wie wir gelernt haben.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident, die Menschen werden Sie nicht mit bloßen Sprüchen davonkommen lassen. Konkrete Antworten, konkrete Aktivitäten werden von Ihnen erwartet. Kurz und knapp hat dies der Chefredakteur der „Rheinischen Post“, Sven Gösmann, am 23. August in einem Kommentar zusammengefasst. Er spricht von Ihren Profilierungsversuchen, Herr Ministerpräsident, und sagt dann – ich zitiere mit freundlicher Erlaubnis –:

„Aber alle Aussagen über Lebenslügen seiner CDU täuschen nicht darüber hinweg, dass auch er noch keinen Hebel gefunden hat, das Erbe des diamantenen Jubelpaares Nordrhein und Westfalen zu bewahren: den sozialen Ausgleich zu erhalten, industrielle Arbeitsplätze im Lande zu sichern und neue innovative Beschäftigungsfelder zu erschließen.“

Dieser Kommentar trifft die Lage ganz genau.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Weder Ihr Koalitionsvertrag – darauf haben wir damals schon hingewiesen – noch Ihre Haushalte und schon gar nicht Ihre konkrete Politik geben eine Antwort auf die drängenden Fragen. Sie haben einfach keine. Davon wollen Sie mit Ihrer Sozialrhetorik und mit Ihren Angriffen gegen Berlin ablenken. Das ist die Wahrheit.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Aber die hört er nicht gern!)

Sie stehen jetzt seit mehr als einem Jahr in der Verantwortung, und Sie werden Ihr nicht gerecht. Dieser Meinung ist inzwischen übrigens interessanterweise auch die mittelständische Wirtschaft in NRW. Frau Thoben, das muss Ihnen Sorgen machen. Deren Zeugnis für Ihre Landesregierung fällt schlecht aus: 46 % geben ihr ein Mangelhaft oder allenfalls ein Ausreichend. 46 %! Dieser Wert ist sogar noch deutlich schlechter als der der Bundesregierung.

Dabei braucht unser Land so dringend ein aktives Eintreten für seine Interessen auch in Berlin. Aber es muss Streit in der Sache geführt werden, und es sollte nicht die Suche nach bundespolitischem Profil sein.

(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper)

Ein zentrales Thema der kommenden Wochen ist die Unternehmenssteuerreform. Hier sind auch Sie gefordert, für das Land und seine Menschen einzutreten. Hier können Sie beweisen, dass Sie es ernst meinen. Unsere Kommunen brauchen eine erneuerte Gewerbesteuer als sichere Basis.

Was tun Sie und die Landesregierung dafür? Wie bringen Sie das Gewicht von NRW ein? Oder sind Sie noch bei Ihrer Position aus dem Jahre 2003 verblieben, als Sie die Gewerbesteuer abschaffen wollten, Herr Ministerpräsident?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das kann man alles im Internet nachlesen!)

– Ich kann Ihnen das vorlegen. Wollen Sie es sehen?

Der Landtag hat die Chance dazu, ein klares Signal in Richtung Berlin zu senden. Wir haben einen Antrag eingebracht, der die Große Koalition in Berlin in Ihrer Politik unterstützt, aber auch im Sinne Nordrhein-Westfalens die soziale Komponente betont. Die SPD in NRW hat sich in dieser Frage eindeutig positioniert: Wir bestehen auf weitestgehender Aufkommensneutralität. Nur so wird die soziale Balance in diesem Land gewahrt.

(Beifall von der SPD)

Herr Ministerpräsident, an Sie stellt sich die Frage: Wie steht es hier mit der Abkehr von Lebenslügen? Oder sind Sie gar nicht handlungsfähig, weil Sie sich mit Ihrem Koalitionspartner nicht einigen können?

Ein anderes Thema, bei dem NRW die Stimme erheben sollte, ist der Solidarpakt Ost. Ich schicke es ganz eindeutig vorweg: Mir geht es um die Si-

cherung einer dauerhaften Solidarität. Unsere Kommunen befinden sich in einer finanziell dramatischen Lage. Und Sie verschärfen sie noch mit dem Haushalt. Seit Jahren zahlen die Kommunen aus NRW über die Gewerbesteuerumlage Millionen in den Solidaripakt Ost ein: Von 1996 bis 2005 waren es 7,11 Milliarden €. In vielen Fällen wird das Geld quasi direkt von der Bank geholt. Hier werden Schulden gemacht, um die Solidarität bezahlen zu können. Dieser Zustand darf so nicht bleiben. Gleiches muss gleich behandelt werden!

(Beifall von der SPD)

Hilfe muss sich an der Bedürftigkeit orientieren und nicht an der Himmelsrichtung.

Zugleich gilt: Die Zahlungen der Kommunen dürfen nicht noch weiter ansteigen. Die Lasten der Länder aus dem Solidaripakt sinken tendenziell: 2019 soll mit den Zahlungen Schluss sein. Die Belastungen der Kommunen bleiben aber bis dahin unverändert hoch. Bei einer Revitalisierung der Gewerbesteuer würden sie sogar steigen. Das muss geändert werden.

Ich sage es selbstkritisch: Das ist ein Webfehler, den damals alle Westländer in diesen Pakt eingebracht haben. Damals war die finanzielle Situation der Kommunen auch noch nicht so dramatisch wie heute. Wir müssen daran etwas ändern, wir müssen in NRW fair und gerecht miteinander umgehen, fair und gerecht auch mit den Kommunen dieses Landes.

(Beifall von der SPD)

Hier können und hier müssen wir sogar gemeinsam an einem Strang ziehen. Die Kollegen Papke und Stahl haben sich öffentlich in Teilbereichen ähnlich geäußert. Die Kommunen fordern uns auf, unabhängig von Mehrheitsverhältnissen und politischen Ausrichtungen aktiv zu werden. Wir laden alle Fraktionen ein, diesen Weg im Sinne und Interesse des Landes und im Interesse unserer Kommunen gemeinsam zu gehen.

Eine gemeinsam getragene Bundesratsinitiative wäre ein starkes Signal. Aber bis heute fehlt von Ihnen, Herr Ministerpräsident, hierzu eine Äußerung: Wie stehen Sie in dieser Frage? Wo bleibt eigentlich Ihre Stimme, wenn es um die Föderalismusreform II geht? Unser Land muss doch ein vitales Interesse daran haben, dass nach der Föderalismusreform I und der Änderung der Gesetzgebungskompetenz jetzt die Föderalismusreform II kommt. Denn wenn sie nicht kommt, ist das schlecht für NRW. Herr Ministerpräsident, hier ist Ihr Handeln gefragt. Von Ihnen habe ich dazu noch nichts vernommen.

(Beifall von der SPD – Rainer Schmeltzer [SPD]: Interessiert die nicht!)

Meine Damen und Herren, mit ihrem Haushaltsentwurf hat die Regierung kein Zeichen der Erneuerung gesetzt. Ihr Haushalt ist mutlos, profillos und verantwortungslos auf Kosten der Kommunen.

(Beifall von der SPD)

Er ist mutlos, weil Sie nicht wirklich sparen. Er ist profillos, weil Sie keine wirklichen politischen Schwerpunkte setzen; Sie investieren nicht genug in die Zukunft. Und er ist verantwortungslos, weil Sie Lasten und Konflikte auf die Kommunen abschieben.

Wir werden unsere Alternativen deutlich machen und wie schon im Haushalt 2006 in wenigen Schwerpunkten strukturelle Veränderungen vorschlagen.

Abschließend wende ich mich ausdrücklich an die Kolleginnen und Kollegen im Landtag in den Koalitionsfraktionen: Herr Kollege Stahl hat betont, kein Gesetz komme so aus dem Landtag heraus, wie es hineingegangen sei. Wir beobachten aufmerksam und mit Respekt Ihre internen Diskussionen über die Belastung der Kommunen. Offensichtlich ist Ihre Erdung an der Basis besser als die der Regierung. Sie können und Sie müssen jetzt über Änderungen entscheiden. Sie tragen wie wir alle als Haushaltsgesetzgeber die Verantwortung. Lassen Sie uns dieser Verantwortung zum Wohle des Landes und zum Wohle der Menschen gerecht werden. – Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall von der SPD – Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, als nächster Redner hat nun das Wort der Abgeordnete Stahl, Vorsitzende der CDU-Fraktion im Landtag.

(Gisela Walsken [SPD]: Der Höhepunkt des Tages!)

Helmut Stahl (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Frau Kollegin Kraft, es war relativ einfach vorherzusehen, wie Sie Ihre Rede aufbauen würden. Dazu gehörten keine großen hellseherischen Fähigkeiten.

(Gisela Walsken [SPD]: Mal sehen, was Sie zu bieten haben!)

Mir war klar, dass Sie sich in die Grundsatzprogrammdiskussion der Christlich-Demokratischen

Union Deutschlands einklinken würden. Mir war auch klar, dass Sie als Ausdruck der Arbeit der Koalition der Erneuerung den Haushalt als unsozial und wie auch immer angreifen würden. Das war durchsichtig.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sozialabbau!)

Es war auch vorhersehbar, dass Sie Ihre Behauptungen mit einer Fülle von Einzelbeispielen unterlegen würden. Frau Kollegin Kraft, das ist schlechterdings unseriös.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Mit einer Fülle von Einzelbeispielen, Herr Stahl! Mit einer Fülle!)

Ich werde das begründen. Es ist unseriös im Praktischen und im Detail. Es ist systematisch-methodisch unseriös.

Es ist im Detail beispielsweise dadurch unseriös, dass Sie natürlich vergessen haben, dass der Weiterbildungsetat im Jahr 2000 – als Sie noch regierten – bei 120 Millionen lag und Sie ihn auf 90 Millionen heruntergefahren haben. Für den Haushalt des Jahres 2005 wurde von uns seinerzeit ein Antrag auf Wiederaufstockung gestellt. Sie lehnten das damals ab, als Sie an der Regierung waren. So macht man sich unglaublich, Frau Kollegin.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie wollten aufstocken, und jetzt kürzen Sie massiv!)

Wenn Sie sich jetzt aus dem Fenster lehnen und sagen, man sollte die Kindergartenbeiträge für das dritte Jahr aussetzen bzw. abschaffen, dann muss ich sagen: Mein Gott, die Diskussion wird bei Ihnen seit über 20 Jahren geführt. Nichts ist passiert.

(Beifall von CDU und FDP)

Im Gegenteil: Sie haben die Ausgaben heruntergefahren. Sie haben unter anderem die Sachkosten für Kindergärten heruntergefahren. Jetzt stellen Sie sich hierher und tun so, als ob Sie die Welt erlösen könnten. Das ist doch nicht seriös.

Und methodisch: Klar ist doch, wenn man konsolidieren will und muss, dann wird unausweichlich jemand darunter leiden, es wird wehtun, es wird schmerzen. Sonst passiert es nicht. Sonst geht es nicht auf.

Sie gehen jetzt alle Einzelfälle durch und richten an uns anklagend den Vorwurf, wie unsozial und was auch immer wir seien.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie doch einmal, wer unter Ihnen leidet! Wer leidet denn unter Ihnen?)

Frau Kraft, wo ist Ihr Konzept? Wo ist Ihr geschlossenes Konzept, das deutlich macht, wie Sie den Haushalt konsolidieren wollen?

(Beifall von der CDU)

Frau Kraft, was Sie gesagt haben, war flach. Wo ist der Esprit? Wo ist das, was anregt, woran man sich reiben und womit man sich einmal auseinandersetzen kann?

(Zuruf von der SPD)

Das Aneinanderreihen aller möglichen Beispiele langweilt doch. Das reißt doch keinen mit.

(Beifall von der CDU – Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Es sind viele Zahlen und Fakten genannt worden. Im Laufe der Diskussion werden noch viele Zahlen und Fakten genannt.

Ich möchte mich in meinem Redebeitrag auf zwei Grundgedanken konzentrieren. Ich will Ihre Angriffe gegen den stellvertretenden Vorsitzenden der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, unseren Ministerpräsidenten Jürgen Rüttgers, aufnehmen.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD] – Weitere Zurufe von der SPD)

Jürgen Rüttgers hat in einer nun beginnenden Debatte Position bezogen. Die Pole der Debatte haben jetzt ein Gesicht. Dafür sind wir als CDU, als Fraktion ausgesprochen dankbar.

(Beifall von der CDU)

Es ist und bleibt Fakt: Leitbild unserer Politik ist und wird die wirtschaftliche Vernunft bleiben. Wir freuen uns darüber, dass das Mittelstandsbarometer von Ernst & Young uns, der Landesregierung, der Politik der Koalitionsfraktionen, testiert hat, dass wir, was den Mittelstand angeht, die Newcomer des Jahres seien.

Wir sind von hinten ganz nach vorne gekommen, verehrte Frau Kraft. Und da kommen Sie hierher und graben irgendeine Umfrage irgendeines Verbandes aus.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE] – Zuruf von der SPD: An dieser Stelle war Applaus vorgesehen!)

Bei aller Betonung der wirtschaftlichen Vernunft ist es natürlich auch so, dass die soziale Gerechtigkeit nicht aus dem Blick geraten darf. Das ist

Teil unserer Gene als Christlich-Demokratische Union, als Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Schöne Worte! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Warum handeln Sie dann nicht so? Kommen die Gene in der Praxis bei Ihnen nicht vor?)

Wir führen die Diskussion als CDU. Frau Kraft, ich freue mich darauf, wenn die Diskussion bei Ihnen darüber beginnt, wohin Ihre Perspektiven in die Zukunft reichen sollen. Darauf freue ich mich.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Die Freude wird Ihnen noch vergehen!)

Meine Vermutung ist, Sie werden in dieser Debatte nicht vorkommen. Dafür sind Sie viel zu unbedeutend geworden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn die Worte „soziale Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ auftauchen, kann man bei Sozialdemokraten immer folgenden Reflex beobachten: Sie rufen sofort: „Hier!“ – Wenn sie auf einmal feststellen, dass es nicht einer von ihnen war, der die Worte in den Mund genommen hat, dann kommt der zweite Reflex. Das ist der Entrüstungsreflex. Der Entrüstungsreflex sagt: Es kann nicht sein, was nicht sein darf; es darf nicht sein, was nicht sein kann.

(Zuruf von Rainer Schmeltzer [SPD])

Sie meinen, eine Deutungshoheit über die Begriffe „soziale Gerechtigkeit“ und „Solidarität“ zu haben. Der Rest ist dann geistlose Routine.

(Zuruf von der SPD: Das ist ja wohl eine Frechheit!)

Sie knicken ein Papier in der Mitte durch und schreiben auf die linke Seite Haushaltspositionen. Wenn Sie dann ein Minus feststellen, stellen Sie ein Weniger an sozialer Gerechtigkeit fest. Dann machen Sie einen Strich darunter und schreiben: Eine Kürzung des Haushaltsansatzes um 10 % bedeutet 10 % weniger soziale Gerechtigkeit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei den Ansätzen, die Sie haben, stimmt das ja auch!)

Das ist der sozialdemokratische soziale Gerechtigkeitsindex. So sieht er bei Ihnen aus.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei Ihren Ansätzen stimmt das 1:1, Herr Stahl!)

Dann ist es auch ganz einfach, was daraus folgt. Daraus folgt die Forderung nach mehr. Dann freuen Sie sich: Udo Lindenberg singt für Sie und

Günter Grass macht für Sie Wahlkampf. Das ist Ihre Welt, das ist Ihr Stil. Diese Welt ist längst untergegangen. Diese Welt hat so nie existiert.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie mit Ihren Ansprüchen Recht hätten,

(Zuruf von der SPD)

dann hätte unser schönes Bundesland bis zum 21. Mai 2005 das gerechteste und solidarischste Bundesland in ganz Deutschland und darüber hinaus sein müssen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nur mit Phrasen aus diesem Landtagswahlkampf kommen wir nicht weiter!)

Sie werden es nicht verstehen. Deshalb sind Sie auch abgewählt worden. Sie werden nicht verstehen, dass Sie uns gewaltige Gerechtigkeitslücken hinterlassen und die Grundwerte der Solidarität und der sozialen Gerechtigkeit brutal verletzt haben.

(Beifall von der CDU – Rainer Schmeltzer [SPD]: Glauben Sie selbst, was Sie da sagen?)

Sie haben eine unglaubliche Staatsverschuldung aufgehäuft insbesondere mit der Begründung, dass diese neuen Schulden dazu dienen sollen, Langzeitarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Über die ganze Zeitachse hinweg ist das nachweisbar. Sie haben also unter dem Vorzeichen von sozialer Gerechtigkeit und Solidarität Milliarden verbrannt, ohne den Menschen, ohne den Langzeitarbeitslosen tatsächlich zu helfen. Denn unser Land ist nach wie vor das Land mit der höchsten Quote an Langzeitarbeitslosen unter den Flächenländern dieser Republik.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nach wie vor, trotz Ihrer Sprüche!)

Sie sollten sich dafür schämen und nicht den großen Max machen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo war Ihr Handeln gegen Arbeitslosigkeit, das Sie versprochen haben?)

Schauen wir uns einmal die Bildungspolitik an. Jeder von uns weiß, dass es Kinder sogenannter bildungsferner Schichten, dass es Migrantenkinder, wenn ich das einmal so verkürzt sagen darf, unter allen Flächenländern in der Bundesrepublik Deutschland am schwersten in Nordrhein-Westfalen haben. Das nenne ich einen Verstoß

gegen soziale Gerechtigkeit, gegen Solidarität. Schämen sollten Sie sich dafür!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Gucken Sie in Ihr Schulgesetz, da haben Sie einen Grund, sich zu schämen!)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen die zweitniedrigste Erwerbsquote bei den Frauen und die geringste Betreuungsquote bei den unter Dreijährigen. Das ist Ihre Verantwortung. Das haben Sie zu vertreten.

(Beifall von CDU und FDP)

Wenn Sie das beklagen, dann sollten Sie sich schämen, Frau Kraft.

(Beifall von der CDU)

Diese und viele andere Verstöße gegen soziale Gerechtigkeit, gegen Solidarität mildern wir ab, lösen wir auf. Dies braucht jedoch einen langen Atem. Richtig ist: Dabei werden wir uns der Kritik stellen. Es ist eine Aufgabe, eine Pflicht der Opposition, Kritik zu üben. Schlimm finde ich allerdings, dass Sie sich aus dem Wettbewerb um die besseren Ideen für unser Land ausgeklinkt haben, dass Sie sich stattdessen Ihre Mütchen an Steinbrück, Riester, Ulla Schmidt kühlen und dabei völlig vergessen, sich einen Kompass zu erarbeiten, den Sie brauchen, um Kritik vorzutragen, die ernst genommen werden kann. Sie haben noch einen langen Weg vor sich, inhaltlich in der Debatte um unser Land auf Augenhöhe mit uns zu gelangen.

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Ich frage Sie: Wo ist Ihr Kompass? Der Kollege Horstmann hat angemahnt, selbigen zu entwickeln, hat sein Fehlen über viele Jahre festgestellt. Was passiert? – Der Kollege Farthmann, ehemaliges, langjähriges Mitglied und anerkannter Mensch im Landtag, sagt: Mein Gott, die arme Frau Kraft, man hat ja nichts, was man verkaufen kann. Was soll Sie verkaufen? – Auch Clement, ebenfalls kein Unbekannter hier im Landtag und gerade bei Ihnen, sagt: Die haben schlicht die Folgen der Globalisierung verschlafen. – Ich habe manchmal den Eindruck, wir übernehmen mit unserer Debatte Ihren Part. Wir diskutieren sozusagen stellvertretend für Sie mit und Sie laufen kläffend hinterher.

(Beifall von CDU und FDP – Lachen von SPD – Zuruf von der SPD: Das ist anmaßend!)

Wenn wir das tun, dann wird uns manchmal der Vorwurf entgegengebracht, dass wir auf dem Weg in die Sozialdemokratisierung seien. Dagegen sind wir nun wirklich als nordrhein-westfälische CDU gefeit. Unser Kompass ist klar: Unser Kompass ist der der sozialen Marktwirtschaft. Unser Kompass sind Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Diese sind miteinander verknüpft. Das ist Teil unserer Identität als Fraktion, als Christlich-Demokratische Union Deutschlands in unserem schönen Land Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das spiegelt sich wider in unserer Politik, dass alles ineinandergreift. Wir haben beispielsweise Studiengebühren eingeführt. Das war kein einfacher Weg für uns. Wir mussten es tun, weil es gar keine andere Möglichkeit gab, die Studienbedingungen an unseren Hochschulen zu verbessern.

(Zuruf von der SPD: Das ist doch Quatsch!)

Das zu organisieren ist ebenfalls ein Teil sozialer Gerechtigkeit. Ferner haben wir dafür Sorge getragen, dass jeder unter den Kriterien sozialer Gerechtigkeit studieren kann, dass keiner auf dem Weg in die Hochschule verloren gehen muss.

Sie wissen, wir sind für den Ausstieg aus dem subventionierten Steinkohlenbergbau, aber wir sind auch dafür, dass dies sozialverträglich geschieht.

Des Weiteren sind wir für die Einführung eines Kombilohns, gerade für Menschen, deren Qualifikation oftmals nicht ausreicht und ausreichen kann, um auf dem ersten Arbeitsmarkt dauerhaft Fuß zu fassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Da zeigt Ihr Kompass nach Ihnen!)

Wir haben also keinen Nachholbedarf. Die Beispiele sind nicht erschöpfend; ich könnte noch viele nennen. Für uns gehören wirtschaftliche Vernunft und soziale Gerechtigkeit ganz eng zusammen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Vernunft“ aus Ihrem Mund, das ist eine Zumutung!)

Wir haben Konsequenzen daraus gezogen, dass eine Politik gescheitert ist, die den Versuch unternahm, Brüderlichkeit auf den Staat zu transferieren. Sie ist gescheitert, weil dadurch der Sozialstaat kalt geworden ist, weil die Brüderlichkeit kein Gesicht mehr hat.

Wir haben daraus Konsequenzen gezogen und werden es weiterhin tun, dass Freiheit nicht darin besteht, individualistische Ungebundenheit zu le-

ben und das Risiko daraus auf den Staat zu transferieren. Wir werden und wollen dahin kommen zu sagen, Freiheit in Verantwortung, und wir wollen Antwort auf die Frage „Freiheit, wozu?“ geben. Die Freiheit „zu“ ist genauso wesentlich wie die Freiheit „von“. Das sind die Erkenntnisse, die wir aus einer langen Diskussion gezogen haben, die wir in unsere Partei weiter tragen werden und die wir mit Ihnen weiter diskutieren werden. Das ist die Basis einer modernen Politik, eines modernen Politikverständnisses für Bürger, für Kinder, für unser Land.

Jetzt komme ich zu meinem zweiten Grundgedanken. Haushalte sind in Zahlen geronnene Politik, wie wir alle wissen. Wir reden heute bekanntermaßen über den Haushalt 2007 und die mittelfristige Finanzplanung bis 2010. Frau Kraft, Sie haben es als sinnvoll erachtet, vor dem Verfassungsgericht den Nachtragshaushalt des Jahres 2005 zu beklagen. Das war kein Akt politischer Klugheit und ist ein Mangel an Professionalität.

(Gisela Walsken [SPD]: Verfassungswidrig war das!)

Warum? – Weil Ihre Schuldenpolitik gegen alle Grundwerte verstoßen hat, weil sie unmoralisch war und ist.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben die Freiheit in den Schuldenturm gesteckt. Sie haben Gerechtigkeit verletzt; denn die Zinsen werden von den Schwächeren an die Reichen gezahlt. Sie haben auch die Solidarität verletzt, weil Sie die Saat unserer Kinder zu großen Teilen verbraucht haben.

Ihre Finanzpolitik, die Finanzpolitik von Rot-Grün, war verfassungswidrig. Ich behaupte: Sie war auch gewissenlos. Sie war in den Jahren 2001 und 2002 verfassungswidrig. Das hat der Verfassungsgerichtshof Nordrhein-Westfalen in einem Urteil festgestellt. 2004/2005 war sie ebenfalls verfassungswidrig. Damals haben Sie sich unter Hinweis auf die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts nur dünn retten können. Aber auch darüber hinaus – darauf komme ich noch – waren diese Haushalte verfassungswidrig.

(Gisela Walsken [SPD]: Wer hat das festgestellt, Herr Kollege?)

Frau Kraft, wenn Sie die Chuzpe haben, hier unserem Finanzminister vorzuwerfen, er frisiere Bilanzen, dann sage ich Ihnen: Bilanzen frisiert – das haben die Herren Steinbrück und Dieckmann getan. Die müssten nach den Regeln ehrbarer Kaufleute dann im Knast sitzen beziehungsweise angeklagt werden.

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Vorsicht!)

– Ich belege das. Sie haben in jedem Jahr seit 2000 wider besseres Wissen die Steuereinnahmen höher geschätzt, als sie tatsächlich eintraten. In jedem Jahr! Dieser Trick hat es Ihnen ermöglicht, die Ausgaben hoch zu halten und echter Konsolidierung zu entgehen. Sie hatten keine Kraft zur Konsolidierung. Insgesamt haben Sie sich über die letzte Legislaturperiode bei den Steuereinnahmen um 10 Milliarden € – in Anführungszeichen – verschätzt. Für diese 10 Milliarden € müssen jetzt alle Bürgerinnen und Bürger von Nordrhein-Westfalen pro Jahr etwa 0,5 Milliarden € Zinsen- und Schuldendienst aufwenden. Dieses Geld steht uns für andere wichtige Zwecke nicht mehr zur Verfügung. Das ist Ihre Verantwortung.

(Beifall von CDU und FDP)

Ihre Verantwortung ist auch, dass absehbar ist, dass im Jahr 2010 der Schuldenstand des Landes – das ist in der mittelfristigen Finanzplanung, die jetzt vorgelegt wurde, nachzulesen – bei etwa 130 Milliarden € liegen wird,

(Thomas Stotko [SPD]: Das ist allein Ihre Verantwortung!)

und dies trotz sinkender Kreditfinanzierungsquote. Das ist das Resultat Ihrer gewissenlosen Selbstgefälligkeit in der Finanzpolitik.

Es ist schlicht unseriös, wenn Sie hier vortragen, dass lediglich der Anspruch erhoben werde, dass dieser Haushalt ein Sparhaushalt sei, und auf eine Steigerungsrate von 1,2 bis 1,3 % bei den Ausgaben verweisen. Dabei verschweigen Sie, dass in dem Haushalt des kommenden Jahres die Kreditierungen für die Kommunen von 674 Millionen € nicht mehr enthalten sind und dies einen Großteil des Anstieges beim Haushalt 2007 erklärt. Wollen Sie etwa den Kommunen das Geld wegnehmen? Dann könnten wir flacher fahren.

(Martin Börschel [SPD]: Wenn Sie eines können, dann den Kommunen das Geld aus der Tasche ziehen! Das ist doch das Problem!)

Es ist schlicht unseriös, wenn Sie hier kritisieren, dass wir – was nicht stimmt; am Ende wird die Bilanz es zeigen – in diesem oder im kommenden Jahr nicht die große Zahl von Lehrerinnen und Lehrern zusätzlich einstellen, die eingestellt werden müssen, während Sie verschweigen, dass

Sie selbst noch 2.000 Stellen kw gestellt haben, die also abgebaut werden müssen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Sie können die kw-Stellung doch auflösen, Herr Stahl!)

Sie kritisieren also, dass aus Ihrer Sicht – die nicht zutreffend ist – zu wenige zusätzliche Stellen geschaffen werden, obwohl Sie 2.000 Stellen streichen wollten. Das ist um Himmels willen doch nicht seriös!

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Sie können das doch verändern! – Rainer Schmeltzer [SPD]: Warum machen Sie hier Sprüche, anstatt das zu ändern?)

Es bleibt dabei: Ihre Schuldenpolitik war Zukunftsgift. Sie haben keinerlei moralisches Recht, Kritik zu üben und sich auf die Grundwerte zu berufen. Dieses Recht haben Sie verspielt. Seit 1973 gab es in keinem Jahr einen Haushalt, bei dem der Schuldenstand im Vergleich zum Vorjahr niedriger war.

Wir gehen jetzt mit harter Konsolidierung und Verpflichtung auf unsere Grundwerte daran, den Haushalt zu konsolidieren. Wenn es uns hoffentlich gelingt, in der kommenden Legislaturperiode erstmals wieder Schulden zurückzuzahlen, dann haben sich die Bayern mit einiger Wahrscheinlichkeit bereits entschuldet. Welch gigantischer Vorteil ist es, nicht mehr Zinsen- und Schuldendienste leisten zu müssen, sondern das Geld in die Hand nehmen zu können, um für die Zukunft, für Kinder, in Wissenschaft und Forschung sowie in Infrastruktur zu investieren! Das ist doch ein unglaublicher Vorteil.

(Beifall von CDU und FDP)

Deshalb – das ist der tiefe Grund – haben Helmut Linssen und die Landesregierung unsere volle Unterstützung dabei, alle zusätzlichen Einnahmen, die uns aus Steuererhöhungen zuwachsen, in die Reduzierung der Kreditaufnahme, in die Entschuldung unseres Landes zu stecken. Das ist das, worum es geht. Das ist das, was wir brauchen. Alles andere ist unseriös.

(Beifall von CDU und FDP)

Wichtig ist auch – das sprachen Sie am Schluss an; darauf komme ich gerne zurück –, dass wir mit unseren knappen Ressourcen sorgfältig umgehen. Das gilt für NRW, aber auch bundesweit. Ich erinnere daran, dass unser Bundesland zum Länderfinanzausgleich beiträgt. Aus diesem Grund haben wir ein Interesse daran, dass auch andere Bundesländer sorgfältig mit diesen knappen Ressourcen umgehen.

(Christian Lindner [FDP]: So ist es!)

Dann regt es einen natürlich ein Stück weit auf, wenn in Berlin jetzt mit dem Versprechen Wahlkampf gemacht wird, Kindergärten freizustellen, obwohl dieses Land gleichzeitig beim Bundesverfassungsgericht klagt, dass es von seinen Milliardenschulden entlastet werden will. Das ist nicht in Ordnung.

(Beifall von CDU und FDP)

Dass Herr Beck im Wahlkampf den Menschen in Rheinland-Pfalz verspricht, ihnen Wohltaten zu geben, ist, da Rheinland-Pfalz vom Länderfinanzausgleich profitiert, ebenfalls nicht seriös. Das möchten wir auch nicht mehr mitmachen. Wir brauchen Mechanismen, die so etwas verhindern.

Ein Mechanismus ist – ich sprach es in der vorletzten Woche an –, eine Hintertür zuzumauern, die uns immer neu in die Verschuldung bringt. Diese Hintertür ist eine unbestreitbare und echte Lebenslüge vieler Finanzpolitiker insbesondere Ihrer Partei.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Hören Sie doch auf, von „Lebenslüge“ zu sprechen!)

Diese Lebenslüge erlaubte nämlich, einen schlanken Fuß zu machen, wenn es in die Verschuldung ging.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Da sind Sie doch voll dabei!)

Wenn Helmut Linssen jetzt sagt, dass es objektiv unmöglich ist, ohne Nettokreditaufnahme Gleichgewicht in den Haushalt zu bringen, dann ist das eine ehrliche Bestandsaufnahme. Würde er die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts unterlegen, stünde er unter einem unglaublichen Begründungszwang,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ein Bilanzfälscher ist das!)

einem Begründungszwang, unter dem Sie im Übrigen auch bei Ihrer Klage stehen. Ich nenne die Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts Hintertürchen in neue Verschuldung.

(Carina Gödecke [SPD]: Die musste man wenigstens belegen!)

Wir haben in diesem Jahr ein Wachstum unserer Wirtschaft von 2 bis 2,5 %. Gott sei Dank!

(Horst Becker [GRÜNE]: Damit habt ihr doch nichts zu tun!)

Wir haben Preisstabilität; die Teuerungsrate liegt bei 1,5 %. Wir haben außenwirtschaftlich große

Erfolge. Ich hörte gestern Abend im Radio, dass die Ausfuhr im zweiten Quartal um 10 % gewachsen sei. Wie will ich denn bei einer solchen Konstellation begründen, unsere Wirtschaft sei im Ungleichgewicht, um dadurch in die Lage zu kommen, Schulden aufnehmen zu können? Diese Hintertür müssen wir in Nordrhein-Westfalen zumachen. Wir müssen sie auch im Bund zumachen.

Deshalb bin ich dafür, sind wir dafür, eine Bundesratsinitiative zu ergreifen, die die Abschaffung der Lebenslüge Stabilitäts- und Wachstumsgesetz vorsieht. Wir sind der Auffassung, dass es sinnvoll ist, im Grundgesetz entsprechende Anpassungen vorzunehmen. Wir sind der Auffassung, dass es auch sinnvoll und notwendig ist, in unserer Landesverfassung dieses Schlupfloch, diese Hintertür zumachen, Schulden zu machen aus Gründen einer Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die sowieso niemand nachvollziehen kann, die niemand je nachvollziehen konnte.

Da kommen wir gerne auf Sie zu, Frau Kraft. Wir können auch darüber reden, wie wir gemeinsam mit dem Solidarpakt II umgehen. Da sind wir offen. Lassen Sie uns über diese beiden Punkte miteinander sprechen. Ich lade ein zu der Initiative, die ich gerade ansprach. Sie laden zu anderen ein. Lassen Sie uns darüber sprechen!

Abschließend will ich etwas tun, was mir Spaß macht. Wenn ich auf die Bänke der Landesregierung gucke, dann fällt mir auf, dass die Landesregierung jetzt realiter ein Jahr „on the job“ ist. Sie hat jetzt ein Jahr gearbeitet. Und ich finde, sie hat unglaublich gut gearbeitet.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Widerspruch von der SPD)

Ich sage bei aller Kritik, die wir auch untereinander haben, ein herzliches Wort des Dankes. Ich sage ein herzliches Dankeschön Ihnen, Herr Minister Wolf.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich sage Ihnen Dank für Ihre gute, zukunfts-gestaltende Arbeit, tatkräftig unterstützt von Ihrem Parlamentarischen Staatssekretär Palmen.

(Martin Börschel [SPD]: Kriegt jetzt jeder ein Zeugnis?)

Ich sage Ihnen Dank für die gelungene Ausrichtung und die Sicherheit bei den Weltmeisterschaften sowie für Tatkraft und Konsequenz bei der notwendigen Verwaltungsstrukturreform. Vielen Dank!

(Beifall von CDU und FDP – Zuruf von der SPD)

Ich sage Dank Herrn Minister Wittke für gute und zukunfts-gestaltende Arbeit, unter anderem für die Abschaffung von Fehlanreizen im Baugesetzbuch und bei der Wohnraumförderung. Oliver Wittke, vielen Dank!

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Wer kommt jetzt? – Rainer Schmelzner [SPD]: Ist denn heute schon Weihnachten?)

Ich sage Herrn Minister Uhlenberg Dank für gute, zukunfts-gestaltende Arbeit, unter anderem für seine abwägende Politik zwischen Ökonomie und Ökologie, für zupackendes Krisenmanagement. Vielen Dank, Eckhard Uhlenberg!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzner [SPD]: Wittke müssen Sie wiederholen, er hat Panini-Bilder getauscht!)

Ich sage Dank Frau Ministerin Thoben für gute, zukunfts-gestaltende Arbeit,

(Beifall von der CDU)

unter anderem für hochkompetente Umgestaltung unserer Förderinstrumente für Wirtschaft, Mittelstand und den Arbeitsmarkt in Nordrhein-Westfalen. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Stahl, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Keymis?

Helmut Stahl (CDU): Nein, ich erlaube sie nicht.

Ich sage Ihnen, Frau Ministerin Sommer, Dank für zukunfts-gestaltende, gute Arbeit, insbesondere für das für unsere Zukunft so wichtige neue Schulgesetz. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzner [SPD]: Ein guter Sommer macht noch keine gute Sommer!)

Herr Minister Pinkwart, ich danke Ihnen für gute, zukunfts-gestaltende Arbeit, insbesondere für das Studienbeitragsgesetz sowie das kommende Hochschulfreiheitsgesetz. Beide sind von großer Bedeutung für die Zukunft, für die Innovationsfähigkeit unseres Landes. Vielen Dank!

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Ich sage Dank Frau Ministerin Müller-Piepenkötter, die jetzt in Berlin dienstlich unterwegs ist – Dank für gute, zukunftsgestaltende Arbeit, für ihr Engagement für junge Strafgefangene oder

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Für gute Reden im Parlament!)

für ihren Einsatz zur Stärkung der Patentkammern am Landgericht Düsseldorf. Vielen Dank!

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Herr Abgeordneter Stahl, galt Ihre Antwort für alle Wünsche nach einer Zwischenfrage? Herr Börschel verspürt nämlich auch den Wunsch.

Helmut Stahl (CDU): Ja, für alle, Herr Präsident.

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Okay.

Helmut Stahl (CDU): Ich sage Dank Herrn Minister Linssen. Herr Minister Linssen, ich danke Ihnen für gute, zukunftsgestaltende Arbeit und vor allem dafür: Mit Ihnen ist wieder Vertrauen in das Finanzgebaren dieses Landes eingekehrt. Vielen Dank!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Lachen von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Märchenstunde!)

Ich sage Ihnen, Herr Minister Laumann, Dank für gute, zukunftsgestaltende Arbeit, für soziale, für so viele gute Initiativen in so kurzer Zeit, zum Beispiel für Ihr Kombilohnmodell, für Ihren Bildungcheck oder für das Werkstattjahr. Gute Arbeit!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das Werkstattjahr insbesondere – mit so viel Nachfrage!)

Herr Minister Laschet, ich sage Ihnen Dank für gute, zukunftsgestaltende Arbeit, insbesondere für Ihre innovative Integrationspolitik und Ihr zukunftsgerichtetes Konzept zu Familienzentren. Vielen Dank!

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Minister Michael Breuer, ich sage Ihnen Dank für gute, zukunftsgestaltende Arbeit, insbesondere bei der Begleitung des großen Reformwerks der Föderalismusreform sowie für Ihre Mitwirkung bei der Gestaltung und Umsetzung der europäischen Förderkulisse. Vielen Dank!

(Beifall von CDU und FDP – Gisela Walsken [SPD]: Und jetzt die Staatssekretäre!)

Es bleibt noch einer übrig: Herr Ministerpräsident, ich sage Ihnen Dank für Ihre gute, zukunftsgestaltende Arbeit. Wir danken Ihnen insbesondere für Ihre starke Hand bei der Führung der Landesregierung. Wir sagen Ihnen Dank für Ihre Umsicht bei der Verfolgung unserer gemeinsamen Ziele. Wir gratulieren Ihnen dazu – das hat sich anlässlich des 60. Geburtstag unseres Bundeslandes gezeigt –, dass Nordrhein-Westfalen mit Ihnen wieder ein Gesicht hat. Wir wünschen Ihnen eine glückliche Hand. Auf viele gute Jahre! – Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir setzen die Debatte mit einem Beitrag der Frau Abgeordneten Löhrmann, Fraktionsvorsitzende von Bündnis 90/Die Grünen, fort. Bitte schön.

(Christian Lindner [FDP]: Man hätte der Opposition danken müssen, dass sie uns die Arbeit so leicht macht! – Unruhe – Glocke)

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

(Unruhe – Glocke)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Stahl, Sie haben den richtigen Zeitpunkt verpasst: Die Zeit der Zeugnisausgabe lag vor den Ferien, und in der fünften Jahreszeit sind wir noch nicht angekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Mir kam das gerade so vor, als hätten Sie die Landesregierung als Elferrat charakterisiert und als hätten Sie eine Büttendrede gehalten. Für die Stunksitzung war das aus meiner Sicht aber nicht gut genug!

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Da gehen Sie hin! Wir gehen woanders hin!)

– Herr Ministerpräsident, es ist Ihnen unbenommen, wo Sie Karneval feiern. – Entscheidend ist aber nicht – damit werde ich auch schon ernst –, dass die Stimmung hier gut ist und dass es Ihnen gut geht. Entscheidend ist, was Ihre Politik für Nordrhein-Westfalen und für die Menschen von Nordrhein-Westfalen bewirkt. Darum geht es.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Stahl, ein Kompliment, wenn auch nur ein kleines, mache ich Ihnen: Von dem Kollegen Moron haben Sie sehr schnell gelernt, dass es, wenn es in der Regierung ein bisschen grummelt und

dem Ministerpräsident ein wenig der Wind um die Nase weht, die vornehmste Aufgabe des Vorsitzenden der Regierungsfraktion ist, den Prätorianer des Ministerpräsidenten zu spielen. Edgar Moron hat uns immer wieder gesagt, dass es darauf ankäme. Wir sollten nicht über dieses oder jenes diskutieren wollen, das andere ginge jetzt vor. Mich wundert, dass der Ministerpräsident es nötig hat, dass Sie schon jetzt, nach nur einem Jahr, den Prätorianer geben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Stahl – das ist meine dritte Vorbemerkung –, ich habe mich doch sehr an Ihre letzten beiden Beiträge zum Landeshaushalt erinnert gefühlt.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Ich muss feststellen, dass Sie sich insbesondere an der SPD abgearbeitet haben, so als würde die SPD regieren und Sie wären in der Opposition. Aber Sie regieren jetzt und hier seit über einem Jahr. Deswegen müssen Sie endlich anfangen, darüber zu reden, was Sie zu verantworten haben.

Meine Damen und Herren, ich nutze aber natürlich gerne für meine Fraktion die Gelegenheit, wie es bei der Debatte über den Landeshaushalt üblich ist, eher allgemein über den Haushalt zu sprechen. Sie haben das bei Frau Kraft moniert. Aber einige Ihrer Kollegen, Herr Stahl, haben auch nicht sehr viel zum Haushalt gesagt. Entscheidend ist natürlich, dass sich das in die Gesamtdiskussion über die Landespolitik einbettet.

Herr Ministerpräsident, Sie reden wie Blüm, Sie ziehen Strippen wie Kohl und Sie regieren wie Westerwelle.

(Beifall von den GRÜNEN – Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das habe ich schon in der Zeitung gelesen!)

– Sie wiederholen sich auch gelegentlich. Sie wiederholen sich so häufig, da habe ich noch viel Gelegenheit, das eine oder andere zu wiederholen, was ich für richtig halte.

(Beifall von den GRÜNEN)

Winnetou, der Häuptling der Apachen, hätte gesagt: Weißer Mann spricht mit gespaltener Zunge. So viel Widerspruch zwischen Wort und Tat, ein so tiefer Graben zwischen Anspruch und Wirklichkeit war selten festzustellen. Zwischen Schein und Sein der Landesregierung liegen Welten. Konrad Adenauer hat ja einmal gesagt: Was schert mich mein Geschwätz von gestern? Bei Ihnen müsste

es heißen: Was schert mich mein Geschwätz von heute?

(Beifall von den GRÜNEN)

Links reden, rechts regieren – das ist Ihr Motto. Das macht der Haushaltsentwurf der Landesregierung für 2007 erneut deutlich. Die Leidtragenden, die Opfer Ihrer Haushaltspolitik sind die Frauen, die Kinder und Jugendlichen, deren Eltern und – sie sind diesmal das Hauptsparschwein der Landesregierung – die Kommunen.

Meine Damen und Herren, dies war ja der Sommer der Lebenslügen. Was für ein Glück, dass nicht nur die der CDU, sondern auch die von Günter Grass durch die Medienlandschaft geisterte. Sonst wäre es für die Union wahrscheinlich noch schlimmer ausgegangen als ohnehin schon. Gewaltige gedankliche Einsichten waren es, die Sie, Herr Rüttgers, hatten. Ich habe mich gefragt, wie es kommt, dass unser Ministerpräsident mit unverkennbar rheinischer Fröhlichkeit, aber auch mit einer Selbstgewissheit, die ihresgleichen sucht, über Lebenslügen seiner eigenen Partei schwadroniert.

Du meine Güte, Herr Rüttgers, was für ein Wort: Lebenslüge. Was heißt das denn? Da lebt einer sein ganzes Leben mit einer Lüge, mit Selbstbetrug also. Und kurz vor dem Ende, bevor er sie mit ins Grab nimmt, gesteht er sie ein, um sein Gewissen, seine Seele frei zu machen. So etwas haben Sie jetzt kollektiv Ihrer eigenen Partei attestiert, für die Sie als Zukunftsminister in der Bundesregierung gearbeitet haben, deren stellvertretender Bundesvorsitzender Sie seit sechs Jahren sind. Was haben Sie da eigentlich die ganzen Jahre gemacht? Oder meinten Sie nur sich selbst?

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn man das ernst nimmt, dann haut es einen um. Herr Rüttgers, ich vermute aber, dass Sie das mit der Lebenslüge eigentlich gar nicht ernst gemeint haben. Das war wohl nur ein Marketinggag. Sicher, ich verstehe das. Wenn Sie gesagt hätten, hört mal alle her in der Union, das mit der Freiheit über alles war ein politischer Irrtum, hätte das keinen interessiert. Angela Merkel, Wulff und Stoiber hätten nicht einmal gezuckt. Das passiert Ihnen in Berlin ja öfter. Das ist natürlich nicht schön, schon gar nicht, wenn man Ministerpräsident des größten Bundeslandes ist. Also musste wohl eine Keule her.

Ich habe mich gefragt, was Sie sonst hätten sagen können. Ich hätte eine Alternative: ideologische Verblendung. Herr Rüttgers, auch das hätte

eingeschlagen wie eine Bombe. Das wäre treffender gewesen; denn von ideologischer Verblendung strotzt es in der CDU nur so. Was ist denn sonst der Grund dafür, dass die CDU den Marktradikalen seit Jahren hinterherläuft und jeden Unfug zur Heilslehre erklärt?

Mit dem Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 wird die falsche Politik umgesetzt, die Sie, Herr Rüttgers, an Ihrer CDU kritisieren. Herr Ministerpräsident, Sie reden mit gespaltener Zunge.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine und Damen, beim Haushalt 2006 waren die Hauptopfer Ihrer Politik die Kinder und Jugendlichen und ihre Eltern. Passenderweise haben Sie das Jahr, in dem es zwei erfolgreiche Volksinitiativen gegen Ihre Kinder- und Jugendpolitik gab, zum Jahr des Kindes ausgerufen. Auch das eine Art Marketinggag!

Und Sie haben den Umweltschutz rasiert. Die angeblich aufgeblähte Umweltverwaltung wurde drastisch zusammengestrichen. Dabei musste die Landesregierung in der Antwort auf eine Kleine Anfrage Bärbel Höhn im Nachhinein bescheitigen, dass ihr Haus bei der Modernisierung und Entwicklung von Effizienz ganz vorne lag – hört, hört! –, mit 16,2 % abgebauten Stellen in den Jahren 1995 bis 2005! Warum wurde also die Umweltverwaltung zusammengestrichen? – Ich sage es Ihnen: weil Sie sich an Frau Höhn abarbeiten müssen, statt sich um die Sachen im Umweltbereich zu kümmern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Dabei zeigen doch der Gammelfleischskandal, PFT-verseuchtes Trinkwasser, Vogelgrippe und Schweinepest und – wenn ich den Blick etwas öffne – auch die verheerenden Folgen der Klimaerwärmung: Gute Umweltpolitik schützt die Menschen und nützt den Verbraucherinnen und Verbrauchern. Man kann es nicht oft genug sagen: Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt. Deswegen ist es absolut kurzsichtig und unverantwortlich, Umweltstandards abzubauen und die Strukturen des öffentlichen Umweltschutzes zu zerschlagen.

Meine Damen und Herren, angesichts wachsender Volkswirtschaften wie China, Indien oder Indonesien kommt es gerade darauf an, mit Innovationsprozessen im Umweltsektor zu wuchern, statt sie zu kappen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und das tun Sie nur, weil es von den Grünen kommt, weil die Grünen hier auch einen immen-

sen volkswirtschaftlichen Erfolg angestoßen und entwickelt haben. Welche ideologische Kurzsichtigkeit und Verblendung, ich muss sogar sagen: Blindheit!

Und im Haushalt 2007? – Da hat sich die Landesregierung die Frauen vorgeknöpft. Die Regionalstellen „Frau und Beruf“ werden kurzerhand abgeschafft. Versprochen hatten Sie eine Umstrukturierung.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das meint er damit!)

Das Ergebnis: Aktive Beratung für Frauen, die nach der Familienphase zurück in den Beruf wollen, wird es in NRW nicht mehr geben.

(Minister Armin Laschet: Stimmt doch nicht!)

Dabei brauchen wir kaum etwas dringender als eine Erhöhung der Frauenerwerbsquote in Deutschland.

Im Wissenschaftsetat von Minister Pinkwart wird die Frauenförderung gleich komplett eingestellt. Wir schließen daraus: Ihnen reichen die dank Rot-Grün mühsam erreichten 12,7 % Professorinnen offensichtlich aus. In manchen Fachbereichen gibt es nach wie vor keine einzige, habe ich diese Woche erfahren. Uns reicht das nicht aus;

(Beifall von den GRÜNEN)

denn das Ziel der Gleichberechtigung ist damit noch lange nicht erreicht, meine Damen und Herren. Offensive Gleichstellungspolitik, faktische Gleichberechtigung – das hat in Ihrer Ideologie immer noch keinen Platz.

In dieser Lage, Herr Dr. Rüttgers, wäre es doch Zeit, Ihr Image aufzupolieren. Vielleicht rufen Sie das kommende Jahr zum Jahr der Frauen aus. Das würde doch zum Jahr des Kindes 2006 mit seinen Volksinitiativen passen. Mittlerweile geht ja bei den Menschen in NRW schon die Angst um: Wenn Rüttgers wieder eine Gruppe zum Schwerpunkt des Jahres wählt, dann geht es denen nämlich garantiert an den Kragen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Herr Laschet, und Ihnen scheint es gar nicht aufzufallen, dass Sie jedes Mal die Scherben zusammenkehren müssen. Es reicht nicht, schöne allgemeine Reden zu halten über Multikultur, die jetzt auch Ihre Partei akzeptiert, und über Frauen und Kinder.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das kann er aber gut!)

Es wird langsam Zeit, dass Sie sich einmal kräftig wehren, damit Sie nicht immer die Scherben zusammenkehren müssen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Allerdings würde zu diesem Haushalt – Frau Kraft hat zu Recht darauf einen Schwerpunkt gelegt – auch eine ganz andere Losung passen: das Jahr der Kommunen. Denn auch sie sind ein besonderes Opfer Ihrer gedankenlosen Kürzungswut.

Der Finanzminister ist jetzt nicht da.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Doch!)

– Entschuldigung, alles andere hätte mich auch gewundert, denn es zeichnet Sie ja aus, dass Sie ein pflichtbewusster Mensch sind. Herr Finanzminister, Konsolidierung zeichnet sich eigentlich dadurch aus, dass Schulden der öffentlichen Hand insgesamt reduziert werden. Sie stattdessen verschieben die Haushaltslöcher aus dem Landeshaushalt in die Haushalte der Kommunen. Allein 162 Millionen € werden den Kommunen entzogen, weil ihr Anteil am Grunderwerbsteueraufkommen in 2007 auf null gesetzt wird.

Trotz dieser Operation – wir haben das ja eben erlebt – behaupten Sie hier, dass die Kommunen unverändert mit einem Verbundsatz von 23 % am Steuerverbund beteiligt würden. Das wird hier so gesagt, ohne rot zu werden. Herr Minister, diese bodenlose Frechheit werden sich die Kommunen nicht bieten lassen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Auch die CDU-Kommunen nicht!)

Wir werden sie auch dabei unterstützen, dass sie sich das nicht bieten lassen. Insgesamt bekommen unsere Kommunen fast 500 Millionen €, also eine halbe Milliarde, weniger, damit der Landeshaushalt wie ein Sparhaushalt aussieht.

(Minister Dr. Helmut Linssen: 820 Millionen € mehr!)

Sie konsolidieren überhaupt nichts. Sie verschieben bloß die Schulden von einem Konto auf das andere. Das ist linke Tasche – rechte Tasche. Sie sind ein Jahr an der Regierung, und Sie haben schon keine Ideen mehr. Das sind nur noch ziemlich dreiste Versuche, mit Taschenspielertricks über die Runden zu kommen. Von nachhaltiger Haushaltspolitik keine Spur, Schein und Sein der Landesregierung.

Herr Ministerpräsident, Sie reden mit gespaltener Zunge. Das ist und bleibt das Makelzeichen der schwarz-gelben Koalition. Das will ich an fünf Punkten weiter deutlich machen.

Erstens. Der Schein ist sozial. Das Sein ist marktradikal. Erinnern Sie sich! In Ihrer Regierungserklärung – das ist gerade einmal ein Jahr her – haben Sie gesagt, Sie wollten „Freiheit vor Gleichheit“, Sie wollten „privat vor Staat“. Damals haben Sie den Marktradikalen das Wort geredet, zur besonderen Freude der „Mir ist es doch egal, wie du klarkommst“-Liberalen an Ihrer Koalitionsseite. Und nun, ein Jahr danach, zaubern Sie im Sommertheater das Sozialkaninchen aus dem Hut, dass es den FDP-Kollegen ganz schwindelig wird. Kein Wunder, dass Herr Pinkwart Sie lobt, während Herr Papke drauflosdrischt, was das Zeug hält.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Also wie immer!)

– Wie immer, genau. Die – ich betone das – verbale Wende war dermaßen scharf, Herr Ministerpräsident, da musste der Flottenverband ja aus der Kurve fliegen. Vielleicht geben Sie Herrn Papke doch einmal Ihre Handynummer oder vielleicht wenigstens die von Herrn Berger.

(Beifall von den GRÜNEN)

Links reden, rechts regieren – das ist Ihre Devise, Herr Rüttgers. Sie machen keine soziale Politik für NRW. Das Ehrenamt, das in Sonntagsreden gepriesen wird, wird kaputtgespart. Die Frauenpolitik wird abgewickelt. Den Umweltschutz wollen Sie auch kleinkriegen.

Den Kommunen – das kann man nicht oft genug sagen – nehmen Sie das Geld, das für die Gestaltung lebenswerter Städte und Gemeinden dringend notwendig ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es sind doch unsere Kommunen, wo soziale und kulturelle Integration gelingt oder nicht, wo die Kultur lebt oder nicht, wo die ganz Kleinen Betreuungsplätze bekommen oder nicht, wo Familien Freibäder haben, in denen sie ihre Freizeit verbringen können, oder nicht, wo sich Menschen für Kinder entscheiden oder nicht. Das wird doch in den Kommunen erfahren und erlebt. Die Kommunen, unsere Kommunen, die sowieso schon Schwimmbäder, Jugendclubs, Kindergärten und Grundschulen schließen müssen, die überlegen, ob sie Orchester auflösen oder ihre Wohnungen verkaufen, denen das Wasser ohnehin schon Oberkante Unterlippe steht, die kriegen Ihre ganze Ideenlosigkeit ab, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Herr Becker, unser kommunalpolitischer Sprecher, wird dazu gleich noch weiter ins Detail gehen.

Meine Damen und Herren, Sie schaffen die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ab. Ein vernichtender Schlag gegen die Ehrenamtler, vor allem in der kirchlichen Eine-Welt-Arbeit. Die soziale Betreuung von Flüchtlingen in den Abschiebehaftanstalten wird gekürzt. Dabei wird allgemein betont, wie wichtig die vermittelnde und konfliktlösende Rolle dieser Betreuung ist. Die Politik der christlichen Soziallehre habe ich immer anders verstanden.

Auch die Agenda 21 NRW wird abgeschafft. Der nächste Schlag gegen das Ehrenamt und ein offener Angriff auf eine Politik der Nachhaltigkeit, die angesagt ist und die auch Sie immer mal wieder in Ihren Sonntagsreden postulieren, meine Damen und Herren!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Zweitens. Herr Ministerpräsident, der Schein Ihrer Politik ist ein sozial gerechteres Bildungssystem, das Sein ist eine Verschärfung der sozialen Ausgrenzung.

An Bildung und Innovation entscheidet sich die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Ihre Bildungspolitik aber zeichnet sich durch haarsträubende politische Irrtümer und ideologische Verblendung aus. Sie ignorieren systematisch alle wissenschaftlichen Erkenntnisse und Tatsachen immer nach dem Motto: Was brauche ich Fakten, wenn ich eine Ideologie habe? Das fängt in der Bildung ganz unten an.

Sie diskutieren munter über beitragsfreie Kindergartenjahre, jetzt allen voran die Bundeskanzlerin, während gleichzeitig die Kommunen – da, wo das konkret gemacht werden muss – mit konkreten Haushaltsentscheidungen Ihrer Landespolitik dazu gezwungen werden, die Kindergartenbeiträge massiv anzuheben. Also, das Gegenteil von dem, was Sie verkünden, müssen die Kommunen machen!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Und der Ärger kommt bei den Kommunen an und nicht bei Ihnen. Das ist das besonders Perfide an dieser Angelegenheit.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist sein System!)

Die Familienzentren werden mit 7 Millionen € unterstützt. Ich hatte das so verstanden, Herr Rüttgers, Herr Laschet, dass Sie am 10. Januar noch 15 Millionen € versprochen haben. Herr Laschet, ohne ausreichende Ressourcen können Sie Ihre Familienzentren vergessen.

(Minister Armin Laschet: Das ist doch nur für ein halbes Jahr, Frau Kollegin!)

– Ja, dann sind wir mal gespannt, wie sich der Aufwuchs weiter entwickeln wird.

(Minister Armin Laschet: Da stimmt Ihre Re-devorbereitung nicht!)

Herr Rüttgers, Frau Sommer, Sie behaupten, Ihr Schulgesetz sei das modernste in ganz Europa.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Das ist auch so!)

Dabei sind wir in Deutschland die weltweit Letzten, die an dem Irrsinn festhalten, Kinder in Schubladen aufzuteilen und ihnen damit im Alter von neun Jahren nahezu unüberwindliche Barrieren in den Weg zu stellen.

(Beifall von den GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: Das ist die Vorstellung von Moderne von Herrn Rüttgers!)

Es ist erstaunlich, dass Sie nicht aufnehmen, was Kommunalverbände sagen, dass Sie nicht aufnehmen, was die Wirtschaft sagt: dass dies falsch ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sieben Anhörungen!)

Sie behaupten mit einer Unverschämtheit, die mir wirklich den Atem raubt, dass die Kinder in NRW jetzt gleiche Chancen hätten. Ja, so steht es auf dem CDU-Plakat gleich nebenan am Stadttor. Tatsächlich aber ist Ihr Schulgesetz voll von Maßnahmen, die die bestehende massive Benachteiligung von Kindern aus bildungsfernen Schichten radikal verschärfen werden. Das sagen Ihnen alle ernstzunehmenden Bildungsforscher, und das sagt Ihnen auch die OECD.

Wann endlich werden Sie begreifen, dass das selektive Schulsystem, das Schubladensystem, auf einer völlig überholten Vorstellung davon basiert, wie Kinder lernen? Wann endlich werden Sie sich der wissenschaftlich längst erwiesenen Tatsache stellen, dass die daraus folgende völlig falsche Unterrichtskultur die Hauptursache für das Versagen des deutschen Bildungssystems darstellt?

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Lebenslügen!)

Wann endlich werden Sie Ihre ideologische Verblendung aufgeben und bildungspolitischer Vernunft weichen lassen?

Jedes Jahr, in dem Sie weiter in die falsche Richtung marschieren, ist ein für immer verlorenes Jahr für die Kinder an unseren Schulen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Jedes Jahr, in dem Sie weiter an der Schulphilosophie der Kaiserzeit festhalten, ist ein verlorenes Jahr auf dem Weg in die wirtschaftliche Zukunft unseres Landes. Das gehört nämlich unmittelbar dazu.

Es reicht nicht, über individuelle Förderung zu reden, man muss individuelle Förderung zum Prinzip jeden Unterrichts machen und es strukturell auch ermöglichen. Denn das Potenzial unserer Kinder ist die wichtigste Ressource, die unser Land hat.

Ich komme zur Weiterbildung. Das finde ich einen besonders dreisten Bruch eines Wahlversprechens, und der wird fortgesetzt, weil Sie im letzten Jahr damit durchgekommen sind. Die Weiterbildung gehört als Säule dazu, wenn es darum geht, lebenslanges Lernen voranzubringen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Es kommt doch darauf an, nicht nur die Schule als den Ort des Lernens zu verstehen, sondern man muss ein ganzes Leben hindurch lernen. Kaum ein Mensch, der in Arbeit ist, kommt ein ganzes Leben mit dem aus, was er einmal erworben hat, sondern er muss sich kontinuierlich fortbilden und qualifizieren. Deswegen ist die Weiterbildung so wichtig, und deswegen ist es fahrlässig, dass Sie hier entgegen aller Ihrer Ankündigungen besonders drastisch kürzen. Sie scheinen zu glauben, dass die Kommunen das in irgendeiner Weise auffangen können. Die Kommunen, die Sie so sträflich behandeln, sind dazu nicht mehr in der Lage.

Meine Damen und Herren, es geht weiter mit Ihrer Ausblendung der Realität im Bildungsbereich. „Hochschulfreiheitsgesetz“: Welche grandiose Täuschung! Hat jeder, der möchte, die Freiheit zu studieren,

(Christian Weisbrich [CDU]: Ja, natürlich!)

wenn er sich dafür gleichzeitig verschulden muss? Werden die Hochschulen freier, wenn sie vom Land zusätzliche Aufgaben aufgebürdet bekommen, dafür aber im Gegenzug weniger Landesgeld erhalten? Wer hat denn die Gestaltungsfreiheit in der Hochschule, wenn ein Hochschulrat vom Ministerium inthronisiert wird? Ist es ein Freiheitsfortschritt, wenn die studentische Mitbestimmung eingeschränkt wird? Ist es Ihr Verständnis von Freiheit, wenn die Studierenden zu Kunden

degradiert und von wesentlichen Entscheidungen ausgeschlossen werden?

Das wäre eine Herausforderung. Da möchten wir bald wissen, wie Sie das angehen, wie Sie mit Ihrer Hochschulpolitik auf den dann notwendigen Anstieg der Studierendenzahlen vorbereiten. Davon ist im Moment nicht das Geringste zu erkennen, meine Damen und Herren.

Dritter Punkt. Der Schein ist Subventionsabbau, das Sein ist der Status quo. Auch in diesem Jahr werden die Subventionsgräber Steinkohle, Landwirtschaft und Flugverkehr mit dreistelligen Millionenbeiträgen gefüllt.

(Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers: Wer hat das denn gemacht? Das habt ihr doch gemacht!)

Sie wissen, Herr Ministerpräsident, dass wir Grüne Sie bei dem Ziel, dem Ausstieg aus der Steinkohlesubvention, politisch unterstützen. Dazu stehen wir auch nach wie vor, weil wir das in der Sache ausdrücklich für richtig halten.

Ganz bewusst habe ich in der letzten Woche den Verlauf der Sitzung des Wirtschaftsausschusses persönlich verfolgt. Ich war entsetzt – und bin das nach wie vor –, wie schlecht die Landesregierung vorbereitet ist, um diesen auch von uns gewollten Ausstieg erfolgreich zu meistern.

(Beifall von den GRÜNEN – Johannes Remmel [GRÜNE]: Grottenschlecht!)

Sie verhalten sich in hohem Maße fahrlässig. Und Sie, Herr Ministerpräsident, scheinen es im Gegensatz zu Frau Merkel nicht für nötig zu halten, das zur Chefsache zu machen. Wie Herr Stahl sich da einbringt, habe ich außer drei, vier Sätzen auch noch nicht wahrgenommen. Ich habe das nicht wahrgenommen.

Es kann nicht gut gehen, wenn Sie das so weiterlaufen lassen, Herr Ministerpräsident. Das ist ein schwerer Fehler. Wir wissen, wie gut sich die Sozialdemokraten in dieser Frage aufstellen. Wir haben ein gemeinsames Interesse an einer vernünftigen Regelung.

(Johannes Remmel [GRÜNE]: Verrat an den Interessen des Landes ist das!)

Unseres Erachtens kommt es darauf an, den geplanten Börsengang der RAG zu konditionieren. Der Ausstieg muss festgeschrieben werden. Er muss sozialverträglich erfolgen. Die Altlasten und die bergbaubedingten Schäden dürfen auch nach Auslaufen des aktiven Bergbaus nicht beim Staat

hängen bleiben und nicht zulasten der betroffenen Bürgerinnen und Bürger gehen.

Zum Stand der Vorbereitung der Landesregierung: Während die Gegenseite mit aufwendiger Medienkampagne und hochkarätigen Ratgebern präsent ist und aufrüstet, fehlen der Landesregierung sowohl die für solche Verhandlungen notwendigen Grundlagen als auch der erforderliche fachliche Beistand. Wenn er uns nicht so lieb und teuer wäre, würde ich Ihnen sagen: Sie sollten sich öfter mit Herrn Priggen auseinandersetzen, damit er Ihnen klarmacht, worauf es ankommt. Er war doch der Einzige, der in diesem Ausschuss Herrn Müller das Wasser reichen konnte. Das muss ich hier einmal in aller Deutlichkeit sagen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Den von uns beantragten Projektausschuss zur parlamentarischen Vorbereitung dieser Verhandlungen haben Sie zum zweiten Mal abgelehnt. Ich verstehe nicht, warum. Sie wollen es offenbar nicht so genau wissen. Sie verweigern sich der notwendigen akribischen Sacharbeit in diesem Thema, die zur Entlastung des Haushalts von entscheidender Bedeutung ist.

Meine Damen und Herren, ich betone es für unsere Fraktion noch einmal: Wir sind nicht mehr bereit, die organisierte Intransparenz bei der Steinkohlefinanzierung zu akzeptieren. Wir wollen im Detail wissen, wofür die 600 Millionen €, die NRW jährlich für die Steinkohle ausgibt, verwendet werden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn sie diese Transparenz nicht herstellen, dann werden wir das vor Gericht klären, Herr Ministerpräsident.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht einfach um zu viel, als dass wir es zulassen könnten, dass Ihre Regierung bei diesem Thema weiter herum dilettiert.

Vierter Punkt: Der Schein ist ein Sparhaushalt, das Sein sind verpasste Konsolidierungschancen. Meine Damen und Herren, ohne eine grundlegende Reform des öffentlichen Dienstes, Herr Linssen, ohne diesen Weg werden Sie den Personalhaushalt nicht in den Griff bekommen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch hier hindert Sie Ihre ideologische Verblendung an echten Reformschritten, nämlich der Schaffung eines einheitlichen Dienstrechtes für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst. Sie hal-

ten krampfhaft am preußischen Beamtenstatus fest.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das kann so nicht bleiben. Das ist nicht zeitgemäß, und zwar aus mehreren Gründen. Setzen Sie sich endlich auf Bundesebene für eine echte Reform des öffentlichen Dienstes ein! Die Konzepte liegen auf dem Tisch beziehungsweise in den Schubladen der Staatskanzlei. Denn Rot-Grün hat insoweit mit der Bull-Kommission längst die Vorarbeit geleistet. Lassen Sie uns das gemeinsam anpacken!

Jetzt zur Mehrwertsteuererhöhung, einem aus meiner Sicht besonders gelungenem Stück. Herr Dr. Linssen, wenn Sie von Akrobatik sprechen, dann liefert diese Regierung in dieser Frage ein besonderes Kunststück. Es tut schon ziemlich weh zuzusehen, welchen Spagat Sie da vollziehen. Sie haben diese Steuererhöhung angeblich bekämpft, und Sie haben sie nicht gewollt. Bis in den Bundesrat hinein haben Sie das dokumentiert. Aber die Mehreinnahmen von 1,4 Milliarden € haben Sie frühzeitig eingeplant. Sie haben sie eingesteckt und brüsten sich jetzt damit, dass Sie die Nettoneuverschuldung mit diesem Geld super senken können.

Herr Linssen, auch in diesem Fall muss ich sagen: Sie reden mit gespaltener Zunge. Das ist kein echtes Verdienst Ihrer Regierungspolitik, und das grenzt in gewisser Weise an Heuchelei.

Herr Dr. Rüttgers, die Koordinaten Ihrer Politik stimmen vorne und hinten nicht. Nehmen wir die Wertedebatte, das bietet sich nach dem Sommer mit Blick auf Ihren Koalitionsvertrag wirklich an:

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – oder nennen wir es Solidarität. Ja, Sie haben Recht: Diese grundlegenden Werte unserer demokratischen Verfassung vertragen keine Hierarchie. Sie bedingen sich. Kein Wert geht ohne die anderen. Keiner ist wichtiger als die anderen. Wenn sich Schwarz und Grün darüber einig wären, wäre das nicht einmal schlimm. Aber, Herr Rüttgers, wenn das richtig ist, wenn Sie mir da zustimmen, dann zeigen die genannten Beispiele Ihrer real existierenden Regierungspolitik, dass das Fundament Ihrer Arbeit neu gelegt werden muss. Daran geht kein Weg vorbei.

(Beifall von den GRÜNEN)

Die Konsequenz aus Ihrer Kritik an den von Ihnen so genannten Lebenslügen der Union muss über

kurz oder lang in eine Generalrevision Ihrer Regierungspolitik münden.

(Beifall von den GRÜNEN)

Entweder stimmt das, was Sie im Sommer verkündet haben, oder es stimmt das, was in Ihrem Koalitionsvertrag steht. Aber beides zusammen geht nicht. Auf Dauer werden die Leute das merken, weil sich das, was Sie im Sommer verkündet haben, in der praktischen Politik, in dem, was sich in der Wirklichkeit der Menschen abspielt, nicht wiederfindet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie all das, was Sie uns in den letzten Wochen über die Medien mitgeteilt haben, ernst meinen, hat Herr Kollege Papke, der jetzt auch netterweise wieder anwesend ist, Recht: Sie vertreten verbal das Gegenteil der Politik, die Sie mit der FDP vereinbart haben. Wenn ich an der Stelle der FDP wäre, würde ich mich auch wundern. Mal gucken, wie lange das gut geht.

Meine Damen und Herren, Herr Ministerpräsident! Ich schlage vor: Machen Sie einen Schnitt! Ziehen Sie diesen Haushalt zurück! Verhandeln Sie den Koalitionsvertrag neu! Sie können das gerne „Düsseldorfer Signal“ nennen.

Meine Damen und Herren, kommen wir – fünftens – zu Herrn Rüttgers Erkenntnissen in der Finanz- und Steuerpolitik: Natürlich war und ist es Unsinn zu behaupten, es entstünden 100.000 neue Arbeitsplätze, würden wir nur die Steuern senken. – Wenn Sie das in den Medien mit der gleichen Grobrhetorik vortragen, mit der die CDU im Chor mit den „FDPisten“ das genaue Gegenteil vertreten hat, dann bringt das das Denken in unserem Land auch nicht viel weiter.

Die Reaktion Ihrer Parteifreunde all überall zeigt: Die Union scheint insgesamt nicht schlauer zu werden. Ich frage mich allerdings auch, wieso Sie über die Steuerfrage mit Ihrer Parteivorsitzenden überhaupt streiten müssen. Wieso meinen Sie, Frau Merkel von einer Steuersenkungspolitik abbringen zu müssen? Da kommen Sie längst zu spät, versucht sie als Bundeskanzlerin doch gerade – ungeachtet Ihres Zwergenaufstandes – mit der größten Steuererhöhung in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland zu beweisen,

(Beifall von den GRÜNEN)

dass offenbar die Gleichung „hohe Steuern gleich zusätzliche Arbeitsplätze“ aufgeht,

(Beifall von den GRÜNEN)

was natürlich auch Blödsinn ist und gefährlich obendrein, meine Damen und Herren.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Denn es kommt doch immer darauf an, in welchem gesamtwirtschaftlichen Rahmen die Steuern erhoben werden. Zu einer vernünftigen Analyse dieses Zusammenhangs scheint zumindest die CDU im Moment nicht in der Lage zu sein.

(Beifall von den GRÜNEN)

Es geht doch darum, wie hoch die Belastung der Unternehmen insgesamt ist. Sie ist im Vergleich ziemlich hoch, wenn auch längst nicht mehr so hoch wie zum Ende der Ära Kohl. Es geht doch darum, wie hoch die Kosten der Arbeit sind. Sie sind immer noch zu hoch. Nur arbeitet die Bundesregierung im Moment kräftig daran – Beispiel Gesundheitsreform –, sie noch weiter nach oben zu treiben. Und es geht darum, wie qualifiziert die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind, und zwar von der Hilfskraft bis zum Management. Und da wird es eher schlechter als besser.

Vor allem aber geht es darum, meine Damen und Herren, ob wir eine Unternehmenskultur haben – und das gilt im Übrigen genauso für Parteien und den öffentlichen Dienst –, in der sich die Unternehmen als lernende Organisationen verstehen, die ihre technische und organisatorische Innovationsfähigkeit zum zentralen strategischen Instrument entwickeln. Andere europäische Länder sind diesbezüglich mit einer ganz anderen Philosophie sehr viel weiter als wir.

Herr Ministerpräsident, links reden, rechts regieren – damit werden Sie einen schweren Crash verursachen. Schon jetzt ist absehbar, wer die Opfer sind: die, die keine Knautschzone haben.

Es sind Eltern, die gerne arbeiten würden, aber es nicht können, weil die Voraussetzungen fehlen. Es sind Kinder, denen schon mit neun Jahren gesagt wird: „Du gehörst in die Schublade mit der Aufschrift ‚keine Chance‘“. Es sind Jugendliche, die keine Lehrstelle finden. Es sind junge Erwachsene, die studieren möchten, es sich aber nicht leisten können. Es sind Mütter, die zurück in den Beruf möchten, aber dabei keine Unterstützung erfahren. Es sind mittelständische Unternehmen, die zunehmend Probleme haben, qualifizierte Nachwuchs- und Fachkräfte zu finden. Und es sind die Städte und Gemeinden, die schon jetzt nicht mehr ein und aus wissen und sich für den Vollzug Ihrer unsozialen Politik vor Ort auch noch verantworten müssen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Und warum ist das alles so, meine Damen und Herren? – Weil Schwarz-Gelb ideologisch verblendet in Konzepten aus dem vergangenen

Jahrhundert verharret, anstatt sich endlich den Problemen und Chancen unseres Landes sachgerecht, vorurteilsfrei und zukunftsorientiert zu stellen. Herr Ministerpräsident, mit diesem Weg verspielen Sie die Zukunft unseres Landes. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP ihr Fraktionsvorsitzender, Herr Dr. Papke, das Wort.

Dr. Gerhard Papke (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Entwurf des Landeshaushalts für 2007, den der Finanzminister heute dem Parlament vorgelegt hat, steht unter der Überschrift „Konzentration auf Zukunftsaufgaben“. Zukunftsaufgaben sind für die Koalition der Erneuerung Investitionen in Kinder und Jugend, in ein erneuertes Schul- und Bildungssystem, in Forschung und Innovation, in die Förderung der kleinen und mittelgroßen Unternehmen in unserem Land.

Ich danke der Landesregierung und insbesondere dem Finanzminister im Namen meiner Fraktion zu Beginn meiner Ausführungen sehr herzlich dafür, dass es der Landesregierung und insbesondere dem Finanzminister gelungen ist, diese politischen Schwerpunkte unserer Arbeit im Entwurf des Landeshaushalts 2007 sichtbar zu machen. Das ist ein hartes Stück Arbeit gewesen. Dieser Haushaltsentwurf fügt sich in die politische Schwerpunktsetzung der Koalition der Erneuerung wie auch in den konsequenten Kurs zur Sanierung der zerrütteten Landesfinanzen, wie wir sie vorgefunden und von Rot-Grün übernommen haben, ein. Wir werden über Einzelheiten noch zu beraten haben; das ist überhaupt keine Frage und nicht ungewöhnlich, sondern der normale parlamentarische Ablauf.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Sie glauben doch selber nicht, was Sie da sagen!)

Dafür gebührt Ihnen, Herr Linssen, der herzliche Dank der FDP-Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der FDP)

Dieser Konsolidierungskurs ist ohne Alternative, und die Datenreihe seit Übernahme unserer Regierungsverantwortung belegt, dass wir vorangekommen sind.

Wir sind gestartet bei einer Nettokreditaufnahme von 6,7 Milliarden € im Jahr 2005 –

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Weil Sie 2 Milliarden draufgepackt haben!)

eine Nettoneuverschuldung, die noch auf das Konto der abgewählten Vorgängerregierung ging. Die neue Landesregierung hat die Neuverschuldung schon im Haushalt 2006 auf 5,6 Milliarden € drücken können. Jetzt – in 2007 – ist eine Nettokreditaufnahme in Höhe von 4,35 Milliarden € geplant.

Wir sind leider noch weit entfernt von unseren Zielen, zunächst einmal wieder die Verfassungsgrenze einzuhalten und dann – und das muss das eigentliche strategische Ziel dieser Koalition sein – mittelfristig so schnell wie möglich zu einem ausgeglichenen Haushalt zu kommen. Das, was Bayern geschafft hat, werden wir auch schaffen. Aber angesichts dieses gigantischen Schuldenbergs, den wir von der abgewählten rot-grünen Vorgängerregierung übernommen haben, dauert es eben etwas länger.

Dennoch, Herr Finanzminister, meine Damen und Herren: Der Konsolidierungspfad ist erkennbar, und wir, die FDP-Fraktion, werden Sie, Herr Finanzminister, auf diesem Weg ohne Wenn und Aber unterstützen.

(Beifall von FDP und CDU)

Ginge es nach der SPD, dann würden jetzt angesichts sprudelnder und üppig fließender Steuereinnahmen gleich wieder Überlegungen zu Konjunkturprogrammen angestellt. Ich finde sehr bemerkenswert, was man in diesen Tagen von Müntefering hört. Er hat vorgeschlagen, Bund, Länder und Kommunen sollten sich schnell an einem runden Tisch zusammensetzen, um gemeinsam darüber nachzudenken, wie man der Konjunktur durch gezielte staatliche Investitionsanreize noch etwas mehr auf die Sprünge helfen könnte. Ich sage hier in aller Klarheit: Diese Veranstaltung wird ohne uns stattfinden.

Es ist in diesem Sommer viel über Lebenslügen diskutiert worden, meine Damen und Herren. Es gehört zu den Lebenslügen der deutschen Sozialdemokratie, zu meinen, dass man mit einer expansiven Ausgabenpolitik die Konjunktur ankurbeln kann. Wenn das Strohfeuer ausgebrannt ist, bleiben am Ende nur Asche und ein höherer Schuldenberg über. Positive Ansätze für die wirtschaftliche Entwicklung lassen sich daraus überhaupt nicht gewinnen.

(Beifall von der FDP)

Wir sehen das ja an Nordrhein-Westfalen: Am Ende einer solchen Politik war Nordrhein-Westfalen

Spitzenreiter bei der Verschuldung und Schlusslicht bei Wachstum und Beschäftigung.

(Ralf Witzel [FDP]: Und bei Bildung!)

Jetzt noch einige Bemerkungen zu dem, was von Frau Kollegin Kraft konkret zum Haushalt vorgebracht worden ist. Auch Frau Kollegin Walsken hat sich in den letzten Tagen in einer bemerkenswerten Art und Weise dazu geäußert. Da lese ich von der Kollegin Walsken die Aussage, dass nach ihren Berechnungen das Steuerplus im kommenden Jahr um mindestens 360 Millionen € über dem Etatansatz liegen werde und – jetzt kommt es – dass es mittlerweile System habe, dass die Steuereinnahmen höher lägen, als bei den Schätzungen der Landesregierung angegeben.

(Helmut Stahl [CDU]: Unglaublich!)

Dazu kann ich Ihnen nur sagen: Das ist ein gutes System.

(Beifall von der FDP)

Bei Ihrem System dagegen lagen die tatsächlichen Steuereinnahmen immer deutlich unter den prognostizierten Einnahmen:

(Beifall von FDP und CDU)

um 10 Milliarden € allein im Zeitraum 2001 bis 2005. – Ein Hoch auf das neue System des Finanzministers,

(Beifall von FDP und CDU)

bei dem es wahrlich nichts zu beklagen gibt.

Unter den vielen Bonmots, die Sie heute wieder gesetzt haben, Frau Kollegin Kraft – ich konnte gar nicht so schnell mitschreiben –, ist das bemerkenswerteste vielleicht die Aussage, der Finanzminister sei kein ehrbarer Kaufmann. Mit welcher Chuzpe treten Sie eigentlich auf? Sie waren doch selber als Kabinettsmitglied über Jahre Teil dieses Systems von Bankrotteuren, die dieses Land an den Rand der Zahlungsunfähigkeit getrieben haben,

(Beifall von FDP und CDU)

und dann werfen Sie dem Finanzminister allen Ernstes vor, er sei kein ehrbarer Kaufmann? Das ist an Dreistigkeit nicht zu übertreffen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Herr Kollege Sagel, reden Sie nicht schon wieder über Dinge, von denen Sie bekanntermaßen überhaupt keine Ahnung haben!

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist Aufgabe der Koalitionsfraktionen, sich im Rahmen einer solchen Generaldebatte mit dem auseinanderzusetzen, was die Opposition hier so geboten hat. Als ich Ihnen zugehört habe, Frau Kollegin Kraft, fiel mir eine Beschreibung ein – ich habe sie aus meinen Unterlagen gleich herausgezogen –, die vor wenigen Wochen im „Spiegel“ zu lesen war. Bei allem Respekt will ich Ihnen diese drei Sätze nicht ersparen, weil Sie sie auch heute in Ihrer Rede bestätigt haben. Das Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ hat vor kurzem geschrieben:

„Kraft gilt als eine Art Krawalloppositionelle, die Rüttgers im Landtag laut und frech Paroli bietet, meist allerdings, ohne eigene Ideen zu präsentieren, wie sich beispielsweise der Landeshaushalt sanieren lässt.“

Diese Charakterisierung haben Sie heute auf den Punkt bestätigt.

(Beifall von der FDP)

Sie haben Krawall gemacht, Sie waren laut, Sie waren frech, und Sie haben keine eigenen Ideen vorgetragen, wie man den Landeshaushalt sanieren kann. All diese Elemente haben Sie überzeugend bestätigt.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich will einiges kurz beleuchten: Dass Sie der neuen Landesregierung eine schlechte Lehrerversorgung vorgeworfen haben, ist doch wohl ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall von FDP und CDU)

Sie haben Jahrzehnte die Verantwortung getragen, sind dieser Verantwortung nicht gerecht geworden, und deshalb haben die Wählerinnen und Wähler Sie aus dem Amt gejagt, Frau Kollegin Kraft, Sie und Ihre gesamte tolle rot-grüne Truppe. Und gerade Sie werfen der neuen Landesregierung vor, sie versagte bei der Herausforderung, genügend Lehrer bereitzustellen!

(Helga Gießelmann [SPD]: Bei der Einhaltung der eigenen Versprechungen! – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Richtig!)

Sie haben auch die 500 kw-Vermerke thematisiert. Das waren bei Ihnen noch 2.000.

(Beifall von der FDP)

1.500 haben wir aufgehoben, Frau Kollegin Kraft. Wenn Sie an der Regierung geblieben wären, was der liebe Gott und die Wählerinnen und Wähler verhütet haben, gäbe es jetzt nicht 500 kw-Vermerke, sondern 2.000. Das ist die Wahrheit.

Das wissen Sie auch. Sie erzählen ganz bewusst die Unwahrheit. Das lassen wir Ihnen nicht durchgehen.

(Beifall von FDP und CDU)

Das gilt auch für Ihren Running Gag mit dem beitragsfreien Kindergartenjahr. Bei früherer Gelegenheit hatte ich Ihnen schon einmal aus den Protokollen des Landtags Nordrhein-Westfalen vorgelesen, wie sich Ihre Fraktion als damalige Koalitionsfraktion eingebracht hat, als die Freien Demokraten das letztmalig vor zwei Jahren im Landtag Nordrhein-Westfalen beantragt haben. Diesen Antrag haben Sie mit Pauken und Trompeten vom Tisch gewischt und gesagt: undenkbar, unfinanzierbar. So sind Sie mit unserem Antrag umgegangen. Sie haben es selber nicht geschafft. Sie haben es seit Jahrzehnten in Ihre Parteiprogramme geschrieben, verwirklicht haben Sie es nie. Als wir mit der Vorlage gekommen sind, haben Sie es abgelehnt, und jetzt kommen Sie mit dieser Forderung. Liebe Frau Kollegin Kraft, das ist doch keine seriöse Politik, die Sie betreiben. Sie können den Menschen kein X für ein U vormachen.

(Hannelore Kraft [SPD]: Wenn Sie es gefordert haben, warum setzen Sie es nicht um?)

– Wir müssen erst einmal die Verheerungen in den Landesfinanzen bereinigen, die Sie uns hinterlassen haben, Frau Kollegin Kraft.

(Beifall von FDP und CDU)

Deshalb können wir das jetzt nicht machen, obwohl wir es gerne tun würden. Wir haben 113 Milliarden € Schulden. Sollen wir Ihnen die Eckdaten noch einmal vorbeten? Sobald wir das in den Griff bekommen haben – dazu werden wir noch ein paar Jahre brauchen –, werden wir uns mit dieser Debatte auseinandersetzen. Das ist doch gar keine Frage.

(Beifall von der FDP)

Vorher werden wir Ihren Genossen in Berlin sagen – Herr Stahl hat voll und ganz Recht –: Wir werden nicht zulassen, dass dort Sozialdemokraten in einem Volksfrontbündnis mit dem Versprechen, alle Kindergartenjahre beitragsfrei zu stellen, Wahlkampf machen, und wir finanzieren das Ganze. Das ist auch ein Stück aus dem Tollhaus.

(Beifall von der FDP)

Dazu hätte ich von Ihnen eine klare Ansage erwartet. Das wäre ein echter Beitrag von Ihnen für den laufenden Wahlkampf in Berlin, um im Berliner Wahlkampf Wahrheit und Klarheit zum Durch-

bruch zu verhelfen. Frau Kraft, wir sponsern Ihnen sogar noch das Flugticket nach Berlin.

(Beifall von der FDP)

Da können Sie auftreten, um die Stimme und die Interessen Nordrhein-Westfalens wirklich zur Geltung zu bringen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Machen Sie das einmal bei der Mehrwertsteuererhöhung!)

Noch etwas zur Schulpolitik: Das war einfach nicht zu toppen,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Schwätzer!)

dass Sie die bildungspolitischen Ergebnisse dieser Koalition beklagen.

(Hannelore Kraft [SPD] steht von ihrem Platz auf und geht die ersten Stufen hinauf.)

– Frau Kraft, laufen Sie nicht davon, ich bin noch nicht ganz fertig!

(Hannelore Kraft [SPD] setzt sich auf einen der Plätze an der Wand des Plenums.)

Wir haben in diesen Tagen den Bildungsmonitor 2006 mit dem neuesten Ranking der Bildungssysteme der deutschen Bundesländer in 2006, aber auf der Datenbasis 2004, frisch auf den Tisch bekommen. Wissen Sie, wo Nordrhein-Westfalen steht? Auf Platz 16 bei 16 Bundesländern. Das ist Ihre bildungspolitische Abschlussbilanz.

(Beifall von FDP und CDU)

Ein Jahr vorher waren sie wenigstens noch Drittlletzter und zwei Jahre vorher noch Fünftletzter. Daran kann man eine Entwicklung ablesen. Sie haben die Schul- und Bildungspolitik in diesem Land voll vor die Wand gefahren

(Beifall von FDP und CDU)

und entblöden sich nicht, das der neuen Koalition vorzutragen. Das ist abenteuerlich.

Und jetzt will ich Ihnen mal etwas sagen, meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, soweit Sie der Debatte noch lauschen: Ich habe vor gut zwei Wochen mit großem Interesse das bemerkenswerte Interview von Wolfgang Clement im „Kölner Stadt-Anzeiger“ gelesen.

(Lachen von Minister Dr. Helmut Linssen)

Weil es so eingängig ist, darf ich mit Genehmigung der Präsidentin einige wenige Sätze zitieren. Frau Kraft, hören Sie wirklich gut zu; Wolfgang

Clement hat Ihnen und Ihrer Partei viel mitzuteilen.

(Lachen von der FDP)

Auf die Frage des „Kölner Stadt-Anzeigers“, wie sozialdemokratische Politik der Zukunft aussehen muss, antwortet Wolfgang Clement:

„Wenn man das Soziale betont, liegt hierin auch das Risiko, in dem sich die SPD – in Nordrhein-Westfalen wie bundesweit – zurzeit befindet. In Wahrheit schaffen nur Ökonomie und eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Sozialpolitik.“

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist eine Binsenweisheit!)

„Das heißt auch, dass man Veränderungen der Sozialpolitik in Kauf nehmen muss. Hier gibt die Sozialdemokratie heute noch nicht die Antworten, die man braucht.“

„Welche sind das?“, fragt der Journalist weiter.

„Zum Beispiel die Verabschiedung von dieser doch tief sitzenden Staatsgläubigkeit und Regulierungswut, die weder gerechtfertigt sind noch Erfolg versprechen.“

(Dietmar Brockes [FDP]: Aha!)

„Stattdessen eine stärkere Betonung von Eigenverantwortung.“

Wolfgang Clement weiter:

„Womit ich mich auch beschäftige – ich lande immer wieder an diesem Punkt: Wir trauen dem Einzelnen weniger zu, als wir sollten.“

(Beifall von FDP und CDU)

Das sollten sich die Sozialdemokraten in diesem Haus ins Stammbuch schreiben lassen.

Als ich das in all dieser herrlichen Klarheit gelesen habe, war meine erste Reaktion: Jetzt müssen wir Wolfgang Clement endlich einen Aufnahmeantrag in die Freie Demokratische Partei schicken.

(Lachen von der SPD)

Nachdem ich Ihre Rede gehört habe, Frau Kraft, weiß ich, dass das nur die zweitbeste Idee wäre. Wolfgang Clement wird bei Ihnen viel nötiger gebraucht als bei uns.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Er muss erkennbar noch wichtige Überzeugungsarbeit leisten.

(Dietmar Brockes [FDP]: Das hat er ja schon einmal gemacht!)

Auch das wirft ein Schlaglicht auf den Zustand der SPD in Nordrhein-Westfalen, meine Damen und Herren: Ein Mann wie Wolfgang Clement, der als Politiker am Ende einer langen politischen Laufbahn vor der Rente steht, hat erkennbar noch mehr Erneuerungswillen als die restliche Sozialdemokratische Partei Deutschlands in ganz Nordrhein-Westfalen. Wolfgang Clement alleine!

(Minister Dr. Helmut Linssen: Hören Sie gut zu, Herr Jäger!)

Das wirft ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Sozialdemokratie.

(Beifall von der FDP)

Frau Kraft hat vor einiger Zeit erklärt, sie wolle sich jetzt an Jürgen Klinsmann orientieren. Wir sollten von Jürgen Klinsmann lernen:

(Christian Lindner [FDP]: Will auf Platz drei und dann ab nach Florida!)

„Er war sehr umstritten, hat sich durchgesetzt und war am Ende der strahlende Held.“

Ich finde, Sie haben einen sehr bemerkenswerten Vergleich gewählt. Liebe Frau Kollegin Kraft: Was möchten Sie uns denn damit sagen? Meinen Sie etwa, dass Sie die Menschen eines Tages genauso begeistern werden wie Jürgen Klinsmann? Oder möchten Sie uns sagen, dass Ihnen eigentlich niemand die Erneuerung der NRW-SPD zutraut? Oder gehen Sie davon aus, dass Sie eine ähnlich lange Amtszeit haben werden? Das lässt unterschiedliche Interpretationen zu.

(Ralf Jäger [SPD]: Herr Papke, machen Sie sich doch keine Sorgen um uns! Machen Sie sich lieber Sorgen um sich selbst! – Beifall von der SPD)

Fragen über Fragen, die Sie beantworten müssen. Eines will ich aber noch hinzufügen: Ihre Rede hat mich weniger an Jürgen Klinsmann als vielmehr an Mario Basler erinnert.

(Beifall von FDP und CDU – Ralf Jäger [SPD]: Können Sie den Witz noch einmal erklären, Herr Papke? Den habe selbst ich nicht verstanden!)

– Das erkläre ich Ihnen hinterher, Herr Kollege, okay? Das hat etwas mit der argumentativen Stärke des Herrn Mario Basler zu tun. Das ist kein Problem; die Zeit nehme ich mir gerne.

Meine Damen und Herren, in dieser Debatte ist eines wieder deutlich geworden: Um die nord-

rhein-westfälische SPD ist es dramatisch bestellt. Das muss uns im Rahmen einer solchen Generaldebatte über die Politik in Nordrhein-Westfalen natürlich beschäftigen.

(Gisela Walsken [SPD]: Ah! Dann erzählen Sie mal!)

– Das muss uns in der Tat beschäftigen, Frau Kollegin Walsken.

Wir haben vor wenigen Tagen den 60. Geburtstag Nordrhein-Westfalens gefeiert. Es muss uns bei einer solchen Debatte umtreiben, dass sich eine Partei wie die SPD, die dieses Land über viele Jahre entscheidend mitgeprägt hat, in einem derart desolaten Zustand befindet, wie das derzeit der Fall ist.

(Thomas Kutschaty [SPD]: Mir kommen die Tränen!)

Das kann kein guter Zustand für ein wettbewerbliches Miteinander, für einen demokratischen Diskurs hier im Landtag Nordrhein-Westfalen und für einen Wettbewerb um die beste Lösung sein. Darüber müssen wir hier gemeinsam sprechen.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren von der SPD, das Dilemma ist doch in Wahrheit, dass Sie Ihren Machtverlust bis heute gar nicht wirklich wahrhaben wollen. Sie haben es vor der Wahl nicht für möglich gehalten, dass Sie abgewählt werden. Dass Sie davongejagt worden sind, haben Sie bis zum heutigen Tag noch gar nicht richtig verinnerlicht.

(Gisela Walsken [SPD]: Sie haben noch gar nicht verstanden, dass Sie in der Opposition sind, Herr Kollege!)

Wenn ich von Ihnen, Herr Kollege Jäger, lese – ich zitiere ein weiteres Mal –: „Wir sind die Regierung im Wartestand.“, dann muss die Frage erlaubt sein: Was diskutieren Sie eigentlich in Ihrer Fraktion? Halten Sie sich wirklich für regierungsfähig?

(Lachen von der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen: Ich finde es schon bemerkenswert, dass so ein Altgenosse wie Axel Hoffmann ...

Ein Altgenosse wie Axel Hoffmann sage ich.

(Heiterkeit von der FDP)

– Ich meinte Axel Horstmann. Axel Hoffmann ist alles andere als ein Altgenosse.

Ein Altgenosse wie Axel Horstmann ist der einzige, der den Mut aufbringt, diese Diskussion wenigstens einmal anzureißen. Ausgerechnet Axel Horstmann!

(Gisela Walsken [SPD]: Wahnsinn! Irre! Axel Horstmann!)

Das wäre doch die Aufgabe von Herrn Dieckmann gewesen. Apropos: Wo ist denn eigentlich Herr Dieckmann als Landesvorsitzender der SPD bei einer solchen Debatte?

(Gisela Walsken [SPD]: Der kann nicht ertragen, was Sie hier machen!)

Sitzt der in Ihrer Landesgeschäftsstelle und heftet Belege ab, oder was macht er eigentlich, wenn hier über die Politik Nordrhein-Westfalens debattiert wird?

(Beifall von FDP und CDU – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Der ist krank!)

– Wenn er krank ist, dann ist das etwas anderes.

Der Punkt ist aber, Frau Kraft – regen Sie sich bitte nicht so künstlich auf;

(Gisela Walsken [SPD]: Das ist doch Ihr Problem! Frau Präsidentin, schalten Sie das Mikrofon ab!)

Sie haben doch den Anspruch, Oppositionsführerin zu sein –:

(Hannelore Kraft [SPD]: Unverschämt ist das!)

Auch von Ihnen hätte ein solcher Beitrag wie der des Kollegen Horstmann kommen müssen. Herr Horstmann hat in seinem Papier geschrieben – hören Sie zu, ich habe Ihnen ja auch gelauscht –:

(Ralf Jäger [SPD]: Sie haben aber nichts gelernt! Das ist das Problem!)

„Um mit dem Erneuerungsbedarf ernst zu machen, ist vier Jahre vor der nächsten Landtagswahl der richtige Zeitpunkt gekommen.“

Dieser Zeitpunkt ist eigentlich jetzt schon verstrichen; es sind keine vier Jahre mehr bis zur nächsten Landtagswahl. Und wir haben von Ihnen noch nichts gehört.

Dass ein Mann wie Peer Steinbrück sagt, die NRW-SPD dürfe sich nicht weiter in alten Erinnerungen verlieren wie alte Männer, die Kriegserinnerungen austauschen, kommt auch nicht von ungefähr.

Meine Damen und Herren, die bemerkenswerte Forsa-Umfrage kurz vor der Sommerpause hat

wirklich gezeigt, wo die SPD steht. Das müssen wir thematisieren. Die SPD, Herr Kollege Jäger, ist keine Regierung im Wartestand, sondern die SPD ist den Menschen völlig unbekannt. Das ist derzeitige Realität.

(Beifall von der FDP)

Damit sollten Sie sich auseinandersetzen. 83 % der Bürger in Nordrhein-Westfalen, im Stammland der deutschen Sozialdemokratie, kennen keinen einzigen sozialdemokratischen Landespolitiker.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Wer kennt Sie denn?)

Noch bemerkenswerter ist die zweite Zahl: 95 % der Arbeiter in Nordrhein-Westfalen sind die Spitzengehältnissen hier völlig unbekannt. Die SPD in Nordrhein-Westfalen war einmal die Partei der kleinen Leute. Inzwischen sind Sie den kleinen Leuten unbekannt und egal. Das ist kein Zufall, sondern das Resultat der Enttäuschung über Ihre verfehlte Politik hier in Nordrhein-Westfalen.

Frau Kollegin Kraft, Sie können sich heute von Ihrer Fraktion noch so bejubeln und beklatschen lassen; das ist nichts anderes als Pfeifen im Walde. Noch vor wenigen Tagen schreibt die „WAZ“, eine Zeitung, die in der Vergangenheit nicht dadurch aufgefallen ist, dass sie die Sozialdemokraten brutal ins Visier genommen hat:

„Der einst mächtigste Arm der Sozialdemokratie, die NRW-SPD, ist ein Sanierungsfall, inhaltlich ausgebrannt, intellektuell ausgedünnt, personell ausgezehrt.“

Die „WAZ“ schreibt weiter:

„Die SPD wurde abgewählt, weil die Bürger Personen und Politik satt hatten, den Filz, das Postengeschachere, das realitätsferne Parteisprech der Dauerfunktionäre. Am Ende wusste niemand mehr, wofür die SPD eigentlich steht.“

Damit sollten Sie sich auseinandersetzen, Frau Kollegin Kraft und meine Damen und Herren von der Opposition.

Ihr Beitrag auch in der heutigen Debatte hat es deutlich gemacht: Der viel beschworene Neuanfang der SPD ist gescheitert. Die einst so stolze SPD agiert heute unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Sie taumeln programmatisch orientierungslos durch die Lande. Herr Kollege Dieckmann hat angekündigt, er werde die SPD als neue, moderne Volkspartei aufstellen. Wir warten darauf.

Ich will an einer Stelle noch einmal beleuchten, wie die Programmdebatte bei Ihnen abläuft.

(Gisela Walsken [SPD]: Das brauchen Sie nicht! Sie können die Taschenlampe ausknipsen!)

Seit 16 Monaten kündigen Sie Ihre neuen schulpolitischen Konzepte an, Frau Kollegin Walsken. Mit dem Triumvirat Kraft/Dieckmann/Schäfer sind Sie vor die Landespressekonferenz marschiert und haben gesagt, das werde jetzt noch ein Jahr dauern. Die Verzögerungstaktik, die Sie vollziehen, führt sogar schon bei Ihrer eigenen Parteibasis erkennbar zu größerem Unmut. Sie brauchen bis 2007, um den Menschen klar benennen zu können, wofür die SPD in der Schulpolitik dieses Landes steht? Sie brauchen dafür mindestens volle zwei Jahre? – Frau Kollegin Kraft, ist das Ihr Beitrag zur Erneuerung dieses Landes? Da ist ja gar nichts erkennbar!

Auch heute habe ich wieder vergebens darauf gewartet, dass Sie in den inhaltlichen Schwerpunkten der Landespolitik auch nur einen einzigen konstruktiven Beitrag bringen. Das haben Sie nicht getan. Die SPD „marschiert“ bei ihrer programmatischen Erneuerung mit dem Tempo einer griechischen Landschildkröte – das ist fast schon eine Übertreibung – voran.

Das stelle ich nur fest, obwohl ich sagen könnte: Meine Damen und Herren, wir freuen uns darüber, wenn die Opposition so schwach ist, weil dann der Regierung alles leicht und in den Schoß fällt.

Das sehe ich aber kritischer: Zum einen müssen Sie nämlich endlich Ihrer Rolle als Opposition gerecht werden, damit wir einen intensiven Austausch über den besten Weg für die Zukunft des Landes haben und Sie nicht nur Ihre Plakate ins Schaufenster kleben, wie Sie das heute wieder gemacht haben. Zum anderen haben wir – da wird mir der Kollege Stahl zustimmen – als Koalitionsfraktionen ein Interesse daran, dass auch unsere Regierung aus dem Landtag heraus Ideen präsentiert bekommt, die sich aufzunehmen lohnen, und einen Veränderungsdruck des Parlamentes in ihre Arbeit aufnehmen kann. Von Ihnen kommt an der Stelle leider überhaupt nichts. Herr Kollege Stahl, dann müssen wir das mit den Koalitionsfraktionen selber machen. Das tun wir ja auch gerne.

(Zustimmung von Helmut Stahl [CDU])

Aber der Totalausfall der Opposition, den Sie hier und heute noch einmal deutlich gemacht haben, ist nicht im Interesse des Landes. In letzter Konsequenz ist er auch nicht im Interesse der Koalition. Wir sind gerade als Freie Demokraten die Kraft des Wettbewerbs. Wir fordern Sie auf, end-

lich in den Wettbewerb mit uns einzutreten und selbst Ideen zu präsentieren.

(Beifall von der FDP)

Frau Kollegin Kraft, dann schaue ich mir einmal an, wie Sie sich aufstellen. Zum 1. Dezember haben wir vor, die Ladenöffnungszeiten in Nordrhein-Westfalen freizugeben. Das ist nichts Neues, sondern wir haben es in der Koalitionsvereinbarung stehen. Es war klar: Sobald die Förderalismusreform umgesetzt wird, werden wir daran gehen. An der Stelle ziehen Sie nicht mit, sondern kommen mit Uraltargumenten aus der marxistischen Mottenkiste und sagen, damit würde der Eiseshauch des Kapitalismus durch Nordrhein-Westfalen ziehen: „Die Regierung Rüttgers zeigt ihr wahres Gesicht.“ Das ist ein Vokabular, wie man es eigentlich nur noch von Juso-Bundeskongressen kennt. Damit flankieren Sie einen Liberalisierungsprozess, auf den die Menschen in Nordrhein-Westfalen seit vielen Jahren warten. Die freuen sich darauf, in Zukunft dann einkaufen gehen zu können, wenn sie Lust dazu haben und der Einzelhandel ihnen Angebote macht.

(Beifall von der FDP)

Sie wollen sich nicht davon reglementieren lassen, wann sozialdemokratische Parteifunktionäre meinen den Menschen vorschreiben zu können, wann sie es dürfen. Das ist der grundlegende Perspektivwechsel in der Landespolitik, meine Damen und Herren. In der Tat, Frau Kraft: mehr Freiheit für Nordrhein-Westfalen. – Und da mauern Sie sich ein. Das ist arg wenig.

Das machen Sie leider auch beim Thema „Steinkohle“. Dort ist Ihre Betonabwehr ebenso stabil wie beim Thema Ladenschluss. In der vorletzten Woche waren Sie in der Zeche Walsum zu Gast. Es sind eindrucksvolle Bilder entstanden: Steigerhelm auf dem Kopf, rußgeschwärztes Gesicht: „Ich heiße zwar nicht Barbara, habe aber ein großes Herz für den Bergbau!“ – Darüber könnte man sich ja amüsieren, wenn es nicht so tragisch wäre, welche rückwärtsgerichtete Position Sie auch in der Zukunft des Steinkohlebergbaus einnehmen, Frau Kraft und meine Damen und Herren von der Opposition.

Die 3.150 Auszubildenden im RAG-Gesamtkonzern erwarten auch von der Landespolitik eine klare Ansage, wie ihre Zukunftsperspektive aussehen kann. Deren Zukunftsperspektive wird eben nicht mehr sein, weiter über Jahre und Jahrzehnte im Steinkohlebergbau arbeiten zu können. Verantwortliche Politik nimmt diese Sorgen ernst und bemüht sich,

Rahmenbedingungen zu schaffen, die Jobs gerade für diese jungen Leute bereitstellen.

(Beifall von der FDP)

Frau Kraft, stattdessen gibt es Solidaritätsadressen mit der RAG und der DSK.

Noch eins will ich hinzufügen: Eigentlich hätte ich erwartet, dass Sie die FDP in ihrem Vorstoß unterstützt hätten, die RAG im Zuge des Ausstiegsprozesses aus dem subventionierten Steinkohlebergbau natürlich auch als Unternehmen stärker in die Pflicht zu nehmen. Ich kann mich noch an zahlreiche Beiträge im Plenum auch aus den Reihen der SPD im Zuge dieser sogenannten Heuschreckendebatte erinnern. Sie haben sehr gezielt und mit dem erkennbaren Versuch, alte antimarktwirtschaftliche Ressentiments zu bedienen, die unternehmerische Gesamtverantwortung in Deutschland eingefordert, letztlich aber nur versucht, Stimmung zu machen. Da waren Sie vorne mit dabei.

Wir fragen jetzt, wo die unternehmerische Verantwortung des Gesamtkonzerns von Herrn Müller bleibt, der sich hier und mit seinen Broschüren und sonstigen PR-Aktionen im Hochglanz präsentiert. Wenn er versucht, sich einen schlanken Fuß zu machen, hören wir von der SPD gar nichts. Frau Kollegin Kraft, meine Damen und Herren von der Opposition, das halte ich für unerträglich. Sie müssen Ihrer Verantwortung für die Zukunft der Beschäftigten im Steinkohlebergbau auch gerecht werden.

(Beifall von FDP und CDU)

Es mag auch damit zusammenhängen, dass es hier um alte Spezies geht. Wir erinnern uns noch gut daran, welche Kampagnen die RAG gefahren und finanziert hat. Zufälligerweise geschah das auch direkt im Vorfeld der Landtagswahl. Es war sogar die Rede davon, man könne ein neues Bergwerk Donar in der Nähe von Hamm einrichten. Stefan Romberg und ich haben dort letzte Woche Gespräche geführt.

(Ralf Jäger [SPD]: Sprechen Leute mit Ihnen?)

Das waren Aktionen zur Unterstützung des sozialdemokratischen Wahlkampfes. Dafür hat Herr Müller tief in die Tasche der Steuerzahler gegriffen. Von daher mag es sein, dass es einen gewissen Zusammenhang zwischen der Kameradschaftlichkeit gibt, mit der Sie die RAG nach wie vor begleiten, und der Unterstützung, die die SPD durch die RAG hier bekommen hat.

Die SPD hat erkennbar keine Kraft, zur Modernisierung dieses Landes beizutragen.

Ich will noch eins sagen. Wir haben die Zeit der Opposition als Freie Demokraten noch gut in Erinnerung. Das gleiche gilt für die Kolleginnen und Kollegen von der CDU. Wir hatten ein anderes Verständnis von der Oppositionsrolle. Wir haben uns wirklich bemüht, unermüdlich mit Initiativen und Anstößen konkrete Beiträge für den Diskussionsprozess um die Erneuerung unseres Landes zu leisten. Wir haben von Ihnen bisher nichts, aber auch gar nichts an Initiativen wahrnehmen können.

Ich fordere Sie auf, Ihre Oppositionsrolle wirklich wahrzunehmen, damit wir als Koalition nicht noch gewissermaßen die SPD hinter uns herschleifen müssen. Das ist nicht unser Verständnis einer wirklichen Opposition.

Ich will gar nicht mehr die Personaldebatten beleuchten, die Sie bekommen werden. Damit werden wir uns an anderer Stelle noch auseinandersetzen. Bemerkenswerterweise hört man inzwischen auch gar nichts mehr von Ihren Ministern auf Bundesebene, Frau Kraft. Man hört zwar noch etwas von ihnen, aber Sie sind nicht mehr stolz darauf, dass Sie Minister in Berlin haben. Bei dem, was Herr Steinbrück uns an Vorschlägen für eine stärkere Vorsorge der Bürgerinnen und Bürger präsentiert hat, kann ich mir Ihre Zurückhaltung dabei genauso erklären wie bei dem Murks, den Ulla Schmidt derzeit bei der Gesundheitsreform anstellt.

Wir haben heute das Ergebnis einer Umfrage gehört, wonach fast 80 % der befragten Bürgerinnen und Bürger meinen, diese Gesundheitsreform solle am besten sofort gestoppt werden. Nur 9 % sind dafür, sie so durchzuführen, wie Frau Schmidt sie auf den Weg gebracht hat. Das ist ein Grund mehr dafür, dass Sie entschieden weniger von Ihren Ministern auf Bundesebene reden als in der Vergangenheit.

Wir sind uns als Koalition darüber klar, dass wir uns nicht auf der eklatanten Schwäche der Opposition ausruhen können. Fest steht aber auch: Wir sind nicht deshalb so stark, weil die Opposition so schwach ist. Wir sind deshalb stark, weil wir klare Ziele vereinbart haben und diese umsetzen.

(Beifall von FDP und CDU – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

– Ja, Herr Kollege Jäger, diese Koalition setzt diese Ziele um –

(Ralf Jäger [SPD]: Können Sie die Ziele noch einmal nennen?)

Schritt für Schritt. Das geht in diesem Jahr weiter. Wir hoffen, dies geschieht mit noch größerer Dynamik, als es im ersten Jahr möglich war.

Wir stehen vor großen Schritten bei der Erneuerung dieses Landes. Ich will die Vorlage erwähnen, die der Innenminister mit Hilfe der anderen Ressorts zur Straffung der Behördenstruktur in Nordrhein-Westfalen erarbeitet hat. Zum 1. Januar nächsten Jahres werden 37 Sonderbehörden aufgelöst.

(Zuruf von der SPD: Sie tauschen nur die Türschilder aus, Herr Papke!)

Zum 1. Januar werden die annähernd 4.000 Mitarbeiter zunächst in die Bezirksregierungen integriert. Das ist ein wichtiger erster Schritt zur Verwaltungsver schlankung, zum Abbau von überflüssigen Stellen und zur Bereinigung von Sonderbehörden. Die Regierung arbeitet daran und macht das, was wir vor der Wahl angekündigt haben.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Und das ist gut so, meine Damen und Herren.

(Beifall von der FDP)

Mindestens genauso wichtig und erfolgversprechend ist, dass in der Regierung derzeit an einer umfassenden Aufgabenüberprüfung gearbeitet wird. Dabei geht es eben nicht nur darum, die Zuständigkeiten zwischen staatlichen und kommunalen Behörden neu zu ordnen. Es geht auch darum, so viele Aufgaben wie möglich zu privatisieren: Privat vor Staat. Wir sind uns in der Koalition darüber einig, dass noch in diesem Jahr eine Privatisierungsoffensive gestartet werden muss. Ich weiß, dass in der Landesregierung mit Hochdruck daran gearbeitet wird.

Mit Blick auf die Landesbetriebe muss es natürlich um die Frage gehen, ob die Landesbetriebe wirklich noch in der derzeitigen Form Bestand haben müssen oder ob die Landesbetriebe nicht in erheblichem Maße materiell privatisiert werden können. Das ist die Frage, um die es geht.

Ich bin der festen Überzeugung, dass die Koalition schon zur Jahreswende sehr konkrete Ergebnisse vorlegen wird. Zu dieser Modernisierung gehört natürlich auch die Schaffung eines zeitgemäßen Personalvertretungsrechts. Das Landespersonalvertretungsgesetz muss modernisiert werden. Auch daran arbeitet die Regierung. Wir setzen damit im Übrigen genau das um, was der Landesrechnungshof eingefordert hat.

Der Landesrechnungshof hat in seinem Bericht 2006 zum Beispiel die Personalvertretung im

Schulbereich kritisiert und festgestellt, dass fast 500 Lehrerinnen und Lehrer, die in Personalvertretungen arbeiten, von ihrem Dienst freigestellt sind. Das Ganze kostet die Steuerzahler rund 25 Millionen € jährlich.

Solche Auswüchse im Personalvertretungsrecht des Landes Nordrhein-Westfalen können wir uns in Zukunft nicht mehr leisten. Deshalb ist es richtig, dass die Regierung an der Frage arbeitet, wie man das Landespersonalvertretungsgesetz schleunigst modernisieren und flexibilisieren kann.

(Beifall von FDP und CDU)

Ich finde es hervorragend, dass mein Kollege Helmut Stahl die Initiative für eine Änderung der Landesverfassung und des Grundgesetzes ergriffen hat. Dafür brauchen wir Verbündete. Auch hier hätte ich mir gewünscht, Kollege Stahl, dass sich die Opposition damit ernsthaft auseinandergesetzt hätte. Stattdessen hat Frau Kollegin Gödecke mit drei dürren Sätzen auf diesen wichtigen Beitrag geantwortet. Das ist keine seriöse Auseinandersetzung mit der Frage, wie wir die Möglichkeit des Haushaltsgesetzgebers, in Zukunft die Verschuldung in den Griff zu bekommen, verbessern können. Wir wollen ja eine Hintertür schließen. Deshalb halte ich diese Initiative für ganz hervorragend. Wir werden Sie und die CDU-Fraktion, Herr Kollege Stahl, dabei unterstützen.

Meine Damen und Herren, die Koalition der Erneuerung ist mit der Modernisierung Nordrhein-Westfalens erkennbar gut vorangekommen. Die zusätzlichen Lehrerstellen sind bereits genannt worden. Allein in diesem Jahr investieren wir unter dem Strich eine Viertelmilliarde Euro mehr in Kinder, Jugend und Bildung als Rot-Grün im letzten Regierungsjahr. Mit dem neuen Schulgesetz hat Nordrhein-Westfalen eines der modernsten Bildungssysteme Europas bekommen. Das muss nun mit Leben erfüllt werden. Das wird noch dauern – dies ist uns klar –, aber es wird seine Effekte zeitigen.

Seit dem 1. April ist das Studienbeitragsgesetz in Kraft. Die SPD hat ja gerade noch einmal die Kurve bekommen und sich entschlossen, obwohl sie ja bereits auf dem Weg nach Münster war, besser zu Hause zu bleiben und auf eine Verfassungsklage zu verzichten. Besser, man kommt zur Einsicht, als dass man weiter läuft und irgendwann vor die Wand rennt, Frau Kollegin Kraft. Das Studienbeitragsgesetz ist ein wichtiger Schritt, um den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen mehr Mittel für Forschung und Lehre zuzuführen. Deshalb danken wir dem Innovationsminister ausdrücklich, dass er dieses Gesetz mit Unterstüt-

zung der gesamten Regierung und der Koalitionsfraktionen in so kurzer Zeit vorbereitet, durch das Parlament gebracht und in Kraft gesetzt hat.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist im Übrigen – das darf man bei der Debatte nicht vergessen – das sozialverträglichste Studienbeitragsgesetz in ganz Deutschland.

(Beifall von FDP und CDU)

Mit den Komponenten, die dort eingebaut worden sind, um die Sozialverträglichkeit sicherzustellen, ist dieses Gesetz ebenfalls beispielhaft.

Beispielhaft ist auch der Zukunftspakt, der vor wenigen Tagen unterzeichnet worden ist. Das haben Sie ja auch nie hinbekommen, den Hochschulen in Nordrhein-Westfalen Planungssicherheit über die gesamte Legislaturperiode zu geben. Die wissen jetzt, woran sie sind. Auch das ist ein Riesenschritt in die richtige Richtung.

Der nächste Schritt, das Hochschulfreiheitsgesetz, wird kommen. Ich fand es sehr bemerkenswert, wie sich die Experten in der Anhörung in der vergangenen Woche dazu eingelassen haben. Es wurde gesagt: geradezu mustergültig, ein großer Schritt zur Autonomie, eine überfällige politische Entscheidung. – Das war der rote Faden der Expertenmeinungen zum Hochschulfreiheitsgesetz. In diesem Bereich wird also ebenfalls eine erkennbar innovative, nach vorne orientierte Politik geleistet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte zum Schluss noch einen Punkt ansprechen, der heute interessanterweise in der Debatte noch gar nicht Thema geworden ist. – Wir sind angesichts der terroristischen Bedrohungen, die auch unser Land erreicht haben, nämlich die beiden erfreulicherweise missglückten Anschläge auf den Bahnverkehr in Nordrhein-Westfalen, alle in Sorge, dass uns weitere Anschläge dieser oder ähnlicher Art drohen. Damit müssen sich auch das Land Nordrhein-Westfalen, die Landesregierung und der Landtag auseinandersetzen; wir werden ja morgen eine Unterrichtung des Innenministers dazu bekommen.

Alles muss getan werden, was rechtsstaatlich verantwortbar ist und was der Sicherung der Freiheit dient, um die Sicherheit in unserem Land zu verbessern. Es ist ja gar nicht auszudenken, was hätte passieren können, wenn diese Kofferbomben explodiert wären.

Ich will aber eins sagen: Angst ist ein schlechter Ratgeber. So kann auch Angst vor weiteren terroristischen Anschlägen dazu verleiten, in Aktionis-

mus zu verfallen und das notwendige Augenmaß zu verlieren. Deshalb bin ich froh und dankbar, dass unser Innenminister Ingo Wolf in Nordrhein-Westfalen von Beginn an einen kühlen Kopf bewahrt hat und nicht in den vielstimmigen Chor selbsternannter Sheriffs eingestimmt ist, die sich mit neuen Vorschlägen zur Verbesserung der inneren Sicherheit überboten haben. Nicht hier in Nordrhein-Westfalen, aber in anderen Ländern und auf der Bundesebene war das der Fall.

Wir müssen in dieser Debatte, um die innere Sicherheit für unsere Menschen zu wahren und zu festigen, das Augenmaß behalten, um nicht die Freiheit zu gefährden, nur um Sicherheit scheinbar erhöhen zu können. Das gilt auch für die Forderungen nach einer flächendeckenden Videoüberwachung im öffentlichen Raum. Auch dazu hat sich der Innenminister klar geäußert. Das, was nach geltender Rechtslage bereits möglich ist, sollte auch genutzt werden. Aber wir wollen nicht, dass das Land vom großen Bruder komplett überwacht wird.

(Beifall von der FDP)

Das, was in die Verantwortung zum Beispiel der DB AG und der Flughafenbetreiber fällt, ist ja schon jetzt rechtlich unproblematisch. Die können sich dort auf die Sicherheitslage einstellen. Aber ich warne ausdrücklich davor, in dieser Debatte das Kind mit dem Bade auszuschütten. Ich will dem Innenminister an dieser Stelle noch einmal die uneingeschränkte Unterstützung der FDP-Fraktion für diese Politik des Augenmaßes versichern und ihm sehr herzlich für seine Haltung in den letzten Wochen danken.

(Beifall von der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden den Haushalt 2007 in vielen Detailfragen in der Koalition und im Parlament insgesamt noch diskutieren. Wir sind gespannt auf die Beiträge, die die Opposition dann hoffentlich leisten wird, um im Detail noch zu einer Optimierung des Haushaltes zu kommen. Die Beiträge, die Sie heute geliefert haben, haben uns – das war zu befürchten – in der Sache nicht weitergebracht.

Das ist ein guter Haushalt. Herzlichen Dank, Herr Finanzminister, herzlichen Dank – ich mache das jetzt im Kollektiv –, meine Damen und Herren auf den Regierungsbänken. Auf weiterhin gute Zusammenarbeit!

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Dr. Papke. – Als nächster Redner hat für die

Landesregierung Herr Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers das Wort.

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Frau Präsidentin! Werte Kolleginnen und Kollegen! Diese erste Lesung des Haushaltsplanentwurfs der Landesregierung für das Haushaltsjahr 2007 ist nicht nur die erste große Debatte nach den Sommerferien, sondern auch die erste große Debatte, nachdem die neue Landesregierung ein Jahr im Amt ist.

Diese Debatten haben im Parlamentarismus traditionell eine besondere Bedeutung. Diese Bedeutung liegt darin, dass die Regierung und die Koalitionsfraktionen normalerweise davon ausgehen, dass die Oppositionsfraktionen in dieser Debatte eine Generalabrechnung versuchen, die Politik der Landesregierung und der Koalitionsfraktionen einer grundsätzlichen Kritik unterziehen und – das gehört zur Demokratie und zum Parlamentarismus eigentlich dazu – ihre Alternativen vorstellen.

(Ralf Jäger [SPD]: Die Einleitung war richtig ordentlich!)

– Herr Kollege Jäger, wenn wir in diesem Punkt einer Meinung sind, darf ich fragen, warum Ihre Fraktion heute nicht sagt, was für eine Politik sie in Zukunft in Deutschland machen will.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Da haben Sie nicht zugehört! Das ist Ihr Manko!)

Wir haben eine Rede der Abgeordneten Kraft gehört, in der sie uns nicht gesagt hat, was ihre Fraktion will. Sie hat sich – was ihr gutes Recht ist; das will ich ausdrücklich feststellen – an der öffentlichen Debatte beteiligt, etwa an der Debatte, die meine Partei, die CDU Deutschland, zurzeit über ihr neues Grundsatzprogramm führt.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Und über Sie! – Ralf Jäger [SPD]: Dort spielen Sie eine der Hauptrollen, glaube ich!)

Allerdings habe ich nicht verstanden, Frau Kollegin Kraft, warum Sie dann so beleidigt reagiert haben, als Herr Kollege Papke sich mit Ihren Debatten beschäftigt hat. Austeilen, aber selber nicht einstecken können, das gehört nicht zum Parlamentarismus. Man muss auch einstecken können, glaube ich.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Das sagt der Richtige!)

Ich glaube auch nicht, dass man sich hierhin stellen und bei seinen Ausführungen zum Haushalt auf Folgendes reduzieren kann: Erstens klagt

man, dass zu viel gespart wird. Immer wieder sagt man, hier werde gespart und dort werde gespart. In jeder Aussage ist der Unterton des Vorwurfs enthalten, an dieser Stelle hätte man doch nicht sparen dürfen. Zweitens trägt man gleichzeitig Forderungen über Forderungen vor, die addiert Millionen und Abermillionen kosten. Drittens sagt man dann noch – und das finde ich eigentlich das Unglaublichste –: Es ist ganz furchtbar; es ist noch zu wenig gespart worden; es muss noch mehr gespart werden.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben nicht nur nicht zugehört; Sie haben es auch nicht verstanden!)

Sie werden sich schon entscheiden müssen, ob Sie beklagen, dass hier zu viel gespart worden ist, oder ob Sie Mehrforderungen stellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie werden sich entscheiden müssen, ob Sie beklagen, das sei unsozial, oder ob Sie sagen, das sei alles noch nicht genug. Diese Entscheidung müssen Sie treffen, wenn wir Sie mit Ihrem Wortbeitrag überhaupt ernst nehmen sollen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht zugehört und nicht verstanden! Und dann populistisch werden!)

6,7 Milliarden € betrug die Nettoneuverschuldung, die wir im ersten Haushalt hatten. 4,35 Milliarden € beträgt die Nettoneuverschuldung, die wir hier haben.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: 2 Milliarden €!)

Sie wollen noch nicht einmal wahrnehmen, dass alles das, was Sie an Tricks, an Schattenhaushalten und an versteckten Positionen hatten, von uns jetzt einmal an das Licht der Öffentlichkeit gehoben worden ist.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie haben es nötig, von Tricks und Schattenhaushalten zu reden!)

Solange Sie nicht die Realitäten wahrnehmen, sind Sie kein seriöser Gesprächspartner in Haushaltsfragen, um das hier einfach einmal klarzustellen.

(Beifall von CDU und FDP)

Ich will jetzt nicht darüber reden – ich glaube, das lohnt sich nicht –, dass die meisten Zahlen, die Sie vorgetragen haben, vermutlich einer genaueren Überprüfung nicht standhalten.

(Ralf Jäger [SPD]: Fangen Sie einmal an!)

– Es ist zum Beispiel unseriös, wenn man weiß, dass wir bei den Kindergärten Zahlungsverpflichtungen gegenüber den Städten und Gemeinden von 50 Millionen €, die wir noch aus Ihrer Zeit übernommen hatten, zuerst einmal begleichen mussten, und dann die so erhöhte Haushaltsstelle mit der Position im nächsten Haushalt vergleicht. Das sind Taschenspielertricks und nichts anderes. Mit einer seriösen Haushaltsdebatte hat das nichts zu tun.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Der Finanzminister kennt alle Tricks!)

Eins kommt aber noch hinzu. Ich will jetzt nicht das tun, was Frau Kollegin Kraft gemacht hat, die den Versuch unternommen hat, aus bestimmten Zeitungsartikeln irgendetwas zu zitieren und uns darauf festzulegen. Lassen wir das einmal alles weg. Frau Kraft, weil Sie mich aufgefordert haben, ich solle sagen, welche Position ich in Sachen Unternehmensteuerreform habe, würde ich allerdings gerne darauf eingehen – einmal ganz unabhängig davon, dass diese Position in dem „Stern“-Interview enthalten ist, das ich gegeben habe. Übrigens ist sie einige Tage danach auch in der „FAZ“ noch einmal genau beschrieben worden.

(Martin Börschel [SPD]: Sollen wir Sie jetzt zitieren oder nicht? – Weitere Zurufe von der SPD)

– Wissen Sie, es gibt Sachen, die man einfach irgendwann einmal sagen muss. Man kann über die Frage ...

(Zurufe von der SPD: Lauter!)

– Wenn Sie nicht so herumschreien, können Sie auch verstehen, was ich sage. Das ist ganz einfach.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Verstehen kann man es überhaupt nicht!)

Sie haben als Abgeordnete natürlich das Recht,

(Gisela Walsken [SPD]: Jetzt sind Sie besser zu hören!)

die Regierung aufzufordern, einmal darzulegen, was sie zum Thema Unternehmensteuer sagt. Das würde ich dann aber schon gerne mit dem korreliert haben, was Sie dazu sagen. So haben Sie am 20. August 2006 in Richtung Ihres Parteifreundes Peer Steinbrück, des jetzigen Bundesfinanzministers, in einem Gespräch mit ddp gesagt, dass Sie die Vorstellungen des Bundesfinanzministers zur Unternehmensteuerreform für sozial-

unausgewogen halten. Zwei Tage später ist allerdings im SPD-Antrag Drucksache 14/2412 nachzulesen – Zitat –:

„Oberstes und wichtigstes Prinzip der Reform muss die soziale Gerechtigkeit sein. Vor diesem Hintergrund sind die Ziele der geplanten Unternehmensteuerreform richtig.“

Ja, was gilt denn eigentlich, Frau Kraft? Das, was Sie bei ddp sagen, oder das, was Sie hier beantragen?

(Beifall von CDU und FDP)

Ein anderes Beispiel: Ihr Parteivorsitzender, der heute vielleicht nicht hier sein kann, sagt in einem Artikel des „Tagesspiegel“ vom 20. August 2006, die Gesundheitsreform Ihrer Parteifreundin Ulla Schmidt sei lobenswert und – Zitat – „ein großer Schritt“. Sie, Frau Kraft, verlangen dann im Gespräch mit der „WAZ“ Korrekturen an der ganzen Geschichte.

Man kann über alle diese Dinge diskutieren. Zum Parlamentarismus gehört, dass darüber diskutiert und auch zwischen Regierung und Opposition, zwischen CDU und FDP einerseits sowie SPD und Grünen andererseits, gestritten wird. Dass Sie die Debatten in den eigenen Parteien führen und gleichzeitig der Regierung Vorwürfe machen, lasse ich Ihnen aber nicht durchgehen. Klären Sie zuerst einmal Ihre eigene Position!

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Haben Sie das in der CDU denn schon hinter sich?)

Dann will ich noch ein drittes Beispiel nennen. Da geht es um die Frage: Wie ist es mit den Kommunen? In dieser Debatte war der große, tragende Gedanke – das haben wir heute Morgen schon in der Zeitung lesen können –, dass die Landesregierung die Kommunen nicht ordentlich behandelt. Heute lese ich im „Handelsblatt“ – das kann man schon an der Überschrift sehen –: „Steinbrück will Gewerbesteuer stärker senken“ als die Körperschaftsteuer. Erklären Sie mir das bitte einmal! Was wollen Sie eigentlich? Sie wollen auf der einen Seite, da, wo die Kommunen bisher ein originäres Steuerrecht haben, bei der Gewerbesteuer, als Bundesregierung jetzt richtig zugreifen

(Gisela Walsken [SPD]: Die wollen Sie doch nicht!)

und sich gleichzeitig hier hinsetzen und einer Regierung, die in diesem Jahr immerhin 820 Millionen mehr für die Kommunen gibt, vorwerfen, sie

würde für die Kommunen nicht genug tun. Das passt auch nicht zusammen, Frau Kraft.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Das Ganze könnte man jetzt an vielen Punkten durchgehen. Da war ja auch der Versuch von Frau Löhrmann – links blinken, rechts fahren –, zu sagen: Das ist alles nicht unsozial.

(Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinther)

Helmut Stahl hat das in seiner klugen Rede schon an der ein oder anderen Stelle angesprochen.

(Sören Link [SPD]: Wen versuchen Sie eigentlich einzuschläfern, uns oder die Regierungskoalition?)

Ich will jetzt gar nicht mit Ihnen darüber streiten, weil man darüber nicht streiten kann, ob etwa in der Frauenpolitik, in der Kinderpolitik eine Bedarfsdeckung bei den Betreuungseinrichtungen für Kinder unter drei Jahren von 2,8 % sozial ist oder nicht. Meine Meinung ist klar: Ich halte das für zutiefst unsozial. Aber, dann muss man bitte auch zur Kenntnis nehmen, dass wir trotz der Schulden, die wir von Ihnen geerbt haben, jetzt dabei sind, diese Bedarfsdeckung auf 20 % bis zum Jahre 2010 hochzufahren. Das sind 47.000 neue Plätze. Die ersten haben wir schon. Die haben Sie nicht zur Kenntnis genommen. Das, was wir da in der Pipeline haben, nehmen Sie nicht zur Kenntnis.

Schauen Sie, das macht Ihre Argumentation so tief unseriös: weil Sie schlichtweg nicht mehr nah an der Wirklichkeit sind, sondern gefangen sind in Ihren innerparteilichen Machtkämpfen mit Herrn Dieckmann, in Ihren Streitereien innerhalb der Partei und letztlich nicht mehr wissen, was im Land politisch läuft. Das ist der eigentliche Punkt.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Börschel von der SPD?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nein.

(Zuruf von der SPD: Schade!)

Das Zweite ist, wenn Sie über Soziales reden, Hartz IV. Seit vielen Jahren, konkret seit 2004, werbe ich hier mit dem Ministerpräsidenten der Vorgängerregierung genauso wie jetzt etwa mit Herrn Müntefering, dem Bundesarbeitsminister, dafür, dass wir die Wirklichkeit wahrnehmen, die Wirklichkeit, wie sie sich etwa denjenigen Men-

schen darstellt, die Empfänger von ALG I oder von Hartz IV sind.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „ALG II“ heißt das dann!)

Was habe ich mir von Ihnen anhören müssen, weil ich gesagt habe: „Da werden wir noch einmal generell draufgucken müssen“! – Daraus ist dann die Generalrevision geworden. Ich habe kein Problem damit, nachdem Herr Müntefering jetzt auch die generelle Überholung – wie Angela Merkel das formuliert hat – akzeptiert hat. Wenn es an dem Begriff liegt, rede ich ab sofort nur noch von genereller Überholung.

Worauf es ankommt, ist aber etwas ganz anderes: dass die Menschen im Land merken, dass sich da etwas ändert, dass es zum Beispiel nicht ausreicht – wie man gerade bei dem neuen Gesetz gemerkt hat, das die Bundesregierung gemacht hat –, nur zu sagen: Wir versuchen irgendwelche Ungerechtigkeiten zu verändern, indem wir Missbrauch bekämpfen. – Das ist sicherlich auch notwendig, aber es muss mehr geschehen.

Es muss zum Beispiel etwas geschehen bei der Frage der Verantwortlichkeiten in der Administration von Hartz IV, neben all den großen Ankündigungen, was an neuen Mitteln des Förderns da sind, neben dem Versprechen, dass die Leute sofort, wenn sie arbeitslos werden, einen Gesprächstermin beim Arbeitsamt bekommen. Nichts ist aus all diesen Dingen geworden! Stattdessen haben wir Streitigkeiten zwischen der Arbeitsverwaltung, den Optionskommunen und den anderen Kommunen.

(Beifall von CDU und FDP)

Das muss beendet werden, damit den Menschen, die arbeitslos sind, geholfen wird. Da verweigern Sie sich. Da erwarte ich, dass Sie zu Herrn Müntefering gehen und sagen: Lasst uns das ändern, damit wir wieder nah bei den Menschen sind und nicht irgendwo in der Administration!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Ralf Jäger [SPD]: Wo waren Sie bei Hartz IV?)

Oder die Frage: Wie geht es eigentlich den Leuten, die arbeitslos werden und Geld aus der Arbeitslosenversicherung I bekommen? Ist es denn wirklich gerecht, wenn Leute, die 30 Jahre in die Arbeitslosenversicherung eingezahlt haben, dasselbe bekommen wie Leute, die nur drei Monate eingezahlt haben? Leistung muss sich lohnen, sagt Herr Beck. Dann fangen wir doch einmal bei der Arbeitslosenversicherung an!

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wo waren Sie bei dieser Beschlussfassung? Wo waren Sie?)

– Wo ich war? Ich habe das laut gesagt! Da haben Sie mich noch angegriffen!

(Rainer Schmeltzer [SPD]: „Rin in die Kartoffeln, raus aus die Kartoffeln“ war das bei Ihnen!)

Hier jetzt den Mund aufzureißen nützt überhaupt nichts! Sie waren in den Büschen, als es darum ging, die Leute zu verteidigen, die 30 Jahre wirklich gearbeitet und eingezahlt haben. Da sind Sie unsozial gewesen. Genau da war es.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: „Heute hü und morgen hott“ war das bei Ihnen!)

Und wie ist es mit denjenigen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, die ihre Familien ernährt haben, die Steuern gezahlt haben, die dann aber arbeitslos geworden sind wie etwa diejenigen bei der Feuerlöschfirma Gloria, wo jetzt bloß, weil die Rendite angeblich nicht hoch genug ist, Menschen plötzlich arbeitslos werden? Die haben nicht blaugemacht, die haben nicht während der Arbeitszeit Alkohol getrunken. Die haben das getan, was wir uns wünschen: sind morgens früh aufgestanden, zur Arbeit gegangen. Sie werden jetzt ohne Schuld arbeitslos. Und wenn die ein Jahr bei Hartz IV sind, greifen wir bei all dem zu, was die fürs Alter zurückgelegt haben. Auch das ist ungerecht und muss geändert werden,

(Beifall von CDU und FDP)

weil die Menschen das nicht verstehen. Da erwarte ich Ihre Unterstützung bei Herrn Müntefering und den anderen.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer [SPD]: Wer regiert denn im Land? Wer hat denn auf Bundesratsebene zu sagen? – Ralf Jäger [SPD]: Herr Rüttgers, reden Sie mal mit Ihrem Kollegen Laumann! Der wird Ihnen das erklären!)

Ich möchte gerne noch ein Wort zu Frau Löhrmann sagen. Sie wissen, Frau Löhrmann, dass ich sonst gerne mit Ihnen auch über grundsätzliche Fragen diskutiere. Aber ich habe jetzt ein bisschen das Problem, auf das, was Sie gerade zu den grundsätzlichen Aussagen der Koalitionsvereinbarung gesagt haben, überhaupt zu antworten. Wenn Sie sich etwa mit der Frage „Freiheit vor Gleichheit“ auseinandersetzen, dann weiß ich – darf ich das, ich meine es wirklich nicht böse, so sagen? –, dass Sie viel zu belesen und viel zu intelligent sind, um

nicht den Unterschied zwischen Gleichheit und Gerechtigkeit zu kennen. Das ist eine der Geschichten, die mir ein bisschen leidtut, weil man dann schwer miteinander diskutieren kann.

Das hat sehr konkrete Auswirkungen. Wir haben zum Beispiel in der Schulpolitik genau an dieser Stelle einen Dissens, einen massiven Dissens. Wenn Sie wie teilweise auch die SPD – Sie haben es hier heute ausdrücklich gemacht; Frau Kraft versucht das ja immer ein bisschen verschwimmend zu sagen, „demnächst ein bisschen“ usw., versucht, sich da reinzuschleichen – sagen, wir müssten das gegliederte Schulwesen aufheben – Sie nennen das ja „selektives Schulwesen“ –, dann sage ich Ihnen: Da genau gibt es einen Unterschied. Ich will keine Gleichheit bei der Behandlung in der Schule.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das bedeutet das nicht, Herr Rüttgers!)

Alle Kinder haben ein Recht darauf – dazu müssen sie die Chance bekommen –, von jeder Position aus, unabhängig davon, ob ihre Eltern arm oder reich sind, unabhängig davon, ob sie auf dem Land oder in einer Universitätsstadt geboren wurden, unabhängig vom sozialen Hintergrund der Familie, ob die Familien bildungsnah oder bildungsfern sind, erfolgreich durch das Schulsystem zu marschieren, und zwar bis zum Studium bzw. bis zu dem Stadium, mit dem sie glücklich sind.

(Sören Link [SPD]: Machen Sie das doch!)

– Wir fangen doch gerade erst damit an, das durchzusetzen, nachdem Sie das unsozialste Bildungssystem in Deutschland geschaffen haben.

(Lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Frau Löhrmann, ich möchte Sie bitten – wir können die Debatte gerne irgendwann fortsetzen –,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Gerne!)

das einmal zu überdenken. Wollen Sie denn wirklich eine Politik nach dem Motto „Gleichheit vor Freiheit“ machen?

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das habe ich doch gar nicht gesagt!)

Wollen Sie wirklich eine Politik nach dem Motto „Staat vor privat“ machen? Wollen Sie wirklich eine Politik nach dem Motto „Verteilen vor erarbeiten“ machen? Wollen Sie wirklich eine Politik nach dem Motto „Beliebigkeit vor Sicherheit“ machen? Ist das Ihre Alternative? Ich kann mir das nicht vorstellen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Sie sagen „Sie“ und gucken Ihre Kollegen an!)

Wir versuchen zuerst einmal einen Weg zu finden – ich weiß, da besteht ein fundamentaler Unterschied zwischen den Koalitionsfraktionen und Ihnen –, die das Problem gemeinsam mit den Menschen löst.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das wissen die Menschen nur nicht!)

Wir vertrauen auf die Kraft der Menschen und nicht auf den Staat. Wir glauben nicht, dass man den Menschen misstrauen muss, sondern dass die Menschen es besser können als der Staat. Davon gehen wir aus.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer (SPD): Jetzt müssen Sie nur noch handeln, dann funktioniert es!)

Das heißt aber nicht, dass wir dafür sind, dass sich der Staat aus allem zurückzieht. Die Wahrheit ist aber, dass ein Staat, der seine Finger überall drin hat, ein schwacher Staat ist, weil er seine Kräfte nicht dort einsetzt, wo es notwendig ist. Es ist in der Regel auch ein unsozialer Staat, weil er den Schwachen nicht helfen kann. Diejenigen, die schwach sind, brauchen einen starken Staat. Sie brauchen einen Staat, der seine Finger nicht überall drin hat, der sich nicht überall hinstellt und sagt: Ich löse alle Probleme! – Der gravierende Unterschied zwischen Ihrer Staatsgläubigkeit und unserer Vorstellung ist, dass wir glauben, dass die Kraft der Menschen die Zukunft besser gestalten kann.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir befinden uns, etwa ein Jahr nach Beginn der Arbeit der Landesregierung, wirtschaftlich in einer Aufschwungphase.

(Ralf Jäger [SPD]: Wollen Sie jetzt auch jedem einzelnen Minister danken? Können wir uns das ersparen?)

Unsere Volkswirtschaft wuchs im ersten Halbjahr 2006 um 0,9 %. Das ist ein so starkes Wachstum, wie wir es schon seit fünf Jahren nicht mehr hatten. 2005 lag das reale Wirtschaftswachstum in Nordrhein-Westfalen bei nur 0,7 %, im Jahr 2003 sogar bei minus 1 %. Da hat sich etwas geändert.

(Hannelore Kraft [SPD]: Aber nicht dank Ihrer Regierung!)

– Ach Gott, Frau Kraft. Hat denn irgendeiner gesagt, das sei das alleinige Verdienst der Landesregierung?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: So treten Sie aber auf! – Ralf Jäger [SPD]: Sie sind Aufschwungrhetoriker! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: So tun Sie aber!)

Fällt es Ihnen wirklich so schwer, über einen etwas komplexeren Sachverhalt differenziert zu diskutieren?

Tatsache ist, dass 3.000 mittelständische Betriebe bei einer Umfrage von Ernst & Young gesagt haben: Wir nehmen zur Kenntnis, dass sich in Nordrhein-Westfalen etwas ändert. Nordrhein-Westfalen fällt nicht mehr zurück, sondern ist zumindest auf gleicher Augenhöhe mit den anderen Bundesländern. Das ist, so finde ich, schon eine Sache, die für den Anfang bemerkenswert ist. Und darauf bin ich auch ein bisschen stolz.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmeltzer (SPD): Jetzt haben Sie es ja doch gesagt!)

Damit wir uns richtig verstehen: Ich sage nicht, dass das einfach so weitergeht. Ich sage auch nicht, dass das das Ende der Fahnenstange ist. „Jetzt haben wir einen Aufschwung, das ist wunderbar“, habe ich im Landtag häufig genug gehört, als ich noch da saß, wo Helmut Stahl jetzt sitzt. Da hieß es immer: Der Aufschwung ist das Verdienst der Landesregierung, das geht immer so weiter, und man ist auf einem guten Weg.

Ich bin noch nicht sicher, ob dieser Aufschwung so einfach weitergeht. Es gibt nämlich ein Problem, das hinter diesem Aufschwung steckt: Es gibt positive konjunkturelle Entwicklungen. Das ist wahr. Wenn man das etwas genauer betrachtet, stellt man aber fest, dass die Zahl der Langzeitarbeitslosen – das ist der Sockel der Probleme, über die wir diskutieren – trotz Aufschwung leider nicht sinkt. Das ist das Problem. Auch wenn wir in diesem Jahr ein Wachstum von 2 % haben werden, was ich hoffe, wissen wir, dass diese 2 % für eine nachhaltige Besserung auf dem Arbeitsmarkt nicht ausreichen werden. Ich freue mich trotzdem darüber, dass in diesen Tagen anscheinend erste Reaktionen auf dem Arbeitsmarkt zu verspüren sind.

Es gibt positive Signale auf dem Arbeitsmarkt. Im Juli 2006 lag die Arbeitslosenzahl mit 1.025.881 um 5 % niedriger als im Juli 2005. Es gibt gute Signale für den Monat August. Lassen Sie uns abwarten, bis uns die genauen Zahlen vorliegen.

Spekulationen und Vorabmeldungen nutzen nichts.

Ich weiß, dass all das erst der Anfang sein kann, weil es immer noch viel zu viele Menschen gibt, die keine Chancen haben. Es geht um strukturelle und inhaltliche Fragen, zum Beispiel um die Tatsache, die mich wirklich umtreibt, dass wir nicht nur keine Chance haben, 55-Jährige auf dem Arbeitsmarkt unterzubringen, sondern erste Meldungen von der Front, sprich von denjenigen, die Einstellungen vornehmen oder eben nicht, kommen, dass auch 47-Jährige und 48-Jährige nicht mehr eingestellt werden. Das ist eine Sache, um die wir uns kümmern müssen, wenn wir in Sachen Arbeitslosigkeit strukturell weiterkommen wollen.

(Beifall von CDU und FDP)

Gott sei Dank ist inzwischen auch im Bereich der Bauindustrie eine Belebung festzustellen. Im zweiten Quartal 2006 ist in dieser Branche eine Steigerung der Auftragseingänge um 10 % im Vergleich zum Vorjahr festzustellen. Ich bin auch froh darüber, dass wir im ersten Halbjahr bei den Unternehmensinsolvenzen einen drastischen Rückgang, nämlich um 25,4 % auf jetzt 4.212 Fälle zu verzeichnen haben. All das sind gute Indikatoren. Es ist wichtig, dass wir weiterhin daran arbeiten.

Wir müssen jetzt den Versuch unternehmen, an einigen Stellen, zum Beispiel bei den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, zu Veränderungen zu kommen. Dazu gehört ganz sicher auch das Thema Lehrstellen, das uns alle in diesen Tagen besonders bewegt.

Wir wissen, dass die Situation bei den Lehrstellen nicht nur ein konjunkturelles Problem, sondern inzwischen ein strukturelles Problem ist. Wir haben das gemerkt, als sich Karl-Josef Laumann diese Zahlen zum ersten Mal genau angesehen hat. Ich möchte keinen Zweifel daran lassen, dass ich den Ausbildungskonsens für eine unglaublich wichtige Sache halte, die fortgeführt werden muss. Ich bin allen Beteiligten dankbar, dass sie gemeinsam – Wirtschaft, IHK, Selbstständige auf der einen Seite, DGB und Arbeitnehmer auf der anderen Seite – alles dafür tun, damit jeder junge Mensch, der kann und will, ein Angebot in Nordrhein-Westfalen bekommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wissen aber inzwischen, dass wir neben den Anstrengungen im Handwerk oder wo auch immer strukturelle Veränderungen brauchen. Diese durchzuführen fällt nicht ganz leicht. Wir haben selber gemerkt, dass die Strukturen, etwa im Be-

reich Werkstattjahr – Sie wissen, das ist für diejenigen gedacht, die nur zwei Tage Berufsschule hatten – unglaublich zäh sind, dass es lange dauert, bis es dort Reaktionen gibt. Die ersten ca. 2.500 nehmen das Angebot jetzt an. Ich wünsche mir von allen Beteiligten, dass da noch viel, viel mehr geschieht. Wir müssen jetzt diejenigen, die kein Angebot haben, mit einem solchen Angebot ausstatten, damit sie nicht an dieser Gesellschaft verzweifeln und nicht glauben, sie hätten in dieser Gesellschaft keine Chance.

Dazu gehören aber auch noch andere Sachen. Man wundert sich manchmal wirklich. Sie merken: Ich rede überhaupt nicht drum herum und tue auch nicht so, als seien alle Probleme schon gelöst. Ich habe schon früher als Bundesbildungsminister mit dem Thema zu tun gehabt. Ich höre zum Beispiel immer wieder, der zweite Berufsschultag sei das große Problem. Wir schaffen es jetzt aber als Erste in Deutschland, zusammen mit den Gewerkschaften, zusammen mit den Handwerkern, zusammen mit der Industrie, dass Innung für Innung vor Ort darüber entschieden werden kann, ob der zweite Berufsschultag wegfallen soll oder nicht. Wir sagen das dann, und dann höre ich plötzlich, so sei das auch nicht gemeint gewesen. Das, meine Damen und Herren, bedrückt mich dann sehr. Das bedrückt mich deshalb, weil ich dann plötzlich die Frage an diejenigen stellen muss, die dieses Thema angesprochen haben, ob sie eigentlich mit dem Argument, es sei der zweite Berufsschultag, nur davon ablenken wollten, dass nicht genügend Ausbildungsbereitschaft da war.

(Beifall von der CDU)

Ich spreche das so deutlich an, weil es mir wirklich um die jungen Leute geht. Wenn ein kleines Unternehmen sagt: „Die sind zwei Tage in der Woche weg, das rechnet sich nicht mehr, das ist schwierig“, kann ich das nachvollziehen. Aber dann bitte ich jetzt auch darum, diese Chance zu nutzen.

Genauso muss die Chance genutzt werden, dass wir die im Ausbildungskonsens getroffene Vereinbarung, wieder einfachere Berufsbilder zu entwickeln, umsetzen. Wir haben ja einen Modellversuch von der letzten Regierung gehabt,

(Rainer Schmelzter [SPD]: Ja!)

nämlich im Bereich der KFZ-Service-mechaniker. Das war eine gute Sache. Das hat sich bewährt. Das heißt, es gibt jetzt die Möglichkeit, dies noch weiter zu machen, bis zu zehnmal. Das haben wir gemacht.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Aber das sagen Sie schon seit einem Jahr!)

– Vor einigen Monaten, Herr Kollege, haben wir erreicht, dass alle zustimmen. Das braucht man, falls Sie das nicht wissen sollten.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Ja!)

Die Zustimmung haben wir jetzt. Dann sollten wir es jetzt auch machen.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Ja! So reden Sie aber schon seit zwölf Monaten!)

Auch für die Definition – wenn ich Ihnen das noch kurz erläutern darf – ...

(Rainer Schmelzter [SPD]: Ich kenne mich aus!)

– Dann verstehe ich Ihre Zwischenrufe nicht. Dann sollten Sie etwas einschalten, bevor Sie reden.

(Rainer Schmelzter [SPD]: Die Zeitschiene ist der Faktor!)

Seit wenigen Wochen haben wir diese Entscheidung. Wir arbeiten daran. Ich werbe im Moment dafür, dass wir sie so schnell wie möglich umsetzen, damit so schnell wie möglich diejenigen, die so etwas brauchen, ein Angebot bekommen.

(Beifall von CDU und FDP – Rainer Schmelzter [SPD]: Das haben Sie schon vor einem Jahr gesagt! So schnell wie möglich! Das ist doch der Punkt!)

Besser ist es, eine Maßnahme zu machen, als auf der Straße zu stehen. Daran gibt es wirklich überhaupt keine Kritik. Aber es kann nicht sein, dass wir alle in dem Bemühen, Maßnahmen anzubieten, weil wir keine Lehrstellen haben, dann eine Maßnahme an die andere reihen, sodass wir im Prinzip Maßnahmenkarrieren produzieren, bei denen die Leute am Schluss, wenn sie 18 Jahre alt sind und nicht mehr berufsschulpflichtig sind, in der Sozialhilfe landen. Auch das ist einer der Punkte, die wir in den nächsten Monaten angehen müssen.

Ich rede über strukturelle Veränderungen. Strukturelle Veränderungen wirken natürlich nicht von jetzt auf gleich. Das weiß ich. Aber es ist notwendig, bei dem, was wir schon einmal eine dritte Säule in der dualen Ausbildung genannt haben, jetzt einige Schritte weiterzukommen. Parallel dazu muss alles getan werden, um mit der Wirt-

schaft zu einem größeren Lehrstellenangebot zu kommen.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Nicht parallel dazu! Vordringlich!)

Ich wollte dafür werben, dass wir dies vielleicht fraktionsübergreifend in diesem Landtag unterstützen, weil es um die jungen Leute geht.

(Beifall von CDU und FDP)

Es geht nicht nur darum, dass wir uns um einzelne Berufsgruppen kümmern, wenn wir die Arbeitslosigkeit bekämpfen, also um diejenigen, die, weil sie ein gewisses Alter haben, Schwierigkeiten haben, die im Hinblick auf die Ausbildung Probleme haben, die im Hinblick auf die Schulabschlüsse Probleme haben. Was wir hier in der Landespolitik tun können, ist das, was wir immer etwas unscharf „Rahmenbedingungen verbessern“ nennen. Da müssen wir versuchen weiterzukommen.

Ich will noch einige Worte zu dem sagen, was nach meiner Meinung wichtig ist, um die positive Entwicklung, die wir in Nordrhein-Westfalen seit einem Jahr haben, verstetigen zu können. Dazu gehören, ohne dass ich jetzt in die Details einsteigen will, ganz sicher das neue Schulgesetz und die Veränderungen, die wir in den Schulen haben. Frau Kollegin Sommer und ich haben in den letzten Wochen immer mal wieder Schulen besucht. Wir sind im Moment auch in einer großen Gesprächsrunde darüber mit Eltern, mit Klassenpflegschaftsvorsitzenden, mit Schulen, mit Schulleitern, mit Lehrerinnen und Lehrern.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Manche werden gar nicht eingeladen!)

– Frau Löhrmann, kritisieren Sie doch nicht, dass vielleicht irgendeiner nicht eingeladen wird. Wenn Sie jemanden haben, der eingeladen werden soll, werden wir das gerne machen. Sie haben solche Veranstaltungen nie gemacht. Wir reden wenigstens mit den Leuten.

(Beifall von CDU und FDP – Widerspruch bei der SPD)

Das haben Sie in der konzentrierten Form nie gemacht. Wenn Frau Sommer und ich alle Lehrerinnen und Lehrer anschreiben, um sie darüber zu informieren, was in diesem neuen Gesetz steht, dann ist das Einzige, was ich von der Opposition höre, die Frage, wie viel das gekostet hat, anstatt zu sagen: Gut, dass mal eine Regierung die Lehrerinnen und Lehrer ernst nimmt; denn die tragen jetzt sehr viel Verantwortung dafür, dass dieses Schulgesetz umgesetzt wird.

(Beifall von CDU und FDP)

Man muss wenige Wochen, nachdem ein Gesetz da ist, immer vorsichtig sein, schon irgendwelche Zwischenbilanzen zu ziehen. Ich freue mich im Moment an dieser Stelle darüber, dass die Bereitschaft in den Schulen sehr, sehr groß ist, sich mit dem, was es an neuen Möglichkeiten in diesem Schulgesetz gibt, auseinanderzusetzen und das möglich zu machen. Das zu machen ist auch neu für diejenigen, die zum Beispiel bisher noch nicht selbstständige Schule waren. Die anderen sagen, sie gingen noch ein Stück weiter. Wenn wir das Klima, das wir im Moment haben, auch in den nächsten Monaten erhalten, dann wird das ein großer Erfolg für die Kinder in unserem Land.

(Beifall von der CDU)

Wir werden uns in diesem halben Jahr bis zum Ende des Jahres noch sehr intensiv mit der Reform der Hochschulen auseinandersetzen. Da haben wir auch eine ähnliche Entwicklung. Kollege Pinkwart kann sich sehr darüber freuen, dass die neue Präsidentin der Hochschulrektorenkonferenz unser Gesetz und den damit im Zusammenhang stehenden Zukunftspakt, der die Finanzierung der Hochschulen bis zum Jahr 2010 auf dem gleichen Niveau festschreibt, als eine besonders vorbildliche Hochschulpolitik bezeichnet hat.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Richtig!)

Es sei „geradezu mustergültig“, hat sie gesagt. Ich finde, auch darüber sollte man sich einfach einmal freuen, statt darüber nachzudenken, was es noch für Probleme gibt. Natürlich wird es auf diesem Weg noch Probleme geben. Wenn plötzlich alle selbstständig sind und es keine Fachaufsicht des Ministeriums mehr gibt, dann ist das ein Problem im Ministerium und in den anderen Behörden. Aber es ist natürlich auch ein Problem in den Hochschulen. Aber nachdem auch das jetzt von den Betroffenen angenommen wird, finde ich, dass wir das als einen weiteren wichtigen Schritt sehen sollten, um unser Land Nordrhein-Westfalen voranzubringen. Der dritte Punkt ist eine klare Innovationspolitik. Ich begrüße ausdrücklich, dass sich die Bundesregierung jetzt entschieden hat, dieses große Paket in Sachen Innovation aufzulegen und sich nach der Philosophie „Stärken stärken“ mit immerhin rund 15 Milliarden € daran beteiligen wird, dass wir an der Stelle wirklich einen Antritt machen, der nachhaltig ist. Wir müssen jetzt den Versuchen unternehmen, überall in den Feldern, wo wir schon gut sind, noch besser zu werden, um uns im internationalen Wettbewerb behaupten zu können.

Wir werden das vonseiten der Landesregierung mit unserem Programm der Gründung neuer Forschungsinstitute nachhaltig unterstützen, denn wir wissen, dass wir in den Bereichen in Nordrhein-Westfalen besser werden müssen.

Ich habe mit großem Interesse, aber auch mit einem Stück Sorge heute Morgen in der Zeitung gelesen, dass wir bei der Arbeitsplatzentwicklung im Ruhrgebiet in den letzten fünf Jahren leider einen erheblichen Abbau von 73.000 Arbeitsplätzen hatten und gleichzeitig in den anderen Regionen den Anstieg von Arbeitsplätzen verzeichnen. Wir wissen – das fängt bei der Stadtentwicklungspolitik, der Regionalpolitik an und geht bis zur Situation der Städte im Ruhrgebiet – dass wir den Versuch unternehmen müssen, diesen Trend zu kippen. Ich glaube, das geht nicht über irgendwelche Gießkannenförderprogramme, sondern es geht über eine Politik, die klar auf Innovation setzt. Da entstehen die neuen Arbeitsplätze.

(Beifall von CDU und FDP – Helmut Stahl [CDU]: Richtig!)

Das ist auch der Grund, warum ich im Moment in den Gesprächen mit den Oberbürgermeistern und Landräten für die Initiative „Zukunft Ruhr“ werbe. Ich glaube, wenn wir das gemeinsam hingekommen, wenn wir eine Politik verabreden, die sich auf unsere Stärken konzentriert, die Abschied nimmt von Leuchtturmprojekten, die mehr symbolisch den Versuch machen, die Stimmung zu verändern, die auf mehr Innovation und vor allen Dingen auf die Erkenntnis setzt, dass neue Arbeitsplätze in mittelständischen Betrieben entstehen, in neuen Betrieben, mit neuen Produkten und neuen Dienstleistungen, dann werden wir auch in dem Bereich ein Stück weiterkommen, und zwar so, dass die Leute es merken.

Dazu gehört natürlich auch die Politik, die sich mit dem Thema Steinkohle beschäftigt. Wir werden in den nächsten Monaten – die Gespräche laufen mit der Bundesregierung – dazu kommen, dass wir über die Bedingungen, Frau Löhrmann, die Sie angesprochen haben, dann im Detail reden. Übrigens haben wir – Frau Thoben hat es Ihnen gesagt – überhaupt keine Probleme, Ihnen die Zahlen zu geben, die wir haben.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

– Dann soll Herr Priggen einmal konkret sagen, was er erstens, zweitens, drittens, viertens haben will. Ich lese die Texte, die Herr Priggen verfasst, immer mit großem Interesse und übrigens meistens mit Gewinn, weil sie sehr sachkundig sind. Das will ich ausdrücklich feststellen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE] meldet sich zu einer Zwischenfrage.)

Aber verehrte Frau Löhrmann, das Problem ist nur, dass Sie auch wissen, dass wir es mit einem Unternehmen zu tun haben, das strikt darauf besteht, dass unternehmensinterne Daten nicht weitergegeben werden. Ich teile übrigens die Auffassung, die Sie vertreten. Ein Land, das so viel Geld wie das Land Nordrhein-Westfalen gibt, hat ein Anrecht darauf, alle Zahlen zu bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Sie haben eine Zwischenfrage, Frau Löhrmann.

Präsidentin Regina van Dinker: Frau Löhrmann, bitte!

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Herr Ministerpräsident, das hören wir natürlich mit dem allergrößten Vergnügen, besonders Herr Priggen, der jetzt nicht hier sein kann, aber ich werde es ihm weitergeben.

Ich habe in der Ausschusssitzung den Eindruck gewonnen und wüsste gerne, wie Sie gedenken, damit umzugehen – um die Frage direkt vorneweg zu stellen –, dass Herr Müller mit manchem Weitergeben gar kein Problem hätte, die Ministerin aber gesagt hat, sie wolle das prüfen. Da ist – das möchte ich ausdrücklich sagen – für Ihre Regierung ein nicht so ganz glücklicher Eindruck entstanden. Wie wollen Sie sicherstellen, dass wir diese Informationen bekommen?

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Nachdem ich gerade durch Zwischenruf, Frau Löhrmann, feststelle, dass der Eindruck, den Sie gewonnen haben, von Frau Thoben nicht geteilt wird, schlage ich vor, sich nachher kurzzuschließen, um die Eindrücke auf das gleiche Niveau zu bringen. Dann haben wir die gleiche Grundlage.

(Beifall von CDU und FDP)

Frau Löhrmann, mich hat nur gestört, dass Sie daraus einen Vorwurf gemacht haben.

(Zuruf von Sylvia Löhrmann [GRÜNE])

Ich verstehe ja, dass Opposition – schon gar, wenn man Opposition so versteht, wie die Grünen es tun – wahrgenommen werden muss. Dann droht man auch einmal mit einer Verfassungsklage. Schwamm drüber!

Der entscheidende Punkt ist: Wir brauchen die Informationen, damit die Verhandlungen geführt

werden können. Sie wissen – das haben Sie selber erlebt; denn Sie waren, glaube ich, persönlich dabei –,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Meistens!)

wie der Vorstandsvorsitzende der DSK im Ausschuss gesagt hat: Von uns gibt es die Informationen nicht! Wir geben euch zum Beispiel nicht die Informationen über irgendwelche Pfade über einen sozialverträglichen Ausstieg. – Inzwischen sind wir da ein ganzes Stück weitergekommen. Wahrheit ist, dass wir um diese Informationen kämpfen müssen, dass auch die Landesregierung um sie kämpfen muss. Voraussetzung ist, dass wir auf der Basis dieser Informationen über die Zukunft reden. Wenn wir etwas Sozialverträgliches machen, brauchen wir den Bund, das Unternehmen und die IG BCE. Die Zukunft kann nach Auffassung der Landesregierung nur ein Ausstieg aus dem subventionierten Bergbau sein.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Ministerpräsident, erlauben Sie eine Zwischenfrage von Herrn Kuschke?

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Von Herrn Kuschke auch.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte schön, Herr Kuschke!

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Ministerpräsident, es kann ja nicht um die Frage des Austausches von Eindrücken gehen, sondern wir wären Ihnen dankbar, wenn Sie bei nächster Gelegenheit schlichtweg sagen könnten, welche Fragen die Wirtschaftsministerin oder die Landesregierung an die Ruhrkohle AG gestellt hat und inwieweit dem nachgekommen worden ist oder nicht. In dem Falle, wo das nicht passiert ist, könnte das Parlament Ihnen, der Landesregierung, helfen, diese Informationen zu bekommen.

(Zuruf von Ministerin Christa Thoben)

Dr. Jürgen Rüttgers, Ministerpräsident: Wir bemühen uns, Sie so umfassend zu informieren wie wir dies können, auch vor dem Hintergrund dessen, was ich gesagt habe, Stichwort: Unternehmensdaten.

Die Debatte mit den Grünen, Herr Kuschke, ging um etwas anderes, nämlich darum, dass unterschiedliche Eindrücke vorhanden waren, ob es überhaupt irgendwelche Informationen vonseiten der Landesregierung gab. Mir liegt daran klarzu-

stellen, dass wir bereit sind, dass, was wir an der Stelle wissen, Ihnen zu sagen.

Jetzt können Sie freundlicherweise miteinander verabreden, ob Sie das in einer öffentlichen oder nichtöffentlichen Sitzung des Wirtschaftsausschusses oder wo auch immer machen. Das möchte ich von hier aus nicht entscheiden.

In dem Zusammenhang, wo wir darüber reden, möchte ich auch eine kleine Bemerkung zur Energiepolitik machen, weil das auch etwas mit Konjunktur und mit Wirtschaftspolitik zu tun hat. Ich sage ausdrücklich, dass die Landesregierung und die sie tragenden Parteien glauben, dass wir – wir wollen eine entsprechende Bundesratsinitiative ergreifen – in absehbarer Zeit noch die Möglichkeit brauchen, Strompreiserhöhungen für kleine Haushalte, für kleine und mittlere Betriebe weiterhin zu genehmigen.

Wir haben nicht den Eindruck, dass das entsprechende Energiewirtschaftsgesetz die Ziele, die es sich ursprünglich gesetzt hat, nämlich zu mehr Wettbewerb zwischen den verschiedenen Anbietern zu kommen, bereits erreicht hat. Wenn von 119 Anbietern 111 bereits Preiserhöhungen beantragen, dann ist das ein Signal dafür, dass dies noch einmal bedacht werden muss.

Ich glaube jedenfalls, dass die Frage einer ausreichenden, sicheren Energieversorgung auf der einen Seite, aber eben auch einer Energieversorgung, die die Kosten nicht über Gebühr belastet, für einen Standort von großer Bedeutung ist. Weil dies eine Aufgabe ist, die den Ländern obliegt, wollen wir diese Initiative jetzt starten. Wir sind der Auffassung, dass auch das für den Standort Nordrhein-Westfalen von erheblicher Bedeutung ist.

Lassen Sie mich einen letzten Punkt sagen, weil der auch in den Zwischenrufen eben immer vorkam. Es wurde bereits vom Kollegen Papke und vom Kollegen Stahl darauf hingewiesen, dass die Landesregierung – auch das ist einer der Punkte unserer Wirtschafts- und Strukturpolitik hier in Nordrhein-Westfalen – es für sehr wichtig hält, dass wir beim Thema Verwaltungsreform, konkret beim Abbau von Bürokratie, entscheidende Schritte weiterkommen.

Die Landesregierung hat in einem Umfange – ich kann mich nicht erinnern, in den letzten Jahren etwas Vergleichbares gesehen zu haben – 54 Behörden aufgelöst. Wenn dann gesagt wird, da seien nur die Schilder ausgetauscht worden, dann erwidere ich: Wer so etwas sagt, weiß nicht, wie eine Verwaltungsmodernisierung vonstatten geht.

Eine Behörde hat verschiedene Aufgaben. Sie sind in Gesetzen, Verordnungen und Entscheidungen der Regierung enthalten. Wenn Sie das richtig machen wollen – als wir noch in der Opposition und Sie in der Regierung waren, war das Konsens –, dann müssen Sie sich jede Aufgabe ansehen und entscheiden, was Sie mit dieser Aufgabe machen. Wir waren froh, dass wir damals verabreden konnten, eine Liste darüber zu bekommen, welche Aufgaben die Landesregierung überhaupt hatte. Die gab es ja gar nicht.

Wir müssen uns also das ansehen und überlegen, was wir damit machen, ob es zum Beispiel um eine Aufgabe geht, die man kommunalisieren kann, ob es eine Aufgabe ist, die man privatisieren kann, ob sie auf die Mittelebene gehört, ob sie ins Ministerium gehört, wohin sie überhaupt gehört. Das sind alles Fragen, die gestellt werden müssen. Dass das nicht von jetzt auf gleich geht, ist eine klare Sache. Wer solche Zwischenrufe macht, weiß wirklich nicht, wovon er redet.

(Zuruf von Sören Link [SPD])

– Herr Kollege, genau Sie habe ich gemeint.

(Heiterkeit – Zurufe)

Das heißt, wir werden uns diese Aufgaben in den nächsten Wochen und Monaten ansehen und unter anderem mithilfe der Regierungspräsidenten und mit unseren Gesprächspartnern sowohl in den Landschaftsverbänden, bei den Regierungspräsidenten und bei den Kommunen, bei den kreisangehörigen Städten genauso wie bei den Landkreisen und bei den kreisfreien Städten, prüfen und dann die entsprechenden Entscheidungen treffen, übrigens mit Konsequenzen wie der, dass bei Anwendung des Konnexitätsprinzips, was im Haushalt im nächsten oder übernächsten Haushalt irgendwann auftauchen wird, Geld und Personal mitgegeben werden muss.

Dass das Ganze mit einer Neustrukturierung im Bereich der Landesbehörden begleitet wird, ist eine Sache, die eben von Frau Löhrmann beklagt worden ist, die ich aber für dringend erforderlich halte.

Hier wurde gesagt, wir hätten auch immer gefordert, 3.000 Stellen mit kw-Vermerken zu versehen und abzubauen. Ich weise darauf hin, dass wir es schon einmal gehabt haben, dass über die gesamte Legislaturperiode, wenn ich das richtig im Kopf habe, sowohl am Anfang wie am Ende, die gleiche Gesamtzahl der Bediensteten des Landes vorhanden war und dass der Trend, den wir brauchen, nämlich mit weniger Personal effektiver zu

arbeiten, in dieser Zeit nicht realisiert wurde. Das werden wir jetzt Schritt für Schritt umsetzen.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich glaube ...

(Ralf Jäger [SPD]: Warum stellen Sie so viele ein? Wer berät Sie?)

– Mich braucht gar keiner zu beraten, Herr Jäger.

(Lachen von der SPD)

Ich gucke mir nur die Zahlen an.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie haben keine Ahnung, noch schlimmer!)

– Herr Jäger, das müssen Sie gerade sagen, Sie erfolgreicher Politiker aus Duisburg! Gucken Sie sich an, wie Herr Sauerland da ordentliche Politik macht,

(Beifall von der CDU)

dann werden Sie rot und halten Sie Ihren Mund! Das ist ganz einfach.

(Sören Link [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit! Sie Vollflasche!)

Werte Kolleginnen und Kollegen, es ist ungeheuer wichtig, dass wir das, was wir an konjunktureller Entwicklung haben, durch eine vernünftige Politik begleiten, weil wir damit auch für die Menschen im Land wieder Sicherheit schaffen.

Wir haben gerade im Zusammenhang mit den Feiern zum 60. Geburtstag unseres Landes Nordrhein-Westfalen erlebt, dass es inzwischen eine sehr große Bereitschaft der Menschen gibt, nicht nur dieses Land anzunehmen, sondern es wirklich als ihr Land zu betrachten und auch – das war das große Erlebnis mit 2 Millionen Bürgerinnen und Bürgern bei diesem Fest am vergangenen Wochenende – zu sagen: Dies ist mein Nordrhein-Westfalen. Hier lebe ich gerne. Es ist ein wunderschönes Land, ein Land, das Probleme hat, selbstverständlich. Wir haben aber das Vertrauen, dass wir mit diesen Problemen fertig werden, wenn wir den Versuch machen, die Menschen mitzunehmen.

Weil das so ist, bin ich fest davon überzeugt, dass Nordrhein-Westfalen auch in Zukunft ein Aufsteigerland sein wird.

(Lang anhaltender lebhafter Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Ministerpräsident. – Für die SPD-Fraktion spricht nun Frau Walsken.

Gisela Walsken (SPD): Herr Ministerpräsident! Meine Damen und Herren! Ihre Rede hat eindrucksvoll klargemacht, warum Sie sich heute seit nunmehr fast dreieinhalb Stunden weitgehend mit der SPD auseinandersetzen, anstatt über den Haushalt zu reden und deutlich zu machen, welche Konzepte Sie für das Land haben.

Das ist uns deshalb klar geworden, weil der Zustand im Land Nordrhein-Westfalen, das Sie zurzeit regieren, alles andere als positiv ist. Ihre Umfragewerte sinken. Die Bevölkerung ist zunehmend enttäuscht. Kinder und Jugendliche haben protestiert. Wir haben es in den letzten Wochen und Monaten heftig erlebt. Die Mitarbeiter in der Landesverwaltung sind zutiefst misstrauisch, weil Sie im Hinblick auf das, was Sie meinen, als Konzept zur Verwaltungsstrukturreform verkaufen zu müssen, enttäuscht sind.

Und, Herr Ministerpräsident, Herr Laumann, bei Hartz IV haben Sie versucht, die Bevölkerung zu täuschen. Sie haben selber mit am Tisch gesessen, als Hartz IV beschlossen worden ist. Nun stellen Sie sich hier an dieses Rednerpult und tun so, als wenn Sie damit nichts zu tun hätten.

(Beifall von der SPD)

Und ich sage deutlich in Richtung FDP: Ich kann mir vorstellen, dass Sie nicht begeistert sind, sich zunehmend über Ihren Koalitionspartner ärgern zu müssen, weil er zum Beispiel gerade versucht, die Unabhängigkeit des Landesrechnungshofes mit einem riesigen gelben Filzmantel zu überziehen. Herr Kollege Papke, Ihr Beitrag hier war an Scheinheiligkeit nicht zu überbieten, und leider haben Sie den Zuhörerinnen und Zuhörern verschwiegen, was Sie im Landesrechnungshof gerade wirklich planen.

Herr Ministerpräsident, ich glaube, es war nicht schön, zu erleben, wie Kollege Stahl heute das Kabinett eigentlich schon symbolisch verabschiedet hat. Es ist nicht schön, zu schauen, was in der Staatskanzlei in den letzten Wochen und Monaten passiert ist. Sie haben jetzt mit personellen Veränderungen versucht, Abhilfe zu schaffen. Und ich glaube auch nicht, dass es schön ist, mitzukriegen, dass im Wirtschaftsministerium die Mäuse auf dem Tisch tanzen. All das ist für Sie sicherlich Grund genug, sich heute nicht mit der Zukunft dieses Landes oder Ihrem Haushalt, sondern mit der SPD zu beschäftigen. Dies ist ein Ablen-

kungsmanöver allererster Güte. Aber es ist durchsichtig, scheinheilig und wurde durchschaut.

(Beifall von der SPD – Svenja Schulze [SPD]: Genau!)

Dann haben Sie uns heute mitgeteilt, womit Sie sich nicht beschäftigen möchten. – Oh, Sie sind schon weg, Herr Ministerpräsident?

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Er will sich nicht mit dem Haushalt beschäftigen!)

Eben hat er sich noch beschwert, dass die Opposition nicht funktioniert. Jetzt geht er und hört nicht mehr zu. Das ist aber nicht so tragisch.

(Ralf Jäger [SPD]: Er ist ein bisschen Fahrrad fahren!)

Sie haben sich eben dahin gehend geäußert, dass Sie sich nicht mit Zahlen auseinandersetzen wollen. Genau das werden wir Ihnen nicht ersparen; Herr Kollege Stahl ist leider auch nicht da, aber auch das ist nicht wichtig.

(Zuruf von Angela Freimuth [FDP])

Die Weiterbildung ist ein interessantes Beispiel, und da haben wir ein bisschen in den Akten gegraben. – Kollege Klein, ich habe hier einen Entschließungsantrag der CDU vom 19. April 2005, also wenige Tage vor der Landtagswahl datiert. Da heißt es in der Passage zur öffentlichen Förderung wörtlich:

„Die Förderung ... der Weiterbildung ... wird auf dem Niveau des Jahres 2000 gesichert.“

Meine Damen und Herren, das hieße, Sie hätten mit der Vorlage Ihrer Haushalte hier 13,7 Millionen € zusätzlich in die Weiterbildung einstellen müssen. Seit Sie regieren, haben Sie aber bis heute 24 Millionen € gekürzt. Das werden wir in diesem Lande deutlich machen. Da lassen wir Sie nicht entkommen, meine Damen und Herren.

(Sören Link [SPD]: Hört, hört!)

Zweiter Punkt – auch hier konfrontieren wir Sie gerne mit Zahlen –: Aus den Eckpunkten der Landeshaushalte 2004/2005 ist die Anzahl der Stellen zu entnehmen. Daraus wird deutlich, dass Sie nicht weitere Stellen abbauen. Wir haben gegenüber 2004 im Haushalt 2005 991 Stellen realisiert und 2005 weitere 819 Stellen eingespart. Herr Dr. Rüttgers, Herr Finanzminister – oh, er ist auch nicht mehr da; es ist interessant, dass der Finanzminister bei der Haushaltsdebatte nicht da ist –, das sind die Zahlen, und

mit denen werden wir Sie bis zur Weihnachtspause konfrontieren.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Das Ressort Finanzen übernimmt jetzt Frau Sommer!)

– Auch schön. Meine Damen und Herren, ich freue mich, dass wir hier viele Zuhörerinnen und Zuhörer haben. Wenn es die Landesregierung nicht interessiert, was die Opposition zum Haushalt sagen möchte, dann sagen wir es gerne der Bevölkerung in diesem Land.

(Zuruf von Winfried Schittges [CDU])

– Herr Kollege Schittges, Sie sind da der beste Zwischenredner. Mit Ihnen setzen wir uns noch an anderer Stelle auseinander; das machen wir später.

(Rainer Schmeltzer [SPD]: Bei ihm werden wir noch nachbohren!)

Meine Damen und Herren, dieser Landeshaushalt ist mutlos, profillos, verantwortungslos. Dieser Haushalt wächst – jedoch zulasten der Kommunen. Er ist kommunalfeindlich, und die Sanierung erfolgt in diesem Haushalt ausschließlich zulasten unserer Städte und Gemeinden. Und das, meine Damen und Herren, stinkt selbst den CDU-Kollegen,

(Beifall von der SPD)

die sich auf einer Tagung in der letzten Woche dazu ausdrücklich geäußert haben.

Und, meine Damen und Herren, dieser Haushalt reißt Herrn Dr. Linssen seine Maske vom Gesicht: die Maske des selbst inszenierten „ehrlichen Kaufmanns“. Denn er frisiert zum dritten Male die Landesbilanz auf der Einnahmeseite. Dieser Finanzminister verliert heute den Ruf des ehrlichen Kaufmanns. Denn er ist hier an dieser Stelle erneut verfassungsbrüchig. Er hat den Art. 81 der Landesverfassung, in dem steht – Frau Präsident, ich darf zitieren –: „Alle Einnahmen und Ausgaben des Landes sind in den Haushaltsplan einzustellen; ...“, missachtet. Er hat die Verfassung gebrochen, und wer sich hier ein drittes Mal mit absichtlich nach unten korrigierten Einnahmen präsentiert, der verdient nicht mehr, als ehrlicher und vorsichtiger Kaufmann bezeichnet zu werden.

(Beifall von der SPD)

Aber ich höre – auch per Zwischenruf – immer wieder, dass all dies nicht stimmt, und deshalb möchte ich gerne denjenigen, die es interessiert, die Chance geben, sich mit einem Blick in die Zahlen ein eigenes Bild zu machen.

2005 hatten wir den ersten Haushalt, den die neue Koalition zu verantworten hatte. Dieser Haushalt 2005 hatte – die Zahlen liegen heute vor – 360 Millionen € zu wenig an Steuern auf der Einnahmeseite. 360 Millionen € sind den Entscheidungen dieses Parlaments entzogen worden, aber sie sind auch diesem Land und seinen Städten und Gemeinden genommen worden.

(Beifall von der SPD)

Es geht 2006 weiter, meine Damen und Herren. Wir prognostizieren fast 500 Millionen € zu wenig an Steuern, die der Finanzminister nicht kalkuliert. Ich will jetzt gerne die Istzahlen sagen: Wir haben bis April – immer im Vergleich zum letzten Jahr – 650 Millionen € mehr Steuern eingenommen. Wir haben bis Mai über 1 Milliarde € mehr eingenommen. Und wenn wir heute die Website des Finanzministeriums anklicken, so erfahren wir, dass wir bis Ende letzten Monats 1,386 Milliarden € mehr an Steuern in diesem Land haben.

Herr Finanzminister, ich fordere Sie seit Juli auf: Legen Sie endlich einen Nachtragshaushalt vor, damit dieses Parlament über das Geld entscheiden kann und Sie es nicht am Parlament vorbei in den Sparstrumpf packen und damit die Verfassung brechen!

(Beifall von SPD und GRÜNEN – Rainer Schmeltzer [SPD]: So viel zum Thema ehrlicher Kaufmann!)

Meine Damen und Herren, das Schlimme ist ja, dass die Kommunen doppelt getroffen werden. Die Steuerschätzer – ein fachkundiges Gremium aus Bundes- und Landesebene – haben für Nordrhein-Westfalen gesagt, dass wir 860 Millionen € mehr an Steuern haben werden, wahrscheinlich sogar mehr. Das wird auch den Kommunen im Steuerverbund entzogen.

Obwohl es guter Brauch ist, Herr Finanzminister, sich an den Prognosen der Steuerschätzer – Sie sind erst vom Mai – zu orientieren, stellen Sie diese Summe nicht in den Haushalt ein. Das Schlimme ist, Sie bauen auch zu wenig Schulden ab. Das Thema Schuldenabbau – meine Kollegin Kraft hat es heute Morgen erwähnt –, die Lebenslüge 9 des Herrn Ministerpräsidenten in der „Wirtschaftswoche“, macht deutlich, wie hier operiert wird: Versprochen – gebrochen.

Der Ministerpräsident und sein Finanzminister haben von diesem Pult in diesem Haus erklärt, sie würden jeden zusätzlich eingenommenen Euro zum Abbau der Schulden verwenden. Wenn Sie heute das blaue Haushaltsbuch aufschlagen, sehen Sie, dass der Finanzminister von diesem

Geld erst einmal 350 Millionen € abzweigt, um damit Mehrausgaben in seinem Haushalt zu decken, die er auch an anderen Stellen hätte einsparen können. Das ist nicht seriös, sondern das geschieht wieder einmal nach dem Motto: Versprochen – gebrochen.

(Beifall von der SPD)

Wenn man sich genau anschaut, was der Finanzminister wirklich mit dem Geld macht, fällt auf, dass er deutlich mehr neues Personal einstellt, hochdotiertes Personal. Ich kann es nur noch einmal betonen: eine zusätzliche Stelle in der Staatskanzlei für einen

(Zuruf von Minister Dr. Helmut Linsen)

zusätzlichen Staatssekretär im Regierungsapparat, und, Herr Finanzminister, einen zusätzlichen Abteilungsleiter in Ihrem Haus. Das hätte sich keiner vorher erlaubt. Denn in diesem Hause war es unter Rot-Grün üblich, dass der Finanzminister vorbildlich ist. Vorbildlich!

(Beifall von der SPD)

Versprochen – gebrochen. Auch an dieser Stelle spricht die Wahrheit für sich.

Herr Kollege Stahl hat sich vorhin breit mit dem Thema „Verfassung und Moral“ auseinandergesetzt. Wir sagen: Dieser Haushalt ist erneut verfassungswidrig. – Ja, wir haben auch eine Auseinandersetzung vor dem Verfassungsgericht verloren. Das ist keine Frage, dazu stehen wir. Wir sind aufgefordert worden, Rücklagen, die aus Krediten finanziert waren, wieder aufzulösen. Das haben wir getan. Aber es hat in der Geschichte des Landes noch nie einen Haushalt gegeben, der komplett verfassungswidrig ist.

(Beifall von der SPD)

Und ich lege Wert darauf, dass der Verfassungsgerichtshof NRW hierzu Urteile spricht und nicht Kollege Stahl aus dem Bauch, weil er meint, die Haushalte seien verfassungsgemäß.

(Beifall von der SPD)

Zum dritten Male Verfassungsbruch, obwohl – das ist der eigentliche Unterschied zu dem, was in der rot-grünen Regierungszeit geschehen ist – die Steuerquellen sprudeln! Ich gebe zu, als Finanzpolitikerin hätte ich diese Phase gerne erlebt. Zum ersten Mal, Herr Finanzminister, haben Sie jetzt aufgrund der konjunkturellen Lage, aufgrund von Maßnahmen, die Sie im Bund als CDU oder als FDP abgelehnt haben, und aufgrund von Maßnahmen, die wir in diesem Lande durch eine große Sparoperation mithilfe der Beschäftigten einge-

leitet haben, die Situation, wieder mehr Geld einzunehmen.

Es ist längst auch nicht mehr unmöglich, die Verfassung zu wahren. Ganz im Gegenteil: Mit über 2 Milliarden € an zusätzlichen Einnahmen ließen sich die Schulden deutlich stärker zurückführen, als Sie es tun. Sie zweigen wieder einen Betrag ab, und Sie senken – das ist interessant – Ihre landeseigenen Investitionen, die Sie zur Einhaltung der Verfassung dringend bräuchten.

Wir verstehen nicht, warum Sie gerade in der Phase eines beginnenden wirtschaftlichen Aufschwungs in diesem Land nicht investieren und den Kommunen nicht die Spielräume geben zu investieren, sondern das Geld zurückhalten. Sie sind konzeptlos, Herr Finanzminister. Da hilft auch nicht, dass Sie einen landeseigenen Betrieb in die Insolvenz reden. Sie haben kein Konzept für den Schuldenabbau, sondern Sie legen wahllos Spar Dosen an.

(Beifall von der SPD)

Ich wiederhole gerne, weil es zutrifft: Dieser Haushalt ist mutlos, weil er nicht spart. Er ist profillos, weil er keine politischen Schwerpunkte erkennbar macht und auch kein Konzept zur Konsolidierung eines Haushalts bei wieder sprudelnden Steuerquellen vorlegt. Er ist verantwortungslos, weil er durch und durch kommunalfeindlich ist. Und weil der Finanzminister zum dritten Mal in Folge einen Haushalt mit einer frisierten Bilanz vorgelegt hat, ist das auch kein Haushalt mehr, der von einem ehrlichen Kaufmann vorgelegt wird. – Herzlichen Dank.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Frau Walsken. – Für die CDU hat Kollege Klein das Wort.

(Sören Link [SPD]: Es sitzt nur noch einer da, nein, zwei! Zu wem reden Sie überhaupt noch?)

Volkmar Klein (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Da hat Frau Kollegin Walsken doch tatsächlich den kompletten Saal leergedet. Ich habe aber auch den Eindruck, dass das, was ich zu sagen habe, für Sie viel wichtiger ist.

Wenn ich mir die Wortbeiträge noch einmal in Erinnerung rufe, haben Sie in alle Richtungen kritisiert. Das gilt auch für die Frau Kollegin Walsken. Ich habe nicht gehört – Sie haben es wohl gar nicht erst versucht –, dass Sie irgendwo konkret gesagt haben, wo mehr gespart werden soll. Das haben sie nur pauschal gefordert. Auch die

Schulden sollen sinken. Aber Sie müssen sich schon entscheiden. Sie müssen entweder sagen „Mehr sparen und weniger Schulden“ oder „Weniger sparen und mehr Schulden“. Beides zusammen kann nicht funktionieren. Das wissen Sie genauso gut wie ich.

Es ist schon eine seltsame Atmosphäre. Nicht dass ich mich nicht hineinversetzen könnte – mich erinnert das aber eher an frühere Erlebnisse beim Zahnarzt mit unseren Kindern. Wenn ich ab und zu einmal mitgegangen bin, hätte ich dem jeweiligen Kind am liebsten das Bohren erspart und es aus lauter Mitgefühl vor dem bösen Zahnarzt und dem surrenden Bohrer gerettet.

Aber, meine Damen und Herren, es wären doch schlechte Eltern, die das machen. Es muss operiert werden, damit es hinterher wieder besser wird. Zetern und Schimpfen alleine, wie Sie das hier tun, ist nun wirklich verantwortungslos. Nicht, dass es uns Freude macht, sicherlich auch harte Entscheidungen zu treffen. Aber anders geht es nicht. Sie verhalten sich hier ganz genau so wie ein Elternteil, der das Kind vor dem Zahnarzt retten will.

Das Schlimmste ist: Das fordern Sie nicht nur jetzt; Sie sind jahrelang tatsächlich so verfahren. Sie waren schlechte Eltern für Nordrhein-Westfalen – für ganz Nordrhein-Westfalen, aber ganz besonders für die Kinder in Nordrhein-Westfalen und auch für die künftigen Kinder, die künftigen Generationen in Nordrhein-Westfalen.

Eine Fachtagung über Nachhaltigkeit in der Finanzpolitik, die jüngst hier im Hause stattgefunden hat, hat auf verschiedenen Wegen attestiert, dass wir nach wie vor eine jährliche Nachhaltigkeitslücke von 10 Milliarden € haben. Da müssen wir drangehen, ob Sie das wollen oder nicht.

Nachhaltigkeitslücke von 10 Milliarden € – das klingt vielleicht technokratisch. Es ist aber weit mehr. Es ist eigentlich ein allgemeinpolitisches Problem. Ich könnte vielleicht auch sagen: Es ist ein Defekt, ein menschlich defektes Verhalten, das wir an den Tag legen. Ich will einen Menschen zitieren, der von mir sehr hoch geschätzt wird, weil er Wort und Tat vereinte: Albert Schweitzer. Er hat versucht, moralisches, ethisches Verhalten so zu definieren, dass uns nicht nur unser eigenes Wohl, sondern auch das der anderen Menschen, der menschlichen Gemeinschaft insgesamt zu interessieren hat.

Ich will das so präzisieren, dass uns nicht nur das Wohl unserer eigenen Generation, sondern auch das Wohl nachfolgender Generationen zu interessieren hat. Es ist einfach nicht in Ordnung, wenn

wir gegenwärtig ein größeres Paket an Schulden als an nutzbarem Vermögen an die nächsten Generationen weiterzugeben. Das ist unmoralisch gegenüber künftigen Generationen, weil Spielräume beschnitten werden.

Deswegen ist es ethisch fragwürdig, wenn noch so viel Gutes oder Soziales heute weiter auf Kredit bezahlt wird. Die Schulden in den vergangenen Jahren sind explodiert. Zinsen für Kredite müssen zurückgezahlt werden, von denen damals Dinge bezahlt worden sind, die heute längst ausgesondert worden sind: Die Kredite, von denen damals die Polizeifahrzeuge der 70er- und 80er-Jahre finanziert worden sind, müssen noch unsere Kinder zurückzahlen. Das ist unverantwortlich gewesen.

Deswegen sind der Kurs und das ziemlich klare Konzept von Finanzminister Helmut Linsen richtig: Wir müssen wieder auf besseren Kurs kommen. Wir müssen die Nettokreditaufnahme reduzieren. Wenn ich mir die vergangenen drei Jahre anschau, betrug die Nettokreditaufnahme im Jahr 2005 6,66 Milliarden €, 2006 5,59 Milliarden €, und im Haushaltsplan für das nächste Jahr beträgt sie 4,35 Milliarden €. Damit wird deutlich, wie erfolgreich der Finanzminister bereits an diesem Problem arbeitet.

Und Sie werfen uns jetzt vor, die Nettokreditaufnahme sei immer noch zu hoch und die Schulden würden auch in den nächsten Jahren weiter steigen? Vergleichen Sie doch einmal das, was jetzt an Krediten aufgenommen werden muss – 4,35 Milliarden € – mit dem, was alleine an Zinsen in diesem Haushalt für Ihre alten Kredite zu bezahlen ist: Das sind 4,76 Milliarden € im kommenden Jahr.

(Beifall von der CDU)

Das heißt, wir müssen aufgrund Ihrer alten Schulden im nächsten Jahr mehr an Zinsen bezahlen, als wir an Krediten aufnehmen. Das ist schon ein großer Beitrag an Konsolidierung. Noch nicht einmal das ist in den vergangenen Jahren gelungen. Sie brauchen sich also gar nicht darüber aufzuregen, dass die Schuldenaufnahme jetzt nicht sofort zu Ende ist.

Trotzdem ist viel erreicht worden. Die Schuldenaufnahme wird weiter gesenkt und wird auch in den nächsten Jahren weiter gesenkt werden. Das ist nicht nur Programm, sondern es wird auch aus der mittelfristigen Finanzplanung deutlich. Es wird ein Erfolg sein, an dem wir uns gerne messen lassen, obwohl deutliche Schwerpunkte gesetzt werden. Die Stichworte dazu sind eben schon gefallen: Für Familienzentren und Schulen wird deutlich mehr Geld als in der Vergangenheit aus-

gegeben. Das ist ein weiterer Beitrag zur künftig besseren Gestaltung unseres Landes.

Wenn wir uns vergleichen, sind wir noch weit weg von dem, wo wir eigentlich stehen müssten. Ich habe in Erinnerung, dass es auch Ihr Anliegen ist, sich nicht unbedingt mit den Fußkranken in diesem Land zu vergleichen. Wir wollen nicht die nordrhein-westfälischen Finanzen oder die Performance unserer Wirtschaft mit Bremen oder Berlin vergleichen. Wenn wir uns vergleichen, muss Bayern der Maßstab sein. Da liegt noch ein verdammt weiter Weg vor uns.

Bayern wird wie im vergangenen Jahr auch dieses Jahr bei einer Neuverschuldung von 0 € liegen. Wir haben immer noch eine beklagenswert hohe Neuverschuldung – und das auf einem viel höheren Niveau. Die absoluten Zahlen seien dahingestellt; sie sind bei uns als dem größeren Land sowieso höher. Aber der Anteil der jeweiligen Landesverschuldung am Bruttoinlandsprodukt beträgt in Bayern 6,2 %, in Nordrhein-Westfalen 22,9 %. Das macht deutlich, wie viel schlechter wir stehen und wie groß die Aufgabe ist, die noch vor uns liegt.

Es ist nicht so, dass damit in der Vergangenheit mehr investiert worden wäre, was für die Zukunft hilft. Nein! Auch die Investitionsquote liegt in Bayern nach wie vor deutlich höher als in Nordrhein-Westfalen. Das sind alles strukturelle Fehler unseres Haushaltes, die nach und nach korrigiert werden müssen. Auf diesem Weg sind wir. Für diesen Weg ist der Haushalt 2007 das richtige Konzept.

Es ist auch nicht so, dass durch die bei uns wesentlich höhere Verschuldung wesentlich Besseres erreicht worden wäre. Ganz im Gegenteil: Die soziale Struktur und die Hilfen für die Schwächeren in unserer Gesellschaft sind in Nordrhein-Westfalen schlechter als in anderen Bundesländern. Die Schulbildung ist schlechter, und auch die wirtschaftliche Entwicklung ist schlechter. 1994 bis 2004 betrug die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern plus 21 %, bei uns nur 11 %. Diese Wachstumslücke, meine Damen und Herren, ist zur Einnahmelücke und zur Arbeitsplatzlücke für Nordrhein-Westfalen geworden. Damit müssen wir aufräumen.

Ich verstehe ja, dass Sie das in der Vergangenheit nicht für so nötig befunden haben. Frau Kollegin Walsken hat eben ein bisschen im alten Fahrwasser weiter gemacht und dem Finanzminister vorgeworfen, die Steuereinnahmen in diesem Jahr und auch im nächsten Jahr eventuell etwas zu gering geschätzt zu haben. – Ein vor-

sichtiger Kaufmann ist etwas vorsichtiger als die Realität.

(Widerspruch von der SPD)

Die Realität in der Vergangenheit sieht so aus: Sie haben sich früher die Zahlen in einer Größenordnung schön gerechnet,

(Gisela Walsken [SPD]: Welcher denn?)

die eigentlich für Sie Anlass sein müsste, sich zu schämen, solche Behauptung überhaupt in den Mund zu nehmen.

(Gisela Walsken [SPD]: Das sind Ihre Zahlen, und das ist Ihr Haushalt!)

Sie werfen jetzt dem Finanzminister allen Ernstes vor, die Steuereinnahmen des nächsten Jahres eventuell um 360 Millionen € zu niedrig zu schätzen.

(Gisela Walsken [SPD]: Eventuell? – Auf jeden Fall!)

Ich füge hinzu: Die Steuerschätzung im November steht noch aus. Im Anschluss an diese Steuerschätzung wird alles noch einmal überprüft.

(Gisela Walsken [SPD]: Zu Protokoll: Ich biete Ihnen eine Wette an!)

Frau Kollegin Walsken, Sie sagen, die Schätzung sei um 360 Millionen € zu niedrig ausgefallen. Was war in den vergangenen Jahren? Im Jahre 2002 hat die alte Koalition die Steuereinnahmen um 1,7 Milliarden € zu hoch geschätzt. Im Jahre 2003 hat sie die Steuereinnahmen um 3,6 Milliarden € – Milliarden! – zu hoch geschätzt, und im Jahre 2004 hat sie die Steuereinnahmen erneut um 1,4 Milliarden € zu hoch geschätzt.

(Gisela Walsken [SPD]: Warum?)

An der Stelle ist mir ein vorsichtig schätzender Finanzminister, der eventuell Gefahr läuft, hinterher um 300 Millionen € besser abzuschneiden, tausendmal lieber als die unsolide Handhabung in der Vergangenheit.

(Beifall von CDU und FDP)

Das wird dann noch mit dem Vorwurf verbunden, es gehe zulasten der Kommunen. Das erstaunt mich insofern, als sich die neue Systematik des Gemeindefinanzierungsgesetzes wohl immer noch nicht überall herumgesprochen hat. Denn anders als früher wird das Gemeindefinanzierungsgesetz nicht mit den prognostizierten Steuereinnahmen gespeist, sondern mit dem, was tatsächlich eingenommen worden ist.

(Vorsitz: Vizepräsident Edgar Moron)

Das bedeutet: Für das Jahr 2007 werden die Kommunen abschließend das erhalten, was an Steuereinnahmen im Zeitraum vom 1. Oktober 2005 bis zum 30. September 2006 an Ist angekommen ist. Die Behauptung also, durch irgendwelche Steuerschätzungen sei die Position der Kommunen auch nur tangiert, ist völliger Unfug. In der Vergangenheit hat das gestimmt, ist heute aber nur noch Stimmungsmache und völliger Unfug.

Stattdessen freuen sich die Kommunen darüber, jetzt endlich jeweils eine verlässliche Grundlage im Gemeindefinanzierungsgesetz vorzufinden.

Ich wundere mich darüber, dass eben noch einmal betont wurde, die Koalitionsfraktionen und der Finanzminister hätten wenig zum Konzept gesagt. Umgekehrt habe ich nur undifferenzierte, falsche und nicht abgestimmte Kritik an wirklich allen Positionen unseres Konzeptes gehört. – Der Haushaltsplanentwurf ist nichts anderes als in Zahlen gegossenes Konzept von Regierungshandeln.

Ich habe den Eindruck, dass es zu dem, was jetzt für 2007 vorgelegt worden ist, überhaupt keine Alternative gibt. Von der Opposition haben wir keine dieser Einschätzung entgegenstehenden Hinweise erhalten. Es gibt keine Alternative dazu, endlich peu à peu Schluss zu machen mit dem mehr Geld ausgeben, als Geld eingenommen worden ist.

Und es muss endlich ernst gemacht werden mit einem wirklich vernünftigen und optimierten Personaleinsatzmanagement.

Es muss ernst gemacht werden – und nicht, wie früher, immer nur davon geredet werden – mit der Modernisierung und Verschlankung unserer Verwaltung.

Es muss ernst gemacht werden mit besseren Schulen für unser Land.

Und es muss endlich ernst gemacht werden mit der anstehenden Konsolidierung für unser Land.

Auf alle diese Fragen gibt der Haushaltsplanentwurf 2007 richtige Antworten, die unser Land nach vorne bringen. Unser Finanzminister Helmut Linsen und die gesamte Regierung Rüttgers sind auf dem richtigen Weg. Mit diesen Konzepten werden wir unser Land gut in die Zukunft bringen. – Herzlichen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Klein. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat der Abgeordnete Sagel das Wort.

Rüdiger Sagel^{*)} (GRÜNE): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Wenn ich mich hier umschaue, scheint der Parlamentarismus im Landtag von Nordrhein-Westfalen ziemlich am Ende zu sein. Man soll nicht die Abgeordneten tadeln, die da sind. Leider sind sehr viele nicht da.

Aus meiner Sicht ist es ein bisschen schade, dass die Debatte der Finanzpolitiker nachmittags nach 15.00 Uhr stattfindet und vorher der große Schlagabtausch läuft, wobei das Thema „Landeshaushalt 2007“ teilweise nur am Rande gestreift wird. Das möchte ich auch einmal so deutlich sagen. Das finde ich nicht so gut. Vielleicht sollte man sich über die Debattenkultur hier noch einmal ernstere Gedanken machen. – Soweit mein kleines Vorwort.

(Christian Weisbrich [CDU]: Wo sind Ihre Leute?)

– Meine Leute sind im Moment leider auch nicht da. Ich habe meine Anmerkung auch sehr allgemein gefasst, Herr Kollege.

Ich möchte einiges zum Haushalt 2007 ausführen. Mit Erstaunen habe ich vernommen, wie sich der Herr Ministerpräsident heute wieder als das soziale Gewissen aufgespielt hat. Ehrlich gesagt kann ich das nicht so richtig nachvollziehen. Es geht heute nur um den Haushaltsentwurf. Heute findet noch keine Schlussabstimmung statt. Wir ziehen noch kein Fazit über die Ergebnisse der Haushaltsberatungen, sondern wir müssen zunächst einmal nüchtern analysieren, was der Finanzminister und die Landesregierung als Haushaltsentwurf eingebracht haben.

Schaut man sich den Haushaltsentwurf 2007 an, kann ich nur nüchtern konstatieren: Der ökologische Abbau geht weiter. Der Sozialabbau geht weiter. Kinder und Jugendliche sind wieder – wie schon im Haushalt 2006 – besonders betroffen. Wir bekommen es natürlich zusätzlich mit Randerscheinungen wie den Studiengebühren zu tun. Schulbücher für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger werden nicht mehr bezuschusst. Auch das geht zulasten der Kinder.

Deswegen ist mein Fazit nur kurz und knapp: Rüttgers macht dumm! CDU und FDP machen arm! – Das ist die Konsequenz Ihrer Politik.

(Beifall von der SPD)

Aus meiner Sicht – auch das war heute Thema – sparen Sie an den falschen Stellen. Nichts gegen Sparpolitik, aber man muss an den richtigen Stellen sparen.

len sparen. Aus meiner Sicht sparen Sie an den falschen Stellen.

(Zuruf von der CDU: Vorschläge!)

Der ehrliche Kaufmann, der immer wieder beschworen wurde, ist innerhalb sehr kurzer Zeit zu einem Bilanzfälscher geworden. Ich bin von unserem Finanzminister ehrlich enttäuscht. Vonseiten der Regierung, aber auch von den die Regierung tragenden Koalitionsfraktionen wurde viel Zahlenklamauk verkündet. Insbesondere von Herrn Papke haben wir heute wieder einiges gehört.

Eines muss man doch auch konstatieren: Wenn die Mehrwertsteuererhöhung auf Bundesebene nicht käme, hätten Sie 1,4 Milliarden € mehr Schulden. Dann wären Sie bei Schulden in Höhe von 5,8 Milliarden €. Das ist die Realität, die sich in diesem Haushalt widerspiegelt. Das sind deutlich mehr Schulden als in jedem Haushalt, den wir jemals in diesem Land eingebracht haben.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Das ist die Realität.

Die Steuereinnahmen steigen um 2,14 Milliarden €. Davon bringt die Mehrwertsteuererhöhung 1,4 Milliarden €. Noch im Mai hat die Landesregierung betont, sie wolle die Steuermehreinnahmen vollständig zur Haushaltskonsolidierung einsetzen. Ich kann nur feststellen: Auch dieses Versprechen ist nicht gehalten worden. Das Geld wird an ganz bestimmten Stellen wieder ausgegeben. Von Haushaltskonsolidierung keine Spur.

Nimmt man die von Minister Linssen vorgelegten Zahlen aus der mittelfristigen Finanzplanung ernst, dann müsste die Neuverschuldung deutlich unter 4 Milliarden € und nicht – wie jetzt – bei 4,35 Milliarden € liegen. Die Gesamtverschuldung steigt mit dem Haushalt des Jahres 2007 auf 122,2 Milliarden €. Ich habe mir die mittelfristige Finanzplanung angeschaut, weil das für mich die Zahlen sind, die die Perspektive in die Zukunft öffnen. Nach den Angaben des Finanzministers beläuft sich der Schuldendienst des Landes im Jahr 2010 auf 133,4 Milliarden €. Das ist die Situation. Jedes Jahr müssen dann 5,4 Milliarden € an Zinsen und Tilgung gezahlt werden. Das ist die Realität des Jahres 2010.

Ich finde, das ist eine grauenhafte Perspektive. Einen Pfad der Haushaltskonsolidierung kann ich nicht erkennen. Im Gegenteil.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie packen massiv Schulden obendrauf. Sie praktizieren genau das Gegenteil von Haushaltskonsolidierung.

Klare Signale für einen ernsthaften Subventionsabbau sind nicht zu erkennen. Zu den Subventionsgräbern bei der Steinkohle muss ich nicht viel sagen. Auch dort werden die rückholbaren Summen – wir haben sie mit 226 Millionen € beziffert – nicht hereingeholt.

Auch die Landwirtschaftskammern werden weiter massiv subventioniert. Die FDP rückt sich als selbst ernannter Bürokratieabbauer immer in den Vordergrund. Bei den Landwirtschaftskammern geschieht aber genau das Gegenteil, nämlich ein massiver Bürokratieaufbau. Auch zukünftig erhalten diese über 100 Millionen €. Das ist die Realität.

Subventionen sind bei Ihnen nach wie vor ein großes Thema. Sie tun genau das Gegenteil von dem, was Sie versprechen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Zu der Situation der Kommunen wurde heute schon einiges gesagt. Die Kommunen werden um rund 500 Millionen € geprellt. Allein 162 Millionen € an Einnahmen fehlen aus der Grunderwerbsteuer.

Das ist die Politik, die Sie betreiben. Man kann nicht von einer positiven Gestaltung für Nordrhein-Westfalen sprechen. Im Gegenteil. Es geht genau in die falsche Richtung. Das zeigt sich an fast jeder Haushaltsstelle, wenn man sich das einmal intensiv ansieht. Sie handeln genau entgegengesetzt zu all Ihren Versprechungen und Behauptungen.

Es wird groß ein Personalabbau angekündigt. Nach dem uns vorgelegten Haushaltsentwurf für das Jahr 2007 haben wir mehr Beamtinnen und Beamte. Die Stellenzahl steigt auf 253.477. Das sind 715 Stellen mehr als im Jahr 2006. Insgesamt steigt die Zahl der Beschäftigten des Landes auf 326.274. Das sind 167 Stellen mehr. Sie praktizieren das genaue Gegenteil von Personalabbau, von Einsparungen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Sie bauen massiv Personal auf. Das ist auch kein Wunder. In den letzten Tagen musste ich mit Entsetzen wieder lesen, dass sich selbst der Ministerpräsident nicht in Zurückhaltung übt. Vier Stellen in der Ministerialbürokratie des Ministerpräsidenten werden zusätzlich geschaffen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hoch dotiert!)

Direkt am Anfang haben Sie schon einmal 92 Stellen geschaffen, als Sie Ihre Vertrauten von CDU und FDP untergebracht haben. Genau diese Politik wird fortgeführt. Das ist ein unglaublicher Vorgang, gerade weil es den Personalbereich betrifft.

(Beifall von den GRÜNEN)

Skandalös wird es im Personalbereich dann, wenn ich mitbekomme, was die FDP beim Landesrechnungshof treibt. Der Landesrechnungshof hat die Aufgabe, die Landesregierung zu kontrollieren. Er ist per Verfassung zur Neutralität verpflichtet. Genau das Gegenteil wird gemacht. Es kommt zu einer massiven Einflussnahme vonseiten der FDP. Man redet schon von gelber Vetterwirtschaft. Wir haben an dieser Stelle gelben Filz. Das Gleiche gilt für den schwarzen Filz, den wir bei Frau Thoben im Wirtschaftsministerium mit Herrn Baganz erleben mussten.

Der schwarze und der gelbe Filz haben Einzug gehalten. Jetzt ist es soweit. Sie haben die letzten Rücksichten aufgegeben. Sie machen Filzpolitik. Wir werden noch einiges erleben. Ich kann Ihnen nur ankündigen: Ich werde – ich bin Mitglied im Haushaltskontrollausschuss – sehr genau darauf achten, was Sie treiben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist nur der Anfang, und dies nach nur einem Jahr, das Sie an der Regierung sind. Sie haben noch fast vier Jahre vor sich. Ich bin schlichtweg entsetzt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ich glaube und hoffe, dass auch die Bürger in unserem Land etliches von dem mitbekommen, was wir heute Nachmittag zu dieser etwas späteren Stunde darüber erzählen, was in diesem Landeshaushalt von Ihrer Seite getrieben und gemacht wird.

Wenn man sich die einzelnen Etats anschaut – ich will jetzt nicht in die Details gehen, denn das lohnt sich angesichts der nur geringen Aufmerksamkeit wohl nicht –, stellt man doch schnell fest, dass zum Beispiel weitere 49 Millionen € durch die Streichung des Elternbeitragsausgleichs weg. Insgesamt sind dies jährlich 85 Millionen €. Es gibt ein Minus durch die Beteiligung bei der Krankenhausfinanzierung. Es gibt beim Küstenschutz und Hochwasserschutz usw. massive Kürzungen. Es gibt vor allem eine massive Kürzung um 18 Millionen € bei der Weiterbildung, obwohl bereits im letzten Jahr massiv gekürzt wurde. Auch bei der Altlastensanierung werden – ökologisch gesehen nicht ganz unwichtig –

3 Millionen € gekürzt. Beim sozialen Wohnungsbau werden 18 Millionen € gekürzt.

Das ist Ihre soziale und ökologische Politik, die Sie für Nordrhein-Westfalen betreiben, eine Politik, die aus meiner Sicht vor allem auch gegen Kinder und Jugendliche geht, also gegen diejenigen, auf die es eigentlich ankommt, gegen diejenigen, von denen man sagt, sie seien unsere Potenziale für die Zukunft. Sie machen genau das Gegenteil von dem, was Sie hier ankündigen.

Ich bringe es noch einmal auf den Punkt: Rüttgers macht dumm, CDU und FDP machen arm. Das ist mein erstes Fazit zu dem Haushaltsplanentwurf. Wir werden aber noch einige Monate Zeit haben, uns damit intensiver zu beschäftigen. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Sagel. – Für die FDP-Fraktion hat jetzt Frau Kollegin Freimuth das Wort.

Angela Freimuth (FDP): Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In einem Punkt stimme ich dem Kollegen Sagel zu: Es ist in der Tat bedauerlich, dass wir als Haushälter zu dieser nachmittäglichen Stunde bei etwas überschaubarer Besetzung des Saales gehört werden.

Aber in einem anderen Punkt stimme ich ihm nicht zu: Wenn er gerade platt in die Runde wirft, dass Rüttgers dumm mache sowie CDU und FDP arm machen. Herr Kollege Sagel, man könnte sagen wollen: Rot-Grün hat eine Rekordverschuldung verursacht, hat also das Land Nordrhein-Westfalen arm gemacht und macht arbeitslos, weil Sie mitverantwortlich für eine Rekordarbeitslosigkeit sind. Das könnten wir so austauschen, aber auf diesem Niveau sollte man die Situation des Landes Nordrhein-Westfalen und die Konzepte, mit denen wir die Situation des Landes und der Menschen in diesem Land verbessern wollen, nicht diskutieren.

Ich habe eigentlich gedacht, dass wir insgesamt weiter wären, aber offensichtlich braucht die Vergangenheitbewältigung etwas mehr Zeit. So war ich nachdenklich berührt, dass die SPD, vertreten durch die Fraktionsvorsitzende, nach wie vor die Realitäten leugnet und die eigenen Beiträge – ich will hier nicht von Schuld reden –, die auch zu der derartig desolaten Finanz- und Haushaltssituation im Lande Nordrhein-Westfalen geführt haben, nicht mehr kennt.

Nordrhein-Westfalen liegt in Vergleichsstudien im Bildungsbereich bei 16 Bundesländern auf dem 16. Platz. In sämtlichen anderen Bereichen liegen wir am unteren Ende der Tabelle. Vor dem Hintergrund muss man doch einmal festhalten: Alles das, was Sie in den 39 Jahren bis zum Regierungswechsel gemacht hat, kann offensichtlich nicht so ganz richtig gewesen sein. Deshalb muss man doch darüber nachdenken, wie es gelingen könnte, aus dieser Situation wieder herauszukommen und welche neuen Konzepte man auflegen könnte.

Ich finde es bemerkenswert, wenn Sie beklagen, es lägen keine Konzepte vor. Es liegt in der Natur der Sache, dass ich das für die FDP und die Koalition anders bewerte. Wir sind mit konkreten Konzeptionen in den Wahlkampf gegangen, haben diese in dem gut einen Jahr, in dem CDU und FDP die Regierungsverantwortung tragen, in verschiedenen Gesetzesvorhaben umgesetzt. Nun warten wir darauf, dass sich auch die Effekte zeigen. Unsere Konzepte lagen und liegen auf dem Tisch.

Beachtlich fand ich aber, dass sich die SPD intern – und ich will mich jetzt nicht mit Ihnen als SPD auseinandersetzen – von ihren eigenen Leuten attestieren lassen musste, dass die SPD in der Diskussion zum Beispiel des Schulgesetzes mit einer eigenen Konzeption nicht stattgefunden hat.

Und wenn Sie den Vorwurf vortragen, hier wäre ideologisch argumentiert oder etwas durchgetrieben worden: Bei ideologischen Debatten – das zeichnet sie aus – geht es eben nicht um unterschiedliche Konzeptionen. Ich konstatiere, dass die Kollegen der Grünen einfach etwas anderes wollten. Sie hatten eine andere Konzeption. Aber die SPD hatte in der Debatte noch nicht einmal eine Konzeption. Insofern hat die SPD hier sicherlich ideologisch diskutiert.

Vor dem Hintergrund und vor dem Hintergrund der Rekordverschuldung des Landes Nordrhein-Westfalens und der nach wie vor viel zu hohen Arbeitslosigkeit in Nordrhein-Westfalen finde ich es sehr schade, dass von Ihrer Seite die Diskussion nicht konzeptionell geführt wird.

Herr Ministerpräsident hat völlig zu Recht darauf hingewiesen, dass es insbesondere die Langzeitarbeitslosen und die etwas reiferen Jahrgänge sind, die uns Sorgen bereiten müssen, weil sie eben leider nicht von ersten Konjunkturerfolgen profitieren können, sondern als Herausforderung auch an uns bleiben. Hier geht es um soziale Gerechtigkeit, aber auf den Begriff der sozialen Ge-

rechtigkeit möchte ich zu einem späteren Zeitpunkt zu sprechen kommen.

Es ist mehrfach der Vorwurf erhoben worden, mit diesem Haushaltsplanentwurf würde der Finanzminister Bilanzen frisieren. – Gemessen am Wirtschaftsrecht und am Wirtschaftsstrafrecht ist das starker Tobak.

Politisch gesehen muss ich sagen: Das, was wir in der Vergangenheit bei Ihnen beobachten mussten, war ein systematisches Schönfärben der Haushalte, um damit bei der Einbringung formal eine Verfassungsmäßigkeit zu suggerieren, die sich aber hinterher leider nicht aufrechterhalten ließ. Im Haushaltsvollzug mussten Sie nämlich regelmäßig feststellen, dass sich die optimistischen Einnahmeerwartungen bezüglich Steuern, Privatisierungserlösen und anderen imaginären Einnahmen nicht realisieren ließen.

Ich halte unser Vorgehen für richtiger und ehrlicher: die Steuereinnahmen vorsichtig zu prognostizieren und, wenn wir die tatsächlichen Einnahmen kennen, eben nicht, wie von Ihnen über viele Jahre praktiziert, einen sogenannten Sparstrumpf anzulegen, sondern in Höhe dieser zusätzlich zum Haushaltsansatz eingenommenen Mittel – dazu stehe ich persönlich, stehen meine Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion, von der CDU-Fraktion und sicherlich auch der Finanzminister – auf die Nettokreditaufnahme zu verzichten. – So muss vorgegangen werden und nicht nach Ihrer Methode,

(Beifall von der FDP)

immer hinterher, wenn die Einnahmen viel geringer ausgefallen sind, regelmäßig die Nettokreditaufnahme zu erhöhen.

Denn das halte ich eher für ein Frisieren oder Verschönern von Bilanzen als das, was Sie hier dem Finanzminister vorwerfen und was ich ausdrücklich verteidige: die Einnahmen zurückhaltend zu prognostizieren und sich, wenn man das Geld dann tatsächlich in der Tasche hat, Gedanken über die Schuldensenkung zu machen.

Wir haben zum Jahresende schlechtestenfalls eine Verschuldung von 119 Milliarden €. Es ist einfach unerträglich, wie viele Zinsen wir dafür zahlen werden. 16 Millionen € pro Tag sollen es sein. Mir fällt eine ganze Reihe von Diskussionen ein, die wir über die Verausgabung dieses Geldes führen könnten,

(Ingrid Pieper-von Heiden [FDP]: Lehrer einstellen!)

beispielsweise die Investitionen in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder. Wirklich bemerkenswert ist Folgendes: Sie von der SPD haben hier 39 Jahre die Verantwortung getragen; die Grünen waren zehn Jahre lang mit dabei. Sie haben die Bildungssituation und die Bildungsmisere hier im Land Nordrhein-Westfalen systematisch mit zu verantworten; denn zahlreiche Untersuchungen attestieren Ihnen Ihre falsche Politik. Sie haben systematisch nicht in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder und Jugendlichen investiert.

Frau Kollegin Kraft hat heute Morgen das kritisiert, was wir jetzt seit einem Jahr versuchen, die von Ihnen über 39 Jahre angesammelten Defizite in einem Jahr zu begleichen. Sie haben die Haushaltsmisere verursacht und damit auch den heutigen Handlungsrahmen eingeschränkt. Deshalb können wir nicht aus dem Vollen schöpfen, „Konfetti“ sagen und so viele Lehrer einstellen, wie wir bräuchten, um dem Unterrichtsausfall schon jetzt zu 100 % wirksam entgegenzutreten. Wir tun alles im Rahmen dessen, was möglich ist. Das geht wirklich auch an die Schmerzgrenze des Haushaltes heran.

Sie beschwerten sich darüber, dass es statistisch nur 0,4 Stellen pro Schule seien. Das ist immerhin schon fast eine halbe Stelle pro Schule mehr, als Sie in den letzten Jahren überhaupt auf die Reihe gekriegt haben. Das müssen doch auch Sie einmal anerkennen. Ich hätte mir das gewünscht, das gehörte zur Lauterkeit dazu.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist sinnvoll und notwendig, jetzt gegenzusteuern, um in drei bis vier Jahren den Kindern wirklich eine gute Bildung und Ausbildung zu ermöglichen. Hier sind Konzepte gefragt statt Ideologie. Wir müssen in der Bildung und Ausbildung mehr tun als bisher – mehr, als Sie in fast 40 Jahren gemacht haben, und auch mehr, als wir bisher machen konnten. Wir werden diese Anstrengungen auch verstärken. Deswegen haben wir auf diesem Feld ordentlich investiert und tun dort so viel, wie wir mit dem Haushalt vereinbaren können.

Dann höre ich, dass wir auch im Kindergartenbereich mehr machen müssten. – Ja, die Diskussion um die Beitragsfreiheit des abschließenden Kindergartenjahres: Wünschenswert! Aber Sie hatten 39 Jahre lang Gelegenheit, diese Beitragsfreiheit zu realisieren. Die Debatte ist weitestgehend auch nicht neu. Soviel ich weiß, wird sie seit ungefähr 25 Jahren innerhalb der SPD geführt. Sie hätten es also machen können. Heute sind Sie Oppositi-

on. Da fällt es Ihnen leichter, das einfach einmal zu fordern. Prima!

Natürlich besteht Einigkeit darüber, dass wir auch auf dem Sektor der vorschulischen Bildung, des Kindergartens und der Kinderbetreuung wesentlich mehr machen müssen. Oftmals ist es aber nicht eine Frage der Beitragsfreiheit. Es fehlen die Angebote. Darüber müssen wir uns auseinandersetzen.

Heute fallen Ihnen in der Debatte auch Betreuungsangebote für die unter Dreijährigen ein. Meine liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie haben es in 39 Jahren gerade einmal geschafft, auf 2,8 % Versorgung zu kommen. Wir haben in der Koalition von CDU und FDP festgelegt, bis zum Jahr 2010 – das ist ein ehrgeiziges Ziel – immerhin auf 10 % aufzustocken.

(Beifall von der FDP)

Das ist mehr, als Sie jemals zustande gebracht haben oder nur als Ziel definiert hätten – um das einmal ganz klar zu sagen. Ich würde mir wünschen, dass Sie diese Ansätze anerkennen und mithelfen, mit entsprechenden Konzeptionen diese Möglichkeiten weiter auszubauen und zu eröffnen.

Deswegen bin ich sehr gespannt, welche Vorschläge Sie dahingehend unterbreiten werden, wie der Haushalt auf der Ausgabenseite weiter zu konsolidieren ist.

Ich stimme dem Kollegen Sagel in Sachen Ausstieg aus der Steinkohlesubvention zu. Die FDP-Fraktion hat das schon seit vielen Jahren gefordert und plenar beantragt und ist in der Vergangenheit auch von Ihnen persönlich schon heftigst beschimpft worden. Ich kann mir aber leider nicht den Hinweis ersparen, dass Sie es gewesen sind – die Grünen im Bund, aber auch die Grünen im Land –, die maßgeblich mit dafür gesorgt haben, dass diese ganzen Subventionsverträge verlängert worden sind.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Rexrodt lässt grüßen!)

Deswegen können wir auch leider heute nicht aus dem subventionierten Steinkohlebergbau aussteigen – was die FDP schon seit Langem will. Rot-Grün hat die Bewilligungsbescheide zu verantworten.

(Beifall von der FDP)

Zwei Sachen noch zum Finanzbereich: Frau Kollegin Walsken, ich werde jetzt einmal in meinen Comics nachgucken. Ich habe bei meinen Eltern

irgendwo noch ein paar Stapel. Wenn ich mich richtig erinnere, hatte Dagobert Duck eben nicht 119 Milliarden € Schulden am Hals, sondern einen bis oben gefüllten Geldspeicher und konnte es sich leisten, in dem Geld zu baden und zu schaufeln. Er hatte auch regelmäßig kräftig etwas zum Zählen – aber auf der schwarzen und nicht auf der roten Seite. Das war tatsächlich vorhandenes Geld. Insofern würde ich noch einmal überdenken, ob die Vergleiche stimmen.

Natürlich ist es nicht so, dass ich dem Kollegen Linssen nicht wünschen würde, tatsächlich wie Dagobert Duck als Dagobert Linssen in einem vollen Geldspeicher zu rudern und zu baden

(Minister Dr. Helmut Linssen: Zu schwimmen!)

und diese Mittel nach Möglichkeit wieder an die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler zurückzugeben oder gar nicht erst auf die Idee zu kommen, ihnen das Geld abzunehmen. Ich würde ihm das sehr wünschen; dann wäre vielleicht auch die unselige Mehrwertsteuer vom Tisch. Aber die Situation ist doch leider umgekehrt: Wir haben eine Rekordverschuldung. 113 Milliarden € haben wir von Ihnen übernommen, mussten wir übernehmen. Wir konnten leider nicht sagen: Damit haben wir nichts zu tun, das waren die anderen. – Das wäre wirklich eine charmante Sache gewesen.

Erschrocken haben mich zwei Bemerkungen, die hier auch heute Morgen gefallen sind, die grundsätzlicher Art sind und die vielleicht auch bezeichnend sind für das, was wir an Haushaltsdebatte und Haushaltsstrukturdebatte bekommen werden.

Die Kollegin Kraft hat hier ausgeführt: Freiheit vor Gleichheit ist nicht gerecht. – Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, ich würde mich wirklich gerne einmal mit Ihnen über den Gerechtigkeitsbegriff auseinandersetzen und über den Gerechtigkeitsbegriff unterhalten. Denn: Halten Sie es etwa für gerecht, dass Leistung in diesem Lande sich nicht mehr lohnt, dass Leistung in diesem Lande teilweise überhaupt nicht mehr möglich ist, weil Menschen gar nicht mehr die Möglichkeit haben, zum Beispiel am Arbeitsmarkt Leistung zu erbringen? Ich halte das genau für nicht gerecht.

Halten Sie es für gerecht, dass wir unseren Kindern Bildungsmöglichkeiten und damit das Grundwerkzeug für ein eigenverantwortliches Leben vorenthalten? Halten Sie es für gerecht, dass wir versuchen, zu nivellieren, gleichzumachen, und eben nicht individuell fördern, dass wir unseren Kindern und Jugendlichen in diesem Bereich Chancen vorenthalten? Ich gebe unumwunden zu: Ich habe da ein anderes Verständnis.

Wenn Sie schon – Kollegin Kraft ist nun leider nicht da – aus dem Koalitionsvertrag zwischen CDU und FDP „Freiheit vor Gleichheit“ und „Privat vor Staat“ zitieren, dann würde ich mir wünschen, dass Sie an dieser Stelle auch den Satz „Erwirtschaften vor Verteilen“ in die Diskussion einbringen und in der Diskussion berücksichtigen.

(Beifall von Ralf Witzel [FDP])

Das kam mir in den Haushaltsdebatten der vergangenen Jahre nämlich immer wieder viel zu kurz. Bis heute unverändert!

Von der Fraktion der Grünen und von der Fraktion der SPD wurde und wird immer wieder die große, hitzige Debatte darüber geführt, wie man was verteilen kann. Ich bitte Sie, einfach einmal zur Kenntnis zu nehmen, dass wir uns erst Gedanken darüber machen müssen, wie wir wieder etwas erwirtschaften können, damit wir überhaupt etwas verteilen können,

(Beifall von der FDP)

damit wir Menschen, die sich aus eigener Kraft nicht helfen können, solidarisch als Gesellschaft beistehen können, damit wir in Bildung und Ausbildung unserer Kinder investieren können, damit wir eine verantwortungsvolle Politik betreiben können.

Ich war vergangene Woche auf einer Konferenz in den Vereinigten Staaten von Amerika und habe mich dort in einem internationalen Forum mit dem Bereich „Global Migration, Braindrain und Braingain“ auseinandergesetzt. Ich muss sagen: Da ist mir noch einmal so richtig veranschaulicht worden: Das, was wir notwendigerweise, zwangsläufig machen müssen, um hier in Nordrhein-Westfalen, um auch in Deutschland wieder wettbewerbsfähig zu sein, um etwas zu erwirtschaften und damit die Chance zu haben, etwas verteilen zu können, sind mehr Investitionen in Bildung, in Forschung und Innovation.

Wir haben deshalb verabredet und als FDP mit unserem Innovationsminister, gestützt von der CDU, in der Koalitionsvereinbarung festgehalten, einen Innovationsfonds errichten zu wollen, weil wir den auch aus meiner Sicht zwingend brauchen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich wünsche mir, dass wir gemeinsam Konzepte erarbeiten und Konzepte diskutieren, wie wir Bildung und Innovation in Nordrhein-Westfalen wieder nach vorne bringen können. Dann können wir irgendwann vielleicht auch die Vergangenheitsbewältigung

beenden und tatsächlich Verantwortung für heute und morgen übernehmen. – Danke.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Frau Kollegin Freimuth. – Für die CDU-Fraktion hat Herr Kollege Weisbrich das Wort.

Christian Weisbrich (CDU): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zunächst einmal drei Dinge klarstellen, die hier in der Debatte vorgetragen wurden.

Frau Kraft hat es fertig gebracht, an der Kaufmannschaft unseres Finanzministers zu zweifeln. Dabei hat sie unter Beweis gestellt, dass sie von kaufmännischem Rechnungswesen und von guter Kaufmannschaft herzlich wenig Ahnung hat. Sie sagt zwar, sie sei Ökonomin, aber von betriebswirtschaftlichen Dingen versteht sie nun wirklich nichts. Es geht nicht um den ehrlichen Kaufmann, sondern um den ehrbaren Kaufmann. Der ehrbare Kaufmann hat als oberstes Ziel, seine Gläubiger vor Verlusten zu schützen. Das heißt, er muss vorsichtig, zum Niederstwertprinzip bilanzieren. Und das hat Helmut Linssen gemacht.

Was Sie in der Vergangenheit gemacht haben, einfach fantasievolle Zahlen in die Bilanz einzustellen, das kann man im kaufmännischen Sinne, im Sinne einer ehrbaren Kaufmannschaft nur als Wechselreiterei bezeichnen. Wo das hingeführt hat, dass Sie ständig Versprechungen gemacht haben,

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Sie haben Versprechungen gemacht vor der Wahl!)

ohne dass Sie dafür Deckung hatten, das haben wir erlebt.

Im Zusammenhang mit Art. 81 der Landesverfassung haben Sie gesagt, es sei nicht in Ordnung, wenn der Finanzminister bestimmte Einnahmen nicht in den Haushalt einstelle. Da kann ich Ihnen nur eines sagen: Schauen Sie einmal in die Landesverfassung! Alle Ausgaben müssen durch den Landtag genehmigt werden. Bei den Einnahmen, wenn da irgendwo noch eine Reserve ist, ist das völlig problemlos. Nur die Ausgaben bedürfen der Zustimmung des Landtages, die Einnahmen nicht. Wenn der Finanzminister aber zusätzliche Einnahmen an irgendeiner Stelle wieder ausgeben will, dann braucht er natürlich die Zustimmung des Landtages. Deswegen ist von vornherein klar – das haben wir immer gesagt –: Zusätzliche Einnahmen werden nicht zum Stopfen von imaginären Haushaltslöchern genutzt; zusätzliche Ein-

nahmen werden zur Senkung der Neuverschuldung genutzt. Und damit hat es sich dann.

(Beifall von der CDU)

Ich glaube, das sollten Sie nicht mehr wiederholen.

Dann hat Frau Kraft fulminant erzählt, der Bundesverband mittelständische Wirtschaft habe sich über die Wirtschaftspolitik der Landesregierung mokiert, die sei dabei nicht gut weggekommen. Dazu muss ich sagen: Frau Kraft hat verschwiegen, dass der Bundesverband mittelständische Wirtschaft einen breiten Aufschwung in Nordrhein-Westfalen festgestellt hat. Danach finden 45 % der Unternehmen ihre persönliche Situation gut oder sehr gut. Im vorigen Jahr waren das erst 28 %.

Es ist in der Tat richtig, dass dieser Bundesverband festgestellt hat, dass seine Mitglieder mit der Politik der Landesregierung nicht ganz zufrieden sind. Sie müssen aber auch einmal hören, was der Bundesverband dazu gesagt hat, warum das so ist: Ursächlich sei ein allgemeiner Verdruss über die Große Koalition in Berlin und den viel zu leisen und zaghaften Protest aus Düsseldorf gegen die dümmlichsten Projekte wie das Antidiskriminierungsgesetz, die sogenannte Gesundheitsreform und die zum Umfragezeitpunkt noch wahrscheinliche Ausdehnung der Körperschaftsteuer auf gezahlte Zinsen, Mieten, Leasingraten usw. Das ist also der Grund, warum man mit der Landesregierung nicht zufrieden ist. Die wirtschaftliche Lage ist prima; aber Sie hauen Ihren Genossen in Berlin nicht genügend auf die Finger. Dafür brauchen Sie sich, so meine ich, nicht zu schämen; denn das kann man ja in Zukunft nachholen.

(Zuruf von der SPD)

Herr Kuschke hat etwas zum Thema RAG vorgebracht. Das Thema wurde von verschiedenen Rednern quer durch alle Fraktionen angesprochen. Ich will einmal sagen, was uns stört.

Herr Müller hat im Wirtschaftsausschuss sehr eloquent vorgetragen, auf zentrale Fragen, deren Antworten wichtig gewesen wären, aber keine Antwort gegeben hat, sondern gesagt, wir sollen die Fragen schriftlich einreichen. Sie können sicher sein, dass wir sie auch schriftlich einreichen werden. Herr Müller hat uns erzählt – das ist für die Beurteilung des Sachverhalts durch die Landesregierung, durch dieses Haus sehr wichtig –, es hätte überhaupt keinen Sinn, darüber nachzudenken, ob man bei diesem oder jenem Verkaufsweg eventuell höhere Erlöse erzielen könn-

te; denn wenn man mehr erziele, als er bei seinem Börsengang anvisiert hat, dann würde der Erlös ohnehin nur den Alteigentümern, also Eon, Thyssen-Krupp etc., zugute kommen.

Dazu muss ich sagen: Er hat schlicht und ergreifend versucht, uns einen Knopf an die Backe zu nähern. Es liegt ein Gutachten der Kanzlei vor, die er selbst ins Geschäft gebracht hat, bei der auch Friedrich Merz tätig ist, in dem es heißt, dass, wenn ein solcher Mehrerlös erzielt würde, er mit Sicherheit der öffentlichen Hand und nicht den Altaktionären zusteht. Frau Wirtschaftsministerin, Sie sind insofern verdammt gut beraten, wenn Sie dafür sorgen, dass das Geld in unsere Kasse kommt und nicht irgendwo verschwindet.

Er hat weiterhin gesagt, dass auch im Szenario des Auslaufbergbaus davon auszugehen ist, dass der RAG bereits aus rechtlichen Gesichtspunkten kein Vermögen verbleiben wird, das an die Aktionäre verteilt werden kann. Die RAG muss nämlich im Rahmen des Auslaufprozesses ihr gesamtes Vermögen einsetzen und kann nur insoweit weitere Steinkohlehilfe erhalten, als ihr eigenes Vermögen nicht zur Begleichung aller Altlasten ausreicht.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist hier nicht der Wirtschaftsausschuss!)

Dazu muss ich sagen: Auch das ist ein Beleg dafür, dass wir noch sehr viel sorgfältiger mit den Äußerungen der RAG umgehen müssen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das hätten Sie letzten Mittwoch sagen sollen!)

Herr Kuschke wollte wissen, womit wir nicht zufrieden sind. Ich will einen weiteren Punkt anführen. Ich hatte mich nach dem Bilanzierungsgebaren der RAG bezüglich der Immobilien erkundigt,

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Beschwerden Sie sich bei Herrn Müller!)

weil wir gehört haben, dass dort eine Umstellung vom Ertragswert- auf das Sachwertverfahren erfolgen soll. Herr Sagel, Sie werden das wahrscheinlich nicht verstehen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Ich verstehe das sehr gut! Ich bin nämlich vom Fach, im Gegensatz zu Ihnen!)

Das hat eine tiefgreifende Bedeutung, auch für die Aktionäre, für die Werthaltigkeit der Bilanz. Mir liegt ein Antrag der RAG Wohnimmobilien GmbH an eine bestimmte Gesellschaft vor, die Geschäftsanteile zugunsten der RAG Immobilien Aktiengesellschaft zu verpfänden, damit sie zusätzli-

che Darlehen bekommen kann. Dazu muss ich sagen: Es ist Alarmstufe 1 gegeben; da muss man nachhaken.

(Beifall von Rolf Einmahl [CDU])

Eine weitere Frage ist offen geblieben. Das wundert mich total, weil es betriebswirtschaftlich an und für sich ganz einfach ist. Uns wird immer gesagt: Im Unternehmen sind Rückstellungen vorhanden, da ist ein Verkaufserlös, wenn man beides zusammennimmt, dann sind die Altlasten gedeckt.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zur Sache!)

Auf die Frage, ob man Rückstellungen und Verkaufserlöse denn so einfach addieren könne, hat Herr Müller gesagt: Das beantworte ich Ihnen schriftlich. Es könnte sein, dass da irgendwo eine kleine Doppelzählung drin ist.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zur Sache!)

Ich sage Ihnen, dass zumindest bezüglich der Buchwerte des Beteiligungsvermögens eine Doppelzählung vorhanden ist.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Es geht um den Landeshaushalt!)

– Herr Sagel, seien Sie doch einmal einfach still. Wenn Sie es nicht verstehen, kann ich es Ihnen ja nachher noch einmal erklären. Ich möchte aber, dass einmal zu Protokoll genommen wird, worum es dabei geht. Ich möchte, dass Sie Ihre Vorwürfe, wir sollten schneller machen, wir sollten nicht so sorgfältig sein, endlich einmal einstellen. Herr Sagel, im Übrigen danke ich Gott auf den Knien, dass jetzt der Kollege Priggen im Wirtschaftsausschuss ist und nicht mehr Sie; denn der hat wenigstens Sachverstand, was Sie sehr wohltuend unterscheidet.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Machen Sie uns das doch einmal vor mit dem Dank auf den Knien!)

Es ist klar, dass Doppelzählungen in Milliardenhöhe vorgenommen werden. Das möchten wir nicht. – Diese Punkte wollte ich einmal klarstellen.

Jetzt gestatten Sie mir noch ein paar Anmerkungen zu der Situation, in der wir uns jetzt befinden. Hier ist zum Teil ziemlich kleinteilig über ein paar Millionen, die da oder dort mehr zur Verfügung stehen müssten, geredet worden. Sie einschließlich der Fraktionsvorsitzenden der SPD, Frau Walsken, haben so getan, als sei die Situation plötzlich vom Himmel gefallen. Sie ist nicht vom Himmel gefallen, sondern hat eine Vorgeschichte. Es gibt Gründe dafür, dass wir heute in dieser

grässlichen Schuldenfalle stecken. Niemand anders als die Sozialdemokraten, in den letzten zehn Jahren redlich assistiert von den Grünen, hat uns da hineingeführt.

Wenn Sie ehrlich sind, müssen Sie sagen, dass sich die Sozialdemokraten, solange sie an der Regierung waren, an diesem Land versündigt haben. Sie haben hemmungslos Klientelpolitik betrieben. Sie haben den Strukturwandel verschlafen und damit das Wachstum der Wirtschaft verkümmern lassen. Während der Regierungszeit der Sozialdemokraten – das schmeckt Ihnen nicht, ist aber einwandfrei belegbar – ist der Anteil des Landes Nordrhein-Westfalen am deutschen Bruttoinlandsprodukt von 27 % auf 22 % gesunken. Nordrhein-Westfalen ist jedes Jahr ein halbes Prozentchen hinter den anderen zurückgeblieben.

Sie mögen sagen: Um 5 % gesunken, was ist das schon? In Mark und Pfennig bedeutet das, dass uns jährlich 150 Milliarden € Wirtschaftsleistung in Nordrhein-Westfalen fehlen. Das entspricht Hunderttausenden von Arbeitsplätzen, die uns jetzt fehlen, und jährlich 30 Milliarden € Steuereinnahmen, davon 10 für das Land und 4 für die Kommunen. Wenn wir diese zusätzlichen Steuereinnahmen hätten, wenn Sie in der Vergangenheit eine bessere Politik gemacht hätten, dann bräuchten wir heute über manches nicht zu diskutieren, dann könnten wir weiterhin Wohltaten verteilen.

Sie haben immer nach der Devise „Wandel braucht Zeit“ gehandelt. Immer wieder haben Sie kostspieligen Artenschutz für industrielle Dinosaurier betrieben. Sie haben Milliarden über Milliarden für die nicht mehr wettbewerbsfähige heimische Steinkohle ausgegeben und zusätzlich – ich sage es einmal salopp – Fassbrause für alle verteilt: Jeder hat bekommen, wonach sein Herz begehrt. Finanziert wurde auf Pump.

Während der Regierungszeit der Sozialdemokraten haben Sie die Personalkostenquote von 30 auf 40 % anschwellen lassen. Sie haben einem praktisch schuldenfreien Land eine Zinsquote von 10 % eingebrockt. Mit beidem zusammen haben Sie die Investitionskraft unseres Landes schlicht und ergreifend ruiniert.

Sie haben jahrzehntelang den Menschen vorgegaukelt, Sie hätten einen Goldesel – um es einmal ein bisschen grob zu sagen –, der Dukaten scheidet. Um den Anschein aufrechtzuerhalten, haben Sie einfach den Schuldenhahn aufgedreht. Ihr damaliger Finanzminister Dieter Posser hat aus Protest das Handtuch geworfen. Er wollte dem Kabinett einer Bananenrepublik nicht länger

angehören. Andere Sozialdemokraten und auch die Grünen hat dieser Protest nicht sonderlich gekratzt. Sie haben ungeniert die Verschuldungssorgie fortgesetzt.

Zum Schluss – das müssen Sie sich einmal auf der Zunge zergehen lassen – war Ihr täglicher Kreditbedarf auf 20 Millionen € angewachsen. Allein für die aufgelaufenen Schulden mussten Sie täglich 13 Millionen € Zinsen zu den Banken tragen – Geld, das für gestaltende Politik fehlt, Schulden, die unseren Kindern und Kindeskindern wie Mühlsteine um den Hals hängen. Mit den Zinsen einer einzigen Woche, liebe Kolleginnen und Kollegen, ließe sich ein ganzer Landesjugendplan, um den wir so heftig gestritten haben, bequem, aber wirklich bequem finanzieren.

Nun verklagen Sie uns, weil wir nicht genügend sparen, und gleichzeitig fordern Sie an allen Ecken und Enden – wir haben es gehört – höhere Ausgaben. Beides zusammen geht nicht. Ich kann nur sagen: Diese Taktik mag skrupellos sein, die können Sie schizophren oder doppelzüngig nennen, aber aufgehen wird sie auf jeden Fall nicht.

Dass man nicht zwei gegensätzliche Dinge gleichzeitig haben kann, haben schon große Literaten festgestellt. Mir fällt in diesem Zusammenhang Schillers Wallenstein ein, der gesagt hat:

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Zur Sache!)

„Leicht beieinander wohnen die Gedanken,
doch hart im Raume stoßen sich die Sachen.
Wo eines Platz greift, muss das andere weichen.“

Das sollten Sie sich auch einmal durch den Kopf gehen lassen, ehe Sie auf der einen Seite Sparen fordern und uns verklagen, weil wir angeblich nicht genug sparen, und auf der anderen Seite den Kredithahn weiter aufdrehen wollen.

(Beifall von Marie-Luise Fasse [CDU])

Das Fazit der Situation ist: Wir haben jetzt die Konsolidierung eingeleitet. Ich bin froh und dankbar, dass wir einen Finanzminister Helmut Linsen haben,

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

der so standhaft ist und die Dinge auf diese Weise betreibt.

Wenn ich mir nur einmal die Nettoneuverschuldungsentwicklung anschau: 6,7 Milliarden €, 5,6 Milliarden €, 4,3 Milliarden €. Das hat es bei Ihnen nie gegeben. Das ist natürlich immer noch zu viel. Wir haben immer noch 13 Millionen € Zinsen pro Tag zu zahlen. Aber wir machen nicht

mehr 20 Millionen € neue Schulden, sondern nur noch 11 Millionen €. Das ist schon mal ein Schritt in die richtige Richtung. Wir werden weiter heruntterkommen, bis wir dieses Land ähnlich wie Bayern wieder komplett ohne neue Schulden fahren können.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Im nächsten Jahrtausend!)

Das ist das, was wir brauchen, auch im Hinblick auf die Kommunen. Es nützt doch den Kommunen nichts, wenn das Land pleite ist. Denn die Kommunen haben nur Anspruch auf Landeszuweisungen im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Landes. Dass man dabei dann fair und ehrlich mit den Kommunen umgehen muss, ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Nicht nur Sie kommen aus Kommunen, auch wir kommen aus Kommunen und müssen sehen, wie wir da klar kommen.

Aber es gehört eben dazu, dass alle Menschen in diesem Land erfahren müssen, dass sie jahrzehntelang hemmungslos belogen wurden, dass ihnen etwas vorgegaukelt wurde, was wirtschaftlich nicht leistbar ist. Es hat niemals so viele Steuereinnahmen gegeben wie heute. Dennoch sind die öffentlichen Kassen leer. Das hat nur einen einzigen Grund. Es liegt daran, dass Sie permanent mehr versprochen haben, als dieser Staat jemals halten kann. Davon müssen wir weg.

Eigentlich müssten Sie, wenn Sie Kinder haben, jeden Abend mit denen beten: Und vergebts uns unsere Schulden!

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Quatschen Sie nicht so viel! Machen Sie etwas!)

Nicht: vergebts uns unsere Schuld, sondern: vergebts uns unsere Schulden. Das müssten Sie jeden Abend beten.

Sie haben erzählt, was Sie alles weiter fortsetzen wollen. Sie sollten einmal in das Gutachten der Hartmann-Kommission schauen. Das haben Sie vielleicht nicht so ganz ernst genommen. Wir haben es ernst genommen. Eine Zahl ist faszinierend: Ihr Weg fortgesetzt noch bis zum Jahr 2010 hätte für uns ein strukturelles Defizit in Höhe von 11 Milliarden € bedeutet. Wir hätten jedes Jahr 11 Milliarden € zusätzliche Schulden machen müssen. Wo soll das hinführen? Das ist ein Verbrechen an der künftigen Generation.

(Beifall von der CDU)

Das machen wir nicht. Deswegen bin ich dem Finanzminister ausgesprochen dankbar dafür, dass er einen knallharten Konsolidierungskurs fährt.

Sie werden sich wundern. Sie haben es auch das letzte Mal nicht geglaubt beim Haushalt 2006. Sie werden sich auch diesmal wundern. Wir lassen uns von diesem Kurs nicht abbringen.

Ich will Ihnen noch eines ins Stammbuch schreiben. Herr Sagel, Sie haben ja auch so einen Nachhaltigkeitsbericht zur Finanzsituation vorgelegt. Da ist beispielsweise auch aufgefallen, dass in dem Schuldenstand, den wir von Ihnen übernommen haben – den haben wir ja nicht gemacht, sondern der ist schon da gewesen –, noch nicht einmal Rückstellungen für Pensionen enthalten sind, was im Grunde genommen den Schuldenstand des Landes verdoppelt.

Vor diesem Hintergrund kann ich nur sagen: Hören Sie auf mit unseriösen Forderungen! Hören Sie auf, den Menschen kostenlose Kindergartenplätze zu versprechen! Das hat Johannes Rau vor 20 Jahren schon nicht geschafft. Das werden wir auch nicht schaffen. Das Geld dafür ist einfach nicht da.

Gewöhnen Sie sich bitte an, bei allem, was Sie politisch in den Raum stellen, zunächst einmal zu fragen, ob für diese Wohltat das Geld anwesend ist oder ob es abwesend ist. Wenn das Geld anwesend ist, können wir uns politisch streiten und darüber diskutieren. Wenn das Geld aber abwesend ist, sollten wir die Diskussion einstellen. Ich kann Ihnen sagen: In Nordrhein-Westfalen ist das Geld abwesend. Es ist aus den Gründen abwesend, die ich Ihnen eben geschildert habe. Rot-Grün hat zu vertreten, dass wir in dieses Dilemma hineingekommen sind. Wir werden in den nächsten fünf Jahren dafür sorgen, dass dieser Landeshaushalt wieder aktionsfähig wird und wir wieder Investitionen für die Zukunft tätigen können. – Schönen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Das ist eine Lachnummer!)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Kollege Weisbrich. – Aus den Reihen der Fraktionen liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor. Der Herr Finanzminister hat aber noch einmal um das Wort gebeten. Bitte schön.

Dr. Helmut Linssen, Finanzminister: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte nur ganz kurz auf einige Punkte in der Debatte eingehen. Ich möchte mich nicht beschäftigen mit den Verbalinjuriern von Ihnen, Herr Sagel. Über Bilanzfälscher hat, glaube ich, die Kollegin Freimuth schon das Entsprechende gesagt. Ich meine, wenn man in der Sache nichts zu sa-

gen hat, soll man nicht zu solchen Begriffen greifen. Kann es nicht auch ein bisschen kleiner sein?

(Beifall von der CDU)

Natürlich ist es sehr hübsch, mit Dagobert Duck verglichen zu werden. Aber die intellektuelle Leistung ist dann doch nicht so groß, wenn man eben weiß, dass wir zurzeit 113 Milliarden € Schulden haben. Dieses Bild ist hübsch. Wenn es sich durchsetzt, wäre es besonders hübsch. Wenn es mit der Realität in Einklang zu bringen wäre, wäre es noch hübscher. Aber bis dahin brauchen wir noch ein bisschen Zeit. Lassen Sie uns nur lange genug an der Regierung, dann schaffen wir das.

(Beifall von der CDU – Carina Gödecke [SPD]: Das haben Sie nicht zu entscheiden!)

Ich möchte gerne ein paar Bemerkungen zu der Frage machen: Ist irgendwo ein Sparstrumpf angelegt? Dieses Bild wird vor allen Dingen von der SPD gebraucht. Nun sind Frau Kraft und Frau Walsken leider nicht hier, aber vielleicht können Sie es ihnen aufschreiben, damit sie es vielleicht doch kapieren.

(Ralf Jäger [SPD]: Eine Nummer kleiner, Herr Linssen!)

Ich hatte schon zu Beginn darauf aufmerksam gemacht. Ich bin gespannt, mit welcher Akrobatik Sie versuchen, das heute zu erklären. Sie haben es nämlich wieder nicht erläutert. Sie glauben, dass es vielleicht irgendwo ankommen könnte, wenn Sie sagen: Der hat irgendwo einen Sparstrumpf. – Aber hier ist der Kreis, in dem wir uns austauschen sollten. Sie können das vielleicht in Unternehmen machen, indem Sie Rückstellungen bilden. Sie haben es in grauer Vorzeit, 1999, einmal mit Rückstellungen versucht, als wir dann zum Verfassungsgericht gegangen sind. Beim Jährlichkeitsprinzip des Haushaltes und bei der Haushaltstechnik Kameralistik können Sie es gar nicht. Ich täte es gerne, um Vorsorge für die nächsten Jahre zu treffen. Ich verhehle nicht, dass mir das gefallen würde.

(Zuruf von Carina Gödecke [SPD])

Aber es geht tatsächlich nicht. Ich will versuchen, es Ihnen anhand der Zahlen, die genannt worden sind, zu erklären. Wenn Sie zum Beispiel sagen: „2,1 Milliarden € Steuern mehr bekommt der, dann muss der doch irgendwo Geld hingelegt haben“, dann versuchen Sie, einmal mitzurechnen: 2,1 Milliarden € sind die Mai-Steuerschätzung. Darin ist die Mehrwertsteuererhöhung von 1,4 Milliarden € berücksichtigt. Herr Sagel, Sie haben auf diese 1,4 Milliarden € auch abgehoben.

Dann darf ich Ihnen vielleicht ein paar grobe Zahlen nennen – denn der Haushalt hat so viele Auf und Ab –, damit Sie auf das Gerüst kommen, das im Haushalt deutlich wird. Alle Zahlen, die ich nenne, können Sie im Haushalt nachlesen.

Von den 2,1 Milliarden € müssen Sie dann erst einmal 300 Millionen € Steueränderungsgesetze zum 1. Januar 2007 abziehen. Das ist ein Faktum, das Sie eigentlich kennen müssten. Sie müssen abziehen die 80 Millionen € 3 % Mehrwertsteuer mehr bei den sächlichen Verwaltungsausgaben. Auch das steht im Haushalt. Sie müssen die 60 Millionen € 3 % Mehrwertsteuer mehr beim Familienleistungsausgleich dazu rechnen. 140 Millionen € plus Steueränderungsgesetze sind 440 Millionen €. Dann müssen Sie 260 Millionen € mehr bei Personal dazu rechnen. Dann müssen Sie 674 Millionen € bei Kommunen dazu rechnen.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

– Die 674 Millionen €, die die Kommunen mehr erhalten, sind klar, Herr Sagel. Bei den 1,1 Milliarden € Ausgabensteigerung ist das die wesentlichste Position überhaupt. Ich versuche ja, es Ihnen vorzurechnen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Das sind doch Taschenspielertricks!)

Auf einmal sind Sie dann bei 2,1 Milliarden € minus 1,469 Milliarden €, die ich Ihnen gerade vorgerechnet habe. Dann sind Sie bei 0,7 Milliarden €. Das ist genau das Reduzierungsvolumen der Nettoneuverschuldung von 5,1 Milliarden € auf 4,35 Milliarden €. Da gibt es noch kleine Auf und Ab an allen Seiten. Aber so ist das nun mal.

Dann versuchen Sie doch einmal zu verstehen. Wenn Sie hoffentlich mit mir der Meinung sind, dass wir in diesem Jahr mehr Steuern einnehmen, als wir in dem Steueransatz haben, dann wissen Sie auch, dass das nicht ein Sparstrumpf ist, der irgendwo angelegt wird, sondern das voll in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung geht.

(Ralf Jäger [SPD]: 23 % an die Kommunen, Herr Linssen!)

Dann haben wir eben statt 5,1 Milliarden € vielleicht 4,8 Milliarden €, und dann setzt sich das über die nächsten Jahre fort. Es geht voll in die Reduzierung der Nettoneuverschuldung.

(Beifall von CDU und FDP)

Das sind Grundrechenarten, von denen ich annehme, dass Sie sie wirklich beherrschen. Sie

beherrschen sie auch, nur versuchen Sie, dem Publikum etwas anderes klarzumachen.

(Horst Becker [GRÜNE]: Sie bereichern sich an kommunalem Geld! Jetzt, wo Sie in der Regierung sind, wollen Sie damit nichts mehr zu tun haben!)

Vielleicht noch eine kleine Bemerkung zu dem, was Frau Kraft vorgetragen hat. Frau Kraft hat ihre Rede damit begonnen, dass sie sich vorkommt wie der Hauptdarsteller in dem Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. Ich habe lange über dieses Bild nachgedacht.

Wenn Sie sich noch an den Film erinnern, dann muss in dem Film der Hauptdarsteller die Wiederholung des immer gleichen Tages viele Male ertragen. Das war das Bild, das sie gebraucht hat: „... schon zum dritten Mal ...“, usw. So geht es dem Murmeltier. Aber ich sage Ihnen auch: Am Ende gewinnt der Hauptdarsteller neue Einsichten und Erkenntnisse, und er kehrt zu einem normalen Leben zurück.

(Ralf Jäger [SPD]: Das Bild passt nicht, Herr Linssen!)

Mein Fazit daraus: Wir dürfen darauf hoffen, dass Frau Kraft und vielleicht auch die SPD mit ihr noch – wenn auch spät – zu den richtigen Erkenntnissen kommen können. – Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Edgar Moron: Vielen Dank, Herr Dr. Linssen. – Ich schließe damit die Beratung zum Haushalt 2007 und zum Haushaltsbegleitgesetz.

Ich eröffne die **Beratung zum Gemeindefinanzierungsgesetz**. – Als erstem Redner für die SPD-Fraktion gebe ich das Wort an den Abgeordneten Jäger.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir beginnen heute die Beratung zum GFG 2007 ohne den zuständigen Innenminister und ohne den extra für diesen Zweck eingerichteten Parlamentarischen Staatssekretär. Das scheint ein Novum in diesem Parlament zu sein.

(Dr. Michael Brinkmeier [CDU]: Und ohne 80 % Ihrer eigenen Fraktion!)

Ach, der Abgeordnete Palmén ist da – wunderbar –, aber nur der Abgeordnete Palmén. Der Staatssekretär müsste normalerweise hier sitzen. Herr Linssen, vielleicht können Sie das Herrn Wolf aufschreiben

und ihm ausrichten, so wie wir es mit Frau Kraft tun werden, sodass wir die ein oder andere Klärung herbeiführen können.

Herrn Linssen, was Sie Herrn Wolf aufschreiben können, ist: Es gibt ein weiteres Novum im Rahmen der GFG-Beratung, das das Datum vom 18. August trägt und den Abgeordneten am 28. August, am letzten Montag, zugestellt worden ist. Dieses GFG hatte also zehn Tage vom Innenministerium bis zum Landtag gebraucht – Luftlinie etwa 400 Meter.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Diese Landesregierung hat versprochen, neue Wege zu gehen. Aber dass sie so verschlungen sind, dass sie so lange dauern, damit haben wir wirklich nicht gerechnet. Es ist verständlich, dass man so lange braucht, weil man mit diesem GFG viel zu verschleiern hat. Man muss es deutlich sagen: Das geht knapp an einem Verstoß gegen die Geschäftsordnung vorbei. Zumindest ist es schlechter Stil. Herr Linssen, ich hoffe, Sie haben das mitgeschrieben und richten es Herrn Wolf aus.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Alle Daten!)

– Vielen Dank, Herr Linssen.

Kommen wir nun zum GFG selbst, das in der Tradition des Haushalts bleibt, nämlich flexibel im Umgang mit der Wahrheit und den Zahlen zu sein.

Innenminister Wolf, der nicht anwesend ist, hat gesagt, die kommunale Finanzlage – wie aufs Stichwort kommt er herein; den ersten Teil Ihrer Aufträge können Sie bei Herrn Linssen abrufen –, sei angespannt. Das ist in der Tat richtig. Er hat dies belegt mit 12 Milliarden Schulden für die Kommunen.

Bedauerlicherweise betragen die Gesamtschulden der Kommunen in Nordrhein-Westfalen 35,4 Milliarden €. Das, was Herr Wolf zitiert hat, sind nur die Kassenkredite. Herr Wolf, wenn Sie nachlesen wollen, empfehle ich einen Blick in Ihr eigenes GFG. Auf Seite 53 ist noch einmal der Schuldenstand der nordrhein-westfälischen Gemeinden aufgelistet. Ich empfehle Ihnen: Lassen Sie Ihre Rede überarbeiten!

(**Vorsitz: Vizepräsident Dr. Michael Vesper**)

Um dabei zu bleiben, wie flexibel der Umgang mit Zahlen und der Wahrheit in diesem Haushalt ist, Herrn Dr. Linssen, haben Sie angeführt, die originale Verbundmasse steige um 0,8 %. Sie sinkt

um 0,8 %, nachzulesen, Herr Linssen, auf Seite 57 des GFG von 2007.

Herr Linssen, kann es sein, dass Sie ein Problem haben mit plus und minus? Bei uns ist darüber schon einmal ein Kanzlerkandidat gestolpert. Ich hoffe nicht, dass über diesen eklatanten Fehler ein Finanzminister aus Nordrhein-Westfalen stolpert.

Wir bleiben bei dem Thema flexibler Umgang mit Zahlen und Wahrheit. Der Finanzminister sagt: Die Zuwendungen an die Kommunen steigen um 0,8 %, der Innenminister nennt 10,6 %. Das ist eine Differenz, die zumindest erklärungsbedürftig ist, meine Damen und Herren.

(Minister Dr. Helmut Linssen: Lieber Herr Jäger, hier steht doch alles drin, und sagen Sie nicht so etwas!)

– Lieber Herr Kollege Linssen, wie bitte?

(Minister Dr. Helmut Linssen: Das ist Tobak! Das wissen Sie doch genau!)

– Herrn Linssen, schauen Sie mal unter die Rubrik originäre Verbundmasse. Da müssen Sie einmal nachschauen. Das ist das, was Sie zitiert haben.

Da es gewisse Diskrepanzen in der Darlegung zwischen Ihnen, Herrn Wolf, und unserem geschätzten pastoralen Ministerpräsidenten gibt, der gerade in der Debatte erklärt hat, das Land gäbe 820 Millionen € mehr für die Kommunen, müssen wir die Zahlen ein wenig beleuchten.

Wichtig ist: Die originäre Verbundmasse des Jahres 2006 beträgt 6,642 Milliarden €. Die originäre Verbundmasse, Herr Linssen, für das Jahr 2007 beträgt 6,591 Milliarden € – mithin 51 Millionen € weniger, also minus 0,8 %.

Der geschätzte Innenminister sagt: Davon ziehe ich ganz geschickt Kreditierungen der Vorjahre ab, vermindere dadurch die Verbundmasse in der Betrachtung des Vorjahres und sage: Tatsächlich steigt sie um 10,6 %. – Das ist so, als würde er in die Kassen der Kommunen im Jahre 2006 greifen, deren Zuwendungen also kürzen, um ein Jahr später zu sagen: Sie sind marginal gestiegen. Also können die Kommunen auch zur Haushaltskonsolidierung des Landes herbeigezogen werden. – Das, meine Damen und Herren, ist eine große Diskrepanz zwischen Wahrheit und Klarheit in einer Haushaltsführung.

(Beifall von der SPD)

Meine Kollegin Kraft hat gesagt, Kollege Linssen würde auf einem Pippi-Langstrumpf-Niveau rech-

nen. Ich möchte den Innenminister davon ausdrücklich ausnehmen. Es wäre gegenüber Pippi Langstrumpf nicht gerecht, so wie der Innenminister rechnet. Um es genau zu sagen: Der große Wolf rechnet wie der „Kleine Onkel“, wie das Pferd von Pippi Langstrumpf.

Meine Damen und Herren, diese Landesregierung sagt, sie würde – wenn der Ministerpräsident zitiert werden darf – für die Kommunen in der Größenordnung von über 800 Millionen etwas tun. Der Innenminister sagt: Wir tun mehr. Wir legen 10,6 Millionen € drauf. Der Finanzminister sagt plus 0,8 %. Und das in einer Zeit, in der die Rücknahme bei der Erstattung nicht eingemommener Elternbeiträge bei den Kommunen mit 85 Millionen € zu Buche schlägt, in der die Kommunen mit 94 Millionen € zusätzlich an der Krankenhausfinanzierung beteiligt werden, in der den Kommunen 18 Millionen € bei den Weiterbildungsmitteln gestrichen werden, 3 Millionen bei den Altlasten, 54 Millionen im Gemeindefinanzierungsgesetz, wie gerade von mir dargestellt. Sie streichen 162 Millionen € bei der Grunderwerbsteuer, noch einmal 18 Millionen beim sozialen Wohnungsbau und noch einmal 18 Millionen beim Flüchtlingsaufnahmegesetz.

Und da stellen Sie sich hier hin und sagen, die Kommunen bekämen mehr Geld. Meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist ein äußerst flexibler Umgang mit Zahlen und der Wahrheit.

Ich sage im Gegenteil: Das, was hier vorgelegt wird, ist gegenüber den Kommunen verantwortungslos, weil sie gezwungen sein werden, im Leistungsbereich zu reduzieren, was wiederum die Schwächsten in unserer Gesellschaft treffen wird, insbesondere die Kinder und Jugendlichen.

Das, was Sie hier, Herr Dr. Wolf, als GFG vorlegen, ist etwas, was ein brutalst kommunalfeindlicher Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen tun kann.

(Beifall von der SPD)

Das hat das Land Nordrhein-Westfalen, das haben die 396 Kommunen Nordrhein-Westfalens bisher in dieser Form noch nicht erlebt.

Was allerdings ein Ausblick sein könnte, ist die Tatsache, dass in der anstehenden Unternehmensreform auch eine Modernisierung der Gewerbesteuer geplant ist. Herr Abgeordneter Palmen, ich bin gespannt, wie die CDU-Fraktion und wie Sie, Herr Innenminister Dr. Wolf, als FDP-Abgeordneter zu der Frage stehen, ob eine solche Reform und Modernisierung

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

der Gewerbesteuer mit dem Ziel einer Verbreiterung der Einnahmesituation durch Hinzuziehung von Freiberuflern erfolgen muss. Es ist kaum erklärbar, dass der Handwerker im Erdgeschoss Gewerbesteuer bezahlen muss und der Rechtsanwalt mit seiner Rechtsanwaltskanzlei darüber nicht. Es ist nicht zu erklären, dass Sie einer solchen Modernisierung der Gewerbesteuer zustimmen. Wir hatten im Jahre 2004 die Gelegenheit zur Reform. Herr Palmen, Herr Wolf, das haben Sie aus Nordrhein-Westfalen heraus mit verhindert. Jetzt haben Sie bei der Unternehmenssteuerreform die Chance, die alten Fehler zu revidieren und das zu tun, wofür Sie eigentlich gewählt worden sind, nämlich die 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen so auszustatten, dass sie den Menschen in diesem Land eine kommunale Infrastruktur bieten können, die auch den Namen verdient. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist der Abgeordnete Lux für die Fraktion der CDU.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich wäre in meinem Beitrag eigentlich gerne auf die alternativen Vorstellungen der SPD zum GFG eingegangen. Allerdings – das zieht sich wie ein roter Faden durch den heutigen Tag – gibt es keine alternativen Vorstellungen der SPD. Diese sind Sie wieder einmal schuldig geblieben, Herr Jäger. Außer ein bisschen besserwisserisches Getue, wie Zahlen zu lesen seien, haben Sie nichts gebracht. Das hat eher deutlich gemacht, dass Sie die unterschiedlichen Ansätze nicht voneinander unterscheiden können, und das spricht dann gegen Sie und nicht gegen die Verfasser dieser Aussagen.

Lassen Sie mich zu dem eigentlichen Thema kommen, nämlich zu der Finanzsituation unserer Städte und Gemeinden. Ich denke, es ist heute sehr deutlich geworden, dass die Finanzsituationen von Bund, Ländern und Gemeinden – von allen Gebietskörperschaften – nach wie vor sehr angespannt und zum Teil sogar dramatisch sind. Uns allen ist klar – ich hoffe, Ihnen auch –, dass man allein durch Wirtschaftswachstum und steigende Steuereinnahmen dieses Manko in den öffentlichen Haushalten nicht in den Griff bekommt.

Notwendig sind vielmehr – da ist bei Ihnen immer Fehlanzeige – Eingriffe in die Strukturen. Der Herr Finanzminister hat heute sehr deutlich gemacht, dass die Haushaltssituation ohne strukturelle Veränderungen nicht in den Griff zu bekommen ist.

Nur noch einmal zur Erinnerung: Weshalb sind denn Eingriffe in die Haushaltsstruktur erforderlich? Weshalb müssen wir uns hier Gedanken über die Konsolidierung von öffentlichen Haushalten machen? – Wenn wir dies nicht tun, sind wir sehr schnell wieder in der Situation, in der Sie uns das Land im letzten Mai übergeben haben, nämlich in einer Situation, in der die Haushalte strukturell riesige Defizite aufweisen würden, das strukturelle Defizit 6 bis 7 Milliarden € pro Jahr betragen würde und wir insgesamt über 110 Milliarden € Schulden hätten.

Wenn man den Begriff Nachhaltigkeit einigermaßen ernst nimmt, dann muss man eine Menge an Anstrengungen unternehmen, um diese Struktur der öffentlichen Haushalte wieder in Ordnung zu bringen. Das bedeutet – auch darauf ist mehrfach hingewiesen worden –, dass wir Leistungskürzungen des Staates durchführen müssen. Wir können unsere Haushaltsdefizite nicht mit mehr Leistungen zurückfahren. Das geht nicht.

Dann stellt sich die spannende Frage – und da sind wir beim GFG –, ob denn die Kommunen ihren Beitrag zu dieser Haushaltskonsolidierung, die wir hier in Nordrhein-Westfalen durchführen müssen, leisten können und müssen. Da sage ich: Das sind die Fehler, die wir aus der Vergangenheit übernommen haben, und die Folgen aus diesen Fehlern sind, dass wir die Kommunen nicht freistellen können. Es stellt sich nur die Frage – darüber müssen wir uns in den nächsten Monaten sehr intensiv unterhalten –, ob die Balance der Belastungen, die der Finanzminister heute Morgen angesprochen hat, gewahrt und immer durchgehalten wird.

Natürlich ist es so, dass in diesem Jahr ein entschieden größerer Auszahlungsbetrag an die Kommunen ausgeschüttet wird als im vergangenen Jahr. Es wird mehr Geld an die Kommunen ausgeschüttet.

(Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Denn im vergangenen Jahr stand nicht der gesamte Ausschüttungsbetrag für die Kommunen zur Verfügung, Herr Jäger. Vielmehr hatten die Kommunen die Kreditierungen zurückzuzahlen. Sie können sich ja mal Gedanken darüber machen, aus welcher Zeit diese Kreditierungen stammen.

Deswegen ist der Betrag, der tatsächlich bei den Kommunen ankommt, im Jahr 2007 höher. Aber das liegt nicht daran – um hier keinen falschen Eindruck aufkommen zu lassen –, dass das Land den Kommunen gegenüber diesem Jahr besonders großzügig ist und mehr Geld ausschüttet,

sondern daran, dass wir im letzten Jahr eine völlig atypische Situation hatten, in der die Kommunen mit den Altkreditierungen belastet waren.

Deswegen werden wir uns in den nächsten Wochen und Monaten darüber unterhalten müssen, wie denn diese Belastungen für die Kommunen ausfallen.

Lassen Sie mich zunächst einmal feststellen:

Erstens: Die Umstellung bei der Berechnung der Referenzperiode für die Ermittlung der Verbundmasse wirkt sich für die Gemeinden sehr positiv aus. Wir merken doch schon jetzt, dass wir dieses System der Kreditierungen nicht mehr haben, sondern dass die Kommunen in Zukunft wissen und bei der Verabschiedung des Landeshaushalts wissen werden, wie viele Mittel ihnen aus dem GFG zur Verfügung stehen. Da gibt es dann keine Abrechnungen mehr in den Folgejahren. Das ist für die Planbarkeit städtischer Haushalte von großer Bedeutung.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE])

Zweitens: Auch die Tatsache, dass über 85 % der kommunalen Verbundmasse als Schlüsselzuweisungen an die Kommunen gehen, ist außerordentlich positiv. Denn das sind freie Verfügungsmassen für die Kommunen. Das bedeutet die versprochene größere Selbstständigkeit und Selbstverantwortung in den Kommunen; dazu stehen wir.

Drittens: Auch dass der kommunale Anteil an der originären Verbundmasse mit 23 % erhalten bleibt, ist sehr positiv festzustellen und wird von uns mit getragen.

Nun kommen einige kritische Fragen, und Sie haben sie eben schon erwähnt: Es stellt sich die Frage, ob und in welchem Umfang die Kommune dieses Herausfallen des Viersiebtelanteils an der Grunderwerbsteuer verkraften kann. Wir werden das in den nächsten Monaten beobachten, und wir werden auch gucken, wie das mit den Belastungen ist, die den Kommunen zusätzlich durch die Krankenhausfinanzierung und Weiterbildung etc. entstehen werden; die Punkte sind angesprochen worden.

Wir werden schauen müssen – das sage ich hier sehr kritisch –, wie wir den Kommunen auf Dauer verlässlich sagen können, welche Mittel ihnen aus der Verbundmasse zur Verfügung stehen. Wir möchten nämlich keine zusätzlichen Befrachtungen. Wir möchten vor allen Dingen, dass die Belastungen der Kommunen durch die Kosten der Unterbringung mit berücksichtigt werden. Da – das sage ich mit Blick auf Herrn Jäger – haben wir

vielleicht gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen, damit der Bund seinen Verpflichtungen gegenüber den Kommunen nachkommt, um diese Riesenbelastungen der Kommunen, die da entstehen – auf Bundesebene liegt die Diskussionsbreite, dessen, was auf die Kommunen zukommt, zwischen 2 und 5 Milliarden € – für die Kommunen tragbar zu gestalten.

Zusammenfassend möchte ich hier sagen, dass wir grundsätzlich der Meinung sind, dass dieses GFG besser als seine Vorgänger ist; denn es ist verlässlicher.

Auf Dauer müssen wir es jedoch hinbekommen, dass in den Folgejahren die Belastungen für die Kommunen beziehungsweise die Einnahmen der Kommunen aus den Gemeinschaftssteuern verlässlich dargestellt werden und es nicht von Jahr zu Jahr zu neuen Belastungen kommt.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun der Abgeordnete Horst Becker für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Horst Becker (GRÜNE): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es ist doch immer wieder erstaunlich, wie unterschiedlich Bewertungen zu einem Zahlenwerk ausfallen können, das eigentlich klar auf den Tisch legt, wie die Wirklichkeit aussieht. Wir haben es heute schon verschiedentlich gehört, nachdem im Jahr 2006 vor allem bei Kindern und Jugendlichen gespart wird, war zu erwarten – wer genau hinschaute, konnte es sehen –, dass die Kommunen im Jahr 2007 als Sparstrumpf dienen werden. Von dort holen Sie das Geld, mit dem Sie angeblich konsolidieren.

Sie haben schon 2006 Kosten auf die kommunale Familie verlagert. Dazu werde ich nachher noch etwas sagen. Aber vor allen Dingen haben Sie eine Maßnahme durchgeführt – Herr Jäger hat es vorhin schon angesprochen –, mit der Sie heute ihre Argumentation aufbauen, dass die Kommunen 820 Millionen € mehr vom Land bekämen. Das ist nicht mehr redlich, sondern zutiefst unredlich. Sie haben im Jahr 2006 aus dem, was den Kommunen zustand, auf einen Schlag alle Kreditierungen aus den Vorjahren in der Höhe von insgesamt 680 Millionen € zurückgefordert. Das war Ihr Recht, geschah aber gegen den Widerstand der kommunalen Familie. Die kommunalen Spitzenverbände haben Ihnen unisono gesagt, sie wünschten, dass das auf zwei bis drei Jahre ge-

streckt wird. Ich erinnere an die Haushaltsberatungen für dieses Jahr.

(Beifall von den GRÜNEN)

In diesem Jahr tun Sie so, als ob die 680 Millionen €, die den Kommunen jetzt wieder real zur Verfügung stehen, eine besondere Leistung dieses Landes wäre. Dabei haben sie ihnen damals schon zugestanden, nur mussten sie die Kredite zurückzahlen.

Herrn Rüttgers hat heute in Richtung Opposition von Taschenspielertricks gesprochen. Darauf kann ich nur entgegnen: Das ist ein übler Taschenspielertrick erster Sorte, den Ihnen kaum ein Bürgermeister und kaum ein Landrat auch Ihrer eigenen Partei durchgehen lassen wird.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, in diesem Zusammenhang habe ich noch eine Frage an Sie. Herr Lux hat heute die Kreditierung im Nachhinein kritisiert. Aber: Die Kredite sind in den Jahren aufgelaufen, in denen die Steuereinnahmen eingebrochen sind. Im Gegensatz dazu profitieren Sie heute von Steuermehreinnahmen. Tun Sie doch nicht so, als ob sie das Ergebnis Ihrer Politik wären!

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Haben Sie, als die Steuereinnahmen damals eingebrochen sind, in diesem Landtag gefordert, die Kommunen im laufenden Jahr schlechter zu stellen, oder haben Sie damals gefordert, dass die Kommunen dieses Geld trotzdem bekommen sollen? – Die CDU hat Letzteres getan. Heute tun Sie so, als ob die Kreditierung gegen Ihren Widerstand stattgefunden hätte. Das ist doch nicht die Wahrheit. Sie alle haben damals gefordert, den Kommunen dieses Geld zu geben. Das ist nur über Kredite gegangen, und Sie – Ihre Landesregierung – haben das Geld letztes Jahr auf einen Schlag wieder einkassiert.

Wer sich die Haushaltssituation für 2006 ansieht, wird feststellen, wenn Sie die 680 Millionen € – das gehört auch zur Wahrheit, die Sie endlich einmal zur Kenntnis nehmen oder widerlegen müssen –, die Sie den Kommunen für das Jahr 2006 auf einen Schlag wieder abgezogen haben, von Ihren angeblichen Konsolidierungserfolgen abziehen, bleibt von dem Wunderhaushalt des Herrn Linssen unter dem Strich nicht viel übrig. Das ist eine ziemliche Luftbuchung.

(Beifall von den GRÜNEN)

Wenn Sie dann noch die Steuermehreinnahmen als zweiten Posten abziehen, die die ganze Zeit

zustande kommen und die Sie sich sozusagen als Konsolidierungsbeitrag gutrechnen, bleibt von Ihrem komischen Konsolidierungshaushalt gar nichts übrig. Unter dem Strich ist das eine Luftbuchung.

(Beifall von den GRÜNEN – Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, ich glaube, Sie sind deswegen so aufgeregt, weil Sie das genau wissen. Ich wiederhole es, damit Ihre Aufregung noch eine Weile anhält. Sie haben zwar wesentliche Tricks, über die Sie Ihren Haushalt gestalten:

Erstens. Sie tun so, als ob die Steuermehreinnahmen Ihr Verdienst wären. Das ist aber mitnichten so.

Zweitens. Sie rechnen den Kommunen etwas in die Tasche und tun so, als ob es ein Verdienst des Landes sei, dass sie dieses Jahr keine Kredite mehr zurückzahlen müssen. Auch das trifft mitnichten zu.

Mit anderen Worten: Das sind Taschenspielertricks.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Doppelter Taschenspielertrick!)

– Es geht noch weiter, Kollegin Löhrmann. – Was ist mit den etwas über 100 Millionen €, die sozusagen als Spitze des zusätzlichen Geldes für die Kommunen übrig bleiben? In Wahrheit ist das ja nur ein Teil der Steuermehreinnahmen in 2006, die Sie den Kommunen, weil Sie die Systematik geändert haben, im nächsten Jahr zur Verfügung stellen. Das, was eigentlich nach dem alten System, das Sie so kritisieren, fällig war, geben Sie den Kommunen mit einem Verzug von über einem Jahr.

Wohin das führt, können wir in diesem Jahr sehen. Das führt dazu, dass Sie plötzlich sagen: Ach, den Kommunen geht es wunderbar. Ziehen wir ihnen doch den kommunalen Anteil an der Grunderwerbsteuer ab! – Das sind mal eben rund 170 Millionen € oder 2,5 %. Warum protestiert denn die gesamte kommunale Familie? Warum hat der Landkreistag gestern im Vorstand protestiert? Warum protestieren der Städte- und Gemeindebund und der Städtetag? Warum protestieren Ihre eigenen Bürgermeister rauf und runter? Können die alle nicht rechnen und nicht übersehen, was Sie mit den Kommunen machen?

(Zuruf von Manfred Palmen [CDU])

– Ach, Herr Palmen, kommen Sie doch nach vorne und halten Sie nachher zusammen mit Ihrem Minister die Rede. Darauf bin ich sehr gespannt.

Mit Ihren Vorgaben, die Sie in den Zeiten vor der Landtagswahl hier postuliert haben, hat das nichts zu tun. Es wird Zeit, dass das auch draußen im Lande immer wieder gesagt wird. Sie haben früher gesagt, Sie wollten die Kommunen besser ausstatten, Sie wollten die Weiterbildung besser finanzieren, Sie wollten die Kinder und Jugendlichen besser ausstatten. Zusätzlich wollten Sie die Schulden abbauen. Heute haben Sie mehr Steuereinnahmen als SPD und Grüne früher – das ist nicht Ihr Verdienst, ich sage es noch einmal –, und Sie schaffen es nur, die Schulden zulasten der Kommunen, zulasten der Kinder und Jugendlichen, zulasten der Schulen, zulasten all derer, die Sie vorher als die angeführt haben, denen es besser gehen soll, ein Stück weit mehr abzubauen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Auch darüber hinaus verschlechtern Sie noch die Lage der Kommunen. Sie verschlechtern sie durch weitere 49 Millionen € durch den Wegfall des Elternbeitragsdefizitenausgleichs bei den Kindertagesstätten.

Sie verschlechtern sie weiterhin ganz wesentlich durch Mehrkosten wegen einer höheren Beteiligung bei der Krankenhausfinanzierung. Um es deutlich zu sagen: Das ist ebenfalls ein übler Taschenspielertrick. Für das Jahr 2006 kürzten Sie bei den freien gemeinnützigen Krankenhäusern und gehen 2007 mit den Zuweisungen wieder hoch – zulasten der Kommunen, indem Sie deren Beteiligung an der Krankenhausfinanzierung von 20 auf 40 % erhöhen. Das heißt, die kommunalen Krankenhäuser, die Knappschaftskrankenhäuser, die Landeskrankenhäuser und vor allem die Kommunen tragen mit, dass Sie das, was Sie für 2006 gekürzt haben, in diesem Jahr annähernd wieder draufpacken. Das ist ein Taschenspielertrick erster Güte, meine Damen und Herren.

Sie kürzen 18 Millionen € bei der Weiterbildung. Ich sage noch einmal das, was ich eben gesagt habe: Sie sind hingegangen und haben vor der Wahl 2005 gesagt: Die Kürzungen, die SPD und Grüne vorgenommen haben – damals 15 % –, sind zurückzunehmen. – Was haben Sie gemacht? Sie haben 2006 Kürzungen in Höhe von 5 % noch obendrauf gesattelt. Jetzt setzen Sie für 2007 noch einmal rund 18 Millionen €, rund 19 %, drauf. Das ist die Wahrheit. Von Ihren eigenen Ankündigungen ist unisono nichts übriggeblieben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das alles setzt fort, was wir im letzten und in diesem Jahr von Ihnen erlebt haben. Die traurige Wahrheit, die Sie zu

verantworten haben, ist: Es gibt überhaupt keinen Ansatz dafür, dass diese Regierung kommunalfreundlich ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das Gegenteil!)

Sie ist nicht nur nicht kinder- und jugendfreundlich, sie ist auch nicht kommunalfreundlich.

Zu den Elternbeiträgen für den Kindergarten ist oft genug etwas gesagt worden; ich könnte das auch noch einmal wiederholen und werde das auch machen, je nachdem, was noch an Reden kommt.

Ich sage Ihnen aber: Glauben Sie ja nicht, dass im nächsten Jahr in den Kommunen die Auseinandersetzung um das, was Sie hier veranstalten, nicht stattfinden wird. Sie wird stattfinden. Vor allem die Kolleginnen und Kollegen der CDU werden sich dafür in den kommunalen Räten und Kreistagen zu rechtfertigen haben. Für die FDP gilt das weniger, denn an ihr schwimmt das vorbei; sie hat in den wenigsten Kommunen wirklich Verantwortung.

(Beifall von den GRÜNEN – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das ist auch besser so!)

Meine Damen und Herren, lassen Sie mich einen Ausblick wagen. Es gibt zwei Möglichkeiten: Sie werden sich mit uns zusammen hinsetzen und diesen Haushalt von Innenminister Wolf und von Finanzminister Linsen zugunsten der Kommunen nachbessern müssen.

(Manfred Palmén [CDU]: Mit Sicherheit nicht!)

– Herr Palmén, wissen Sie, worüber ich mich freue? Im Landtag wird alles protokollarisch festgehalten, was heute zum Haushalt und zum GFG gesagt wird.

(Manfred Palmén [CDU]: Gott sei Dank! Dann weiß man, dass Sie keine Ahnung haben!)

– Sehen Sie, an der Stelle sind wir uns einig. Sie sagen „Gott sei Dank“, und ich sage „Gott sei Dank“. Lassen Sie uns abwarten, was die Bürgermeister, denen wir diese Protokollauszüge zuschicken, sagen werden. Ich glaube nicht, dass die Ihnen für dieses GFG „Gott sei Dank“ sagen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Sie haben die Möglichkeit, mit uns zusammen dafür zu sorgen, dass die Kommunen nicht derartig schlecht behandelt werden. Oder Sie haben die Möglichkeit, dass in allen Kommunen in den Jahren 2007, 2008 und bis zur Kommunalwahl debattiert wird, wie diese Landesregierung mit der kommunalen Familie und damit mit den Bürgerinnen und Bürgern umgegangen ist.

Auch wenn Sie bis jetzt mit Ihrer Strategie, immer alles auf die Vergangenheit zu schieben, durchgekommen sind, wird Ihnen das hier nicht gelingen. Ihre eigenen Bürgermeister werden mit jedem halben Jahr, das näher auf die Kommunalwahl zugeht, unabhängiger und Ihnen sagen, was sie davon halten. Die werden Ihnen die rote Karte zeigen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vierter im Bunde dieser Debattenrunde ist der Abgeordnete Engel von der FDP-Fraktion.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Botschaft für das Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 lautet, Herr Becker: 620 Millionen € mehr und, wenn die Konjunktur so weiterläuft, wie sie hier prognostiziert wird, zusätzlich weitere 200 Millionen €. Das ist die Botschaft.

Alles andere, was Sie hier vorgetragen haben, ist reine Rabulistik, Herr Becker. Wo ist denn Ihr Gegenentwurf, Herr Jäger? Wo ist Ihr konstruktives Beispiel?

(Ralf Jäger [SPD]: Wer regiert hier eigentlich?)

Da ist null, nichts, gar nichts.

(Beifall von der CDU)

Obwohl die Botschaft so lautet, nämlich 820 Millionen € am Ende des Jahres mehr auf dem Tisch der Kommunen, bleiben wir mit beiden Beinen auf der Erde.

Herr Becker, machen Sie sich keine Sorgen über die Anzahl der kommunalen Mandate für die FDP. Die Zahl ist dreistellig. Wir sind gut vertreten.

(Zuruf von Horst Becker [GRÜNE] – Lachen von den GRÜNEN)

– Entschuldigung, vierstellig; ich habe mich versprochen.

(Horst Becker [GRÜNE]: So gehen Sie mit Zahlen um!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Finanzlage, auch die der Kommunen, ist angespannt; das haben wir heute Tausend Mal gehört. Das wissen wir. Wir werden noch lange Zeit zu tun haben, bis wir endlich einen verfassungskonformen Haushalt vorlegen können. Das ist auch keine Frage. Wir wissen, dass das insgesamt nicht einfach ist, weil wir Ihre finanzielle Hinterlassenschaft überwinden müssen.

(Rüdiger Sagel [GRÜNE]: Geht das schon wieder los!)

Den ersten Schritt dazu haben wir gemacht, als wir im Gemeindefinanzierungsgesetz

(Horst Becker [GRÜNE]: Unsere Hinterlassenschaften sorgen für Steuermehreinnahmen!)

die Kommunen aufgefordert haben, mit einem Schlag die 670 Millionen € – Sie sagen 680 Millionen € – zurückzuzahlen. Sie haben vor einem Jahr unisono den Untergang des Abendlandes prognostiziert. Nichts ist passiert. Beide – die Kommunen und das Land – haben diese Aufgabe gemeistert. Gott sei Dank! Das haben wir endlich hinter uns.

(Beifall von der FDP)

Eine Kreditfinanzierung durch einen Kreditgeber, der selber pleite ist, wird es in Zukunft nicht mehr geben.

(Beifall von der FDP)

Darauf kann man sich einstellen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Konsolidierung ist schmerzhaft. Sie stellen sich hier nach dem Motto hin: Wasch mir den Pelz, aber mach mich nicht nass! – Das geht nicht.

(Zuruf von Rüdiger Sagel [GRÜNE])

Wann wollen wir denn konsolidieren? Sagen Sie uns das mal! Wann denn, wenn nicht heute? Von diesem Weg wird sich diese Koalition nicht abbringen lassen.

Deshalb ist es heute zwar schmerzhaft, aber verantwortbar, wenn wir jetzt vier Siebtel der Grunderwerbssteuer – rund 162 Millionen € – zur Konsolidierung in den Landeshaushalt einstellen und – was die Krankenhausfinanzierung angeht – den Satz von 20 % auf 40 % heraufsetzen. Wir wissen doch – der Finanzminister hat es zweimal deutlich gemacht –, wie die Gewerbesteuerquellen insgesamt sprudeln. Wenn die Zahlen stimmen, liegen sie bei konservativer Berechnung bundesweit bei etwa 12 % mehr. Herr Jäger, bei so einem Umfeld gibt es keine andere Alternative; da muss man konsolidieren, und das machen wir.

(Ralf Jäger [SPD]: Sie haben zu viel Geld! Jetzt verstehe ich das! Da kann man kürzen!)

Wenn nicht jetzt, wann dann?

(Ralf Jäger [SPD]: Jetzt haben Sie es wenigstens ehrlich gesagt!)

– Genau!

Ich hatte auf 2006 verwiesen, als wir die Kredite durch weniger Auszahlung zurückgefordert haben. Da haben Sie sich auch hier hingestellt und gesagt: Das geht überhaupt gar nicht. – Herr Becker hat eben noch einmal erwähnt, die Rückzahlung wollte die kommunale Familie auf zwei bis drei Jahre strecken. Da haben Sie Recht. Das war die Absicht. Diesen Hinweis haben Sie gestern in der Vorstandssitzung zutreffend gegeben.

Aber wir haben die Operation durchgeführt. Wir haben sie hinter uns. Es ist Vergangenheit und schafft wirklich wieder den freien Blick nach vorne. Die Zahl der Kommunen ohne einen ausgeglichenen Haushalt – deswegen ist das Geschäft auf Jahre hinaus noch hart – steigt weiter. Wir haben ja einen Weg und eine Mentalität: Weiter so, Verschuldungsstaat. Erst muss einmal etwas in den Köpfen stattfinden; das ist kein Vorwurf. Wir werden nicht sofort die Erfolge vor Ort haben, sondern das dauert etwas.

Wir haben – vorausgesetzt, die Zahlen stimmen – 117 Kommunen in der vorläufigen Haushaltswirtschaft per 30. Juni. Diese Zahl ist bedenklich und ein bisschen höher als die von vor einem Jahr. Das gilt auch für die Entwicklung der Kassenkredite von 10,5 Milliarden € auf jetzt 11,7 Milliarden €. Wer das vor Ort hinterfragt, weiß, dass die Kämmerer hinter vorgehaltener Hand sagen: Es gibt nichts Besseres als Kassenkredite. Das zum Punkt Mentalität.

Damit müssen wir Schluss machen. Alles, was kreditfinanziert ist, geht zulasten der zukünftigen Generationen. Das wissen Sie. Die bürgerliche Koalition von CDU und FDP macht ernsthaft Schluss mit diesem Weg in die weitere Verschuldung. Wir müssen die Haushalte konsolidieren, wie wir auch die einzelnen Politikfelder deutlich besser zu fahren versuchen als Sie in der Vergangenheit.

Zur Konsolidierung gibt es also keinerlei Alternative. Ich wiederhole es: Wir haben bei dem, was im Bereich der Schlüsselzuweisungen auf den Tisch der kommunalen Familie kommt, eine Steigerung um 620 Millionen €. Die gesamte Verbundmasse hat etwa ein Volumen von 6,4 Milliarden €. Das haben wir schon gehört. Das ist der Lichtblick. Wir haben auch gehört, dass der Bereich der Investitionspauschalen um 27 % auf ein akzeptables Niveau von rund 408 Millionen € gesteigert werden kann. Auch das ist eine positive Nachricht.

Lassen Sie mich noch ein Wort zu den Sonderpauschalen sagen, zu denen sich der Innenminister heute bereits geäußert hat. Wie bereits im GFG 2006 sind 510 Millionen € für die Schulpau-

schale und die Sportpauschale veranschlagt. Das ist eine Hausnummer. Die Verteilung erfolgt wie beim GFG 2006, wobei auch im kommenden Jahr 70 Millionen € der Schulpauschale in konsumtiver Form an die Kommunen ausgezahlt werden.

Meine Damen und Herren, ich erspare mir meine weiteren Ausführungen, um damit einen Beitrag zum Zeitgewinn zu liefern. Wir werden den eingeschlagenen Weg ungebremst und mit Vernunft fortsetzen. In einem Jahr werden wir uns hier wieder treffen und über das Gemeindefinanzierungsgesetz 2008 zu reden haben. Ich ahne, dass wir Ihnen dann in ähnlicher Weise ein Gesetz werden präsentieren können, das auf zwei Säulen ruht: nämlich der weiteren Konsolidierung, die alternativlos ist, und darüber hinaus einer Finanzausstattung für die Kommunen, mit der diese ihrer von der Verfassung garantierten kommunalen Selbstverwaltung und den Aufgaben, die ihnen daraus erwachsen, nachkommen können. – Herzlichen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Vielen Dank. – Als nächster Redner hat nun Herr Innenminister Dr. Wolf das Wort für die Landesregierung.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Jäger, das, was Sie hier losgelassen haben, war wahrlich ein Feuerwerk der Desinformation. Ich möchte nur kurz darauf eingehen, dass ich bei meiner Schilderung der Finanzlage der Kommunen einen zielführenden Hinweis auf den kommunalen Finanzbericht gegeben habe, nicht aber den Anspruch auf Vollständigkeit erhoben habe, sondern als ein Beispiel für die Brisanz der Finanzlage die Kassenkredite genannt habe. Wir könnten noch weitere Parameter heranziehen. Das bringt uns hier aber nicht weiter.

Sie haben dann -wie immer untauglich – versucht, einen Keil zwischen Dr. Linssen und mich zu treiben. Schauen sie sich Seite 40 des Gesetzentwurfs an, dann können Sie leicht ermessen, warum wir zu unterschiedlichen Prozentzahlen kommen. Die Schwierigkeit des Gemeindefinanzierungsgesetzes macht es nun einmal aus, dass es verschiedene Faktoren und Berechnungsgrundlagen gibt. Je nachdem, worauf man sich bezieht, kommt man ganz automatisch zu unterschiedlichen Sätzen. Das hat nichts mit Taschenspielertricks zu tun. Die Regierung der Taschenspielertricks und der Bilanzfälscher ist abgelöst worden.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sagen Ihnen offen, was Sache ist. Sache ist, dass wir uns auf einem Konsolidierungskurs befinden. Der Kollege Engel hat in entwaffnender Offenheit gerade ausgeführt, dass man – wenn es darum geht, Fehler der Vergangenheit auszumergen – natürlich auch zusehen muss, dass man sich, Land und Kommunen, gemeinsam aufstellt und schaut, wie es den beiden geht: Wer kann in welcher Weise zur Konsolidierung beitragen? Der Abwägungsprozess, dem wir uns als gelb-schwarze Koalitionsregierung stellen, ist schwierig.

Ich meine, wir haben es genau anders gemacht als Sie: Wir haben nicht weiter getrickst. Wir haben nicht weiter zulasten der Kommunen gefälscht, sondern wir haben transparent gesagt, was Sache ist, und zwar – Herr Lux hat es gesagt – durch dieses neue GFG. Das neue GFG bringt eine Transparenz hinein, die ihresgleichen sucht und eben nicht mehr dazu führt, dass wir die Schleifspuren Ihrer vergangenen Bilanzfälschungen ausbügeln müssen, sondern sagen können: Die Kommunen können ablesen, was ihnen zusteht. Es wird nicht mehr kreditiert und nichts mehr zurückgehalten.

Ich möchte einen kleinen Blick in die Vergangenheit werfen, um Ihnen noch einmal Ihre Verantwortung vor Augen zu führen: Es gab die Jahre 2003, 2004 und 2005, als Sie schon den heißen Atem der zukünftigen Wahlkämpfe im Nacken spürten. Seinerzeit haben Sie aus Ihrer Sicht – spleite, wie Sie waren – im Jahre 2003 484 Millionen € kreditiert. 2004 waren es 559 Millionen €, und 2005 – am Anfang waren Sie noch dabei – waren es 321 Millionen €. Das sind satte 1.360.000.000, die Sie kreditiert haben, als Schulden aufgenommen und einfach auf die Landesschulden oben draufgepackt haben. Das ist ausschließlich Ihre Verantwortung. Diese Haushalte hatte nicht die Opposition, sondern die hatten Sie beschlossen.

Jetzt zum Thema, wie das zurückgeführt wird: Im Jahre 2005 haben Sie einen Haushalt aufgestellt, der die Rückführung von Krediten in Höhe von 690 Millionen € vorgesehen hat. Als wir dann im Jahre 2006 die restlichen 674 Millionen € zurückgeführt haben, haben Sie „Haltet den Dieb!“ gerufen. Das ist unehrlich, meine Damen und Herren.

(Beifall von CDU und FDP)

Es musste Schluss sein mit diesen Scheineinnahmen bei den Kommunen. Nichts anderes war das. Im Prinzip standen sie ihnen nach Steueraufkommen nicht zu. Sie haben das über eine Kreditierung verschleiert. Jetzt ist abgerechnet worden. Deswegen sind alle Vergleiche mit den Vorjahren

ausgesprochen schwierig, um nicht zu sagen in Wahrheit quasi unmöglich. Nach draußen ist das kaum zu kommunizieren. Deswegen sagen wir: Es gibt ein Mehr. Herr Engel hat es gesagt; Herr Lux hat es gesagt; es ist völlig klar.

Das Entscheidende ist, dass wir jetzt ein GFG haben, das in Zukunft klar ablesen lässt, was die Kommunen zu erwarten haben. Wir haben uns im Rahmen der Verbundgrundlagen auf das beschränkt, was uns verfassungsrechtlich zwingend vorgegeben ist. Das haben die beiden Herren eben geschildert. Es geht um einen Konsolidierungsbeitrag, der im Rahmen dessen, dass es Aufwuchs gibt, aus unserer Sicht verträglich ist.

Lassen Sie mich abschließend sagen: Wir werden diesen Weg der Klarheit weitergehen. Wir werden die Kommunen zeitnah an der allgemeinen Steuerentwicklung partizipieren lassen. Der Referenzzeitraum reicht immer bis zum 30. September des Vorjahres für den Haushalt, den wir dann beschließen. Mehr kann man nicht tun.

Dass es insgesamt für Land und Kommunen nur dann aufwärts geht, wenn diese Regierung ihren Kurs der Konsolidierung fortsetzt und damit wirtschaftlichen Aufschwung fördert, ist für uns völlig klar. Es gibt keine isolierte Finanzpolitik in diesem Raum. Sie ist von den Faktoren draußen abhängig. Dafür wird die Regierung nicht zuletzt durch Bürokratieabbau, durch Vorschriftenabbau, durch Deregulierung und Privatisierung alles tun, damit es weiter vorangeht. Dann werden die Kommunen fair daran partizipieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, wenn ich sein Handzeichen richtig gedeutet habe, möchte Herr Jäger noch einmal das Wort ergreifen. Bitte schön.

Ralf Jäger (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde, wir haben eine äußerst spannende Debatte um dieses Gemeindefinanzierungsgesetz geführt. Es gibt – deshalb muss man noch einmal nachlegen – unterschiedliche Auffassungen darüber, ob die Kommunen nun eigentlich mehr oder weniger Geld bekommen und wie schlecht es ihnen geht.

Herr Lux und Herr Engel, ganz offen und ohne Ironie sage ich Ihnen: Ich schätze Ihre Ehrlichkeit bei dieser Debatte. Sie unterscheidet sich um einiges von den Aussagen der Landesregierung. Herr Engel, Sie sagten, die Gemeinden nähmen mehr Gewerbesteuer ein, und deshalb greifen Sie

ihnen in die Tasche, um den Landeshaushalt zu konsolidieren.

(Zuruf von Horst Engel [FDP])

– Das ist das, was Sie eben vorgetragen haben, nur nicht ganz so diplomatisch formuliert, wie Sie es getan haben. Ich finde das insofern okay, als es ehrlich ist. Die Beweggründe dafür, warum den Kommunen Finanzmittel gekürzt werden, sind ehrlich beschrieben.

Herr Lux, Sie haben sehr diplomatisch darauf hingewiesen, dass Sie Teile des GFG kritisch sehen. Das ehrt Sie auch. Die Stimmung in Ihrer Fraktion ist ja nicht so, wie der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Innenminister uns heute Morgen weiß machen wollten,

(Zuruf von Rainer Lux [CDU])

dass nämlich sozusagen durch die Bank Einigkeit darüber herrscht, dass man durch einen Griff in die Kassen der Kommunen diesen Haushalt mit konsolidieren kann. So ist die Stimmung in Ihrer Fraktion nicht. Insofern ist das, was Sie eben beschrieben haben, schon ärgerlich, Herr Lux und Herr Engel.

Herr Wolf, lassen Sie mich noch einmal die unterschiedliche Wahrnehmung und Bewertung von Krediten und Kreditierungen aus der Vergangenheit auf den Punkt bringen. Ich will versuchen, es an einem Bild festzumachen.

Stellen Sie sich einfach einmal einen armen Bettler mit vielen hungrigen Kindern vor. Dem gibt der Innenminister 100 €. Unter Androhung körperlicher Gewalt zwingt er den Bettler dazu, 50 € gleich wieder herauszugeben. Im nächsten Jahr geht er wieder dorthin. Der Bettler ist immer noch arm, und die vielen Kinder sind noch hungriger. Er sagt dem Bettler: Letztes Jahr hast du 50 € von mir bekommen. Dieses Jahr bekommst du 51 €. Das ist ein Euro mehr als im letzten Jahr. Jetzt freue dich doch darüber!

Herr Wolf, genauso gehen Sie mit den Kommunen um. Sie haben im Jahr 2006 tief in deren Taschen gegriffen. Sie haben den Verbundbetrag marginal erhöht und sagen jetzt, weil die Kommunen mehr bekämen als im letzten Jahr, könnten sie sich an der Konsolidierung des Landeshaushalts beteiligen. Das ist die Logik der Landesregierung. Diese Logik ist falsch.

Ich sage es noch einmal. In diesem wunderbaren GFG, was uns seit zwei Tagen vorliegt, ist es nachzulesen: Die originäre Verbundmasse, also der Anteil der 396 Kommunen in Nordrhein-Westfalen an den Steuereinnahmen des Landes,

betrug 6,642 Milliarden €. Im Jahr 2007 beträgt die originäre Verbundmasse 6,591 Milliarden €. Herr Innenminister Wolf, das sind 51 Millionen € – mithin 0,8 % – weniger. Das ist die Wahrheit über die Finanzausstattung der Kommunen im Vergleich der Jahre 2006 und 2007.

Im Gegenzug dazu erklärt uns Herr Rüttgers heute Morgen: Wir tun für die Kommunen 820 Millionen mehr. – Diese Grammatik tut mir leid. Ich zitiere nur. Der Innenminister sagt: Wir tun 10,6 % mehr. – Der Finanzminister übt sich wenigstens in Bescheidenheit und spricht nur von einem Plus in Höhe 0,8 %. Aber selbst das ist noch falsch. Es ist also eine völlig andere Darstellung als die Realität.

Jetzt könnte man sagen, das sei eine Erfindung der Sozialdemokraten, oder die Sozialdemokraten seien Ihnen auf die Schliche gekommen. Nein, andere registrieren das auch. Das gilt vor allem für die Betroffenen.

Ich darf Ihnen aus der Presseerklärung des Landkreistages zitieren. Er war der sozialdemokratisch geführten Landesregierung in der Vergangenheit nicht immer wohl gesonnen. Es heißt dort: Der Vorstand des Landkreistages hat aus aktuellem Anlass an die Landesregierung appelliert, das Gemeindefinanzierungsgesetz 2007 zu überarbeiten, weil – jetzt wörtlich –

„... den Kommunen darf nicht noch weniger Geld gegeben werden, als ihnen ohnehin zur Verfügung steht.“

Herr Innenminister Wolf – in Abwesenheit –, Herr Linssen, Herr Rüttgers, wenn Sie die Ehrlichkeit von Herrn Lux und Herrn Engel in der Darstellung der Taschenspielertricks besessen hätten, mit denen Sie den Kommunen in die Kassen gegriffen haben, dann hätten Sie wenigstens ein ehrliches Bild Ihrer Politik abgegeben. So tun Sie aber, als ob Sie die drei Könige seien und Myrrhe, Weihrauch und Gold brächten. Stattdessen greifen Sie dem armen Bettler mit seinen hungrigen Kindern tief in die Tasche. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Lux für die CDU-Fraktion.

Rainer Lux (CDU): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Jäger, zwei Dinge aus Ihrem letzten Beitrag muss ich richtigstellen, auch wenn es wahrscheinlich ver-

geblich sein wird. 2006 haben Sie den Kommunen fürchterlich in die Taschen gegriffen, denn Sie – auch Sie in Person – haben mit den vorangegangenen Haushaltsgesetzen beschlossen, dass die Kreditierungen im Haushalt 2006 zurückzuführen sind. Es sind Ihre Beschlüsse, die den Kommunen damals in die Tasche gegriffen haben. Das können Sie nachlesen. Gegen unsere Stimmen haben Sie persönlich das beschlossen. Deswegen sollten Sie hier nicht sagen, wir hätten den Kommunen in die Taschen gegriffen. Sie waren es!

(Beifall von der CDU)

Ich empfinde das als einen Akt des Heuchelns, wenn Sie heute sagen, wir hätten denen in die Taschen gegriffen. Das waren Sie selber.

Zweitens. Sie sollten nicht künstlich versuchen, einen großen Dissens zwischen Herrn Engel und mir auf der einen Seite und der Landesregierung auf der anderen Seite aufzubauen. Wir haben große Übereinstimmungen, was die Notwendigkeit angeht, diesen Haushalt zu konsolidieren. Auch wir – Herr Engel und ich – sind der Überzeugung wie unsere Fraktionen auch, dass es dazu auch einen kommunalen Beitrag geben muss. Das können Sie hier nicht aus der Welt schaffen. Nur wir – das ist der Unterschied zwischen Ihnen und uns – sind davon überzeugt, dass wir nicht wie in der Vergangenheit alles auf Kredit finanzieren können, sondern wir müssen im Interesse nachwachsender Generationen endlich zu einer Konsolidierung der Finanzen kommen.

Das Einzige, was bei uns diskutiert wird – ich hoffe, das wird auch bei Ihnen diskutiert; ich glaube, es ist ein Unterschied zur Vergangenheit, dass hier die Fraktionen aktiv mit der Landesregierung diskutieren –, ist, wie weit und in welcher Form der Konsolidierungsbeitrag der Kommunen gehen kann. Ich meine, es ist auch eine Aufgabe des Parlamentes, diese Diskussion zu führen. Ich bin davon überzeugt, dass wir am Ende dieser Diskussion eine breite Übereinstimmung zwischen den beiden Fraktionen und der Landesregierung haben werden und dass das eine bessere Lösung für die Kommunen ist, als wenn wir Ihre Politik fortgesetzt hätten.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat nun Herr Abgeordneter Becker für die grüne Fraktion.

Horst Becker (GRÜNE): Meine Damen und Herren! Herr Kollege Lux, ich finde, man kann an den Fakten nicht vorbeireden. Sie werfen hier Nebel-

kerze um Nebelkerze. Jetzt fangen Sie mit der Fragestellung an: Hat möglicherweise schon die alte Regierung vorgesehen, dass Kredite in 2006 zurückgezahlt werden müssen?

(Rainer Lux [CDU]: Das war beschlossen!)

– Entschuldigung, hören Sie doch einfach in Ruhe zu! – Das ist aber völlig unerheblich dafür, dass Sie es sich für 2007, nachdem die Kommunen keine Kredite mehr zurückzahlen müssen, als Erfolg Ihrer Landesregierung anrechnen, und nun den Kommunen sagen: Ihr müsst keine 680 Millionen € mehr zurückzahlen, weswegen wir euch ein Stück von dem wegnehmen, was euch bis jetzt zustand, nämlich euren Anteil an der Grunderwerbsteuer.

Sie rühmen sich hier, dass Sie Transparenz herstellen wollen. Dem widerspreche ich ausdrücklich, und ich will Ihnen auch belegen, warum. Wenn Sie aus dem Verbundsatz, den Sie auf dem Papier gegenüber dem Jahr 2006 scheinbar stabil halten, jede Menge ausklammern, also über andere Regelungen den Kommunen Geld wegnehmen, nämlich – das habe ich bereits vorhin gesagt – 96 Millionen € bei der Krankenhausfinanzierung, 18 Millionen € bei der Weiterbildung und, nebenbei gesagt, 2006 15 Millionen € auch bei der Stadtentwicklung, bei der Sie sich gerühmt haben, dass Sie die 1:1 aus den Zweckzuweisungen in die Fachtats übertragen würden – übrigens ist bis jetzt bezüglich der Stadtentwicklung überhaupt noch nichts bei den Bezirksregierungen angekommen, möglicherweise damit es nicht mehr verausgabt wird; ein Schuft, der Böses dabei denkt –, dann hat das mit Transparenz nichts zu tun. Das Gleiche gilt für die Kindergartenbeiträge. Sie kürzen die Zuschüsse des Landes mit der Folge, dass Sie es den Kommunen freistellen, die Beiträge zu erhöhen. Sie sind in dem, was Sie tun, das Gegenteil von transparent. Sie kürzen die ganze Zeit zulasten der Kommunen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Neben dem Landkreistag müssen Sie sich nun auch noch die heutige Presseerklärung des Städtetags anhören; der Kollege Jäger hat sie mir vorhin herübergereicht: Der Städtetag Nordrhein-Westfalen hat den Entwurf für den Landeshaushalt 2007 kritisiert.

„Es ist für die Städte nicht hinnehmbar, dass das Land den Kommunen in Nordrhein-Westfalen zur Konsolidierung seines eigenen Haushaltes erneut erhebliche Lasten aufbürden will.“

sagte Stephan Articus heute in Köln.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Hört, hört!)

Die Städte lehnten unter anderem die Herausnahme der Grunderwerbsteuer aus dem Steuerverbund – 170 Millionen – sowie die Erhöhung der Krankenhausinvestitionsumlage ab. Die Kommunen würden um 280 Millionen zusätzlich belastet.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist das, was ich meine. Das ist nicht transparent. Das machen Sie hinten herum. Der Ministerpräsident, der Finanzminister und der Innenminister, der jedenfalls eines nicht ist, nämlich ein Kommunalminister, wollen jedoch die Öffentlichkeit für blöd verkaufen, indem sie sagen, die Kommunen haben 820 Millionen € mehr. Ich habe Ihnen vorhin nachgewiesen, der Kollege Jäger hat es Ihnen nachgewiesen, und Sie können es nicht widerlegen: Wenn Sie Ihre eigenen GFG-Zahlen daneben legen, dann sehen Sie, dass die keine 820 Millionen € mehr haben, sondern es ist so, wie wir das beschrieben haben.

Sie müssen sich an dieser Stelle eine Frage stellen lassen, nämlich ob Sie das, was Sie in der Opposition immer gesagt haben – Verlässlichkeit, Planbarkeit, keine Verbundsatzsenkungen –, heute, wo Sie in der Regierung sind, noch ernst meinen. Und wenn Sie das ernst meinen, dann müssen Sie sich die zweite Frage stellen lassen, nämlich warum Sie das zwar auf dem Papier weiter aufrechterhalten, aber hinter herum über andere Mechanismen den Kommunen Hunderte von Millionen 2006 und 2007 wegkürzen. Diese Fragen müssen Sie beantworten.

Das werden Sie auch Ihre eigenen Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker fragen. Sie wissen ganz genau, dass Sie aus der Zwickmühle nicht herauskommen. Sie können vielleicht die Öffentlichkeit an der Stelle hinters Licht führen, aber Sie können nicht Ihre eigenen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister auf Dauer hinters Licht führen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Das Wort hat Herr Abgeordneter Engel, FDP-Fraktion.

Horst Engel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Jäger und Herr Becker! Herr Jäger ist ein bisschen darauf eingegangen, was es heißt, Konsolidierung zu betreiben. Herr Becker, Sie lassen das völlig außen vor. Sie gehen darauf überhaupt nicht ein. Sie berichten aus Verbänden.

Ich richte von diesem Pult die Botschaft an die Spitzenverbände, ebenfalls aus ihren Gräben herauszukommen. Denn das, was sich hier abspielt,

ist nichts anderes als Ritus. Entscheidend ist für den Kämmerer vor Ort – das wissen Sie –, was er netto in der Tasche hat, was vor Ort ankommt. Und vor Ort kommt für das Jahr 2007 in allen Kommunen deutlich mehr an! Das ist Fakt. Das können Sie auch nicht wegreden.

Jetzt sind wir bei der ganz schwierigen Operation – das wissen Sie selber; Sie waren ja jahrelang in der Regierung – der Konsolidierung. So etwas geht eben nicht nach dem Motto – ich habe es gesagt – „Wasch mir den Pelz und mach mich nicht nass“. Das ist schmerzhaft. Das sage ich auch den Verbänden – ob es der Landkreistag oder der Städte- tag ist. Das ist alles gar kein Problem, Herr Becker. Die liegen alle noch in ihren Schützengräben. Das ist das Ritual, das dort geübt wird.

Entscheidend ist, dass vor Ort mehr ankommt. Entscheidend ist, dass diese Regierung das total im Blick hat und wirklich auch dem Anspruch gerecht wird. Dieser Innenminister und diese Landesregierung sind kommunalfreundlich; denn unser Interesse ist es, dass auch die Kommunen so schnell wie möglich erfolgreich in diesen Weg eintreten und selber konsolidieren können.

Mit jedem Tag, den wir weniger Zinsen und Zinssenszinsen zu den Banken tragen müssen, gewinnen wir ein Stückchen Handlungsspielraum zurück. Das ist natürlich noch ein langer Weg. Dieser Weg ist aber alternativlos.

Ich schliesse damit, dass ich Sie einlade, einmal aus Ihren Schützengräben herauszukommen

(Horst Becker [GRÜNE]: Ich bin in keinem Schützengraben!)

und genau dort mitzumachen – auch, was den Einfluss und die Diskussion bei den Verbänden angeht. Alles andere hat keine Chance. Alles andere ist „Weiter so, weiter so; Schulden, Schulden, Schulden“. Das hat keine Zukunft. – Vielen Dank.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schliesse deshalb die Beratung.

Nach einer langen Debatte kommen wir nun zur Abstimmung. Zunächst stimmen wir ab über das **Haushaltsgesetz 2007 Drucksache 14/2300**, das **Haushaltsbegleitgesetz Drucksache 14/2303** und die **mittelfristige Finanzplanung Vorlage 14/572**. Der Ältestenrat empfiehlt Ihnen die **Überweisung** der vorgenannten Haushaltsvorlagen an den **Haushalts- und Finanzaus-**

schuss – federführend – sowie die **zuständigen Fachausschüsse** mit der Maßgabe, dass die Beratung des Personalhaushalts einschließlich aller personalrelevanten Ansätze im Haushalts- und Finanzausschuss unter Beteiligung seines Unterausschusses „Personal“ erfolgt. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Wer ist dagegen? – Enthaltungen? – Damit ist das einstimmig angenommen.

Zum Zweiten haben wir abzustimmen über das **Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemeinden und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr 2007 Drucksache 14/2302**. Hier empfiehlt der Ältestenrat die **Überweisung** an den **Haushalts- und Finanzausschuss** – federführend – und mitberatend an den **Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstruktureform**. Wer stimmt dieser Überweisungsempfehlung zu? – Gegenprobe! – Enthaltungen? – Damit ist auch diese Überweisungsempfehlung einstimmig angenommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir können nun übergehen zum Tagesordnungspunkt

3 Fortführung des jährlichen Waldzustandsberichtes sichern

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2411

Ich eröffne die Beratung. – Als erstem Redner gebe ich mit Ihrer Zustimmung meinem Kollegen Schriftführer, Herrn Abgeordneten Unruhe, für die SPD-Fraktion das Wort. Ich denke, dass wir fünf Minuten ohne zweiten Schriftführer auskommen. Herr Unruhe wird dann gleich wieder hier Platz nehmen. – Bitte schön, Sie haben das Wort.

Jürgen Unruhe (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Dem Wald geht es nicht gut. Wer seinen Zustand untersucht, bekommt keine guten Ergebnisse zu sehen. Wer diese Ergebnisse vortragen muss, erntet keinen Applaus, sondern bekommt wahrscheinlich Kritik und Ärger. Das ist gar nicht angenehm. Daher kann der für das Ressort Forsten zuständige Minister schon einmal auf die Idee kommen, die jährliche Berichterstattung zu unterlassen – natürlich nicht einfach so; es muss eine smarte Begründung her: Bürokratieabbau ist gerade hip.

Wir wissen nicht genau, ob es so war. Es drängt sich aber schon der Eindruck auf, dass Bundeslandwirtschaftsminister Horst Seehofer sich von

solchen Motiven leiten ließ. Nach einem Bericht der „Frankfurter Rundschau“ vom 13. Juli 2006 will Herr Seehofer den jährlichen Waldzustandsbericht abschaffen und nur noch alle vier Jahre einen entsprechenden Bericht veröffentlichen.

Wir, die SPD-Landtagsfraktion, halten das für falsch. Seehofers Vorhaben wird der ernsten Lage des Waldes nicht gerecht. Dieser Plan wird dem Informationsbedürfnis der Menschen, die vom Wald und mit dem Wald leben wollen, nicht gerecht.

Besser ist es so: Sie untersuchen den wichtigen ökologischen Lebensraum und Wirtschaftsfaktor Wald in möglichst kurzen Abständen, um schnell auf Veränderungen reagieren zu können. Sie informieren die interessierte Bevölkerung gut und offen, um sie zu einem nachhaltigen Umgang zu ermuntern und dafür zu gewinnen.

Deshalb fordert die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, auf Bundesebene darauf hinzuwirken, dass der Waldzustandsbericht auch weiterhin ein Mal pro Jahr erstellt und veröffentlicht wird. Vorsichtshalber fordern wir die Landesregierung auch auf, den jährlichen Bericht über den ökologischen Zustand des Waldes in NRW wie bisher weiterzuführen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wir reden hier von keiner Kleinigkeit, von keiner Nebensächlichkeit. Wenn wir über den Wald diskutieren, sprechen wir von einem ökologischen System, dessen vielfältige Bedeutung kaum messbar ist. Der Wald ist unverzichtbare Lebensgrundlage für Flora und Fauna, für Pflanze, Tier und Mensch. Die Qualität von Boden, Wasser und Luft ist direkt von einem gesunden Wald abhängig.

Der Wald hat auch eine große ökonomische Bedeutung. Wir sitzen auf den Stühlen und an den Tischen und stehen an den Pulten, deren Rohstoff aus dem Wald stammt. Wir lesen aus den Zeitungen und aus den Briefen, deren Grundstoff Papier aus dem Wald stammt. Wir verpacken unsere wertvollen Güter sorgsam mit Material, das seinen Ursprung im Wald hat.

Der Wald sorgt direkt und indirekt für Arbeit – sei es im Forst selbst, in der Säge-, Holzwerkstoff- und Furnierindustrie oder in der Möbelindustrie. Dies hat auch die Clusterstudie „Forst & Holz“ deutlich gezeigt.

Immer wichtiger wird der Wald als Energielieferant. Angesichts der Unwägbarkeiten des Energieimports aus Krisengebieten sollten wir das

nicht unterschätzen. Holz hat auch als Energielieferant Konjunktur.

Der alte Wald liefert neue Zukunft. Die Zukunft fängt mit Gegenwartsanalyse an. Um die gegenwärtig problematische Situation des Waldes ausreichend gut zu untersuchen, brauchen wir ständige konsequente wissenschaftliche Begutachtung und benötigen wir die jährlichen Berichte. Wir wollen uns schnell auf neue Situationen einstellen. Wir wollen Gefahren schnell erkennen, ihnen womöglich vorbeugen und den Wald schützen. Wir wollen der zunehmenden Bedeutung des Waldes gerecht werden. Deshalb sind wir für die jährliche Berichterstattung über die Waldschäden und den ökologischen Zustand dieses Lebensraumes.

Der jährliche Waldzustandsbericht ist keine lästige bürokratische Pflicht, der wir uns entledigen können, wie Herr Seehofer vielleicht meint. Die jährliche Berichterstattung ist eine unverzichtbare Notwendigkeit und Aufgabe, der wir uns verantwortlich stellen sollten. Deshalb unterstützen Sie bitte unseren Antrag! – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsident Dr. Michael Vesper: Nächster Redner ist der Abgeordnete Pick für die CDU-Fraktion.

Clemens Pick (CDU): Herr Präsident! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es sieht so aus, als ob die SPD ihre politische Motivation, hier Anträge zu stellen, nicht aus Programmen oder aus aktuellen Diskussionen zieht, sondern aus dem, was gerade in der Zeitung steht, so in der „Frankfurter Rundschau“ vor einigen Wochen. Das ist dann ausschlaggebend für das, was wir hier zu diskutieren haben. Eigentlich schade! Die Diskussion, die heute zu führen ist, ist in der Zielsetzung eigentlich schon beantwortet.

Wir wissen, dass man sich angesichts der vielfältigen Bedeutung des Waldes – egal, in welcher Form – über das Thema Wald stundenlang unterhalten kann. Aber wir müssen hier zunächst einmal davon ausgehen, was hinter dem Wald steht.

Herr Kollege, da ist es nicht damit getan, einen Waldzustandsbericht zu erstellen, sondern es geht darum, daraus Konsequenzen zu ziehen. Deshalb muss man sich anschauen, wie das in der Vergangenheit gewesen ist, ob aus den Waldzustandsberichten auch Konsequenzen für unseren Wald gezogen worden sind.

Wenn Sie sich die letzten Landeswaldberichte ansehen, stellen Sie sehr schnell fest, dass daraus keine Konsequenzen gezogen worden sind, dass das, was notwendig war, zum Beispiel Waldkalkulationen, nicht vorangetrieben, sondern zurückgefahren worden ist, im letzten Berichtszeitraum sogar um das Zehnfache.

Insofern bringt uns ein Bericht im Prinzip überhaupt nichts. Was uns etwas bringt, sind Konsequenzen aus einem Bericht. Das habe ich in Ihren Ausführungen gänzlich vermisst.

(Vorsitz: Vizepräsidentin Angela Freimuth)

Wir müssen natürlich dafür sorgen – das ist unsere Aufgabe –, dass der Wald in Ordnung ist; denn hinter dem Wald steht sehr vieles. Da stehen viele Arbeitsplätze, 260.000 in unserem Land; wir haben etwa 33 Milliarden € Umsatz, 20.000 Betriebe und eine relativ hohe Bruttowertschöpfung in diesem Bereich von 7,2 %. Das heißt, die Rohstoffe, die im Wald erzeugt werden, müssen möglichst optimal, wenn möglich auch schadfrei erzeugt werden.

Wenn Minister Seehofer jetzt sagt „Wir müssen darüber nachdenken, den Waldzustandsbericht eventuell etwas später herauszugeben oder nur alle vier Jahre oder nur einmal in der Wahlperiode“ – darüber kann man ja diskutieren –, dann steht dahinter die Koalitionsvereinbarung mit der SPD in Berlin, Herr Kollege Unruhe; denn da ist Bürokratieabbau vereinbart.

Man muss sich vor Augen führen, was mit der Erarbeitung eines solchen Berichts zusammenhängt. Es ist nicht so, als ob der Wald wie ein Weizenfeld von Jahr zu Jahr abgeerntet wird. Im Wald haben wir Umtriebszeiten zwischen 120 und 200 Jahren. Ob vor diesem Hintergrund ein Waldzustandsbericht ein Jahr früher oder später kommt, spielt bei diesen Zeiten überhaupt keine Rolle.

Wir müssen uns vielmehr politisch darauf verständigen, wie wir den Waldzustand überhaupt messen. Die eingerichtete Bund-Länder-Arbeitsgruppe muss sich mit Kriterien für ein Monitoring beschäftigen. Was muss wie bewertet werden? Dann kommen wir unter Umständen zu einem anderen Ergebnis als in den letzten Jahren, als es entweder immer hieß „Der Waldzustand hat sich leicht verbessert“ oder nach einem trockenen Sommer „Der Waldzustand hat sich um ein Leichtes verschlechtert.“ – Das sind keine wegweisenden Aussagen.

Es kommt eben darauf an, was wie gemessen wird. In unseren Wäldern – das wissen wir alle –

steht heute zu viel altes Holz. Altes Holz hat natürlich andere Schäden als Holz, das zeitgemäß geerntet wird.

Wenn das alles einmal in einem Monitoring geregelt ist, Herr Kollege Unruhe, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, dann werden wir in Abstimmung mit den anderen Bundesländern, in Abstimmung mit dem Bund und auch in Abstimmung mit der EU ganz klare Grundlagen haben. Dann kann man in unserem Land insgesamt und nicht nur in Nordrhein-Westfalen den Waldzustand messen. Und wir können aus dem Waldzustandsbericht ableiten, was wir an Maßnahmen treffen müssen, damit der Wald seinen guten Zustand behält.

Wenn alle hier im Haus meinen, wir müssen etwas für unseren Wald tun außer Berichte in Empfang zu nehmen, dann sind wir uns einig. Vor dem Hintergrund, dass das ohnehin noch bis 2008 gilt und bis 2008 geprüft wird, was Sie wollen, ist der Antrag, wie er im Moment gestellt ist, überflüssig. Sie können davon ausgehen, dass das klappt. Auch wir im Land stehen insofern in der Pflicht. Das bereits im Jahre 2006 zu machen: Es stand zwar schön in der Zeitung, es mag sich vielleicht auch nach draußen ganz gut verkaufen, aber es ist nicht notwendig.

Wenn Sie eine sachliche, inhaltliche Diskussion gewollt hätten, hätten Sie einen Antrag auf Überweisung an den Ausschuss gestellt. Aber Sie wollen direkte Abstimmung. Das zeigt schon, dass Sie selber nicht hinter dem stehen, was Sie beantragt haben. – Danke schön für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Pick. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Remmel das Wort.

Johannes Remmel (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Am Anfang drei Bemerkungen zum Formalen:

Erstens. Es ist natürlich bemerkenswert – das ist auch uns aufgefallen –, dass es sich hier um einen Sachverhalt handelt, der vielleicht in der Berliner Koalition hätte geklärt werden können, aber nicht im Düsseldorfer Landtag. Sei's drum! Es ist trotzdem ein wichtiges Thema.

Zweite formale Bemerkung: Ich habe mich schon gewundert, dass nicht die Vorsitzende des nordrhein-westfälischen Landesverbandes der

Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hier geredet hat. Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald hat sich an dieser Stelle jedenfalls eindeutig erklärt. Es wäre schon schön gewesen, diese Position auch vonseiten der CDU-Fraktion hier im Parlament zu hören. Die Schutzgemeinschaft hat sich nämlich dafür eingesetzt, dass es den jährlichen Bericht weiterhin gibt.

Dritte Bemerkung: Natürlich können wir dieses Thema auch gerne im Ausschuss diskutieren. Es droht ja kein zeitlicher Verzug.

Zur Sache selber!

In der Tat: Agrarminister Seehofer will den Waldzustandsbericht faktisch abschaffen, wenn er sich mit seinen Plänen durchsetzt, eine solche Gesamtbilanz nur noch alle vier Jahre vorzulegen. Im Ergebnis wird die Öffentlichkeit die Waldschäden dann nicht mehr wahrnehmen. Waldschadensberichte sind nämlich auch Anlass, in der Öffentlichkeit über den Zustand des Waldes zu diskutieren. Das ist ein Grund, warum man den jährlichen Bericht überhaupt eingeführt hat. Aus den Augen, aus dem Sinn, wird es dann heißen. Dies scheint das eigentliche Ziel von Minister Seehofer zu sein. Es wäre schon Ihre Aufgabe, das in Berlin zu verhindern. Frau Fasse, SPD, Herr Unruhe, Herr Uhlenberg, vielleicht können wir ja alle gemeinsam, Hand in Hand, in Berlin aufkreuzen und sagen: So geht das nicht!

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Das wäre ein schönes Bild!)

Die SPD-Freunde in Berlin sind offensichtlich nicht dazu in der Lage. Wir sind bereit, das zu machen. Die jährliche Diskussion darf nicht abgeschafft werden, wir brauchen sie, auch wenn sie nervt.

Natürlich wäre es sehr viel besser, gute Nachrichten über den Wald zu verbreiten; denn schlechte Nachrichten über die Wälder sind auch schlechte Nachrichten zum Zustand der Umwelt. Wer wünscht sich denn nicht, dass es auf diesem Gebiet bessere Nachrichten gäbe. Offensichtlich deshalb soll der Waldschadensbericht abgeschafft werden.

Wir meinen, er sollte fortgeführt werden. Die jährlichen Berichte werden in Zukunft gebraucht, um auf bestimmte Umweltschäden aufmerksam zu machen. Wir fordern Minister Seehofer daher auf – hoffentlich mit Ihnen gemeinsam –, von seinen Plänen abzurücken.

Stattdessen sollte er sich dafür einsetzen, dass die Erhebungen – hierzu gibt es Kritik – methodisch weiterentwickelt werden; denn diese Erhe-

bungsmethoden sollten anders systematisiert werden. Im Deutschen Bundestag fanden hierzu bereits Anhörungen statt. Man kann durchaus darüber diskutieren, ob bestimmte Ereignisse, die in einem jährlichen Bericht ihren Niederschlag finden, eine Langzeitentwicklung wiedergeben. Über eine Veränderung der Methodik kann man durchaus diskutieren. Die schwankenden Einflüsse ändern aber nichts daran, dass ein jährlicher Bericht Gelegenheit bietet, über den aktuellen Zustand eine öffentliche Diskussion zu führen und die veränderten Umwelteinwirkungen einzubinden.

Vor diesem Hintergrund wäre es falsch, den Erhebungszeitraum zu verlängern und die Reihe der jährlichen Waldzustandsberichte zu unterbrechen. Wir sind dafür, einen jährlichen Bericht durch den Bundesminister abgeben zu lassen. Einen solchen Appell würden wir hier und heute unterstützen. Da sich der Minister nicht anders geäußert hat, gehen wir davon aus, dass die Praxis, die Seehofer will, in Nordrhein-Westfalen keine raumgreifende Wirkung entfalten wird, zumal die Vorsitzende der Schutzgemeinschaft Deutscher Wald in Nordrhein-Westfalen eine starke Funktion innerhalb der CDU-Fraktion wahrnimmt. – Schönen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD – Heiterkeit von der CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rimmel. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP der Kollege Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der vorliegende CDU-Antrag ist anscheinend nach dem Motto „Machen wir mal einen Antrag“ geschrieben worden. Wenn in Berlin etwas geklärt werden soll, dann klärt es dort und nicht hier. Insofern gebe ich dem Kollegen Rimmel ausdrücklich Recht.

(Carina Gödecke [SPD]: Nur mit dem kleinen Unterschied, dass es kein CDU-Antrag ist!)

Meine Damen und Herren, der Antrag der SPD hat überhaupt keine inhaltliche Aussage. Meiner Meinung nach ist es richtig, sich über den Problembereich Waldschadensbericht Gedanken zu machen. Solche Berichte machen nach meinem Verständnis nur dann Sinn, wenn die Fragestellung richtig ist. Wir müssen über den Turnus reden, darüber, ob die Sache nicht durch eine jährliche Fragestellung entwertet wird. Ferner müssen wir uns über die Methode klar werden. Die Fachleute sind sich einig, dass der Waldschadensbericht in

der derzeitigen Konzeption wenig aussagekräftig ist.

Aus dem Bericht wurden Horrorszenarien abgeleitet: Mitte der 80er-Jahre wurde prognostiziert, dass im Schwarzwald im Jahre 2005 nur noch Gestein zu sehen sei, dass der Schwarzwald entwaldet sei. Wenn man heute durch den Schwarzwald fährt, stellt man fest, dass das zum Glück doch ganz anders aussieht. Im Bereich der Luftreinhaltung haben wir erhebliche Verbesserungen zu verzeichnen. Der deutsche Wald lebt. Das ist gut und schön.

Politik und Medien tragen an solchen Horrorszenarien ein gerüttelt Maß Schuld. Die größten Schlagzeilen machte derjenige, der die dollsten Horrorszenarien aufbaute. Das hat weder der Forstwirtschaft noch dem Wald gedient. Es hat ausschließlich der Vermarktung der Presse gedient; der Seriosität aber mit Sicherheit nicht.

(Beifall von der FDP)

Wir müssen uns fragen, welche Art von Monitoring wir eigentlich brauchen, was sinnvoll und aussagefähig ist. Wenn ich mir vor Augen halte, dass die jährlichen Waldzustandsberichte auf Bundes- und Landesebene, die Bundeswaldinventur und die Bodenzustandserhebung parallel geführt werden, dann frage ich mich: Kann es nicht ein bisschen weniger Umfang, aber dafür ein bisschen mehr Inhalt sein? Müssen wir diese drei Berichte nicht wirklich einmal zusammenfassen? Können wir das nicht in einem etwas größeren Zeitrahmen sinnvoller gestalten? Das ist mein Ansatz. Ein solches Vorgehen würde ich ausdrücklich unterstützen. Vielleicht kann der Minister dazu gleich noch etwas sagen.

Wir müssen das Cluster Wald und Holz – Kollege Pick sprach das vorhin an – in diese Überlegungen einbeziehen. Der Wald hat auch eine wichtige wirtschaftliche Funktion.

Meine Damen und Herren, unter Fachleuten – wenn ich den SPD-Antrag sehe, muss ich sagen: unter Ausschluss der SPD – herrscht inzwischen Konsens, dass die Methodik der Waldzustandserhebung in der gegenwärtigen Form nicht fortgeführt werden kann. Die Kurzform des Gutachtens des Bundesforschungsministeriums aus dem Jahre 1996 lautet: Abschaffen des Verfahrens der Waldzustandserhebung wegen Unbrauchbarkeit. Dieses Verfahren wollen wir so nicht fortführen. Wir wollen überlegen, was wir sinnvoll zusammenfassen können. An dem Sinn des gegenwärtigen Verfahrens haben meine Fraktion und ich erhebliche Zweifel. Lasst uns die Berichte zu-

sammenfassen, lasst es uns anders und einem anderen Rhythmus machen. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Uhlenberg das Wort.

Eckhard Uhlenberg, Minister für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Antrag der SPD-Fraktion basiert auf Presseberichten, wonach Bundesminister Seehofer den jährlichen Waldzustandsbericht abschaffen wolle.

Richtig ist, dass das Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz derzeit prüft, wie das Berichtswesen zeitgemäßer und prägnanter gestaltet werden kann. Dies betrifft neben der Agrarberichterstattung – ich glaube, Sie haben gerade nicht darüber gesprochen, ob hierzu jährliche Berichte notwendig sind – auch die Berichte über den Wald und die Forstwirtschaft. Die Überlegungen hierzu sind, so ist uns aus Berlin mitgeteilt worden, nicht abgeschlossen.

Der Antrag der Fraktion der SPD zielt darauf ab, den Waldzustandsbericht auf Bundes- und Landesebene weiterhin jährlich zu erstellen und zu veröffentlichen. Der Antrag läuft deswegen ins Leere, weil Bund und Länder im Rahmen der zweiten Bodenzustandserhebung für die Jahre 2006, 2007 und 2008 weiterhin jährlich Daten über den Waldzustand erheben. Damit ist auch gewährleistet, dass es bis einschließlich 2008 die Waldzustandserhebung gibt.

Seit 1984 erhebt Nordrhein-Westfalen jährlich den Waldzustand und stellt die Ergebnisse natürlich auch der Öffentlichkeit vor. Die seit mehr als 20 Jahren durchgeführte Waldzustandserhebung hat wichtige Ergebnisse über die Vitalität und den Schadensverlauf in den Wäldern in Nordrhein-Westfalen erbracht.

Ich kann mich aber auch noch an die früheren Zeiten erinnern, Herr Abgeordneter Rimmel, als wir monatelang, Herr Abgeordneter Pick, auf diesen Bericht in Nordrhein-Westfalen warten mussten.

(Clemens Pick [CDU]: Jahre!)

– Jahre! Das heißt, dieser Bericht speziell in Nordrhein-Westfalen kam in den vergangenen Jahren mit ein- bis zweijähriger Verspätung. Die offizielle Begründung der früheren Landesregierung war,

es wäre kein Geld im Haushaltsplan vorgesehen, um die Druckkosten für diesen Waldzustandsbericht zu finanzieren.

Deswegen habe ich mich sehr darüber gefreut, Herr Abgeordneter Rimmel, dass Sie sich jetzt so nachdrücklich dafür ausgesprochen haben, dass die Berichterstattung nunmehr jährlich geschieht, und zwar, so denke ich, zeitgleich: zu dem Zeitpunkt, wenn die Daten vorliegen.

Bei der von Ihnen gestellten Landesregierung war das nicht der Fall. Da mussten wir jahrelang auf diesen Waldzustandsbericht warten. Das nur zur Vervollständigung der Diskussion und zur Bedeutung dessen, was hier heute beantragt wird, meine Damen und Herren.

Die Waldzustandserhebung hat sich bisher allein auf ökologische Indikatoren, wie Gesundheit und Vitalität der Bäume, beschränkt. Dies wird den heutigen Anforderungen aber nach meiner Auffassung nicht mehr gerecht. Die Abgeordneten Pick und Ellerbrock haben darauf hingewiesen.

Der Wald hat auch eine wichtige ökonomische Bedeutung. Gerade nach dem letzten Winter, nach dem wir eine völlig neue Debatte in der Energiepolitik und über die Energiepreise in unserem Land führen, in einer Situation, wo der Holzpreis davonzieht und quasi inzwischen jeder Ast aus dem Wald herausgeholt wird, muss dies auch stärker mit berücksichtigt werden. Von daher müssen zukünftig auch wirtschaftliche Kriterien über die Bedeutung des Waldes mit erhoben werden.

Der erst kürzlich verabschiedete Forstaktionsplan der Europäischen Union fordert unter anderem dazu auf, die Waldüberwachung nicht auf Umweltindikatoren zu begrenzen, sondern auch wirtschaftliche und soziale Informationen zu berücksichtigen. Dabei könnten die bei der vierten Ministerkonferenz über den Schutz der Wälder in Europa festgelegten Indikatoren als Basis für ein erweitertes Monitoring dienen.

Nun, meine Damen und Herren, möchte ich darauf hinweisen, dass unter Mitarbeit unseres Bundeslandes Nordrhein-Westfalen zurzeit eine Bund-Länder-Arbeitsgruppe – das ist jetzt in der Tat für die weitere Diskussion zu diesem Thema wichtig – Vorschläge zur inhaltlichen Neuorientierung und Weiterentwicklung des forstlichen Monitorings unter Einbeziehung der EU-Nachhaltigkeitsindikatoren erarbeitet. Nur auf der Grundlage einer fundierten Datenbasis können Gesellschaft und Politik umfassend informiert wirksame Maßnahmen zum Schutz der Wälder ergreifen.

Sobald die Vorschläge der Bund-Länder-Arbeitsgruppe vorliegen, wird im Rahmen der Agrarministerkonferenz von Bund und Ländern über das Jährlichkeitsprinzip und eine bundeseinheitliche inhaltliche Neuorientierung – auch in Nordrhein-Westfalen – zu entscheiden sein.

Meine Damen und Herren, wenn die Ergebnisse aus dieser Arbeitsgruppe vorliegen, bin ich gerne bereit, den Ausschuss auch zeitnah über den Inhalt dieser Diskussion zu informieren.

Ich glaube, es wäre gut, wenn sich der Bund und die Länder bei der Frage Zeitpunkt der Waldzustandsberichte nicht auseinanderdividieren würden, sondern wenn wir ein einheitliches Raster bekämen, damit die Zahlen auch miteinander vergleichbar sind. Ich denke, dass dies auch von der Abgeordneten Frau Fasse so mitgetragen wird, die ja eben schon, gerade auch was die Bedeutung Schutzgemeinschaft Deutscher Wald angeht, mehrmals angesprochen worden ist. In dem Sinne verstehe ich auch die vielen Vorschläge, die insbesondere in den letzten Tagen zu dem Thema gemacht worden sind. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Uhlenberg. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor und sind auch nach Verabredung der Fraktionen nicht vorgesehen. Damit sind wir am Schluss der Beratung.

Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt, sodass wir unmittelbar zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der SPD – Ihnen vorgelegt mit der **Drucksache 14/2411** – kommen können. Meine Damen und Herren, wer dem Antrag zustimmen möchte, möge bitte mit der Hand aufzeigen. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen **abgelehnt**.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

4 Die Europafähigkeit der Schulen stärken

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 14/2098

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der CDU der Kollegin Ilka Keller das Wort.

Ilka Keller (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Europafähigkeit der Schulen zu stärken, ist unser Anliegen.

Schon in der letzten Wahlperiode haben wir das immer gefordert. Das hat aber leider bei SPD und Bündnis 90/Die Grünen kein Gehör gefunden. Deshalb haben wir einen entsprechenden Antrag jetzt selbstverständlich noch einmal neu eingebracht, da uns dieses Thema sehr wichtig ist.

Europa greift immer mehr auch auf Länderebene. Umso bedeutsamer ist es, dass wir die jungen Menschen heutzutage darauf vorbereiten und den Europagedanken auch sehr viel stärker in den schulischen Bereich mit einbinden.

Unser vorliegender Antrag weist aus unserer Sicht hierzu den richtigen Weg. Wir meinen, dass Europa in Zukunft in der schulischen, der beruflichen und der akademischen Bildung und Weiterbildung wesentlich stärker verankert werden sollte.

(Unruhe – Vizepräsidentin Angela Freimuth signalisiert, dass mehr Ruhe im Saal herrschen sollte.)

– Es wäre gut, würde ein bisschen Ruhe einkehren, weil das Thema von großer Bedeutung ist. – Daher wollen wir die Europaschulen stärken. Gott sei Dank gibt es bei uns im Land schon einige Europaschulen, die ein besonderes Profil entwickelt haben.

Wir wollen nun sehr viel mehr Schulen ermutigen, Beiträge zu leisten und sich hier noch viel intensiver einzubringen. Wir wollen interkulturelle Kompetenzen fördern und die Kenntnisse über europäische Geschichte und über den europäischen Integrationsprozess sehr viel selbstverständlicher in das Schulwissen einfließen lassen.

Zweitens fordern wir, die Fremdsprachenkompetenz zu fördern, den bilingualen Unterricht sehr viel stärker zu fördern. Mehr Sprachkompetenz ist dringend erforderlich, damit wir in Europa punkten können. Das ist, denke ich, eine wichtige Voraussetzung für das spätere Arbeitsleben. Andere europäische Länder tun sich leichter, weil sie schon viel früher, bereits im Kindergartenbereich, mit der Förderung beginnen. Bei uns ist das alles erst in den letzten Jahren stärker in die Lehrpläne eingeflossen. Es wäre aus unserer Sicht ein wichtiges Anliegen, diese Fremdsprachenkompetenz weiter zu fördern.

Wir möchten gerne, dass es zukünftig in den großen Städten eine Europaschule gibt, die den Europagedanken weiter voranbringt. Zu einem späteren Zeitpunkt kann das Ganze vielleicht zu einer Selbstverständlichkeit werden, dass in jeder Schule diese Kompetenz sehr viel stärker vermittelt wird.

Drittens wollen wir diese europäischen Zusammenhänge noch stärker vermitteln und dem Einsatz von Computern und neuen Medien im Schulunterricht eine immer größere Bedeutung zukommen lassen. Wir denken, dass es wichtig ist, europäische Bildungszertifikate zu erreichen. Es gibt viele verschiedene Möglichkeiten, Computerwissen auf dem europäischen Level zu erlernen. Wir wollen den Wettbewerb zwischen Schulen und sonstigen Bildungseinrichtungen zur Erlangung dieses Zertifikat zulassen. Wir wollen dazu beitragen, dass es in Zukunft sehr viel deutlicher wird.

Zusammenfassend lässt sich festhalten: Wir wollen mit diesem Antrag ein Paket schnüren, damit die Europafähigkeit in den Schulen gestärkt wird. Wir hoffen, dass die Kolleginnen und Kollegen von der Opposition auch daran interessiert sind und daran mitwirken, sodass es in Zukunft umgesetzt werden kann. – Danke.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Keller. – Als nächste Rednerin hat für die weitere antragstellende Fraktion der FDP die Kollegin Pieper-von Heiden das Wort.

Ingrid Pieper-von Heiden (FDP): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Gut drei Viertel der nationalen Gesetzgebung werden heute durch politische Entscheidungen in Brüssel bestimmt. Trotzdem schenken viele Bürger der Europäischen Union kaum Beachtung, sondern stehen ihr eher skeptisch gegenüber. Deshalb muss es unser Ziel sein, Menschen wieder mehr für Europa zu begeistern.

Die europäische Idee hat allerdings nur Zukunft und eine Chance, wenn junge Menschen Europa auch als Chance begreifen und besser auf Europa vorbereitet werden. Wo könnte das besser geschehen als in der Schule?

Europaschulen leisten dabei einen wichtigen Beitrag zur Stärkung des europäischen Gedankens und zum besseren Verständnis europäischer Politik in der Bildung. Sie vermitteln interkulturelle Kompetenzen und fördern in vorbildlicher Weise die Kenntnisse über europäische Geschichte und

den europäischen Integrationsprozess sowie das Verständnis für die Bedeutung des europäischen Projekts im Alltag der Menschen vor Ort.

Nur wer weiß, wie in Brüssel und Straßburg politische Entscheidungen zustande kommen und wie man sich dabei selbst einbringen kann, wird tatsächlich Interesse an europäischer Politik entwickeln. Deshalb wollen wir, dass der europäische Gedanke nicht nur im Fremdsprachenunterricht eine Rolle spielt. Vielmehr muss Europa verstärkt in die Lehrpläne anderer Fächer integriert werden, vor allem in die Lehrpläne der gesellschaftlichen Fächer wie Sozialkunde, Politik, Geschichte und Erdkunde. Ebenso sollten Seminare über die Grundlagen europäischer Politik künftig auch als fester Bestandteil in die Studiengänge für angehende Lehrer von sozialwissenschaftlichen Fächern integriert werden.

Wir setzen uns in unserem Antrag außerdem dafür ein, die bereits in Nordrhein-Westfalen bestehenden Europaschulen bei dem Ausbau ihres Profils zu unterstützen und weitere Schulen zur Entwicklung eines Profils als Europaschule zu ermutigen. Nur so wird es uns gelingen, die jungen Menschen optimal auf Europa vorzubereiten. Schulen werden von diesem Angebot jedoch nur dann vermehrt Gebrauch machen, wenn der Begriff Europaschule zu einem Gütesiegel wird, wenn er dazu wird, dass man tatsächlich verstehen kann, was damit gemeint ist.

Die FDP bittet das Schulministerium deshalb, in den nächsten Monaten zusammen mit den bereits bestehenden Europaschulen Kriterien für ein solches Gütesiegel zu erarbeiten und Schulen, die sämtliche Kriterien erfüllen, dann auch als Europaschulen zu zertifizieren.

Neben der Möglichkeit zur Teilnahme an Austauschprogrammen lassen sich Fremdsprachen am besten durch bilingualen Unterricht erlernen. Ein weiterer Punkt für die Europaschulen. Dieser bilinguale Unterricht erhöht nicht nur die Sprachkompetenz, sondern befähigt Schüler dazu, fachbezogene Sachverhalte in den unterrichteten Fächern in der Fremdsprache zu verstehen und selbst darzustellen.

Die so vermittelten Kenntnisse und Fertigkeiten sind gerade in einem immer stärker zusammenwachsenden Europa von großer Bedeutung. Schüler erlangen hierdurch zusätzlich eine sprachliche und fachliche Qualifikation, die im späteren Arbeitsleben von unschätzbarem Wert ist und die sicherlich dazu beitragen kann und auch beitragen wird, dass es auch im Arbeitsmarkt später, also nach

Abschluss von Schule und Ausbildung, einen intensiveren Austausch innerhalb Europas gibt.

FDP und CDU möchten deshalb den bilingualen Unterricht an den weiterführenden Schulen stärken und bei der Überarbeitung der Ausbildungsordnungen bilinguale Unterrichtsangebote bereits in der Sekundarstufe I ausdrücklich vorsehen. Hilfreich ist in diesem Zusammenhang der vorgezogene Beginn des Englischunterrichts bereits im zweiten Halbjahr der ersten Grundschulklasse. Doch auch im Bereich Datenverarbeitung sollte Nordrhein-Westfalen künftig stärker auf europäische Standards setzen.

Dem Einsatz von Computern und neuen Medien im Schulunterricht kommt eine immer größere Bedeutung zu. Fundiertes Wissen in diesem Bereich ist eine wichtige Grundvoraussetzung für einen erfolgreichen Start ins Berufsleben. Nordrhein-Westfalen sollte deshalb seinen Schülern flächendeckend den Erwerb des europäischen Computerführerscheins, kurz ECDL genannt, mit einer anerkannten Zertifizierung nach einem erfolgreichen Abschluss ermöglichen. Derzeit arbeiten die nordrhein-westfälischen Schulen noch mit der E-Card, einem Relikt aus 39 Jahren früherer sozialdemokratischer Regierung.

(Bodo Wißen [SPD]: Wie lange gibt es denn Computer in Schulen?)

– Ja, im Gegenteil zum ECDL ist E-Card sowohl in der Wirtschaft als auch jenseits der Landesgrenzen weitgehend unbekannt. Hessen und andere Bundesländer arbeiten längst mit dem europäischen Computerführerschein.

Um es auf den Punkt zu bringen: Europa ist gut für uns alle. Genau aus diesem Grund ist es wichtig, junge Menschen so früh wie möglich für den europäischen Gedanken zu begeistern und auch innerhalb der Schulen alles dafür zu tun, dass dies gelingt. – Danke schön.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Pieper-von Heiden. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion der SPD Kollegin Hendricks das Wort.

Renate Hendricks (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die SPD begrüßt, wenn CDU und FDP die Landesregierung auffordern, die Europafähigkeit der Schulen zu stärken.

Ein Blick in die vergangenen Legislaturperioden zeigt, dass die europäische Dimension in der

Schulbildung immer wieder Thema dieses Hauses gewesen ist. Frau Keller, über die Fraktionsgrenzen hinweg wurde das Thema lösungs- und sachorientiert behandelt. So erinnere ich an den fraktionsübergreifenden Antrag zum Thema „Europäische Dimension in der Schulpolitik stärken – Nordrhein-Westfalen braucht mehr Europaschulen“ aus der letzten Legislaturperiode.

Meine Damen und Herren von CDU und FDP, mit dem heutigen Antrag bleiben Sie leider hinter unserem gemeinsamen Antrag aus dem Jahre 2004 zurück. In Ihrer Antragsbegründung stimmen Sie wieder das altbekannte Lied an, die rot-grüne Landesregierung habe die Europaschulen jahrelang vernachlässigt.

Kommen wir doch bitte endlich zur sachlichen Argumentation! Richtig ist: In allen Ländern haben die Europaschulen einen anderen Status. Am besten abgesichert sind sie in Hessen. In vielen anderen Bundesländern werden Europaschulen akkreditiert. Das heißt, der Titel muss erworben und vergeben werden. In Nordrhein-Westfalen ist der Name Europaschule nicht geschützt.

Die Schulen haben das Profil aufgrund einer Schulprogrammarbeit entwickelt. Wir haben eine ganze Reihe von sehr bekannten Europaschulen in Nordrhein-Westfalen, die über die Landesgrenzen hinaus bekannt sind und gute Arbeit leisten. Ich erinnere an die Gesamtschule in Bornheim oder an die Gesamtschule in Köln-Zollstock. Gleichwohl, meine Damen und Herren, stimmen wir mit Ihnen überein, dass wir mit den bestehenden Europaschulen ein verbindliches und einheitliches Qualitätsprofil entwickeln sollten. Hessen oder Schleswig-Holstein könnten hier als Vorbild gelten.

Meine Damen und Herren von der CDU und FDP, Sie stellen zu Recht fest, dass es für das Zusammenwachsen der Länder der Europäischen Union unerlässlich ist, die Idee eines gemeinsamen Europas sowie eines europäischen Bewusstseins zu entwickeln.

Dass Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer von dieser Idee begeistert werden müssen, zeigen auch die Vereinbarungen von Lissabon oder die vorliegenden KMK-Richtlinien. Allerdings müsste es eigentlich Auftrag einer jeden Schule sein, jungen Menschen ein europäisches interkulturelles Bewusstsein sowie die entsprechende Sprachkompetenz zu vermitteln und sie damit für Europa zu sensibilisieren. Bilingualer Unterricht stellt dazu eine wichtige Voraussetzung dar und sollte Angebot jeder Europaschule, ja eigentlich jeder Schule sein.

Dazu hat uns die DESI-Studie noch einmal ganz wichtige Hinweise gegeben. Ich selber weiß, weil ich meine Kinder auf bilingualen Schulen gehabt habe, wie bedeutsam das Lernen von bilingualen Sprachkenntnissen ist.

Wir brauchen Konzepte, mit denen ein Fremdsprachenangebot von den Kitas über die Grundschulen zu weiterführenden Schulen aufeinander abgestimmt wird. Wir brauchen bilinguale Kindertagesstätten, nicht erst bilinguale Grundschulen. Wir brauchen weiterführende Schulen. Wir brauchen vor allen Dingen keine Finanzierungsvorbehalte, die möglicherweise durch Beschlüsse der Regierungspräsidenten kassiert werden. Ich erinnere an die Initiative der Stadt Bonn, aufgrund derer wir die bilinguale Schule in diesem Schuljahr beinahe nicht hätten auf den Weg bringen können.

Sie fordern unter anderem den europäischen Computerführerschein, weil die medientechnische Unterweisung in NRW, die als E-Card zertifiziert wird, national und international nicht anerkannt ist.

Meine Damen und Herren, ich gehe davon aus, dass Sie die finanzielle Tragweite dieses Antrags bedacht haben. Denn damit verbunden ist, dass jeder Computerführerschein mit einer Prüfungsgebühr von 150 bis 200 € belegt wird. Ich persönlich sehe ein Problem dabei. Aber vielleicht haben Sie die Finanzen im Haushalt versteckt.

Ich könnte Ihnen eine Reihe weiterer Überlegungen zum Thema Europaschulen unterbreiten, zum Beispiel „Internationales“ als Kriterium in die Schulinspektion aufzunehmen.

Sie sehen: Wir begrüßen Ihren Antrag, auch wenn wir nicht in allen Punkten mit Ihnen übereinstimmen. Wir möchten Sie aber bitten, es nach Überweisung des Antrags zu ermöglichen, einen gemeinsamen Antrag aller Fraktionen auf den Weg zu bringen, in dem wir unser Fachwissen gerne einbringen.

(Beifall von SPD und GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Hendricks. – Als nächste Rednerin hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen die Kollegin Löhrmann das Wort.

Sylvia Löhrmann (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen alle, dass ich sehr gerne über Europa spreche; Frau Keller weiß das auch. Und Sie wissen auch, dass ich mich gerne zu Schule und Bildung äußere. Deswegen begrüße

ich diesen Antrag, damit wir das noch einmal tun können.

Ich muss allerdings einräumen, dass ich nicht ganz verstehe, warum dieser Antrag noch einmal eingebracht wurde. Schließlich haben wir es in der letzten Legislaturperiode – allerdings in einem recht langen Prozess – aufgrund eines ursprünglichen CDU-Antrags geschafft, einen gemeinsamen Antrag aller vier Fraktionen zu erarbeiten, der damals im Ausschuss für Schule und Weiterbildung sowie im Europa- und Eine-Welt-Ausschuss verabschiedet worden ist und meiner Meinung nach ganz gut aufzeigt, worauf es bei der Europafähigkeit der Schulen oder der europäischen Bildungspolitik ankommt.

In diesem neuen Antrag konnten Sie es sich nicht verkneifen zu versuchen, Rot-Grün eins auszuwischen. Diese Notwendigkeit erkenne ich nicht. Wir müssen beim Thema „Europa in Schulen“ bei jungen Menschen viel mehr tun. Das habe ich schon in der letzten Sitzung im Hauptausschuss betont, und da haben Sie sich dazu inhaltlich nicht sonderlich positiv verhalten. Beim bilingualen Unterricht oder auch auf anderen Feldern sind nordrhein-westfälische Schulen bundesweit führend. Insofern ziehen wir hier meines Erachtens an einem Strang.

Eines wundert mich jedoch – insofern habe ich begrüßt, was Frau Keller und Frau Pieper-von Heiden hier gesagt haben –: Diese Europa-Euphorie, die Sie hier an den Tag legen, deckt sich nicht mit den eher europakritischen Tönen, die man ansonsten zum Teil von Herrn Brockes oder von Herrn Breuer hört. Da heißt es sonst nämlich: Moment mal mit Europa! Alles soll immer 1:1 umgesetzt werden, und Europa wird oft als Bedrohung empfunden. Die Menschen verkraften nicht mehr, und auch die Erweiterung ist kritisch zu sehen. – Ich finde, da müssen Sie sich in der Koalition entscheiden.

(Zuruf von Werner Jostmeier [CDU])

– Herr Jostmeier nehme ich da ausdrücklich aus. Daran, dass er jetzt schon wieder protestiert, merkt man, dass er sich öfter in Brüssel aufhält. Ich kriege immer recht gut mit, Herr Jostmeier, was sich im gesamten Raum abspielt.

Meine Damen und Herren, ich sage ausdrücklich zu, dass wir ein Interesse daran haben, dass alle Fraktionen miteinander einen gemeinsamen Antrag im weiteren Verlauf der Beratungen entwickeln. Denn es ist wichtig, dass wir junge Menschen für Europa begeistern. Europa hat für unser Land, aber auch für die übrigen Länder und für die Menschen eine sehr große Bedeutung. Wir kön-

nen gar nicht genug dafür begeistern und bei jungen Menschen dafür werben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Als nächster Redner hat Herr Minister Breuer für die Landesregierung das Wort.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Frau Löhrmann, es ist so: Von allen Europäern haben die Deutschen die größte Skepsis gegenüber der Europäischen Union. Das ist nachzulesen im „Eurobarometer“ Nr. 65 aus dem Frühjahr dieses Jahres. Dort ist auch nachzulesen, dass 40 % der Menschen in Deutschland nach wie vor der Auffassung sind, die Europäische Union bestehe aus 15 Staaten.

Ich bin der festen Überzeugung, dass beide Feststellungen etwas miteinander zu tun haben. Mangelhaftes Wissen über die Europäische Union, über ihre Einrichtungen, Symbole, Projekte und Institutionen nähren die Europaskepsis. Darum ist es so wichtig, bereits in der Schule das Thema Europa in ausreichender Tiefe zu behandeln. Die bestehenden Europaschulen mit ihren spezifischen Profilen sind gute Beispiele dafür, wie man das machen kann.

Ich habe während des vergangenen Jahres in verschiedenen Europaschulen mit den Lehrerinnen und Lehrern, aber auch mit den Schülerinnen und Schülern über ihre Erfahrungen gesprochen, die durch die Bank sehr positiv sind. Deshalb bin ich – ebenso, wie es der Antrag sehr gut formuliert – der Auffassung, dass wir Europaschulen stärken müssen und dass wir mehr Europaschulen brauchen.

Die Landesregierung ist hier in vielerlei Hinsicht aktiv geworden. Ich will in der hier gebotenen Kürze nur einige Beispiele nennen, die auch die im Antrag angesprochenen Aspekte berücksichtigen. – Das Schulministerium – und hier befinde ich mich in Übereinstimmung mit der Kollegin Sommer – wird ein Verfahren zur Zertifizierung von Europaschulen gemeinsam mit der Vereinigung der Europaschulen entwickeln. So ein Zertifikat macht es dann auch für andere Schulen attraktiver, Europaschulen zu werden.

(Beifall von der FDP)

Darüber hinaus gibt es Beratung für Schulen, die sich in Europaschulen umwandeln wollen. Der bilinguale Unterricht – das haben die Vorredner an-

gesprochen – spiegelt für uns ein besonders wichtiges Instrument wieder. Nordrhein-Westfalen nimmt hier übrigens bundesweit eine Spitzenstellung ein. Denn in Nordrhein-Westfalen nehmen zurzeit fast 34.000 Schülerinnen und Schüler am bilingualen Unterricht teil. Das entspricht einer Quote von 7,1 %.

Im Frühjahr 2007 wird zudem eine landesweite Initiative zur Stärkung des bilingualen Lernens gestartet, und auch die Fremdsprachenzertifikate werden inzwischen sehr gut angenommen. Das Schulministerium hat zur Förderung der Teilnahme an solchen Zertifikatsprüfungen im Mai 2006 eine Handreichung herausgegeben.

Die Lehrpläne müssen in der Tat ständig aktualisiert werden, damit sie auch moderne Aspekte der europäischen Integration angemessen berücksichtigen. Darum kümmern sich die entsprechenden Stellen in der Landesregierung, nämlich das Schulministerium und der Europaminister.

In der Lehrerfortbildung ist es so, dass die Schulen ein Fortbildungsbudget haben, das sie auch für europapolitische Themen nutzen können ebenso wie für die internationale Bildung und die Integration von Schülern mit nicht deutscher Muttersprache.

Darüber hinaus können bei den Bezirksregierungen und Schulämtern Moderatorinnen und Moderatoren zur schulinternen Fortbildung angefordert werden.

Ich finde, das ist eine ganze Menge. Aber es ist völlig richtig: Es kann noch mehr werden, und darum werden wir uns auch bemühen.

Im Antrag ist auch der europäische Computerführerschein angesprochen. Ich halte das für eine sinnvolle Einrichtung; es gibt auch hier entsprechende Wege.

Zum Schluss will ich noch sagen, dass ich die Anregung eines Schulwettbewerbs um die innovativen Maßnahmen und Projekte zum Thema Europa für sehr interessant halte. Die Landesregierung wird diese Idee aufgreifen. Sie ist auch daran interessiert, das Thema „Steigerung der Europafähigkeit“ mit allen Interessierten intensiv und konstruktiv zu diskutieren.

Ich bin dankbar dafür, dass es in dieser Frage in der Vergangenheit – Sie haben es angesprochen – einen fraktionsübergreifenden Konsens gegeben hat. Der Landtag hat sich dazu entschieden, diesen Antrag federführend an den Hauptausschuss zu überweisen. Ich freue mich auf die Diskussion und

die Debatte darüber. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Minister Breuer. – Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, wir sind am Schluss der Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über die Empfehlung des Ältestenrates, den **Antrag Drucksache 14/2098** an den **Hauptausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** zu **überweisen**. Die abschließende Beratung und Abstimmung soll im federführenden Ausschuss in öffentlicher Sitzung erfolgen. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich, die Hand zu heben. – Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Damit ist die Überweisung mit der Zustimmung aller Fraktionen dieses Hauses beschlossen.

Ich rufe auf:

5 Gegen illegale Sportwettenanbieter vorgehen – Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz in Nordrhein-Westfalen umsetzen!

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2413

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion der SPD dem Kollegen Jäger das Wort.

Ralf Jäger (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Ministerpräsidentenkonferenz am 22. Juni 2006 hat in Anwesenheit – auch körperlich – des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten Weises beschlossen, nämlich das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom März dieses Jahres konsequent umzusetzen. Das Bundesverfassungsgerichtsurteil sagt sinngemäß aus, dass das staatliche Wettmonopol aufrechtzuerhalten ist, weil dies mit einem wirksamen Konzept gegen die Spielsucht verbunden ist, und sich daraus folgend andere Anbieter in Deutschland auf einem illegalen Markt bewegen.

Der aufmerksame Beobachter mag vielleicht schon zur Kenntnis genommen haben, dass das auf diverse Sportübertragungen Auswirkungen gehabt hat. Am letzten Wochenende beim Spiel Bremen gegen Schalke hatte die Mannschaft von

Werder Bremen nicht mehr den ursprünglichen Trikotsponsor auf ihre Brust gepflockt.

(Zuruf von Christof Rasche [FDP])

– Ich weiß nicht, ob deshalb, wahrscheinlich weil sie mehr Tore geschossen haben, Herr Rasche.

Aber auch Ihnen, Herr Rasche, dürfte nicht entgangen sein, dass das Fußballnationalspiel Deutschland gegen Schweden, das wir 3:0 gewonnen haben, in Nordrhein-Westfalen vor einer illegalen Bandenwerbung stattgefunden hat. Das haben wir bedauerlicherweise zur Kenntnis nehmen müssen. Ich bin jedoch davon überzeugt, dass das Innenministerium des Landes Nordrhein-Westfalen schon dabei ist, konsequent dafür zu sorgen, dass dieser Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz tatsächlich umgesetzt wird.

Dieser Antrag hat nur zum Inhalt, dass der Landtag Nordrhein-Westfalen die Ergebnisse dieser Ministerpräsidentenkonferenz bestätigt, begrüßt und die Landesregierung auffordert, die Beschlüsse dieser Konferenz umzusetzen. Mit anderen Worten: Mir fehlt nahezu die Fantasie, warum irgendeine Fraktion unserem Antrag nicht zustimmen sollte. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Jäger. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der CDU Kollege Schmitz das Wort.

Wolfgang Schmitz (CDU): Sehr verehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich könnte es kurz machen und mich den Worten von Herrn Jäger anschließen. Aber ganz so einfach wollen wir es uns doch nicht machen. Denn ich verstehe nicht, dass man einen Antrag stellt, der eine Selbstverständlichkeit ist. Herr Jäger, wir könnten auch beschließen: Morgens geht die Sonne auf, und abends geht sie wieder unter.

(Ralf Jäger [SPD]: Das tut sie, ohne dass wir es beschließen!)

Wir brauchen nicht über Selbstverständlichkeiten zu reden.

Der Antrag, über den wir heute beraten, ist ein wörtliches Zitat der Erklärung der Ministerpräsidentenkonferenz vom 22. Juni 2006. In dieser wurden vorangegangene Beschlüsse zum Thema Sportwetten bekräftigt, und man hat eine gemeinsame Marschroute über das weitere Vorgehen abgestimmt. Auch der Ministerpräsident des Lan-

des Nordrhein-Westfalen hat dem Beschluss zugestimmt.

Die CDU-Fraktion unterstützt den Ministerpräsidenten in seinem Bemühen, entsprechend dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts nachhaltig gegen illegale Anbieter vorzugehen und das System der Sportwetten neu zu ordnen. Bei der Wahrnehmung dieser Aufgabe gilt es in der Tat konsequent vorzugehen. Ich bin davon überzeugt, dass der Innenminister, der gleich zu diesem Thema noch reden wird, auf dem besten Wege hierzu ist. Sicher wird er auch darlegen, welche Schritte sein Haus schon eingeleitet hat.

Illegale Sportwetten muss in der Tat aus einer Vielzahl von Gründen ein Strich durch die Rechnung gemacht werden. Das Suchtpotenzial gerade bei jüngeren und noch nicht allzu gefestigten Menschen ist erkennbar gegeben. Durch die Wetten haben zum Teil zwielichtige Anbieter den Versuch unternommen, sich zum Schaden der Allgemeinheit zu bereichern. Die vielen Wettbüros, die gerade in den Zentren unserer Städte eingerichtet wurden, haben nicht gerade zur Hebung des Qualitätsniveaus in bestimmten Straßenzügen unserer Kernbereiche beigetragen.

Das Bundesverfassungsgericht hatte für die Dauer des Verfahrens angeordnet, dass gegen illegale Sportwettenanbieter nicht vorgegangen werden soll. In seinem Urteil vom 28. März hat es dem Gesetzgeber eine Übergangsfrist bis Ende 2007 eingeräumt, innerhalb derer der Gesetzgeber eine verfassungskonforme Lösung finden muss: entweder das staatliche Monopol so auszugestalten, dass es dem Ziel der Suchtprävention gerecht wird, oder den Markt zu liberalisieren. Dabei hat das Gericht für diese Übergangszeit nicht festgelegt, dass gegen die Sportwettenanbieter nicht vorgegangen werden soll. Damit sind die Durchführung derartiger Wetten und das Werben dafür unter Umständen strafrechtlich relevant.

Es ist völlig selbstverständlich, dass die Landesregierung dafür sorgt, dass derartige Straftaten unterbunden und im Vorfeld durch die Schließung dieser Wettbüros verhindert werden. Genau dieses erforderliche Verwaltungshandeln ist erfolgt, und zwar völlig ohne Einmischung des Landtags, da die Verwaltung ihre Aufgabe völlig selbstverständlich ordnungsgemäß ausgeführt hat.

Das Bundesverfassungsgericht stellt in seinem Urteil eindeutig klar, dass das staatliche Wettmonopol bei Sportwetten nur dann aufrechterhalten werden kann, wenn der Staat energische Schritte unternimmt, um der Spielsucht vorzubeugen und wirksame Maßnahmen dagegen einzuleiten. Es

gilt nun, dieses Urteil umzusetzen und die hierfür erforderlichen Regeln aufzustellen. Genau dies erfolgt jedoch. Die Länder arbeiten daran, die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz umzusetzen.

Dass derartige Vorhaben nicht übers Knie gebrochen werden sollten und deshalb auch ihre Zeit brauchen, hat das Bundesverfassungsgericht mit der Bemessung der Übergangsfrist bis Ende 2007 anerkannt. Eine zusätzliche Aufforderung des Landtags an die Landesregierung ist insoweit nicht nötig. An der Umsetzung der MPK-Beschlüsse wird bereits mit Konzentration und Nachdruck gearbeitet.

Wir, die CDU-Fraktion, gehen davon aus, dass der Beschluss der Ministerpräsidentenkonferenz zügig umgesetzt wird. Dazu bedarf es nicht des Antrags der SPD, der insoweit eine Selbstverständlichkeit beinhaltet und deshalb von uns abgelehnt wird. Es macht keinen Sinn, Beschlüsse des Landtags über Selbstverständlichkeiten zu fassen.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Warum denn nicht? Es ist doch gut, wenn wir den Ministerpräsidenten unterstützen! – Zuruf von Ralf Jäger [SPD])

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit, Herr Jäger.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Schmitz. – Als nächster Redner hat für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Kollege Dr. Vesper das Wort.

Dr. Michael Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Heute bräuchte ich eine Zweitstimme.

(Dr. Michael Vesper [GRÜNE] klingt stark erkältet.)

Wir sollten wirklich über die Einführung des Zweitstimmenwahlrechts in Nordrhein-Westfalen nachdenken. Ich hoffe, meine Stimme trägt mich durch diese Debatte.

(Minister Dr. Helmut Linsen: Aber klar! – Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Deine Stimme klingt sexy, Michael!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Wendung, die die Rede von Herrn Schmitz am Ende genommen hat, hat mich doch sehr überrascht. 90 % seiner Rede hat er damit zugebracht, die Richtigkeit des Antrags zu belegen und zu unterstreichen. Und dann sagt er am Ende: Aber wir

stimmen diesem Antrag nicht zu. – Ich darf Sie, lieber Herr Schmitz, an frühere Zeiten erinnern, in denen Sie ein solches Verhalten massiv gegeißelt hätten. Jetzt muss es Ihnen doch eigentlich peinlich sein, hier eine solche Vorstellung abzuliefern.

(Beifall von den GRÜNEN – Christof Rasche [FDP]: Ihnen sollte es peinlich sein, solche Anträge zu stellen!)

Meine Damen und Herren, wir werden dem Antrag zustimmen, auch wenn ich nicht verhehlen kann und will, dass er ein bisschen kurz greift. Er protokolliert auf anderthalb Seiten die Ministerpräsidentenkonferenz. Ich weiß nicht, Herr Jäger, ob Sie anwesend waren und mitgepinnt haben oder ob Sie das irgendwo abgeschrieben haben. Um ein Protokoll der Ministerpräsidentenkonferenz hier noch einmal wiederzugeben, brauchen wir eigentlich keine Beschlüsse zu fassen.

Dann kommt der Satz, dass wir deren Ergebnisse begrüßen und unterstützen. Ich erinnere an unsere Debatte über die Frage der Fortführung des Monopols im April. Damals ist relativ unklar geblieben, wie sich der Innenminister zu dieser Frage stellt. Wir wissen alle, meine Damen und Herren, dass das Urteil des Bundesverfassungsgerichts nicht so leicht umzusetzen ist, wie sich das manche vorstellen. Das ist eine außerordentlich differenzierte Angelegenheit.

Es wäre schön, wenn wir hier eine sehr heile Welt hätten. Aber so heil ist die Welt, in der wir leben, im Lotteriebereich nicht. Deswegen sage ich: Der Antrag schadet nichts; was drinsteht, ist auch nicht falsch. Aber letztlich nützt er auch nichts bei den Arbeiten der kommenden Monate zur Zukunft des Lotteriewesens. Wir haben nämlich eine Beschäftigung Europas mit dem deutschen Wettmonopol vor der Brust. Wir werden eine europäische Stellungnahme bekommen. Es gibt eine ganze Reihe von anhängigen Gerichtsverfahren, die bisher zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen geführt haben.

Ich will auch noch einmal deutlich machen, meine Damen und Herren, dass es ohne den Sport keine Sportwetten gäbe. Deshalb hat der Sport natürlich einen Anspruch darauf, an den Einnahmen zu partizipieren.

Ich finde es problematisch, wenn in der Öffentlichkeit gelegentlich der Eindruck erweckt wird, es handele sich um „Abzocke des Staates“. Nein, es geht nicht um Abzocke. Es geht darum, dass ein Teil der Wetteinnahmen – jedenfalls der staatlichen Lotterien – für gute, für gemeinnützige Zwecke verwendet wird. Dadurch haben die privaten Wettanbieter einen Wettbewerbsvorteil, denn sie

haben diese Abgaben bislang nicht zu leisten. Das führt zu Ungleichgewichten, die so nicht hinnehmbar sind.

Deswegen ist die Fortführung des staatlichen Monopols – wenn sie denn auch europarechtlich durchsetzbar wäre – grundsätzlich ein richtiger Weg. Wir können diesem Antrag also zustimmen, wenngleich ich sicher bin, meine Damen und Herren, dass wir uns in diesem Hohen Hause weiterhin mit diesem Thema werden beschäftigen müssen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Vesper. – Als nächster Redner hat für die Fraktion der FDP Herr Kollege Rasche das Wort.

(Christof Rasche [FDP] trinkt versehentlich aus dem Wasserglas seines Vorredners. – Ralf Jäger [SPD]: In diesem Glas ist der grüne Virus! – Allgemeine Heiterkeit)

Christof Rasche (FDP): Dann muss ich das Manuskript völlig umdrehen, Herr Jäger. Ich nehme vorsichtshalber noch einmal einen neuen Schluck.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Ist das die neue Form des Brüderschaftstrinkens?)

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Man kann ab und zu ruhig mit den Grünen anbändeln, das schadet nicht. Das habe ich gerade auch überlebt. Aber man darf das nicht ausufern lassen. Ich glaube, das wäre für uns Liberale sehr schädlich.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Keine Sorge!)

Herr Vesper, Sie haben gesagt, der Antrag der SPD schadet nicht, aber er nützt auch nicht. Ich habe das Gefühl, das war auch in der vergangenen Legislaturperiode und insgesamt in den vergangenen zehn Jahren der ganze Anspruch, den Sie an Ihren alten Koalitionspartner hatten: Die stellen Anträge und haben Ideen, die zwar nicht schaden, aber auch nichts nützen. – Wenn das Ihre Ansicht von vernünftiger Koalitionsarbeit oder auch heute von Oppositionsarbeit ist, Anträgen zuzustimmen, weil sie nicht schaden, ist das ein bisschen wenig und ein bisschen schwach. Anträgen stimmt man zu, weil man sie und ihre Ziele inhaltlich ebenso unterstützt. Das tun Sie in diesem Fall aber in keiner Weise. Trotzdem wollen Sie zustimmen.

Das Bundesverfassungsgericht, meine Damen und Herren, hat am 28. März dieses Jahres unter

anderem den Gesetzgeber aufgefordert, den Bereich der Sportwetten bis zum 31. Dezember 2007 neu zu regeln. Dieses Urteil und auch die Vorgehensweise des Gesetzgebers sind natürlich für den Sport und für die Sportförderung von großer Bedeutung. Will der Gesetzgeber an einem staatlichen Wettmonopol festhalten – Herr Vesper hat gerade gesagt, das ist europarechtlich vielleicht gar nicht so einfach –, muss er es konsequent am Ziel der Bekämpfung von Wettsucht und der Begrenzung von Wettleidenschaft ausrichten.

Meine Damen und Herren, Gesundheits-, Jugend- und Spielerschutz sowie die Suchtprävention haben für uns eine hohe Priorität. Deshalb hat das Innenministerium bereits im Frühjahr einen Erlass auf den Weg gebracht. Zudem hat Innen- und Sportminister Dr. Ingo Wolf in den vergangenen Wochen wiederholt zu diesem Thema und den entsprechenden Maßnahmen in den zuständigen Ausschüssen berichtet, zuletzt im Hauptausschuss in der vergangenen Woche. Ein Vollzugsdefizit, Herr Jäger, wie es die SPD-Fraktion mit ihrem Antrag unterstellt, ist absolut nicht vorhanden. Der Antrag ist deswegen völlig überflüssig.

Meine Damen und Herren, ich vermisse im SPD-Antrag jeglichen Ansatz, um das schwierige Spannungsfeld unterschiedlicher Ziele aufzulösen. Ist Suchtprävention nämlich unser oberstes Ziel, müssten wir jegliche Art von Glücksspiel umgehend verbieten. Toleriert der Staat allerdings Sportwetten oder ähnliche Wettangebote, so benötigt er für die Aufrechterhaltung seines staatlichen Monopols eine sehr gute Begründung, die zudem dauerhaft mit EU-Recht konform sein muss. Duldet der Staat die Sportwetten – in welcher Form auch immer –, so geht er letztendlich auch davon aus, dass die Bürger in der Lage sind, eigenverantwortlich zu entscheiden, ob sie dieses Angebot annehmen werden. Der Staat hat automatisch ein Argumentationsproblem, wenn er die Einnahmen aus dem Glücksspiel mit Freude annimmt, im gleichen Atemzug seine eigene Veranstaltung aber als Teufelszeug deklariert, das folglich schon gar nicht in die Hände von privaten Veranstaltern gehört.

Wir dürfen in diesem Zusammenhang auch nicht die Entwicklungen ignorieren, die uns in den kommenden Jahren bevorstehen: Unabhängig vom Urteil des Bundesverfassungsgerichts steht dem kaum zu kontrollierenden internationalen Online-Wettenmarkt nach Expertenmeinung ein kräftiges Wachstum bevor. In Deutschland ist der Umsatz um 35 % auf 3,3 Milliarden € gestiegen. Bis zum Jahr 2010 wird mit einer Verdreifachung des Marktes gerechnet. Experten sind sich einig,

dass eine restriktive nationale Gesetzgebung nicht zwangsläufig zu einer Kontrolle der Minimierung der Spielsucht führt, sondern sogar mit einer Abwanderung der Spieler in den ausländischen Graumarkt zu rechnen ist.

Die Landesregierung wird die Anforderungen des Bundesverfassungsgerichtes an ein zukunftsweisendes und mit dem Urteil zu vereinbarendes System zur Veranstaltung und Vermittlung von Sportwetten erfüllen.

Meine Damen und Herren, Herr Jäger, es tut mir leid: Der Antrag der SPD ist inhaltlich schwach, mit dem schwierigen Spannungsfeld – an der Stelle hat Herr Dr. Vesper Recht – befasst er sich überhaupt nicht, zudem ist er überflüssig, da kein Vollzugsdefizit besteht, wie es die SPD unterstellt. Deshalb wird die FDP-Fraktion diesen Antrag ablehnen. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Herr Kollege Rasche. – Als nächster Redner hat für die Landesregierung Herr Minister Dr. Wolf das Wort.

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Antrag der SPD-Fraktion enthält zwei Elemente. Zum einen wird gefordert, gegen illegale Sportwettenanbieter vorzugehen, zum anderen sollen die Ergebnisse der Ministerpräsidentenkonferenz begrüßt und umgesetzt werden. Beides vollzieht die Landesregierung bereits. Von daher braucht man überhaupt keine Phantasie, um sich vorzustellen, warum ein derartiger Antrag schlichtweg abzulehnen ist.

(**Vorsitz: Präsidentin Regina van Dinter**)

Zum Vollzug sind klare Worte gefunden worden. Das Bundesverfassungsgericht hat gesagt, dass in der derzeitigen Form das in Bayern bestehende Monopol nicht haltbar ist und deswegen eine Neuregelung erforderlich ist. Für die Übergangszeit hat das Bundesverfassungsgericht den Ordnungsbehörden ausdrücklich keine Duldungsverpflichtung gegenüber nicht zugelassenen Wettveranstaltern aufgegeben. Vielmehr soll gegen diese ordnungsrechtlich vorgegangen werden. Die vom Bundesverfassungsgericht gesetzte Frist zur Neuregelung der politischen Rahmenbedingungen bezieht sich ausschließlich auf die Frage der zukünftigen Ausgestaltung der Sportwetten.

Diese Ausführungen betreffen auch die Rechtslage in Nordrhein-Westfalen. Das Oberverwal-

tungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen hat festgestellt, dass die sofortige Vollziehung der Ordnungsverfügungen der Glücksspielaufsichtsbehörden auch mit dem europäischen Gemeinschaftsrecht vereinbar ist.

Das Innenministerium hat einerseits mit Erlass vom 19. April 2006 den staatlichen Anbieter von Sportwetten, die Firma West-Lotto, angehalten, die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts zur Bekämpfung der Wettsucht und Begrenzung der Wettleidenschaft umzusetzen. Die Einhaltung dieser Auflagen wird fortlaufend überwacht. Andererseits wurden die Bezirksregierungen mit Erlass vom 31. März 2006 über die neue Rechtslage unterrichtet und dazu aufgefordert, die ausgesetzten Ordnungsverfügungen zügig zu vollstrecken.

Insofern gibt es vonseiten der Regierung überhaupt keinen Anlass, daran zu zweifeln, dass die Verfügungen vollstreckt werden sollen.

(Unruhe)

Allerdings liegt die Zuständigkeit für die Umsetzung dieser ordnungsbehördlichen Verfügungen bei den Ordnungsbehörden, also den Städten. Völlig klar ist doch, dass in einem Rechtsstaat, in dem es Rechtsbehelfe gibt und am Ende die unabhängige Justiz entscheidet, auch unterschiedliche Ergebnisse herauskommen können. Genau das ist der Punkt.

Wir haben einige Fälle, in denen die Gerichte zugunsten der Betreiber entschieden haben. Diese Verfahren sind zum Teil noch anhängig. Deswegen ist es völlig klar, dass es im Land auch kein einheitliches Bild geben kann.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Remmel?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Von Herrn Remmel? – Ja.

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Bitte, Herr Remmel.

Johannes Remmel (GRÜNE): Herr Minister, woran wäre ein Unterschied in der Durchsetzung und in der Praxis zwischen Bayern und Nordrhein-Westfalen festzumachen?

Dr. Ingo Wolf, Innenminister: Das hängt schließlich mit der Rechtsprechung zusammen. Sie wissen, dass es bei uns in Nordrhein-Westfalen unterschiedliche Verwaltungsgerichtsurteile gibt. Gerade hat das Verwaltungsgericht in Aachen den

Sofortvollzug ausgesetzt. In dem Moment läuft ganz normal das justizielle Verfahren, und man muss abwarten, welches Ergebnis dabei herauskommt. In allen Fällen, in denen bekannt war, dass eine entsprechende Werbung da war, ist eingegriffen worden. Es ist nur eine Frage des Entscheidungsweges.

Was die Entwicklung darüber hinaus anbetrifft, erleben wir jetzt gewisse Unsicherheiten im Lottobereich, die auf die Entscheidungen der Kartellbehörde zurückzuführen sind. Sogar Herr Vesper hat es zugegeben: Auch die Europafestigkeit der Vorschriften ist noch nicht gegeben. – Wir befinden uns also an dieser Stelle noch in einem gewissen Prozess der Aufarbeitung.

Unabhängig davon wird der Staatsvertrag zur Ministerpräsidentenkonferenz am 13. Dezember ausgearbeitet. Das, was gewünscht ist, dass nämlich eine entsprechende Umsetzung der Beschlüsse MPK vorgenommen wird, passiert. Eines Antrages, uns dazu aufzufordern, bedarf es nicht. Selbstverständlich wird die Landesregierung den Landtag beteiligen, sobald ein neuer Staatsvertrag vorliegt, der dann den Parlamenten der Länder zur Beschlussfassung zugeleitet wird. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Wolf. – Es gibt keine weiteren Wortmeldungen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir stimmen deshalb über den Inhalt des **Antrags** der Fraktion der SPD **Drucksache 14/2413** ab. Wer diesem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um ein Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Der Antrag ist mit den Stimmen der CDU und der FDP gegen die Stimmen der SPD und der Grünen **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

6 Keine Rundfunkgebühren auf Internet-PCs und Handys – Nordrhein-Westfalen tritt für eine Aussetzung der Regelung im 8. Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2403

Ich eröffne die Beratung und erteile Herrn Keymis von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen das Wort. Bitte schön.

Oliver Keymis (GRÜNE): Vielen Dank, Frau Herr Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will nicht lange zu dem Antrag sprechen, weil er sich sehr leicht erschließt. Wer in den letzten Wochen die Überschriften in verschiedenen Zeitungen zur Kenntnis genommen hat, weiß, warum die Grünen diesen Antrag stellen. Ich nenne zum Beispiel die Überschrift:

„CDU/CSU gegen Rundfunkgebühren für Internet-PCs“

Oder:

„Südwest-SPD nennt GEZ-Gebühr für Computer mittelstandsfeindlich“

Oder:

„Wirtschaftsverbände schlagen geräteunabhängige Fernsehgebühr vor“

Oder:

„Bund der Steuerzahler kritisiert GEZ-Gebühr für Firmen“

Oder:

„Handwerk protestiert gegen geplante Rundfunkgebühren“

Eine breite Front von Leuten hat also erkannt, dass im Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein Fehler steckt, deren Dramatik wir, die wir den Vertrag damals auch mit Ja beschieden haben, nicht vollends erkannt haben.

Für diejenigen, die hier gleich das Wort ergreifen wollen, ist es allerdings auch wichtig, dass wir schon damals auf das Problem hingewiesen haben. Ich habe meine Rede noch einmal nachgelesen. Ich sagte damals schon, dass ich große Probleme mit der Regelung bezüglich der PC-Gebühren haben. Wir hatten damals eigentlich grundlegende Probleme mit dem Umgang der KEF seitens der Ministerpräsidenten.

Es geht jetzt um die Frage der PC-Gebühren ab dem 1. Januar 2007. Die einzelnen Argumente sind im Antrag noch einmal aufgeführt. Wir sind mit Blick auf Handys und PCs der Meinung, dass es keinen Sinn macht, gerätegebundene Gebühren weiter voranzutreiben. Wir sind der Meinung, dass es künftig ein neues System geben muss. Das sagen wir Grünen schon lange. Bisher haben wir uns mit der Meinung aber nicht durchgesetzt.

Wir können im Landtag von Nordrhein-Westfalen aber heute einen Anfang machen und diesen Antrag gemeinsam beschließen. Deshalb haben wir auch eine direkte Abstimmung beantragt. Wir sollten gemeinsam ein Moratorium beschließen, da-

mit es auch ab dem Jahr 2007 keine PC-Gebühr gibt. Nach einer weiteren Schlagzeile, die ich auch gerne zitiere:

„ARD: Nur geringe Mehreinnahmen durch Gebühr für Internet-PCs“,

dürfte das auch nicht der größte Schaden sein, den wir damit anrichten. Wir wären in der Lage, damit ein deutliches Zeichen nach dem Motto zu setzen: Die Politik hat das Problem erkannt, und sie lernt daraus.

In unserem Antrag steht noch einmal, dass sich die Landesregierung gemeinsam mit allen anderen Landesregierungen Gedanken macht. Das ist wichtig. Es wird immer im Rahmen des Rundfunkstaatsvertrages verhandelt. Der zehnte Rundfunkänderungsstaatsvertrag böte die Gelegenheit, eine technisch zeitgemäße Mediengebühr pro Haushalt beziehungsweise Betriebsstätte statt einer auf Geräten basierenden Gebühr zu entwickeln und das Thema der Rundfunkgebühr damit insgesamt in eine akzeptierte Mediengebühr umzuschichten. Die Menschen wissen dann, dass die Nutzung der Rundfunkdienste mit einer solchen Gebühr insgesamt abgegolten ist.

Der Vorschlag der FDP-Fraktion des Bundestages, das Ganze über das Finanzamt einzuziehen, wird von uns abgelehnt. Da der Vorschlag aber nicht Gegenstand unseres Antrags ist, muss ich nicht näher darauf eingehen.

Ich bitte Sie, dem zuzustimmen, was wir vorgelegt haben. Es ist ein kurzer und schmerzloser Antrag, dem überall im Land breite Zustimmung entgegen schlägt. Hoffentlich ist es auch heute hier im Landtag der Fall. Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Keymis. – Als Nächster spricht Herr Dr. Brinkmeier für die CDU-Fraktion.

Dr. Michael Brinkmeier (CDU): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicherlich Konsens, dass wir bei dieser Debatte nicht über die Höhe der eingezogenen Gebühren sprechen. Darum geht es nicht. Das sollten wir vorab zu diesem Tagesordnungspunkt auf jeden Fall festhalten. Alle Dinge und Modelle, die wir hier behandeln, müssen etwa diese 7 Milliarden € ausmachen, die für diesen Bereich eingezogen werden. Es geht bei dieser Debatte einzig und allein um die Art der Gebührenerhebung. Alle Modelle müssen sich daran messen lassen, dass die Finanze-

zung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wirklich gesichert bleibt. Das vorab.

Klare Aussage seitens der CDU-Landtagsfraktion ist, dass das System der Rundfunkgebührenerhebung reformbedürftig ist. Die aktuelle Debatte über Rundfunkgebühren auf PCs oder anderen internettauglichen Geräten ist nur der jüngste, aber auch ein sehr markanter Anlass, um die Debatte über die Art der Erhebung wieder neu zu starten, die vor einigen Jahren abgebrochen wurde.

Herr Kollege Keymis hat eben schon gesagt, dass es viel Protest zu dieser Erhebung gibt, obwohl die Beschlusslage schon etwas älter ist. Das muss man anmerken. Der Protest kommt jetzt kurz vor Toresschluss. Dennoch sollte man sehr viel Verständnis für diejenigen aufbringen, die jetzt dagegen protestieren. Es ist schon ein Problem.

Es wird jetzt natürlich über die Höhe der Zahlen und über die Belastung gesprochen. Man kann es drehen und wenden wie man will. Entweder sind zusätzliche Kosten da, wie es zum Beispiel vonseiten des Handwerks oft gesagt wird. Dann hätte es auch einen volkswirtschaftlichen Effekt. Darüber muss man sprechen. Wenn es andererseits keine hohe Kosten sind, wie es Kollege Keymis zitiert hat, hat man auf jeden Fall wieder mehr Bürokratie. Wir bekommen von den Handwerkern und den kleinen Mittelständlern dazu sehr viele Rückmeldungen, dass es sich um eine zusätzliche Belastung handelt, die man sich nicht wünschen kann.

Zusätzlich sollten wir ausdrücklich die Problematik an den Hochschulen erwähnen. Das sage ich auch in meiner Eigenschaft als hochschulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion. In Sachsen-Anhalt wurden von den Gebühreneintreibern der GEZ erhebliche Zahlungsziele eingefordert. Das konnten wir in einigen Meldungen nachlesen. Das betrifft uns auch in Nordrhein-Westfalen. Allein aus hochschulpolitischen und forschungspolitischen Gründen kann das nicht unser Ziel sein. Auch wir sehen dort Handlungsbedarf.

Deutschland ist übrigens das einzige Land in Europa, in dem darüber nachgedacht wird, Gebühren auf internettaugliche PCs zu erheben.

Herr Kollege Keymis sagt, er hätte schon vor Jahren das darin liegende Problem benannt. Das darf nicht so verstanden werden, als ob er als einziger darüber nachgedacht hätte. Auch unser Ministerpräsident Jürgen Rüttgers sagte schon seinerzeit als Forschungsminister in einer aktuellen Debatte, er hätte deutliche Bauchschmerzen, wenn PCs

mit Rundfunkgebühren belegt würden. Er hat aber auch auf die rechtlichen Restriktionen hingewiesen und deutlich gemacht, welchen Bewegungsspielraum man in dieser Frage hat. Man sollte in der aktuellen Debatte auch nicht unerwähnt lassen, dass sich das natürlich mit dem Image der GEZ als „Schnüffel-GEZ“ vermischt. Das ist ein Image, bei dem wir alle ein gemeinsames Interesse haben müssen, dass dieses nicht ausgeweitet wird. Die GEZ bemüht sich sehr aktiv, zum Teil auch durch sehr piffige Maßnahmen und Werbung, dieses Image abzustreifen. Es ist aber schwierig. Wenn die Gebühreneintreiber bei Landwirten auf den Hof gehen und in die Mähdreher steigen, um nachzusehen, ob dort ein Radiogerät ist, dann trägt das nicht zum Imagegewinn bei. Das ist eine Schwierigkeit. Wir müssen sehen, dass wir das Problem lösen.

(Beifall von der CDU)

Darum begrüßen wir ausdrücklich, dass bei der nächsten Tagung der Rundfunkkommission am 21. September dieses Thema wieder auf die Tagesordnung kommen wird. Es zeichnet sich dort – wir haben es in der Presse lesen können – eine mögliche Lösung ab, nämlich dass man gegebenenfalls eine Einigung dahin gehend erzielen könnte, dass man nicht die TV-Gebühr von etwa 17 €, sondern nur die Grundgebühr von rund 5 € erheben wird. Das ist eine Möglichkeit, um das zu lindern.

Vor dem Hintergrund kann man sagen, dass der Antrag von Bündnis 90/Die Grünen zu spät kommt, zumal – das ist ein Grund, diesen abzulehnen – die Festlegung im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen auf ein Moratorium zu zwingend ist. Wenn man eine Lösung anstreben könnte, wie ich sie gerade genannt habe, wäre es eine Hilfe, wenn – das ist die Bedingung – man sie an die Beschlusslage koppelt, die abgebrochene Diskussion über die Neuordnung der Rundfunkgebührenerhebung wieder aufzunehmen. Das wäre sehr wichtig.

Die zweite Forderung im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen – das kann man sicherlich meinen Worten entnehmen – ist grundsätzlich okay. Wir hätten das in der Diskussion gerne nur etwas konkreter ausgestaltet. Zum Beispiel habe ich persönlich für das griechische Modell der Gebührenerhebung sehr viele Sympathien. Die machen das einfach mittels der Stromrechnung. Wer Strom hat, der zahlt auch Gebühren, übrigens 38 € pro Jahr. Darüber lässt sich sicherlich reden. Wer ein Ferienhaus hat, der hat eine zweite Stromrechnung und damit Pech gehabt. Der hat aber sicherlich auch einen zweiten Fernseher.

Das ist ein sehr einfaches System. Man muss prüfen, ob das umsetzbar ist. Aber wir möchten uns nicht auf ein Modell festlegen, das strikt haushaltsbezogen ist. Es gibt sicherlich auch andere Modelle. Ich finde, die Rundfunkkommission sollte das Feld offen haben, auch über andere Modelle nachzudenken. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Dr. Brinkmeier. – Für die SPD spricht nun der Kollege Eumann.

Marc Jan Eumann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Bündnis 90/Die Grünen legen einen Antrag vor, der ein aktuelles Thema aufgreift, das sich auch durch Zuschriften und viele andere Beiträge darlegt. Das ist in Ordnung, es ist eine wichtige Aufgabe. Es ist aber auch, lieber Oliver Keymis, ein Stück Populismus dabei,

(Beifall von der SPD)

weil natürlich jede hier im Landtag vertretene Partei in irgendeinem Parlament in Deutschland diesem Staatsvertrag zugestimmt hat. Das gilt für die CDU in Baden-Württemberg, für die FDP in Rheinland-Pfalz, für die Grünen und SPD hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen. Jede hier im Landtag vertretene Partei hat diesem Staatsvertrag zugestimmt.

(Dr. Gerhard Papke [FDP]: Wir nicht!)

Gerade hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen war dieser Staatsvertrag besonders umstritten zwischen den damals regierungstragenden Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen und SPD und der Landesregierung. Auch das weiß jeder. Von daher lohnt es sich nicht, darum herumzureden.

Jetzt wird deutlich, dass es ein paar handwerkliche Fehler gibt, die an unterschiedlichen Stellen zum Tragen kommen. Sehr intensiv sind damit unsere Kolleginnen und Kollegen im Petitionsausschuss befasst, die sich mit den Härtefällen auseinandersetzen. Die GEZ muss nach dem Rundfunkstaatsvertrag nun eine Aufgabe erfüllen, um die sie sich wirklich nicht gerissen hat, nämlich eine Aufgabe, die früher in den Sozialämtern in allen Kommunen der Republik geleistet worden ist. Hierbei sind viele Fehler gemacht worden. Ich stimme aber meinem Kollegen Brinkmeier ausdrücklich zu: Die GEZ hat in einer sehr schwierigen Situation zwar Fehler, aber auch einen sehr guten Job gemacht. Das sollten wir nicht vergessen, weil die GEZ immerhin in Nordrhein-

Westfalen zu Hause ist, ein für mich nicht ganz unwichtiger Aspekt in dieser Angelegenheit.

Ich will nicht noch einmal darauf hinweisen, dass natürlich alles mit allem zusammenhängt. Die PC-Gebühr wird jetzt insgesamt mit Gebühren Härtefällen und dem, was sich hinter der Menge an technologischer Entwicklung verbirgt, vermengt. Als die Rundfunkgebühr als Finanzierungsmodell für den staatsfernen öffentlich-rechtlichen Rundfunk entwickelt worden ist, gab es nur das Radio. Anschließend gab es die Radio- und Fernsehgebühr. – Ich komme gleich zum Schluss, Frau Kraft, weil ich weiß, dass alle nach Hause drängen. – Jetzt sind der Computer und das Handy Empfangsgeräte. Diese technologische Entwicklung hat unsere Gebührenfinanzierung nicht nachvollziehen können. Deswegen sind sich wohl alle Medienpolitiker einig, dass wir zu einem Paradigmenwechsel in dieser Frage kommen müssen.

Wir werden aber nicht jetzt dazu kommen – Herr Brinkmeier hat auf das Moratorium hingewiesen –, weil Grundlage für die Überlegung, die wir anstellen müssen, die angekündigte Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes ist. Nicht nur wir hatten eine kontroverse Diskussion über den Rundfunkgebührenstaatsvertrag, sondern auch ARD und ZDF. Die sind vor das Bundesverfassungsgericht gegangen, das angekündigt hat, im Dezember zu entscheiden. Sie alle wissen, dass die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes Gesetzescharakter haben. Wir sollten uns nach der Entscheidung Gedanken machen, wie wir weiter verfahren.

(Christian Lindner [FDP]: Nach der Entscheidung ist immer gut!)

– Natürlich nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes, denn es wäre verrückt, innerhalb der nächsten drei Monaten irgendetwas auf den Weg zu bringen, was nicht mit dem übereinstimmt, was jetzt angekündigt und in drei Monaten Gesetzescharakter haben wird.

(Beifall von der SPD)

Deswegen enthalten wir uns an dieser Stelle. Nach Dezember haben wir ausreichend Gelegenheit, uns über den gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunk Gedanken zu machen. Wir sagen ausdrücklich, dass wir zur Gebührenfinanzierung und zur Bestands- und Entwicklungsgarantie des öffentlich-rechtlichen Rundfunks stehen, und dazu gehört eine angemessene staats-

fern ermittelte Gebührenausrüstung. – Herzlichen Dank.

(Beifall von der SPD)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Eumann. – Für die FDP spricht nun Herr Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Vorredner Eumann hat etwas Richtiges und etwas Falsches gesagt. Die richtige Aussage ist, dass die Grünen mit diesem Antrag eine unseriöse Schaufensterpolitik betreiben, wie wir dies kennen.

Die falsche Aussage ist, dass alle Fraktionen dieses Hauses diesem Regelwerk zugestimmt haben. Ich kann das für die FDP-Landtagsfraktion ausdrücklich zurückweisen. Das genaue Gegenteil ist der Fall. Das wissen Sie auch, Herr Eumann. Als diese Entscheidung in der letzten, der 13. Legislaturperiode anstand, gab es hier nämlich sogar einen parlamentarischen Vorgang, und zwar einen Antrag der FDP-Fraktion, der sich gegen dieses Vorgehen ausgesprochen hat.

(Zurufe von der SPD)

Insofern bitte ich Sie, an dieser Stelle auch bei der Wahrheit zu bleiben. Als seinerzeit die Entscheidung anstand, waren wir als Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen ausdrücklich dagegen, diese so zu vollziehen. Das haben wir auch in allen politischen Debatten deutlich gemacht. Sie selber wissen das besser als viele andere hier in diesem Parlament. Dann gehört das auch mit zur Wahrheit dazu.

Präsidentin Regina van Dinther: Herr Kollege, erlauben Sie zwei Zwischenfragen, zum einen von Herrn Kuschke und zu anderen von Herrn Eumann?

Ralf Witzel (FDP): Aber gerne.

Präsidentin Regina van Dinther: Bitte zunächst Herr Kuschke.

Wolfram Kuschke (SPD): Herr Kollege, wenn Ihre damalige Haltung so war, wie Sie gerade ausgeführt haben – und ich habe daran keinen Zweifel –, dann frage ich Sie: Haben Sie denn bereits eine Initiative auf den Weg gebracht, um die Landesregierung zu einer Novellierung des Staatsvertrages zu bringen? Sie haben jetzt die Mehrheit. Sie hätten ja die Möglichkeit, Ihre Position durchzusetzen.

Ralf Witzel (FDP): Herr Kuschke, genau das ist ja das Problem. Ich will es Ihnen gerne erläutern.

(Demonstrativer Beifall von Johannes Remmel [GRÜNE])

– Herr Remmel ist gerade dabei, das auch rechtlich nachvollziehen zu können, wie mir seine Zeichen signalisieren. – Sie haben uns nämlich einen Staatsvertrag hinterlassen, der durch das Handhaben von Grünen und SPD in der Zeit Ihrer Regierungsverantwortung auf den Weg gebracht worden ist.

(Sylvia Löhrmann [GRÜNE]: Wer hat denn in Mainz dem Staatsvertrag zugestimmt?)

Jetzt, wo er verabredet ist, ist er aber natürlich nur in einem gemeinsamen Vorgehen aller 16 Bundesländer zu ändern. Herr Kuschke, deshalb wissen Sie doch – dafür waren Sie früher lange genug auch für diese Themen verantwortlich –, dass Sie uns hier ein Ei im Nest hinterlassen haben. Allein aus der Perspektive Nordrhein-Westfalens heraus hätten wir diesen Staatsvertrag seinerzeit nicht abschließen müssen. Jetzt, wo Sie ihn für uns abgeschlossen haben, kommen wir so lange nicht heraus, wie sich nicht alle 16 Bundesländer einig sind, gemeinsam eine neue Lösung zu finden. Eine solche neue Lösung ist momentan – da stelle ich nur einmal die Realitäten in Rechnung – zu meinem Bedauern nicht mehr realistisch, weil Sie von Rot-Grün damals so votiert haben, wie Sie votiert haben.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Jetzt stellt Herr Eumann auch noch eine Frage.

Marc Jan Eumann (SPD): Herr Kollege Witzel, ich kann mich an Ihr Abstimmungsverhalten in der vergangenen Legislaturperiode sehr gut erinnern – auch an Ihre stichhaltige Argumentation. Ich hatte nur darauf hingewiesen, dass jede in diesem Landtag vertretene Partei in irgendeinem Parlament in einer Konstellation diesem Staatsvertrag zugestimmt hat. Ich habe großes Interesse daran – das war mein Hinweis –, dass wir uns in dieser Frage nicht in einem Klein-Klein wiederfinden. Sie haben in Rheinland-Pfalz zugestimmt, die CDU in Baden-Württemberg und wir hier in Nordrhein-Westfalen, weil wir das damals gemeinsam erledigen wollten. Das bitte ich Sie nur zur Kenntnis zu nehmen. Ich habe sehr wahrheitsgetreu ausgeführt. Ich habe nicht behauptet, dass Sie hier im Landtag von Nordrhein-Westfalen diesem Staatsvertrag zuge-

stimmt hätten, so wie Sie es gerade dargestellt haben, Herr Kollege Witzel.

(Zurufe von der CDU: Wo ist da denn die Frage?)

Ralf Witzel (FDP): Zu dem fragenden Hinweis des Kollegen Eumann: Ich nehme Ihre Klarstellung entgegen, dass Sie sich hier nicht über das parlamentarische Verhalten der nordrhein-westfälischen FDP-Landtagsfraktion geäußert haben. Sie erlauben mir in Beantwortung Ihrer halben Frage aber doch folgende Anmerkung: Herr Eumann, wenn wir uns hier über unterschiedliche politische Konzepte auseinandersetzen, dann erwarten Sie von mir doch auch, dass ich als programmatische Grundlage dessen, was SPD-Meinung ist, die Meinung der SPD-Landtagsfraktion von Nordrhein-Westfalen heranziehe und nicht die der SPD-Landtagsfraktion von Schleswig-Holstein. Sonst würde ich hier doch sagen: Weil die SPD in Schleswig-Holstein in der Regierungsverantwortung mit der CDU die Schulbezirke abgeschafft hat, sind Sie auch für die Abschaffung der Schulbezirke. – Da würden Sie mir doch auch widersprechen, weil Sie in Nordrhein-Westfalen eine andere Auffassung haben.

(Beifall von der FDP)

Damit komme ich zu meinen Ausführungen zurück. Gebührenzahler berappen zukünftig über 17 € monatlich für Radio- und Fernsehempfang. Die tatsächliche Nutzung der Angebote der Öffentlich-Rechtlichen ist dafür gar nicht einschlägig.

Nach den Regelungen im Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag, den die Ministerpräsidenten der Bundesländer im Herbst 2004, also noch unter rot-grüner Verantwortung in Nordrhein-Westfalen, beschlossen haben, sollen mit der vollen Gebühr auch prinzipiell rundfunkfähige Geräte wie Computer oder Handys mit Internetanbindung belegt werden, falls Haushalte oder Unternehmen bislang keine Beiträge für andere Empfangsgeräte an die GEZ entrichten.

Ab 2007 gilt daher für neuartige Rundfunkempfangsgeräte wie beispielsweise Internet-PCs die Zweitgeräteabgabe auch im nicht privaten, also gewerblichen Bereich. PCs, Mobiltelefone oder Spielekonsolen mit Internetzugang begründen somit ab 1. Januar 2007 auch dann eine Gebührenpflicht, wenn im Haushalt oder Betrieb sonst kein Empfangsgerät bereitgehalten wird.

Das heißt – und das ist auch unsere Kritik –, dass ein Freiberufler oder Selbstständiger mit einem vom Wohnbereich getrennten Arbeitsraum zusätzliche Fernsehgebühren für den betrieblichen PC

an die GEZ bezahlen muss. Hinzu kommt unter Umständen auch noch eine dritte Gebühr für mobil betriebene Geräte. Dies gilt auch dann, wenn in der Logik der Tätigkeit liegt, dass die Geräte selbstverständlich nicht für Zwecke des Fernsehens am Arbeitsplatz genutzt werden. Da andererseits dieselbe Person zur selben Zeit nur an einem Ort sein kann, hat diese Regelung bereits einen erheblichen Widerspruch hervorgerufen – aus Sicht der Betroffenen auch völlig zu Recht.

Mangels entsprechender Grundsatzurteile ist die exakte Auslegung, welche Geräte konkret formaljuristisch zur Gebührenpflicht führen, allerdings noch unklar. Klar ist aber auf alle Fälle: Die Rundfunkgebühren für neuartige Rundfunkempfangsgeräte, insbesondere internetfähige Computer, werden die Gebührenzahler in weit stärkerem Maße belasten, als die GEZ dies darstellt. Die GEZ rechnet für 2007 mit Mehreinnahmen von höchstens von 10 Millionen € auf der Grundlage von 50.000 Neuanmeldungen. Diese Zahlen werden allein durch die zu erwartenden Mehreinnahmen für ab dem 1. Januar 2007 gebührenpflichtige beruflich mitgenutzte private Computer mit Internetzugang um ein Vielfaches überschritten werden.

Addiert man beispielsweise – diese Rechnung würde ich viel eher aufmachen – die nur schwer zu schätzenden Kosten für zu Hause beruflich genutzte Computer zu den von der Vereinigung der Rundfunkgebührenzahler – VRGZ – geschätzten fast 330 Millionen €, liegen die gesamten Mehrkosten eher bei 500 Millionen € als bei den von der GEZ genannten 10 Millionen €.

Interessant am Antrag der Grünen ist natürlich, wie eingangs erwähnt, der Antragsteller; denn die Grünen haben seinerzeit, als es konkret um die Frage ging, wie sich Nordrhein-Westfalen für die nächsten Jahre verhält, genau diesem Rundfunkänderungsstaatsvertrag zugestimmt, den sie heute hier so populistisch kritisieren. Der Achte Rundfunkänderungsstaatsvertrag vom 15. Oktober 2004 – mittlerweile sind Sie abgewählt, damals waren Sie es noch nicht – wurde am 1. Mai 2005 in Kraft gesetzt, also wenige Tage vor dem Politikwechsel in Nordrhein-Westfalen.

Wir haben gerade schon die Problematik beleuchtet, wie schwierig es ist, nachträglich im Konzert aller Bundesländer noch Veränderungen zu bewirken. Ich kann für die FDP-Landtagsfraktion sagen: Wir würden uns sehr wünschen, dass es noch gelänge, eine einvernehmliche Willensbildung der Bundesländer herzustellen, um das Moratorium auf den Weg zu bringen und den Rundfunkänderungsstaatsvertrag in diesem Punkt, was

die Gebührenbelastung für die Internet-PCs angeht, auszusetzen. Ich bin aber selber an dieser Stelle realistisch genug, in Rechnung zu stellen, dass dies momentan nicht das Signal ist, was die 16 Bundesländer in ihrer Gesamtheit senden.

Ich komme damit zur letzten Bemerkung. Die FDP-Landtagsfraktion wird aus den eben genannten Gründen zwar weiter Wege suchen und dafür werben, im Ergebnis zu erreichen, was für die Entlastung der Gebührenzahler wichtig ist, diesem konkreten Antrag der Grünen aber nicht zustimmen, weil es einfach unehrlich ist, hier etwas anderes einzufordern, als es Ihrer jahrelangen Haltung in dieser Frage entspricht. Insofern: Die populistische Empörung der Grünen steht in umgekehrt proportionalem Verhältnis zum intellektuellen Gehalt dieses Antrags. Wir werden ihn deshalb ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall von der FDP)

Präsidentin Regina van Dinther: Danke schön, Herr Witzel. – Jetzt spricht in Vertretung des Ministerpräsidenten Dr. Rüttgers Herr Minister Breuer.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Sehr geehrter Herr Präsident!

(Britta Altenkamp [SPD]: Das ist eine Präsidentin!)

Liebe Kollegen! Der vorliegende Antrag, Herr Keymis, den Sie vorgestellt haben – das haben Sie in Ihrer Rede auch schon anklingen lassen –, ist inkonsequent, kommt zu spät und wiederholt die alten Diskussionen. Alle drei Aussagen – das kann ich Ihnen an der Stelle nicht ersparen, auch wenn es die Kollegen schon gemacht haben – will ich kurz belegen.

Die von Ihnen aufgegriffene Regelung im Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag war in der Tat schon am Ende der letzten Legislaturperiode Gegenstand der parlamentarischen Beratung. Auch die Frage einer möglichen Gebühr für Internet-PCs ist bereits damals diskutiert worden. Ich wiederhole das gerne: Sie, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, haben damals genau dieser Regelung zugestimmt, zu der Sie heute nicht mehr stehen wollen. Ich finde, das zu sagen gehört zur Klarheit dazu.

(Beifall von Peter Brakelmann [CDU] und Dietmar Brockes [FDP])

Der Kollege der SPD-Fraktion hat das „Populismus“ genannt. Ich muss es zumindest „Heldenmut nach Ladenschluss“ nennen. Die Zeit ist hier ab-

gelaufen. Sie hatten die Zeit, das anders zu regeln.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP] – Marc Jan Eumann [SPD]: Worüber reden Sie da?)

Meine Damen und Herren, Sie setzen sich in Widerspruch zu Ihrem damaligen Verhalten. Das ist inkonsequent.

Der Antrag kommt zudem zu spät. Sie fordern die Landesregierung auf, sich für eine vorläufige Aussetzung geltenden Rechts stark zu machen. Sie wissen sehr gut, sosehr Sie auch Sympathie für die Diskussion haben können, dass es Aufgabe der Landesregierung ist, für die Durchsetzung geltenden Rechts Sorge zu tragen. Das gilt auch hier.

Abgesehen davon – auch das wissen Sie viel besser, als Sie es vorgetragen haben – obliegt die Umsetzung der gesetzlichen Bestimmungen des Rundfunkgebührenstaatsvertrages den Rundfunkanstalten und der GEZ. Auch das war Gegenstand der Aussprache.

Dazu hat am 14. August 2006 eine Besprechung auf den Fachebenen zwischen den Rundfunkanstalten und den Ländern, den sogenannten Rundfunkreferenten, stattgefunden. Meine Damen, meine Herren, die Beteiligten sind dabei zuversichtlich, dass es zu einer vernünftigen Regelung kommen kann.

Auch die Rundfunkanstalten werden auf der Intendantensitzung am 11. und 12. September darüber beraten, genauso die Rundfunkkommission am 21. September 2006.

Sie sehen, die notwendigen Schritte sind bereits eingeleitet worden.

Die von Ihnen vorgetragene Abkehr von einer gerätebezogenen Gebühr wirft natürlich Fragen auf, die wir vor einigen Jahren eingehend politisch diskutiert haben. Wie Sie wissen, basiert die gerätebezogene Rundfunkgebühr auch auf der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes. Ich will für die Landesregierung noch einmal daran erinnern, dass für eine Änderung das Einvernehmen aller Länder erforderlich ist. Ich habe die herzliche Bitte, dass Sie das an dieser Stelle akzeptieren. Mir kommt bei Ihren Argumenten insbesondere die Frage der Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, die Sie beantworten müssen, insgesamt ein Stück weit zu kurz.

Abschließend: Sie haben sich heute Morgen, Herr Keymis, ja schon in der Öffentlichkeit geäußert. Ich kann verstehen, dass Sie heute sagen: Keine Rundfunkgebühren für PCs und Handys. – Ich

hätte es für seriös gehalten, wenn Sie darauf hingewiesen hätten, dass Sie damals offensichtlich etwas falsch gemacht, etwas falsch eingeschätzt haben. Das gehört zur Seriosität dazu.

(Beifall von CDU und FDP)

Es tut mir leid, dass ich das an der Stelle so sagen muss. Ich bitte Sie aus diesen Gründen herzlich, den Antrag abzulehnen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Minister Breuer. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen spricht noch einmal der Kollege Keymis.

Oliver Keymis (GRÜNE): Herzlichen Dank! Sehen Sie, Herr Minister Breuer, das Problem, das wir jetzt hier im Landtag haben, ist: Wir haben einen Kulturminister, der nicht anwesend ist, wir haben einen Medienminister, der nicht anwesend ist, und wir haben einen Minister, der für all diese Themen sprechen muss, der nicht zuhören kann.

(Beifall von den GRÜNEN – Minister Michael Breuer: Ich kann zuhören!)

– Nein! Sie haben nicht zugehört.

(Minister Michael Breuer: Ich kann lesen!)

Ich habe in meinem Redebeitrag vorhin gesagt, dass wir an dieser Stelle aus meiner Sicht falsch entschieden haben.

(Minister Michael Breuer hält eine Pressemitteilung hoch.)

Ich habe vorhin in meinem Redebeitrag gesagt, Herr Breuer, dass wir dieses bereits damals in der Debatte angesprochen haben, dass wir aber andere Themen im Vordergrund hatten und nicht dieses. Ich finde es überhaupt nicht ehrenrührig, wenn man aus solchen Fehlern lernt, wenn man aus Entscheidungen, zu denen man sagt: „Da hat man wahrscheinlich Dinge übersehen, nicht genügend klar benannt“, lernt und dann entsprechende Anträge stellt. Das finde ich überhaupt nicht ehrenrührig, übrigens auch nicht populistisch, Herr Kollege Eumann.

(Beifall von den GRÜNEN)

Das ist ein ganz klarer politischer Vorgang. Wenn Sie damit nicht umgehen können, weil Sie sich an der Stelle ertappt fühlen, weil Sie selber bisher überhaupt keine Initiative ergriffen haben, dann kann ich Ihnen allerdings nur sagen: Da empfinden Sie richtig.

Schleswig-Holsteins Ministerpräsident – der ist auch zuständig für Medien und Kultur –, Herr Peter Harry Carstensen, hat sich bereits gegen diese Gebühr ausgesprochen und sich für ein zeitlich befristetes Moratorium eingesetzt. „Damit wollen wir Zeit gewinnen, um die gesetzlichen Regelungen im Interesse aller Beteiligten zu überarbeiten und dem aktuellen Stand der Technik anzupassen“, sagte Carstensen der „Bild am Sonntag“ wörtlich.

Das Problem ist, dass Sie nicht so weit sind wie andere. Deshalb werfen Sie uns vor, dass wir – vielleicht ein bisschen knapp, aber immer noch zeitig vor der nächsten Konferenz – mit einem sinnvollen, vernünftigen, den Entwürfen und den Vorstellungen vieler Menschen entsprechenden Antrag kommen.

Ich gebe zu: Das hätten wir alles eher regeln müssen. Andere haben es damals nicht mit uns gemeinsam geregelt. Jetzt können wir es aber regeln. Machen Sie doch bitte an dem Punkt weiter, und beklagen Sie nicht, dass wir an der Stelle einen vernünftigen Antrag stellen, dem Sie nur nicht zustimmen können, weil Sie nicht wirklich wollen! – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN)

Präsidentin Regina van Dinter: Danke schön, Herr Kollege Keymis. – Herr Minister Breuer spricht noch einmal.

Michael Breuer, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten: Herr Keymis, ich habe nicht kritisiert, dass Sie heute schlauer sind als gestern. Ich habe kritisiert, dass Sie das, was Sie in Ihrer heutigen Rede vorgetragen haben, in Ihrer Pressemitteilung geflissentlich übersehen haben. Dabei habe ich Sie ertappt. Ich hätte es für seriös gehalten, wenn Sie gesagt hätten: Wir sind heute anderer Auffassung. Oder: Wir haben uns damals nicht durchgesetzt. Ich habe den Eindruck, dass Sie sich ertappt fühlen. Das wollte ich an dieser Stelle noch sagen.

(Beifall von CDU und FDP)

Präsidentin Regina van Dinter: Meine Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der Debatte. Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Die antragstellende Fraktion hat direkte Abstimmung beantragt. Wir kommen deshalb zur Abstimmung über den Inhalt des **Antrages** der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/2403**. Wer diesem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zustimmen möchte, den bitte ich um das

Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist dieser Antrag mit großer Mehrheit **abgelehnt**.

Ich rufe auf:

7 Bundesratsinitiative zur Doping-Bekämpfung starten

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/2414

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/2414** an den **Sportausschuss** federführend und an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** sowie an den **Rechtsausschuss** mitberatend. Wer diese Überweisungsempfehlung annehmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

8 Ökonomische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bei den Freigrenzen des Schonvermögens im Fortentwicklungsgesetz Hartz IV berücksichtigen!

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2404

Eine Beratung ist heute auch nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen auch hier unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/2404** an den **Ausschuss für Frauenpolitik** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Arbeit, Gesundheit und Soziales** mitberatend. Wer dieser Empfehlung zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

9 Interkulturelle Öffnung der Schule voranbringen – Mehr Lehrerinnen und Lehrer mit Migrationshintergrund in die Schulen

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 14/2408

Eine Beratung ist heute nicht vorgesehen. Die Beratung soll nach Vorlage der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses erfolgen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Antrages Drucksache 14/2408** an den **Ausschuss für Schule und Weiterbildung** – federführend –, an den **Innenausschuss** sowie den **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration** mitberatend. Wer dieser Empfehlung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Ich rufe auf:

10 Staatsvertrag über die Vergabe von Studienplätzen

Antrag
der Landesregierung
auf Zustimmung zu einem Staatsvertrag
gemäß Artikel 66 Satz 2 LV
Drucksache 14/2304

erste Lesung

Eine Debatte ist heute nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb unmittelbar zur Abstimmung. Der Ältestenrat empfiehlt die **Überweisung** des **Staatsvertrages Drucksache 14/2304** an den **Hauptausschuss** – federführend – sowie an den **Ausschuss für Innovation, Wissenschaft, Forschung und Technologie** mitberatend. Wer dieser Überweisungsempfehlung folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so beschlossen.

Meine Damen und Herren, wir kommen zu:

11 Veräußerung eines Grundstücks des BLB NRW in Münster

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/565

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/2422

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb direkt zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/2422**, in die Veräußerung des in Vorlage 14/565 näher beschriebenen Grundstücks einzuwilligen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

12 Veräußerung eines Grundstücks des BLB NRW in Bonn

Antrag
der Landesregierung
gemäß § 64 Abs. 2 LHO
Vorlage 14/567

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 14/2423

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Wir kommen deshalb auch hier direkt zur Abstimmung. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/2423**, in die Veräußerung des in Vorlage 14/567 näher beschriebenen Grundstücks einzuwilligen. Wer kann dem zustimmen? – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist auch das einstimmig so **beschlossen**.

Ich rufe auf:

13 Verfassungsgerichtliches Verfahren wegen der Behauptung der Abgeordneten Hannelore Kraft und weiterer 73 Abgeordneter des Landtags Nordrhein-Westfalen, Vorschriften des Zweiten Nachtragshaushaltsgesetzes 2005 seien mit der Landesverfassung unvereinbar und nichtig

VerfGH 9/06
Vorlage 14/571

Beschlussempfehlung
des Rechtsausschusses
Drucksache 14/2396

Eine Debatte ist nicht vorgesehen.

Daher kann ich über die **Beschlussempfehlung des Rechtsausschusses Drucksache 14/2396**, eine Stellungnahme abzugeben, abstimmen lassen. Wer dem zustimmen kann, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? –

(Zurufe von Ralf Jäger [SPD], Carina Gödecke [SPD] und Johannes Remmel [GRÜNE]:
Auszählen! Wir sind die Mehrheit! Auszählen!)

– Das müssen wir richtig auszählen. Ich bitte Sie, sich so zu sortieren, dass man das richtig sehen kann. Wir zählen jetzt. – Ich zähle 32 Gegenstimmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – 39 Stimmen. – Das Präsidium ist sich einig darüber, dass das Abstimmungsverhältnis 39:32 lautet. Damit ist dieser Fall entschieden und die Beschlussempfehlung **angenommen**.

(Beifall von CDU und FDP – Zurufe von der SPD)

Ich rufe auf:

14 In den Ausschüssen erledigte Anträge

Übersicht 13

Abstimmungsergebnisse
der Ausschüsse zu Drucksachen

14/471	–	AGFI
14/794 EA	–	AGFI
14/1427	–	IA
14/1563	–	AGFI
14/2129 EA	–	AGFI
14/1877	–	IA
14/2373 EA	–	IA

Drucksache 14/2424

Die Übersicht enthält vier Anträge, die vom Plenum nach § 79 Abs. 2 Buchstabe c der Geschäftsordnung an die Ausschüsse zur abschließenden Erledigung überwiesen wurden. Außerdem sind in der Übersicht drei Entschließungsanträge erfasst, die in den jeweiligen Ausschüssen abschließend beraten wurden. Das Abstimmungsverhalten der Fraktionen ist aus der Übersicht ersichtlich.

Ich lasse nun abstimmen über die Bestätigung des **Abstimmungsverhaltens der Fraktionen in den Ausschüssen** entsprechend der Übersicht 13. Wer dem zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Wer ist dagegen? – Wer enthält sich? – Dann ist das einstimmig **bestätigt**.

Ich rufe auf:

15 Beschlüsse zu Petitionen

Übersicht 14/15

Mit der Übersicht liegen Ihnen Beschlüsse zu Petitionen vor. Wird hierzu das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall. Dann stelle ich gemäß § 91 Abs. 7 unserer Geschäftsordnung fest, dass diese **Beschlüsse zu Petitionen** durch Ihre Kenntnisnahme **bestätigt** sind.

Meine Damen und Herren, entgegen jeglicher Voraussicht kommen wir nun schon um 18:46 Uhr zur Beendigung des heutigen Plenartages.

Ich danke Ihnen sehr für die disziplinierten Beratungen – sonst wären wir noch nicht so weit – und wünsche Ihnen einen angenehmen Abend.

Wir treffen uns morgen wieder hier um 10 Uhr.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 18:46 Uhr

*) Von der Rednerin bzw. dem Redner nicht überprüft (§ 96 GeschO)

Dieser Vermerk gilt für alle in diesem Plenarprotokoll so gekennzeichneten Rednerinnen und Redner.